

## **GESETZENTWURF**

**der Landesregierung**

**Entwurf eines Gesetzes über die Kommunalverfassung und zur Änderung weiterer kommunalrechtlicher Vorschriften**

### **A. Problem**

Als grundlegendes Regelwerk für die Kommunen des Landes hat sich die Kommunalverfassung seit nunmehr 16 Jahren bewährt. Ungeachtet dessen stehen die kommunalen Körperschaften Mecklenburg-Vorpommerns heute vor Herausforderungen, die es erforderlich machen, auch das rechtliche Instrumentarium der Kommunalverfassung so zu modifizieren, dass auf diese Herausforderungen angemessen reagiert werden kann.

Übergeordnete Ziele des vorliegenden Reformentwurfs sind insbesondere der Ausbau der Einbeziehung und Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger am kommunalen Geschehen, die Stärkung der Kontrollbefugnisse und damit auch der Steuerungsmöglichkeiten der ehrenamtlichen Mitglieder der kommunalen Vertretungen gegenüber der Verwaltung, die Erweiterung der rechtlichen Handlungsmöglichkeiten im Rahmen der wirtschaftlichen Betätigung und bei der Organisation der kommunalen Verwaltungsstrukturen sowie die Verankerung von Mechanismen zur Sicherung der finanziellen Leistungsfähigkeit der kommunalen Haushalte und zur Optimierung der nach wie vor zu kleinteiligen gemeindlichen Strukturen.

Schließlich wird die geschlechtergerechte Sprache in die Kommunalverfassung eingearbeitet. Aufgrund der allein hierdurch ausgelösten Vielzahl von Änderungen erfolgt die Reform durch ein Ablösegesetz, statt in Gestalt eines Änderungsgesetzes. Zur Vermeidung von Folgeänderungen in rund dreißig anderen Landesvorschriften und im Interesse der weiteren Verwendbarkeit von Erlassen und Kommentaren durch die überwiegend ehrenamtlichen Rechtsanwender werden die gewohnten Paragraphennummern beibehalten.

## **2. Lösung**

### **A. Zu den Regelungsschwerpunkten im Einzelnen**

#### a) Ausbau der Bürgerbeteiligung

Die verstärkte Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger in kommunale Entscheidungsprozesse ist im Interesse der Transparenz kommunalen Verwaltungshandelns geboten, dient aber auch dem Zweck, die örtliche Demokratie zu stärken. Hierzu sollen die Informationspflichten der Verwaltung betont und der Zugang der Bürgerinnen und Bürger zu Informationen erweitert werden, indem bspw. Filmaufnahmen und Tonmitschnitte aus öffentlichen Gemeindevertreter-sitzungen zugelassen werden können und ein Zugangsrecht zu Sitzungsprotokollen verankert wird.

Schließlich ist vorgesehen, die Ortsteile als bürgernahe Strukturen weiter zu stärken.

#### b) Stärkung der Rechte von Mitgliedern kommunaler Vertretungen

Das Akteneinsichtsrecht wird künftig auch Ausschussvorsitzenden eingeräumt. Kontrollbefugnisse in wirtschaftlichen Unternehmen und Einrichtungen werden künftig auch Minderheiten eingeräumt.

#### c) Wirtschaftliche Betätigung

Unter Wahrung der bestehenden - durch Aufnahme eines Abwägungsgebots noch betonten - ordnungspolitischen Schranken für die wirtschaftliche Betätigung von Kommunen verfolgt die Novellierung der Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern im Bereich der wirtschaftlichen Betätigung das Ziel, die kommunale Selbstverwaltung durch eine Erweiterung rechtlicher Handlungsspielräume zu stärken. Erreicht werden soll dies durch die Einführung selbstständiger Kommunalunternehmen des öffentlichen Rechts, durch den Wegfall des Eigenbetriebsvorrangs bei Unternehmen sowie durch die Zulassung nichtwirtschaftlicher Unternehmen und Einrichtungen, zum Beispiel Theater und Krankenhäuser, auch ohne Beteiligung Dritter.

#### d) Haushaltsrechtliche Bestimmungen

Mit Blick auf die bei nicht erreichtem Haushaltsausgleich weiterhin erforderliche Haushaltskonsolidierung wird eine Vorlagepflicht des Haushaltssicherungskonzepts, seiner Fortschreibungen und Abrechnungen eingeführt (§ 43 Absatz 8). Da das Haushaltssicherungskonzept nur dann einen wirksamen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung beisteuern kann, wenn von seinen Vorgaben nicht sanktionslos abgewichen werden kann, bedürfen Abweichungen künftig zwingend einer Kompensation (§ 31 Absatz 2). Zudem unterliegen langfristige laufende Zahlungsverpflichtungen nunmehr grundsätzlich einer Anzeigepflicht (§ 55a). Derartige längerfristige Verpflichtungen sind in aller Regel mit erheblichen Haushaltsrisiken verbunden.

#### e) Förderung von Strukturveränderungen

Mit dem Ausbau der Ortsteilverfassung (§§ 42 und 42a) sollen Vorbehalte gegen freiwillige Gemeindezusammenschlüsse abgebaut werden. Die vorgesehenen Neuerungen erlauben ein lebendiges örtliches Miteinander, ohne dafür an kleinteiligen und verwaltungsaufwendigen Gemeindestrukturen festhalten zu müssen. Während in vielen kleinen Gemeinden die gemeindliche Selbstständigkeit oftmals nicht mehr oder nur noch auf Kosten eines weitgehenden Verzichts auf freiwillige Selbstverwaltungsaufgaben sowie durch eine verdeckte Subventionierung der Verwaltungskosten zulasten der größeren Gemeinden eines Amtes finanzierbar ist, erlauben die durch günstige kommunalrechtliche Rahmenbedingungen geförderten Gemeindezusammenschlüsse, Finanzmittel für Selbstverwaltungsaufgaben freizusetzen.

Wesentliche demokratische Teilhaberechte innerhalb der gewachsenen Gemeinschaften können auch nach einer Gemeindefusion durch gestärkte Ortsteile erhalten werden. Gewährleistet wird dies durch die mögliche Direktwahl von mit zahlreichen Kompetenzen ausgestatteten Ortsvorsteherinnen und Ortsvorstehern. Mit der Entscheidung der Gemeinde für diese Funktion geht nach dem Gesetzentwurf zwingend der Verzicht auf eine Ortsteilvertretung einher.

Unter demokratischen Aspekten ist für diesen Fall der Verzicht auf Ortsteilvertretungen hinnehmbar, da ein pluralistisch besetztes Gremium für die geringe Zahl von abschließenden Entscheidungen, die der Ortsteil zu treffen hat (Verwendung des Ortsteilbudgets), angesichts der gestärkten Mitwirkungsrechte der Bürger nicht unbedingt erforderlich ist.

#### f) Einführung der geschlechtergerechten Sprache

Im Rahmen der Einführung der geschlechtergerechten Sprache wird das generische Maskulinum lediglich für Bezeichnungen der kommunalen Organe und Behörden (Bürgermeister, Landrat, Amtsvorsteher, Verbandsvorsteher sowie in deren Organstellung eintretende Beauftragte) beibehalten. Auch diese Bezeichnungen werden allerdings in weiblicher und männlicher Form verwandt, soweit Regelungen die Wahl natürlicher Personen in diese Funktionen betreffen (vgl. §§ 37 und 116) oder nicht organbezogene, sondern höchstpersönliche Rechte oder Pflichten der Organwallerinnen und Organwaller normiert werden. Ein derartiges Normenverständnis ist stets dann geboten, wenn die jeweilige kommunalverfassungsrechtliche Bestimmung nur die konkrete Person, die die Organstellung innehat, betrifft, nicht aber auch - im Verhinderungsfall - deren Stellvertreterin oder Stellvertreter. Bei allen anderen Funktionsbezeichnungen wird lediglich dann auf Doppelformulierungen oder geschlechterneutrale Bezeichnungen verzichtet, soweit es sich um die abstrakte Zuordnung einer kraft Amtes wahrzunehmenden Aufgabe oder Funktion handelt (vgl. § 148 Absatz 1 Satz 4: „Der Bürgermeister der geschäftsführenden Gemeinde hat die Rechte und Pflichten **eines leitenden Verwaltungsbeamten** des Amtes.“)

### **C. Alternativen**

Beibehaltung der jetzigen Rechtslage.

**D. Notwendigkeit**

Die Prüfung des Gesetzentwurfs nach § 3 Absatz 1 der Gemeinsamen Geschäftsordnung II hat die Notwendigkeit der Regelung bestätigt.

**E. Finanzielle Auswirkungen auf die Haushalte des Landes und der Kommunen**

## 1. Haushaltsausgaben ohne Vollzugaufwand

Es entstehen keine Haushaltsausgaben (ohne Vollzugaufwand).

## 2. Vollzugaufwand

Es entsteht insgesamt kein zusätzlicher Vollzugaufwand. Der Aufwand für den Vollzug der Regelungen zu Kommunalunternehmen in der Rechtsform der Anstalt öffentlichen Rechts wird durch den zu erwartenden entsprechend geringeren Aufwand für Anzeigeverfahren hinsichtlich anderer Rechtsformen wirtschaftlicher Betätigung kompensiert. Die im Rahmen des Haushaltsrechts neu vorgesehenen Vorlage- und Anzeigepflichten lösen zwar zusätzlichen Vollzugaufwand aus, der jedoch im Ergebnis dazu führen dürfte, dass sich der Vollzugaufwand für die Erarbeitung und rechtsaufsichtliche Begleitung gesetzkonformer Haushalts-satzungen verringert.

**F. Sonstige Kosten**

Der Gesetzentwurf hat keine unmittelbaren Kostenfolgen. Mittel- und langfristig sind infolge der durch die Gesetzesnovelle angestrebten Entwicklungen Kosteneinsparungen vor allem für die Kommunen zu erwarten.

**G. Bürokratiekosten**

Keine.

**DER MINISTERPRÄSIDENT  
DES LANDES  
MECKLENBURG-VORPOMMERN**

Schwerin, den 1. März 2011

An die  
Präsidentin des Landtages  
Mecklenburg-Vorpommern  
Frau Sylvia Bretschneider  
Lennéstraße 1

19053 Schwerin

Betr.: Entwurf eines Gesetzes über die Kommunalverfassung und zur Änderung weiterer kommunalrechtlicher Vorschriften

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

als Anlage übersende ich Ihnen den von der Landesregierung am 1. März 2011 beschlossenen Entwurf des vorbezeichneten Gesetzes mit Begründung.

Ich bitte Sie, die Beschlussfassung des Landtages herbeizuführen.

Federführend ist das Innenministerium.

Mit freundlichen Grüßen

**Erwin Sellering**

## **ENTWURF**

### **eines Gesetzes über die Kommunalverfassung und zur Änderung weiterer kommunalrechtlicher Vorschriften**

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

#### **Artikel 1 Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern (Kommunalverfassung - KV M-V)**

#### **Inhaltsübersicht:**

##### **Teil 1 Gemeindeordnung**

###### **Abschnitt 1 Grundlagen der Gemeindeverfassung**

- § 1 Begriff der Gemeinden
- § 2 Eigener Wirkungskreis
- § 3 Übertragener Wirkungskreis
- § 4 Finanzierung der Aufgaben, Konnexität
- § 5 Satzungsrecht, Hauptsatzung
- § 6 Kommunale Verbände
- § 7 Gemeindearten
- § 8 Name und Bezeichnung
- § 9 Wappen, Flaggen, Siegel
- § 10 Gemeindegebiet
- § 11 Gebietsänderungen
- § 12 Gebietsänderungsverträge

###### **Abschnitt 2 Einwohnerinnen und Einwohner, Bürgerinnen und Bürger**

- § 13 Begriff
- § 14 Rechte und Pflichten der Einwohnerinnen und Einwohner
- § 15 Anschluss- und Benutzungszwang
- § 16 Unterrichtung der Einwohnerinnen und Einwohner
- § 17 Fragestunde, Anhörung
- § 18 Einwohnerantrag
- § 19 Rechte und Pflichten der Bürgerinnen und Bürger
- § 20 Bürgerentscheid, Bürgerbegehren

### **Abschnitt 3**

#### **Vertretung und Verwaltung**

- § 21 Organe
- § 22 Gemeindevertretung
- § 23 Mitglieder der Gemeindevertretung
- § 24 Mitwirkungsverbote
- § 25 Unvereinbarkeit von Amt und Mandat
- § 26 Vertretungsverbot
- § 27 Entschädigungen, Kündigungsschutz
- § 28 Konstituierung der Gemeindevertretung, Vorsitz
- § 29 Sitzungen der Gemeindevertretung
- § 30 Beschlussfähigkeit
- § 31 Beschlussfassung
- § 32 Wahlen, Abberufungen
- § 33 Widerspruch gegen Beschlüsse der Gemeindevertretung und beschließender Ausschüsse
- § 34 Kontrolle der Verwaltung
- § 35 Hauptausschuss
- § 36 Beratende und weitere Ausschüsse
- § 37 Wahl und Amtszeit der Bürgermeisterin oder des Bürgermeisters
- § 38 Hauptamtlicher Bürgermeister
- § 39 Ehrenamtlicher Bürgermeister
- § 40 Stellvertretung des Bürgermeisters, Beigeordnete
- § 41 Gleichstellungsbeauftragte
- § 41a Behindertenbeiräte
- § 42 Ortsteilvertretung
- § 42a Ortsvorsteherin, Ortsvorsteher

### **Abschnitt 4**

#### **Haushaltswirtschaft**

- § 42b Weiterentwicklung der kommunalen Selbstverwaltung, Erprobung neuer Steuerungsmodelle
- § 43 Allgemeine Haushaltsgrundsätze
- § 44 Grundsätze der Erzielung von Erträgen und Einzahlungen
- § 45 Haushaltssatzung
- § 46 Haushaltsplan
- § 47 Erlass der Haushaltssatzung
- § 48 Nachtragshaushaltssatzung
- § 49 Vorläufige Haushaltsführung
- § 50 Überplanmäßige und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen
- § 51 Haushaltswirtschaftliche Sperre
- § 52 Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen, kreditähnliche Rechtsgeschäfte
- § 53 Kredite zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit
- § 54 Verpflichtungsermächtigungen
- § 55 Stellenplan

- § 55a Langfristige Verpflichtungen
- § 56 Erwerb und Verwaltung von Vermögen, Veräußerung von Vermögen
- § 57 Sicherheiten und Gewährleistungen für Dritte, Darlehensgewährungen
- § 58 Gemeindegasse
- § 59 Übertragung von Kassengeschäften, Automation des Rechnungswesens
- § 60 Jahresabschluss
- § 61 Gesamtabschluss
- § 62 Zwangsvollstreckung
- § 63 nicht besetzt

#### **Abschnitt 5** **Sondervermögen, treuhänderisch verwaltetes Vermögen**

- § 64 Sondervermögen
- § 65 Treuhänderisch verwaltetes Vermögen
- § 66 Sonderkassen
- § 67 nicht besetzt

#### **Abschnitt 6** **Wirtschaftliche Betätigung**

- § 68 Zulässigkeit wirtschaftlicher Unternehmen und Einrichtungen
- § 69 Unternehmen und Einrichtungen in Privatrechtsform
- § 70 Kommunalunternehmen
- § 70a Organe des Kommunalunternehmens, Personal
- § 70b Sonstige Vorschriften für Kommunalunternehmen
- § 71 Vertretung der Gemeinde in Unternehmen und Einrichtungen
- § 72 nicht besetzt
- § 73 Informations- und Prüfungsrechte, Beteiligungsbericht
- § 74 nicht besetzt
- § 75 Wirtschaftsgrundsätze
- § 75a Beteiligungsmanagement
- § 76 Energieverträge
- § 77 Anzeigepflichten

#### **Abschnitt 7** **Aufsicht**

- § 78 Grundsatz
- § 79 Rechtsaufsichtsbehörden
- § 80 Informationsrecht
- § 81 Beanstandungs- und Aufhebungsrecht
- § 82 Anordnungsrecht und Ersatzvornahme
- § 83 Beauftragter
- § 84 Auflösung der Gemeindevertretung
- § 85 Rechtsbehelfe
- § 86 Fachaufsichtsbehörden
- § 87 Mittel der Fachaufsicht

## **Teil 2**

### **Landkreisordnung**

#### **Abschnitt 1**

##### **Grundlagen der Landkreisverfassung**

- § 88 Wesen der Landkreise
- § 89 Eigener Wirkungskreis
- § 90 Übertragener Wirkungskreis
- § 91 Finanzierung der Aufgaben, Konnexität
- § 92 Satzungsrecht, Hauptsatzung
- § 93 Kommunale Verbände
- § 94 Name und Sitz
- § 95 Wappen, Flaggen und Siegel
- § 96 Kreisgebiet
- § 97 Gebietsänderungen
- § 98 Einwohnerinnen und Einwohner, Bürgerinnen und Bürger
- § 99 Rechte und Pflichten der Einwohnerinnen und Einwohner
- § 100 Anschluss- und Benutzungszwang
- § 101 Unterrichtung der Einwohnerinnen und Einwohner, Fragestunde, Anhörung, Einwohnerantrag
- § 102 Rechte und Pflichten der Bürgerinnen und Bürger, Bürgerentscheid

#### **Abschnitt 2**

##### **Vertretung und Verwaltung**

- § 103 Organe
- § 104 Kreistag
- § 105 Kreistagsmitglieder
- § 106 Konstituierung des Kreistages, Vorsitz
- § 107 Sitzungen des Kreistages
- § 108 Beschlussfähigkeit
- § 109 Beschlussfassung
- § 110 Wahlen, Abberufungen
- § 111 Widersprüche gegen Beschlüsse des Kreistages und beschließender Ausschüsse
- § 112 Kontrolle der Verwaltung
- § 113 Kreisausschuss
- § 114 Beratende und weitere Ausschüsse
- § 115 Landrat
- § 116 Wahl und Amtszeit der Landrätin oder des Landrats
- § 117 Stellvertretung des Landrates, Beigeordnete
- § 118 Gleichstellungsbeauftragte
- § 118a Behindertenbeiräte
- § 119 Untere staatliche Verwaltungsbehörde

**Abschnitt 3****Haushaltswirtschaft, Sondervermögen, wirtschaftliche Betätigung**

- § 120 Haushaltswirtschaft
- § 121 Sondervermögen, treuhänderisch verwaltetes Vermögen
- § 122 Wirtschaftliche Betätigung

**Abschnitt 4****Aufsicht**

- § 123 Rechts- und Fachaufsicht
- § 124 Aufsichtsbehörden

**Teil 3****Amtsordnung****Abschnitt 1****Allgemeines**

- § 125 Allgemeine Stellung der Ämter
- § 126 Verwaltungseinrichtungen, Siegel

**Abschnitt 2****Aufgaben der Ämter**

- § 127 Amt und eigener Wirkungskreis der Gemeinden
- § 128 Übertragener Wirkungskreis
- § 129 Satzungsrecht
- § 130 Einwohnerinnen und Einwohner, Bürgerinnen und Bürger

**Abschnitt 3****Organisation der Ämter**

- § 131 Organe
- § 132 Zusammensetzung des Amtsausschusses
- § 133 Ausscheiden aus dem Amtsausschuss
- § 134 Aufgaben und Arbeitsweise des Amtsausschusses
- § 135 Anzuwendende Vorschriften
- § 136 Ausschüsse des Amtsausschusses
- § 137 Wahl und Stellung der Amtsvorsteherin oder des Amtsvorstehers
- § 138 Aufgaben des Amtsvorstehers
- § 139 Stellvertretung des Amtsvorstehers
- § 140 Widerspruch gegen Beschlüsse des Amtsausschusses
- § 141 Teilnahme an Sitzungen der Gemeindevertretungen

**Abschnitt 4****Weitere Grundsätze für die Verwaltung des Amtes**

- § 142 Leitende Verwaltungsbeamtin oder leitender Verwaltungsbeamter, Gleichstellungsbeauftragte
- § 143 Gesetzliche Vertretung
- § 144 Haushaltswirtschaft und wirtschaftliche Betätigung des Amtes
- § 145 Rechts- und Fachaufsicht, Aufsichtsbehörden

**Abschnitt 5****Finanzierung der Ämter**

- § 146 Aufwendungen in besonderen Fällen
- § 147 Amtsumlage

**Abschnitt 6****Besondere Bestimmungen**

- § 148 Geschäftsführung des Amtes durch eine amtsangehörige Gemeinde

**Teil 4****Kommunale Zusammenarbeit****Abschnitt 1****Allgemeines**

- § 149 Grundsätze und Formen kommunaler Zusammenarbeit

**Abschnitt 2****Der Zweckverband**

- § 150 Rechtsnatur, Verbandsmitglieder
- § 150a Zusammenschluss von Zweckverbänden
- § 151 Aufgaben
- § 152 Errichtung des Zweckverbandes, Verbandssatzung
- § 153 Ausgleich
- § 154 Anzuwendende Vorschriften
- § 155 Organe
- § 156 Verbandsversammlung
- § 157 Zusammentreten und Aufgaben der Verbandsversammlung
- § 158 Gesetzliche Vertretung
- § 159 Verbandsvorsteher, Verbandsvorstand
- § 160 Ehrenamtliche und hauptamtliche Tätigkeit
- § 161 Haushaltswirtschaft und wirtschaftliche Betätigung des Zweckverbandes
- § 162 Deckung des Finanzbedarfs
- § 163 Beendigung der Verbandsmitgliedschaft
- § 164 Aufhebung des Zweckverbandes

**Abschnitt 3****Die öffentlich-rechtliche Vereinbarung**

- § 165 Voraussetzung und Verfahren
- § 166 Satzungsbefugnis

**Abschnitt 4****Die Verwaltungsgemeinschaft**

- § 167 Voraussetzung und Verfahren

**Abschnitt 5****Gemeinsame Kommunalunternehmen**

- § 167a Rechtsnatur
- § 167b Entstehung und Grundlagen gemeinsamer Kommunalunternehmen
- § 167c Anzeigepflichten, Bekanntmachungen

**Abschnitt 6****Aufsicht und weitere Bestimmungen**

- § 168 Aufsicht
- § 169 Grenzüberschreitende kommunale Zusammenarbeit
- § 170 Anwendung auf sonstige Verbände
- § 170a Unbeachtlichkeit von Rechtsfehlern bei der Bildung von Zweckverbänden
- § 170b Unbeachtlichkeit von Rechtsfehlern beim Beitritt in einen Zweckverband und Fiktionen bei Unvollständigkeit der Verbandssatzung

**Teil 5****Schlussvorschriften**

- § 171 Einwohnerzahlen
- § 172 Ordnungsverstöße, Haftung
- § 173 Sprachformen
- § 173a Elektronische Kommunikation
- § 174 Durchführungsbestimmungen
- § 175 Zuordnung gemeindefreier Flächen
- § 176 Übergangsregelungen

**Teil 1  
Gemeindeordnung****Abschnitt 1  
Grundlagen der Gemeindeverfassung****§ 1  
Begriff der Gemeinden**

- (1) Die Gemeinden sind eine wesentliche Grundlage des demokratischen Staates.
- (2) Die Gemeinden sind Gebietskörperschaften. Sie fördern in freier Selbstverwaltung das Wohl ihrer Einwohnerinnen und Einwohner.
- (3) Gemeinden sollen nicht weniger als 500 Einwohnerinnen und Einwohner haben.

**§ 2  
Eigener Wirkungskreis**

- (1) Die Gemeinden sind berechtigt und im Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit verpflichtet, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln.
- (2) Zu den Aufgaben des eigenen Wirkungskreises gehören insbesondere die harmonische Gestaltung der Gemeindeentwicklung unter Beachtung der Belange der Umwelt und des Naturschutzes, des Denkmalschutzes und der Belange von Wirtschaft und Gewerbe, die Bauleitplanung, die Gewährleistung des örtlichen öffentlichen Personennahverkehrs, die Versorgung mit Energie, insbesondere erneuerbarer Art, und mit Wasser, die Abwasserbeseitigung und -reinigung, die Sicherung und Förderung eines bedarfsgerechten öffentlichen Angebotes an Bildungs- und Kinderbetreuungseinrichtungen, die Entwicklung der Freizeit- und Erholungseinrichtungen sowie des kulturellen Lebens, der öffentliche Wohnungsbau, die gesundheitliche und soziale Betreuung, der Brandschutz und die Entwicklung partnerschaftlicher Beziehungen zu Gemeinden anderer Staaten.
- (3) Die Gemeinden können durch Gesetz oder aufgrund eines Gesetzes durch Rechtsverordnung zur Erfüllung einzelner Selbstverwaltungsaufgaben verpflichtet werden.
- (4) In die Rechte der Gemeinden darf nur durch Gesetz oder aufgrund eines Gesetzes eingegriffen werden.

**§ 3  
Übertragener Wirkungskreis**

- (1) Den Gemeinden können durch Gesetz oder aufgrund eines Gesetzes durch Rechtsverordnung öffentliche Aufgaben zur Erfüllung nach Weisung übertragen werden.
- (2) Rechtsverordnungen der Gemeinden im übertragenen Wirkungskreis werden nach dem für Satzungen geltenden Verfahren öffentlich bekannt gemacht.

**§ 4****Finanzierung der Aufgaben, Konnexität**

(1) Die Gemeinden regeln ihre Finanzwirtschaft in eigener Verantwortung. Sie haben die zur ordnungsgemäßen Erfüllung ihrer Aufgaben notwendigen Mittel aus eigenen Einzahlungen aufzubringen. Reichen diese nicht aus, haben sie Anspruch auf einen übergemeindlichen Finanzausgleich.

(2) Werden Gemeinden durch das Land zur Erfüllung von Aufgaben nach § 2 Absatz 3 verpflichtet oder werden ihnen durch das Land Aufgaben nach § 3 Absatz 1 übertragen, so ist dabei gleichzeitig über die Deckung der Kosten zu entscheiden. Führt die Erfüllung dieser Aufgaben zu einer Mehrbelastung der Gemeinden, so ist dafür ein entsprechender finanzieller Ausgleich zu schaffen. Kostenfolgeabschätzungen sind unter Beteiligung der kommunalen Verbände vorzunehmen. Der finanzielle Ausgleich ist zeitgleich mit der Aufgabenübertragung zu gewähren. Dieser ist in der Rechtsvorschrift, die die Aufgabenübertragung anordnet, oder zeitnah im Finanzausgleichsgesetz zu regeln.

(3) Werden Gemeinden durch Gesetz, durch Rechtsverordnung aufgrund eines Gesetzes von Aufgaben oder durch Verwaltungsvorschriften des Landes von Kosten entlastet, so ist dafür ein entsprechender finanzieller Ausgleich zugunsten des Landes vorzunehmen. Absatz 2 Satz 3 gilt entsprechend.

**§ 5****Satzungsrecht, Hauptsatzung**

(1) Die Gemeinden können die Angelegenheiten des eigenen Wirkungskreises durch Satzung regeln, soweit die Gesetze nichts anderes bestimmen. In Angelegenheiten des übertragenen Wirkungskreises können Satzungen nur erlassen werden, wenn ein Gesetz dies vorsieht.

(2) Jede Gemeinde hat eine Hauptsatzung zu erlassen. In ihr ist zu regeln, was nach den Vorschriften dieses Gesetzes der Hauptsatzung vorbehalten ist; auch andere für die Verfassung der Gemeinde wesentliche Fragen können in der Hauptsatzung geregelt werden. Die Hauptsatzung wird von der Gemeindevertretung mit der Mehrheit aller Mitglieder beschlossen. Sie ist der Rechtsaufsichtsbehörde vor der Ausfertigung anzuzeigen. Sie darf nur in Kraft gesetzt werden, wenn die Rechtsaufsichtsbehörde die Verletzung von Rechtsvorschriften nicht innerhalb von zwei Monaten nach Eingang der erforderlichen Unterlagen geltend gemacht oder wenn sie vor Ablauf der Frist erklärt hat, dass sie keine Verletzung von Rechtsvorschriften geltend macht. Für Änderungen der Hauptsatzung gelten die Sätze 3 und 4 entsprechend. Auf Änderungen, die das Verfahren der öffentlichen Bekanntmachung betreffen, findet zudem Satz 5 entsprechende Anwendung. Bestimmungen der Hauptsatzung nach § 22 Absatz 2 und 4, §§ 35, 36, 40 Absatz 4, §§ 41, 42 und § 42a entfalten ihre Wirksamkeit bereits mit der Beschlussfassung.

(3) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig einer Satzung zuwiderhandelt, soweit die Satzung für einen bestimmten Tatbestand auf diese Vorschrift verweist. Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße geahndet werden. Verwaltungsbehörden nach § 36 Absatz 1 Satz 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten sind die Oberbürgermeister der kreisfreien und großen kreisangehörigen Städte, die Bürgermeister der amtsfreien Gemeinden und die Amtsvorsteher.

(4) Satzungen sind vom Bürgermeister auszufertigen und öffentlich bekannt zu machen. Die Form der öffentlichen Bekanntmachung von Satzungen wird durch Rechtsverordnung nach § 174 Absatz 1 Nummer 2 geregelt. Im Übrigen bestimmt die Gemeinde Form, Fristen und Verfahren der öffentlichen Bekanntmachung in der Hauptsatzung. Satzungen treten am Tag nach der Bekanntmachung in Kraft, wenn kein anderer Zeitpunkt bestimmt ist. Sie sind der Rechtsaufsichtsbehörde anzuzeigen, soweit sich nicht aus anderen gesetzlichen Vorschriften eine Anzeige- oder Genehmigungspflicht ergibt. Für Satzungsänderungen gelten die Sätze 1, 4 und 5 entsprechend.

(5) Ein Verstoß gegen Verfahrens- und Formvorschriften, die in diesem Gesetz enthalten oder aufgrund dieses Gesetzes erlassen worden sind, kann nach Ablauf eines Jahres seit der öffentlichen Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden, wenn bei der Bekanntmachung auf die Regelungen dieses Absatzes hingewiesen worden ist. Diese Folge tritt nicht ein, wenn der Verstoß innerhalb der Jahresfrist schriftlich unter Bezeichnung der verletzten Vorschrift und der Tatsache, aus der sich der Verstoß ergibt, gegenüber der Gemeinde geltend gemacht wird. Eine Verletzung von Anzeige-, Genehmigungs- oder Bekanntmachungsvorschriften kann abweichend von Satz 1 stets geltend gemacht werden.

(6) Absatz 5 gilt auch ohne die Hinweispflicht des Satzes 1 für Satzungen, die nach dem 17. Mai 1990 und vor dem 12. Juni 1994 in Kraft getreten sind. Die Jahresfrist beginnt für diese Satzungen mit dem 12. Juni 1994.

(7) Für Flächennutzungspläne gelten die Absätze 5 und 6 entsprechend. Die Bekanntmachung nach § 6 Absatz 5 des Baugesetzbuches erfolgt in der für Satzungen geltenden Weise.

## **§ 6 Kommunale Verbände**

(1) Zur Förderung der kommunalen Selbstverwaltung und Wahrnehmung ihrer Interessen haben die Gemeinden das Recht, Verbände zu bilden.

(2) Die Landesregierung hat die Verbindung zu diesen Verbänden zu wahren und bei der Vorbereitung von Rechtsvorschriften, die unmittelbar die Belange der Gemeinden berühren, mit ihnen zusammenzuwirken.

(3) Der Landtag soll bei den Beratungen entsprechender Gesetzentwürfe diese Verbände anhören.

## **§ 7 Gemeindearten**

(1) Gemeinden im Sinne dieses Gesetzes sind auch die kreisangehörigen, die großen kreisangehörigen und die kreisfreien Städte.

(2) Große kreisangehörige Städte sind die Stadt Neubrandenburg sowie die Hansestädte Greifswald, Stralsund und Wismar. Die großen kreisangehörigen Städte erfüllen neben ihren Aufgaben als amtsfreie Gemeinden in ihrem Gebiet die Aufgaben, die ihnen durch oder aufgrund eines Gesetzes zugewiesen werden. Eine große kreisangehörige Stadt kann, sofern sie dem zustimmt, durch Rechtsverordnung des Innenministeriums von einzelnen oder allen Aufgaben, die ihr kraft dieses Status übertragen wurden, befreit werden. Mit der Befreiung von allen diesen Aufgaben erlischt das Recht nach § 8 Absatz 6.

(3) Kreisfreie Städte sind die Hansestadt Rostock und die Landeshauptstadt Schwerin. Die kreisfreien Städte erfüllen neben ihren Aufgaben als amtsfreie Gemeinden in ihrem Gebiet alle Aufgaben, die den Landkreisen obliegen.

## **§ 8 Name und Bezeichnung**

(1) Die Gemeinden führen ihren bisherigen Namen. Eine neu gebildete Gemeinde bestimmt ihren Namen selbst. Die Gemeindevertretung kann mit einer Mehrheit von zwei Dritteln aller Mitglieder den Gemeindennamen ändern. An die Stelle des Beschlusses kann ein Bürgerentscheid treten. Die Bestimmung, Feststellung oder Änderung des Namens und seiner Schreibweise ist nur aus Gründen des öffentlichen Wohls zulässig. Sie bedarf der Genehmigung des Innenministeriums.

(2) Namensänderungen sind im Amtsblatt für Mecklenburg-Vorpommern bekannt zu machen.

(3) Die Bezeichnung Stadt führen die Gemeinden, denen diese Bezeichnung nach dem bisherigen Recht zusteht oder auf Antrag von der Landesregierung verliehen wird.

(4) Das Innenministerium kann auf Antrag der Gemeinde weitere Bezeichnungen verleihen. Ohne Verleihung dürfen überkommene Bezeichnungen sowie dem Namen nachgestellte Bezeichnungen nach dem Kurortgesetz geführt werden. § 6 des Kurortgesetzes bleibt unberührt.

(5) Die Stadt Schwerin führt die Bezeichnung Landeshauptstadt.

(6) Die Stadt Neubrandenburg sowie die Hansestädte Greifswald, Stralsund und Wismar können die Bezeichnung große kreisangehörige Stadt führen.

**§ 9****Wappen, Flaggen und Siegel**

(1) Die Gemeinden sind berechtigt, Wappen und Flaggen zu führen, die mit ihrer Geschichte und mit demokratischen Grundsätzen übereinstimmen. Die Annahme neuer Wappen und Flaggen und ihre Änderung bedürfen der Genehmigung des Innenministeriums.

(2) Die Gemeinden führen Dienstsiegel. Gemeinden, die zur Führung eines Wappens berechtigt sind, führen dieses in ihrem Dienstsiegel. Das Innenministerium wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung nähere Bestimmungen über die Führung, Ausgestaltung und Aufbewahrung sowie den Nachweis kommunaler Dienstsiegel zu treffen.

**§ 10****Gemeindegebiet**

(1) Das Gebiet der Gemeinde bilden die Grundstücke, die nach geltendem Recht zu ihr gehören. Grenzstreitigkeiten entscheidet die Rechtsaufsichtsbehörde.

(2) Jedes Grundstück soll zu einer Gemeinde gehören. Aus besonderen Gründen können Grundstücke außerhalb einer Gemeinde verbleiben (gemeindefreie Grundstücke).

(3) Das Gebiet der Gemeinde soll so bemessen sein, dass die örtliche Verbundenheit der Einwohnerinnen und Einwohner sowie die Leistungsfähigkeit der Gemeinde zur Erfüllung ihrer Selbstverwaltungsaufgaben gewährleistet sind.

**§ 11****Gebietsänderungen**

(1) Aus Gründen des öffentlichen Wohls können Gemeinden aufgelöst, neu gebildet oder in ihren Grenzen geändert werden (Gebietsänderungen). Die Bürgerinnen und Bürger, die in dem unmittelbar betroffenen Gebiet wohnen, sowie die betroffenen Gemeinden, Ämter und Landkreise sind vorher anzuhören.

(2) Gebietsänderungen können durch Vertrag der beteiligten Gemeinden, durch Gesetz oder, bei örtlich begrenzten Einzelregelungen, durch Entscheidung des Innenministeriums vorgenommen werden. Eine Regelung ist örtlich begrenzt, wenn höchstens zwei Gemeinden betroffen sind.

(3) Gebietsänderungen, die nicht durch Gesetz erfolgen, sind im Amtsblatt für Mecklenburg-Vorpommern bekannt zu machen.

(4) Eine wirksame Gebietsänderung begründet unmittelbar Rechte und Pflichten der Beteiligten und bewirkt den Übergang, die Beschränkung oder die Aufhebung von dinglichen Rechten. Die zuständigen Behörden sind verpflichtet, das Grundbuch, das Wasserbuch und andere öffentliche Bücher zu berichtigen. Die durch die Gebietsänderung erforderlichen Rechtshandlungen sind frei von öffentlichen Abgaben und Verwaltungskosten, soweit diese auf Landesrecht beruhen.

(5) Werden durch die Änderung von Gemeindegrenzen die Grenzen von Ämtern oder Landkreisen berührt, so bewirkt die Änderung der Gemeindegrenzen auch die Änderung der Ämter- und Kreisgrenzen.

## **§ 12 Gebietsänderungsverträge**

(1) Die Aufnahme von Verhandlungen über Gebietsänderungsverträge bedarf eines Beschlusses der Gemeindevertretung mit der Mehrheit aller Mitglieder. Gebietsänderungsverträge müssen von den Gemeindevertretungen der beteiligten Gemeinden jeweils mit der Mehrheit aller Mitglieder beschlossen werden. An die Stelle des Beschlusses der Gemeindevertretung kann ein Bürgerentscheid treten. Die Verträge müssen Bestimmungen über die Auseinandersetzung, die Rechtsnachfolge und die Überleitung des Ortsrechts enthalten. Sie bedürfen der Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn Gründe des öffentlichen Wohls nicht entgegenstehen. Bewirkt eine vertragliche Gebietsänderung zwischen Gemeinden die Änderung von Kreisgrenzen, bedarf sie der Zustimmung der betroffenen Landkreise. Die oberste Rechtsaufsichtsbehörde kann die Zustimmung der betroffenen Landkreise ersetzen, wenn die Gebietsänderung auch unter Berücksichtigung der Belange der Landkreise dem öffentlichen Wohl dient. Die Gebietsänderungsverträge sind nach dem für Satzungen geltenden Verfahren öffentlich bekannt zu machen, soweit sie Regelungen über die Überleitung des Ortsrechts enthalten.

(2) Betrifft eine Gebietsänderung nur eine Gemeinde, so tritt an die Stelle der Vereinbarung nach Absatz 1 ein Beschluss der Gemeindevertretung mit der Mehrheit aller Mitglieder. In dem Gemeindegebiet, das eine neue Gemeinde bilden soll, ist ein Bürgerentscheid durchzuführen. Kommt die erforderliche Mehrheit nach § 20 Absatz 6 nicht zustande, ist eine Regelung nur durch Entscheidung des Innenministeriums möglich.

(3) Wechseln Einrichtungen eines Amtes infolge der Gebietsänderung in den Bereich eines anderen Amtes, so sind die beteiligten Ämter in die Auseinandersetzung mit einzubeziehen.

## **Abschnitt 2 Einwohnerinnen und Einwohner, Bürgerinnen und Bürger**

### **§ 13 Begriff**

(1) Einwohnerinnen und Einwohner der Gemeinde sind die in der Gemeinde wohnenden natürlichen Personen.

(2) Bürgerinnen und Bürger sind die zu den Gemeindevertretungswahlen wahlberechtigten Personen nach Absatz 1.

**§ 14****Rechte und Pflichten der Einwohnerinnen und Einwohner**

- (1) Die Einwohnerinnen und Einwohner der Gemeinde haben das Recht, sich schriftlich oder zur Niederschrift mit Anregungen und Beschwerden an die Gemeindevertretung zu wenden. Sie sind über die Stellungnahme der Gemeindevertretung oder eines Ausschusses unverzüglich zu unterrichten.
- (2) Die Einwohnerinnen und Einwohner der Gemeinde sind im Rahmen der bestehenden Vorschriften berechtigt, die öffentlichen Einrichtungen der Gemeinde zu benutzen, und verpflichtet, die Gemeindelasten zu tragen.
- (3) Diese Vorschriften gelten entsprechend für natürliche und juristische Personen und Personenvereinigungen, die in der Gemeinde Grundstücke besitzen oder nutzen oder ein Gewerbe betreiben.
- (4) Die Gemeinde soll die Abgabe von Erklärungen, die Stellung von Anträgen oder die Berichtigung von Erklärungen oder Anträgen anregen, wenn diese offensichtlich nur versehentlich oder aus Unkenntnis unterblieben oder unrichtig abgegeben oder gestellt worden sind. Sie erteilt, soweit erforderlich, Auskunft über die den Beteiligten im Verwaltungsverfahren zustehenden Rechte und die ihnen obliegenden Pflichten.

**§ 15****Anschluss- und Benutzungszwang**

- (1) Die Gemeinde kann für die Grundstücke ihres Gebiets durch Satzung den Anschluss an die Wasserversorgung, die Abwasserbeseitigung, die Straßenreinigung, Einrichtungen zur Versorgung mit Fernwärme und ähnliche dem öffentlichen Wohl dienende Einrichtungen (Anschlusszwang) und die Benutzung dieser Einrichtungen und der öffentlichen Schlachthöfe (Benutzungszwang) vorschreiben, wenn ein dringendes öffentliches Bedürfnis dafür besteht. Ein dringendes öffentliches Bedürfnis kann nicht ausschließlich durch die Erhöhung der Wirtschaftlichkeit der Einrichtung begründet werden.
- (2) Die Satzung kann Ausnahmen vom Anschluss- und Benutzungszwang zulassen. Der Anschluss- und Benutzungszwang kann auf bestimmte Teile des Gemeindegebiets und auf bestimmte Gruppen von Grundstücken oder Personen beschränkt werden.
- (3) Die Satzung kann vorschreiben, dass Eigentümer sowie dinglich Nutzungsberechtigte das Anbringen und Verlegen örtlicher Leitungen für die jeweilige öffentliche Einrichtung auf ihrem Grundstück zu dulden haben, wenn dieses an die Einrichtung angeschlossen oder anzuschließen ist, in wirtschaftlichem Zusammenhang mit der Einrichtung benutzt wird oder wenn die Möglichkeit der Inanspruchnahme der Einrichtung für das Grundstück sonst vorteilhaft ist. Die Duldungspflicht besteht nicht, wenn die Inanspruchnahme des Grundstücks die in Satz 1 genannten Personen mehr als erforderlich oder in unzumutbarer Weise belasten würde.

**§ 16****Unterrichtung der Einwohnerinnen und Einwohner**

(1) Der Bürgermeister unterrichtet die Einwohnerinnen und Einwohner über allgemein bedeutsame Angelegenheiten der Gemeinde. Zu diesem Zweck sollen Einwohnerversammlungen abgehalten sowie andere geeignete Formen einer bürgernahen kommunalen Öffentlichkeitsarbeit angewendet werden. Das Nähere regelt die Hauptsatzung.

(2) Bei wichtigen Planungen und Vorhaben, die von der Gemeinde oder auf ihrem Gebiet von einem Zweckverband durchgeführt werden, sollen die Einwohnerinnen und Einwohner möglichst frühzeitig über die Grundlagen, Ziele und Auswirkungen unterrichtet werden. Soweit Planungen bedeutsame Investitionen oder Investitionsfördermaßnahmen betreffen, sind die beabsichtigte Finanzierung und die möglichen Folgen des Vorhabens für die Steuern, Beiträge und Hebesätze der Gemeinde darzustellen. Den Einwohnerinnen und Einwohnern ist Gelegenheit zur Äußerung zu geben. Vorschriften über eine förmliche Beteiligung oder Anhörung bleiben unberührt.

**§ 17****Fragestunde, Anhörung**

(1) Die Gemeindevertretung soll bei öffentlichen Sitzungen Einwohnerinnen und Einwohnern, die das 14. Lebensjahr vollendet haben, die Möglichkeit einräumen, zu Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft Fragen zu stellen und Vorschläge oder Anregungen zu unterbreiten. § 14 Absatz 3 gilt entsprechend.

(2) Die Gemeindevertretung kann beschließen, Sachverständige sowie Einwohnerinnen und Einwohner, die von dem Gegenstand der Beratung betroffen sind, anzuhören.

(3) Das Nähere regelt die Hauptsatzung.

**§ 18****Einwohnerantrag**

(1) Einwohnerinnen und Einwohner, die das 14. Lebensjahr vollendet haben, können beantragen, dass in der Gemeindevertretung eine wichtige Angelegenheit behandelt wird, die zum eigenen Wirkungskreis der Gemeinde gehört. Dies gilt nicht, wenn innerhalb des letzten Jahres bereits ein zulässiger Antrag gleichen Inhalts behandelt wurde.

(2) Der Einwohnerantrag muss schriftlich an die Gemeindevertretung gestellt werden und eine Begründung enthalten. Er muss von mindestens 5 Prozent oder von mindestens 2 000 der in Absatz 1 genannten Personen unterzeichnet sein. Über die Zulässigkeit des Antrags entscheidet die Gemeindevertretung.

(3) Zulässige Anträge hat die Gemeindevertretung unverzüglich zu behandeln.

**§ 19****Rechte und Pflichten der Bürgerinnen und Bürger**

- (1) Die verantwortliche Teilnahme an der gemeindlichen Selbstverwaltung ist Recht und Pflicht der Bürgerinnen und Bürger.
- (2) Die Bürgerinnen und Bürger sind verpflichtet, Ehrenämter und ehrenamtliche Tätigkeiten für die Gemeinde zu übernehmen und gewissenhaft und unparteiisch auszuüben.
- (3) Die Bestellung in ein Ehrenamt oder eine ehrenamtliche Tätigkeit erfolgt durch die Gemeindevertretung, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist. Die Gemeindevertretung kann diese Befugnis auf den Hauptausschuss oder auf den Bürgermeister übertragen. Aus einem wichtigen Grund in den persönlichen Lebensumständen können Betroffene ihre Bestellung ablehnen oder eine Abberufung verlangen.
- (4) Für die Ausübung von Ehrenämtern und ehrenamtlichen Tätigkeiten für die Gemeinde gelten die Bestimmungen über die Verschwiegenheit (§ 23 Absatz 6), Mitwirkungsverbote (§ 24), Vertretungsverbot (§ 26), Entschädigungen, Kündigungsschutz (§ 27) und die Verpflichtung (§ 28 Absatz 2 Satz 3) entsprechend.

**§ 20****Bürgerentscheid, Bürgerbegehren**

- (1) Wichtige Entscheidungen in Angelegenheiten des eigenen Wirkungskreises können statt durch Beschluss der Gemeindevertretung durch die Bürgerinnen und Bürger selbst getroffen werden (Bürgerentscheid). Ein Bürgerentscheid oder ein Beschluss nach Absatz 5 Satz 5 kann innerhalb von zwei Jahren nur durch einen neuen Bürgerentscheid geändert oder aufgehoben werden.
- (2) Ein Bürgerentscheid findet nicht statt über
1. die innere Organisation der Verwaltung,
  2. die Rechtsverhältnisse der für die Gemeinde haupt- oder ehrenamtlich tätigen Personen,
  3. Entscheidungen im Rahmen des gemeindlichen Haushalts-, Rechnungsprüfungs- und Abgabewesens und in diesem Rahmen auch Entscheidungen über Entgelte und kommunale Betriebe,
  4. Entscheidungen nach § 36 des Baugesetzbuches, die Aufstellung, Änderung und Aufhebung von Bauleitplänen sowie sonstige Angelegenheiten, die im Rahmen eines Planfeststellungsverfahrens oder eines förmlichen Verwaltungsverfahrens mit Öffentlichkeitsbeteiligung oder eines abfallrechtlichen, immissionschutzrechtlichen, wasserrechtlichen oder vergleichbaren Zulassungsverfahrens zu entscheiden sind,
  5. die Beteiligung an kommunaler Zusammenarbeit,
  6. Satzungen, durch die ein Anschluss- oder Benutzungszwang geregelt wird, sowie
  7. Anträge, die ein gesetzwidriges Ziel verfolgen.

(3) Die Gemeindevertretung kann im Benehmen mit der Rechtsaufsichtsbehörde mit der Mehrheit aller Mitglieder die Durchführung eines Bürgerentscheides beschließen (Vertreterbegehren). Der Beschluss muss die zu entscheidende Frage enthalten und den Zeitpunkt des Bürgerentscheides bestimmen.

(4) Die Bürgerinnen und Bürger können die Durchführung eines Bürgerentscheides beantragen (Bürgerbegehren), wenn innerhalb der letzten zwei Jahre nicht bereits ein Bürgerentscheid zur gleichen Angelegenheit durchgeführt worden ist. Richtet sich der Antrag gegen einen Beschluss der Gemeindevertretung, muss er innerhalb von sechs Wochen nach der Bekanntgabe des Beschlusses gestellt werden, es sei denn, der Beschluss wurde noch nicht durchgeführt.

(5) Das Bürgerbegehren muss schriftlich an die Gemeindevertretung gerichtet werden und die zu entscheidende Frage, eine Begründung und einen durchführbaren Vorschlag zur Deckung der Kosten der verlangten Maßnahme enthalten. Hinsichtlich der Kostendeckung können die Bürgerinnen und Bürger Beratung durch die Gemeinde in Anspruch nehmen. Das Bürgerbegehren muss von mindestens 10 Prozent der Bürgerinnen und Bürger oder von mindestens 4 000 Bürgerinnen und Bürgern unterzeichnet sein. Über die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens und den Zeitpunkt des Bürgerentscheides entscheidet die Gemeindevertretung unverzüglich im Benehmen mit der Rechtsaufsichtsbehörde. Der Bürgerentscheid entfällt, wenn die Gemeindevertretung oder der Hauptausschuss die Durchführung der beantragten Maßnahme beschließt.

(6) Bei einem Bürgerentscheid ist die gestellte Frage in dem Sinne entschieden, in dem sie von der Mehrheit der gültigen Stimmen beantwortet wurde, sofern diese Mehrheit mindestens 25 Prozent der Stimmberechtigten beträgt. Bei Stimmgleichheit gilt die Frage als mit Nein beantwortet. Ist die nach Satz 1 erforderliche Mehrheit nicht erreicht worden, hat die Gemeindevertretung die Angelegenheit zu entscheiden.

(7) Ein Bürgerentscheid über die Abberufung des Bürgermeisters kann nur durch einen Beschluss der Gemeindevertretung mit der Mehrheit von zwei Dritteln aller Mitglieder herbeigeführt werden. § 32 Absatz 1 Satz 1 gilt entsprechend. Der Bürgerentscheid bedarf der Mehrheit von zwei Dritteln der gültigen Stimmen, wobei diese Mehrheit mindestens einem Drittel der Stimmberechtigten entsprechen muss. Absatz 6 Satz 3 findet keine Anwendung. Mit dem Tag nach der Bekanntgabe des erfolgreichen Bürgerentscheides tritt der hauptamtliche Bürgermeister in den einstweiligen Ruhestand, sofern eine Wartezeit von fünf Jahren nach Maßgabe des Versorgungsrechts erfüllt wurde.

### **Abschnitt 3 Vertretung und Verwaltung**

#### **§ 21 Organe**

Organe der Gemeinde sind die Gemeindevertretung und der Bürgermeister.

## **§ 22 Gemeindevertretung**

(1) Die Gemeindevertretung ist die Vertretung der Bürgerinnen und Bürger und das oberste Willensbildungs- und Beschlussorgan der Gemeinde. In Städten führt sie die Bezeichnung Stadtvertretung. In kreisfreien und großen kreisangehörigen Städten kann in der Hauptsatzung festgelegt werden, dass sie die Bezeichnung Bürgerschaft führt, soweit dies mit ihrer Geschichte übereinstimmt.

(2) Die Gemeindevertretung ist für alle wichtigen Angelegenheiten der Gemeinde zuständig und überwacht die Durchführung ihrer Entscheidungen, soweit nicht durch Gesetz, Hauptsatzung oder Beschluss der Gemeindevertretung eine Übertragung auf den Hauptausschuss oder den Bürgermeister stattgefunden hat. Wichtig sind, neben den der Gemeindevertretung gesetzlich zugewiesenen Aufgaben, Angelegenheiten, die aufgrund ihrer politischen Bedeutung, ihrer wirtschaftlichen Auswirkungen oder als Grundlage für Einzelentscheidungen von grundsätzlicher Bedeutung für die Gemeinde sind. Die Gemeindevertretung kann Angelegenheiten, die sie übertragen hat, auch im Einzelfall jederzeit an sich ziehen. Wurde eine Angelegenheit durch die Hauptsatzung übertragen, kann die Gemeindevertretung sie nur durch Beschluss mit der Mehrheit aller Mitglieder an sich ziehen.

(3) Die Entscheidungen in folgenden Angelegenheiten können nicht übertragen werden:

1. Angelegenheiten, über die kraft Gesetzes die Gemeindevertretung entscheidet,
2. die Übernahme neuer Aufgaben, für die keine gesetzliche Verpflichtung besteht,
3. die Bestellung der Rechnungsprüferinnen und Rechnungsprüfer,
4. die allgemeinen Grundsätze, nach denen die Verwaltung geführt werden soll,
5. die Grundsätze der Personalentscheidungen,
6. der Erlass, die Änderung und die Aufhebung von Satzungen,
7. die Aufstellung, Änderung und Aufhebung von Flächennutzungsplänen,
8. die Haushaltssatzung, den Haushaltsplan, den Stellenplan, ein Haushaltssicherungskonzept, die Entgegennahme des Jahresabschlusses und die Entlastung des Bürgermeisters für die Haushaltsdurchführung,
9. die Errichtung, die Umwandlung des Zwecks, die Zusammenlegung und Aufhebung von Stiftungen sowie die Verwendung des Stiftungsvermögens,
10. die Errichtung, Übernahme, wesentliche Änderung der Aufgaben, wesentliche Erweiterung oder Einschränkung, Änderung der Organisationsform und Auflösung kommunaler Unternehmen und Einrichtungen sowie Beteiligung an Unternehmen und Einrichtungen,

11. die Ermittlung des Satzes öffentlicher Abgaben und die Festsetzung allgemeiner privatrechtlicher Entgelte,
12. die Bestellung und Wahl von Personen, die für die Gemeinde Mitgliedschaftsrechte in Organen, Beiräten oder Ausschüssen von juristischen Personen oder Personenvereinigungen wahrnehmen,
13. die Mitgliedschaft in kommunalen Verbänden und in Zweckverbänden, der Abschluss öffentlich-rechtlicher Verträge nach § 165 und § 167 sowie die Entscheidung über partnerschaftliche Beziehungen zu anderen Gemeinden,
14. Gebietsänderungen und
15. die Verleihung und die Aberkennung des Ehrenbürgerrechts und von Ehrenbezeichnungen.

(4) Die Hauptsatzung kann bestimmen, dass der Hauptausschuss oder der Bürgermeister Entscheidungen bis zu bestimmten Wertgrenzen in folgenden Angelegenheiten trifft:

1. die Genehmigung von Verträgen nach § 38 Absatz 6 Satz 6 und 7 und § 39 Absatz 2 Satz 11 und 12,
2. die Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen,
3. die Verfügung über Gemeindevermögen, insbesondere die Veräußerung oder Belastung von Grundstücken, Schenkungen, die Hingabe von Darlehen und die Aufnahme von Krediten durch die Gemeinde,
4. die Übernahme von Bürgschaften, der Abschluss von Gewährverträgen, die Bestellung sonstiger Sicherheiten für Dritte sowie wirtschaftlich gleich zu achtende Rechtsgeschäfte und
5. den Abschluss von städtebaulichen Verträgen, insbesondere Erschließungsverträgen und Durchführungsverträgen zu vorhabenbezogenen Bebauungsplänen.

Enthält die Hauptsatzung solche Regelungen nicht, obliegt die Entscheidung ausschließlich der Gemeindevertretung.

(5) Die Gemeindevertretung ist, soweit nichts anderes bestimmt ist, oberste Dienstbehörde. Sie kann ihre Befugnisse insoweit auf den Hauptausschuss oder auf den Bürgermeister übertragen, soweit durch Gesetz oder aufgrund eines Gesetzes nichts anderes bestimmt ist. Die Aufgaben als oberste Dienstbehörde des Bürgermeisters und der Beigeordneten sind nicht übertragbar. Die Gemeindevertretung übt ihre Befugnisse nach Satz 1 im Einvernehmen mit dem Bürgermeister aus, das durch Beschluss mit der Mehrheit aller Mitglieder der Gemeindevertretung ersetzt werden kann. Die Gemeindevertretung ist Dienstvorgesetzter des Bürgermeisters; sie hat keine Disziplinarbefugnis. Führt der Bürgermeister Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises durch, darf die Gemeindevertretung Aussagegenehmigungen nach § 47 Absatz 1 Satz 1 des Landesbeamtengesetzes nur mit Zustimmung der Fachaufsichtsbehörde erteilen.

(6) Die Gemeindevertretung gibt sich zur Regelung ihrer inneren Angelegenheiten eine Geschäftsordnung.

### **§ 23**

#### **Mitglieder der Gemeindevertretung**

(1) Die Mitglieder der Gemeindevertretung werden von den Bürgerinnen und Bürgern in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl auf die Dauer von fünf Jahren gewählt. Das Nähere regelt das Landes- und Kommunalwahlgesetz.

(2) Für Mitglieder der Gemeindevertretung kann die Hauptsatzung eine andere, mit der Geschichte der Gemeinde im Einklang stehende Bezeichnung vorsehen.

(3) Die Mitglieder der Gemeindevertretung üben ihr Mandat im Rahmen der Gesetze nach ihrer freien, nur dem Gemeinwohl verpflichteten Überzeugung aus. Sie sind an Aufträge und Verpflichtungen, durch welche die Freiheit ihrer Entschlüsse beschränkt wird, nicht gebunden. Die Mitglieder der Gemeindevertretung sind zur Teilnahme an den Sitzungen und zur Mitarbeit verpflichtet, wenn sie nicht aus wichtigem Grund verhindert sind. Sie können auf ihr Mandat jederzeit durch schriftliche, unwiderrufliche Erklärung gegenüber der oder dem Vorsitzenden der Gemeindevertretung verzichten.

(4) Jedes Mitglied der Gemeindevertretung ist berechtigt, in der Gemeindevertretung und in den Ausschüssen, denen es angehört, Anträge zu stellen.

(5) Die Mitglieder der Gemeindevertretung können sich zu Fraktionen zusammenschließen oder bestehenden Fraktionen mit deren Zustimmung beitreten. Eine Fraktion muss aus mindestens zwei, in Städten mit mehr als 25 Mitgliedern der Stadtvertretung aus mindestens drei und in Städten mit mehr als 37 Mitgliedern der Stadtvertretung aus mindestens vier Mitgliedern bestehen. Ihre innere Ordnung muss demokratischen und rechtsstaatlichen Grundsätzen entsprechen. Soweit die Fraktionen Zuwendungen aus dem Gemeindehaushalt erhalten, ist die Verwendung dieser Mittel im Rahmen der örtlichen Prüfung zu prüfen. Eine Verwendung der Zuwendungen für Parteaufgaben ist unzulässig. Näheres über die Bildung von Fraktionen, ihre Rechte und Pflichten regelt die Geschäftsordnung. In Gemeindevertretungen mit bis zu elf Mitgliedern stehen die Rechte nach § 29 Absatz 7 Satz 2, § 31 Absatz 2 Satz 5 und § 34 Absatz 2 auch jedem einzelnen Mitglied zu.

(6) Die Mitglieder der Gemeindevertretung sind zur Verschwiegenheit über die ihnen bei ihrer Tätigkeit bekannt gewordenen Angelegenheiten verpflichtet. Dies gilt nicht für Tatsachen, die offenkundig sind oder ihrer Bedeutung nach keiner Geheimhaltung bedürfen. Die Mitglieder der Gemeindevertretung dürfen ohne Genehmigung der Gemeindevertretung weder gerichtlich noch außergerichtlich Aussagen machen, soweit sie zur Verschwiegenheit verpflichtet sind. Die Verschwiegenheitspflicht besteht auch nach der Beendigung des Mandats fort.

(7) Nach Ablauf der Wahlperiode üben die bisherigen Mitglieder der Gemeindevertretung ihr Mandat bis zur konstituierenden Sitzung der neu gewählten Gemeindevertretung aus.

## § 24 Mitwirkungsverbote

(1) Die Mitglieder der Gemeindevertretung dürfen weder beratend noch entscheidend mitwirken oder sonst tätig werden,

1. wenn die Entscheidung ihnen selbst oder ihren Angehörigen im Sinne von § 20 Absatz 5 des Landesverwaltungsverfahrensgesetzes einen unmittelbaren Vorteil oder Nachteil bringen kann,
2. wenn sie zu dem Beratungsgegenstand in anderer als öffentlicher Eigenschaft ein Gutachten abgegeben haben,
3. wenn sie eine natürliche oder juristische Person oder eine Vereinigung vertreten, der die Entscheidung einen unmittelbaren Vorteil oder Nachteil bringen kann oder
4. wenn sie Bedienstete einer Aufsichtsbehörde sind und der Beratungsgegenstand einen unmittelbaren Bezug zu ihrem dienstlichen Aufgabenbereich besitzt.

(2) Die Mitwirkungsverbote des Absatzes 1 gelten nicht,

1. wenn der Vorteil oder der Nachteil nur darauf beruht, dass jemand einer Berufs- oder Bevölkerungsgruppe angehört, deren gemeinsame Interessen durch die Angelegenheit berührt werden,
2. bei Wahlen sowie bei Abberufungen, und
3. wenn die Vertretung der natürlichen oder juristischen Person oder Vereinigung auf Vorschlag der Gemeinde ausgeübt wird.

(3) Wer annehmen muss, nach Absatz 1 von der Mitwirkung ausgeschlossen zu sein, hat den Ausschließungsgrund unaufgefordert der oder dem Vorsitzenden der Gemeindevertretung anzuzeigen und den Sitzungsraum zu verlassen; bei einer öffentlichen Sitzung kann sie oder er sich in dem für die Öffentlichkeit bestimmten Teil des Sitzungsraumes aufhalten. Ob ein Ausschließungsgrund vorliegt, entscheidet in Zweifelsfällen die Gemeindevertretung in nichtöffentlicher Sitzung unter Ausschluss der betroffenen Person nach deren Anhörung.

(4) Eine Entscheidung, die unter Verstoß gegen das Mitwirkungsverbot zustande kommt oder bei der ein Mitglied der Gemeindevertretung ungerechtfertigt ausgeschlossen wird, ist unwirksam. Ein ungerechtfertigter Ausschluss eines Mitglieds der Gemeindevertretung ist von Anfang an unbeachtlich, wenn dieses der Entscheidung nachträglich zustimmt.

(5) Ein Verstoß gegen das Mitwirkungsverbot oder ein ungerechtfertigter Ausschluss eines Mitglieds der Gemeindevertretung kann nach Ablauf eines Jahres nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn, dass der Verstoß oder der ungerechtfertigte Ausschluss innerhalb dieser Frist schriftlich unter Bezeichnung der Tatsache, aus der sich der Verstoß oder der ungerechtfertigte Ausschluss ergibt, gegenüber der Gemeinde geltend gemacht wird. Die Jahresfrist beginnt am Tag nach der Beschlussfassung oder, sofern eine öffentliche Bekanntmachung erforderlich ist, am Tag nach der öffentlichen Bekanntmachung.

**§ 25**  
**Unvereinbarkeit von Amt und Mandat**

- (1) Mitglied der Gemeindevertretung können nicht solche Personen sein, die tätig sind als
1. Bedienstete im Dienst der Gemeinde oder des Amtes, dem die Gemeinde angehört, soweit diese Funktion nicht ehrenamtlich ausgeübt wird,
  2. im Beamtenverhältnis auf Zeit stehende Bedienstete des Landkreises, dem die Gemeinde angehört,
  3. leitende Bedienstete im Dienst eines Zweckverbandes oder einer sonstigen Körperschaft, Anstalt oder Stiftung des öffentlichen Rechts, der die Gemeinde oder das Amt angehört,
  4. Bedienstete einer Rechtsaufsichtsbehörde nach § 79, die entscheidend unmittelbar die Rechtsaufsicht oder die Rechnungsprüfung über die Gemeinde oder über das Amt wahrnehmen,
  5. leitende Angestellte eines privatrechtlichen Unternehmens oder Kommunalunternehmens, an dem die Gemeinde oder das Amt mittelbar oder unmittelbar mit mehr als 50 Prozent beteiligt ist.

Im Dienst des Amtes im Sinne des Satzes 1 Nummer 1 stehen auch Bedienstete der Gemeinde, die nach § 126 Absatz 1 Satz 3 die Verwaltung des Amtes wahrnimmt. Satz 1 gilt nicht für Arbeiterinnen und Arbeiter.

(2) Leitende Bedienstete oder leitende Angestellte im Sinne des Absatzes 1 Nummer 3 und 5 sind Vorstandsmitglieder sowie Personen, die die Verwaltungsleitung, Geschäftsführung oder vergleichbare Ämter innehaben, soweit die Funktion nicht ehrenamtlich ausgeübt wird.

(3) Die Mitglieder der Gemeindevertretung haben der oder dem Vorsitzenden der Gemeindevertretung ihren Beruf sowie andere vergütete oder ehrenamtliche Tätigkeiten nach den Absätzen 1 und 2 mitzuteilen.

(4) Bei Verstößen gegen Absatz 1 fordert die oder der Vorsitzende der Gemeindevertretung das Mitglied der Gemeindevertretung auf, innerhalb eines Monats zu erklären, ob es aus dem Arbeits- oder Dienstverhältnis ausscheiden oder auf das Mandat verzichten will. Die Mitgliedschaft in der Gemeindevertretung ruht von der Aufforderung durch die oder den Vorsitzenden an solange, wie das Arbeits- oder Dienstverhältnis und das Mandat nebeneinander bestehen. Gibt das Mitglied der Gemeindevertretung keine Erklärung ab, stellt die oder der Vorsitzende den Verlust des Mandats fest.

**§ 26**  
**Vertretungsverbot**

Mitglieder der Gemeindevertretung dürfen Ansprüche Dritter gegen die Gemeinde nicht geltend machen, es sei denn, dass sie als gesetzliche Vertreter handeln.

**§ 27**  
**Entschädigungen, Kündigungsschutz**

(1) Mitglieder der Gemeindevertretung haben Anspruch auf

1. Ersatz ihrer Auslagen,
2. Ersatz des entgangenen Arbeitsverdienstes,
3. Erstattung des auf den entgangenen Arbeitsverdienst entfallenden Arbeitgeberanteils zur Sozialversicherung, soweit dieser zu ihren Lasten an den Sozialversicherungsträger abgeführt wird, und
4. Reisekostenvergütung.

(2) Die Entschädigungen sind in der Hauptsatzung zu regeln.

(3) Der Ersatz der tatsächlichen Auslagen kann auch durch eine pauschalierte Aufwandsentschädigung erfolgen. Die Ansprüche auf Entschädigung sind nicht übertragbar. Auf sie kann nicht verzichtet werden, soweit ein Aufwand tatsächlich entstanden ist.

(4) Mitgliedern der Gemeindevertretung kann Ersatz für Sachschäden nach den für Beamte geltenden Bestimmungen geleistet werden.

(5) Wer als Mitglied der Gemeindevertretung tätig ist, darf aus einem Dienst- oder Arbeitsverhältnis nicht aus diesem Grund entlassen, gekündigt, versetzt oder abgeordnet werden. Ihm ist die für diese Tätigkeit notwendige freie Zeit zu gewähren.

(6) Niemand darf gehindert werden, sich um ein Mandat in der Gemeindevertretung zu bewerben, es anzunehmen oder auszuüben. Benachteiligungen am Arbeitsplatz im Zusammenhang mit der Bewerbung um ein Mandat, der Annahme und Ausübung eines Mandats sind unzulässig. Entgegenstehende Vereinbarungen sind nichtig.

**§ 28****Konstituierung der Gemeindevertretung, Vorsitz**

(1) Die Gemeindevertretung tritt innerhalb von sechs Wochen nach einer Kommunalwahl zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammen. Die Einberufung erfolgt durch die oder den bisherigen Vorsitzenden der Gemeindevertretung. Das an Lebensjahren älteste Mitglied der Gemeindevertretung eröffnet die Sitzung.

(2) In hauptamtlich verwalteten Gemeinden wird unter der Leitung des ältesten Mitglieds aus der Mitte der Gemeindevertretung die oder der Vorsitzende gewählt. Das älteste Mitglied verpflichtet die gewählte Person durch Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Pflichten und übergibt ihr die Leitung der Sitzung. Die oder der Vorsitzende verpflichtet die Mitglieder der Gemeindevertretung durch Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Pflichten.

(3) In ehrenamtlich verwalteten Gemeinden wird nach der Eröffnung der Sitzung der Bürgermeister von seinem Amtsvorgänger und dessen Stellvertreter ernannt. Danach übergibt das älteste Mitglied dem Bürgermeister die Leitung der Sitzung. Erfolgt aufgrund von Zweifeln an der Gültigkeit der Wahl keine Ernennung des Bürgermeisters, wird zunächst die Wahl und Ernennung der Stellvertreterinnen oder Stellvertreter nach § 40 Absatz 2 durchgeführt. Der Bürgermeister verpflichtet die Mitglieder der Gemeindevertretung durch Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Pflichten.

(4) Die Gemeindevertretung wird durch ihre Vorsitzende oder ihren Vorsitzenden vertreten. In Städten führen diese die Bezeichnung Stadtvertretervorsteherin oder Stadtvertretervorsteher, sofern die Hauptsatzung nicht eine andere Bezeichnung vorsieht. In ehrenamtlich verwalteten Gemeinden umfasst das Amt des Bürgermeisters auch die Aufgaben des Vorsitzenden der Gemeindevertretung.

(5) Die Gemeindevertretung wählt aus ihrer Mitte zwei Personen, die die Vorsitzende oder den Vorsitzenden im Verhinderungsfall vertreten. In Städten können zur Unterstützung der oder des Vorsitzenden Vorstände oder Präsidien der Stadtvertretung gebildet werden, denen neben den in Satz 1 genannten Personen weitere Mitglieder angehören können. Das Nähere regelt die Hauptsatzung. Sie kann bestimmen, dass die Bildung des Vorstands oder Präsidiums nach den Grundsätzen der Verhältniswahl erfolgt. In ehrenamtlich verwalteten Gemeinden nehmen die Stellvertreterinnen und Stellvertreter des Bürgermeisters die Aufgaben nach Satz 1 wahr.

**§ 29****Sitzungen der Gemeindevertretung**

(1) Die oder der Vorsitzende setzt im Benehmen mit dem Bürgermeister die Tagesordnung fest und beruft die Sitzungen der Gemeindevertretung schriftlich oder, sofern es die Geschäftsordnung bestimmt, elektronisch unter Mitteilung der Tagesordnung ein. Jedes Mitglied der Gemeindevertretung kann verlangen, seine Einladungen schriftlich statt elektronisch zu erhalten. Eine Angelegenheit muss auf die Tagesordnung gesetzt werden, wenn es ein Mitglied der Gemeindevertretung, eine Ortsteilvertretung oder der Bürgermeister beantragt. Die oder der Vorsitzende leitet die Sitzungen, sorgt für die Aufrechterhaltung der Ordnung und übt das Hausrecht aus.

- 
- (2) Die Gemeindevertretung tritt zusammen, so oft es die Geschäftslage erfordert. Die Geschäftsordnung kann einen Zeitraum vorsehen, nach dem die Gemeindevertretung einzuberufen ist. Die Gemeindevertretung muss unverzüglich einberufen werden, wenn es ein Viertel aller Mitglieder, eine Fraktion oder der Bürgermeister unter Angabe des Beratungsgegenstandes beantragt.
- (3) Die Ladungsfristen für ordentliche und für Dringlichkeitssitzungen sind in der Geschäftsordnung zu regeln. Eine Ladungsfrist von drei Tagen soll nicht unterschritten werden. Unter Einhaltung der Ladungsfrist sollen die Beschlussvorlagen der Verwaltung übersandt werden.
- (4) Die Mehrheit aller Mitglieder der Gemeindevertretung kann in der Sitzung die Erweiterung der Tagesordnung beschließen, wenn es sich um eine Angelegenheit handelt, die wegen besonderer Dringlichkeit keinen Aufschub bis zur nächsten Sitzung duldet.
- (5) Die Sitzungen der Gemeindevertretung sind öffentlich. Die Öffentlichkeit ist auszuschließen, wenn überwiegende Belange des öffentlichen Wohls oder berechnigte Interessen Einzelner es erfordern. Der Ausschluss der Öffentlichkeit kann in diesem Rahmen in der Hauptsatzung oder durch Beschluss der Gemeindevertretung angeordnet werden. Über den Ausschluss der Öffentlichkeit wird in nichtöffentlicher Sitzung beraten und mit der Mehrheit aller Mitglieder der Gemeindevertretung entschieden. In öffentlichen Sitzungen der Gemeindevertretung sind Film- und Tonaufnahmen durch die Medien zulässig, soweit dem nicht ein Viertel aller Mitglieder der Gemeindevertretung in geheimer Abstimmung widerspricht.
- (6) Zeit, Ort und Tagesordnung der Sitzung der Gemeindevertretung sind rechtzeitig vor der Sitzung öffentlich bekannt zu machen. Für Punkte der Tagesordnung, die nichtöffentlich behandelt werden sollen, gilt dies nur insoweit, als dadurch der Zweck der Nichtöffentlichkeit nicht gefährdet wird.
- (7) Der Bürgermeister nimmt an den Sitzungen der Gemeindevertretung teil. Er ist jederzeit berechnigt und auf Antrag eines Viertels aller Mitglieder der Gemeindevertretung oder einer Fraktion verpflichtet, zu einem Punkt der Tagesordnung vor der Gemeindevertretung Stellung zu nehmen. Die Sätze 1 und 2 gelten für Beigeordnete in Angelegenheiten ihres Geschäftsbereiches entsprechend.
- (8) Über jede Sitzung der Gemeindevertretung ist eine Niederschrift nach näherer Bestimmung in der Geschäftsordnung anzufertigen. Die Niederschriften über den öffentlichen Teil der Sitzungen sind der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

### **§ 30 Beschlussfähigkeit**

(1) Die Gemeindevertretung ist beschlussfähig, wenn alle Mitglieder der Gemeindevertretung ordnungsgemäß geladen wurden und mehr als die Hälfte davon zur Sitzung anwesend ist. Ein Mangel der Ladung ist unbeachtlich, wenn das betroffene Mitglied zur Sitzung erscheint. Die Beschlussfähigkeit ist zu Beginn der Sitzung durch die Vorsitzende oder den Vorsitzenden festzustellen. Danach bleibt die Gemeindevertretung solange beschlussfähig, bis die oder der Vorsitzende von sich aus oder auf Antrag eines Mitglieds die Beschlussunfähigkeit feststellt. Dieses Mitglied zählt zu den Anwesenden. Die oder der Vorsitzende hat die Beschlussunfähigkeit festzustellen, wenn weniger als ein Drittel aller Mitglieder anwesend ist.

(2) Ist mehr als die Hälfte aller Mitglieder der Gemeindevertretung nach § 24 ausgeschlossen, so ist die Gemeindevertretung beschlussfähig, wenn mehr als ein Drittel aller Mitglieder zur Sitzung anwesend ist.

(3) Ist eine Angelegenheit wegen Beschlussunfähigkeit der Gemeindevertretung zurückgestellt worden, so ist die Gemeindevertretung in einer nachfolgenden Sitzung für diese Angelegenheit beschlussfähig, wenn mindestens drei stimmberechtigte Mitglieder anwesend sind und bei der Ladung auf diese Vorschrift hingewiesen wurde. Sind weniger als drei stimmberechtigte Mitglieder anwesend, entscheidet der Bürgermeister mit Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde.

### **§ 31 Beschlussfassung**

(1) Beschlüsse der Gemeindevertretung werden, soweit nicht das Gesetz etwas anderes vorsieht, mit einfacher Mehrheit der anwesenden Mitglieder der Gemeindevertretung in offener Abstimmung gefasst. Die einfache Mehrheit ist erreicht, wenn die Zahl der Ja-Stimmen die der Nein-Stimmen übersteigt. Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen sind unbeachtlich. Sieht das Gesetz einen Anteil aller Mitglieder der Gemeindevertretung vor, so berechnet sich dieser nach der gesetzlichen Zahl der Mitglieder, vermindert um die in der laufenden Wahlperiode außer durch eine Ergänzungswahl nicht wieder besetzbaren Mandate. Für Personalentscheidungen, die keine Wahlen sind, gilt § 32 Absatz 1 Satz 2 und 3 entsprechend.

(2) Eine Abstimmung erfolgt nur über solche Anträge, die zu diesem Zeitpunkt schriftlich vorliegen oder mündlich zur Sitzungsniederschrift erklärt werden. Anträge, durch die der Gemeinde Mehraufwendungen, Mehrauszahlungen, Mindererträge oder Mindereinzahlungen entstehen, müssen bestimmen, wie die zu ihrer Deckung erforderlichen Mittel aufzubringen sind; der Teilhaushalt ist zu benennen. Anträge sowie Beschlussvorlagen, die die Umsetzung des Haushaltssicherungskonzeptes verzögern oder diesem entgegenstehen, müssen unter Benennung der berührten Maßnahme des Haushaltssicherungskonzeptes zusätzliche neue Maßnahmen benennen, die die entstehenden Mehraufwendungen, Mehrauszahlungen, Mindererträge oder Mindereinzahlungen vollständig kompensieren. Dabei ist die Eignung der neuen Maßnahmen darzustellen. Auf Antrag eines Viertels aller Mitglieder der Gemeindevertretung oder einer Fraktion wird namentlich abgestimmt. Geheime Abstimmungen sind unzulässig.

(3) In nichtöffentlicher Sitzung gefasste Beschlüsse der Gemeindevertretung sind spätestens in der nächsten öffentlichen Sitzung bekannt zu machen, soweit dadurch der Zweck der Nichtöffentlichkeit nicht gefährdet wird.

### **§ 32 Wahlen, Abberufungen**

(1) Abstimmungen über Personalangelegenheiten, die durch ein Gesetz als Wahlen bezeichnet sind, erfolgen geheim, sofern ein Mitglied der Gemeindevertretung dies beantragt, ansonsten durch Handzeichen. Gewählt ist, soweit nicht das Gesetz etwas anderes vorsieht, wer die meisten Stimmen erhält. Bei Stimmgleichheit entscheidet das Los, das durch die Vorsitzende oder den Vorsitzenden zu ziehen ist. Soweit nur eine Person zur Wahl steht, ist diese gewählt, wenn sie mehr Ja- als Nein-Stimmen erhält.

(2) Bestimmt dieses Gesetz, dass eine Wahl nach den Grundsätzen der Verhältniswahl zu erfolgen hat, so kann sich die Gemeindevertretung auf eine einvernehmliche Besetzung der Wahlstellen verständigen. Kommt eine solche Verständigung nicht zustande, wird über konkurrierende Wahlvorschlagslisten abgestimmt. Wahlvorschlagslisten können nur durch Fraktionen oder Zählgemeinschaften eingereicht werden. Zu Zählgemeinschaften können sich fraktionslose Mitglieder der Gemeindevertretung untereinander oder mit einer Fraktion zusammenschließen. Ein weitergehender Zusammenschluss zu einer Zählgemeinschaft ist nur zulässig, wenn dadurch andere Fraktionen oder Zählgemeinschaften nicht benachteiligt werden. Die Unzulässigkeit einer Zählgemeinschaft ist unbeachtlich, wenn sie nicht vor Beginn der Abstimmung geltend gemacht wird. Über die Wahlvorschlagslisten der Fraktionen und Zählgemeinschaften stimmt die Gemeindevertretung in einem Wahlgang ab. Die Wahlstellen werden entsprechend den auf die Listen entfallenen Stimmzahlen besetzt. Bei Bedarf entscheidet das Los. Ein Mitglied der Gemeindevertretung gilt als aus einer nach den Grundsätzen der Verhältniswahl vergebenen Funktion abberufen, wenn es Mitglied einer Fraktion wird, von der es nicht vorgeschlagen wurde, oder die nicht der Zählgemeinschaft angehört hat, von der es vorgeschlagen wurde. Die Wiederbesetzung frei gewordener Wahlstellen bestimmt sich nach Satz 1 bis 7, wobei die bereits besetzten Stellen anzurechnen sind. Wird eine Wahlstelle frei, erfolgt auf Antrag einer Fraktion eine vollständige Neubesetzung des Gremiums, zu dem die Wahlstelle gehört. Das Nähere regelt die Geschäftsordnung.

(3) Die Gemeindevertretung kann eine von ihr gewählte Person aus ihrer Funktion abberufen. Ein Abberufungsbeschluss bedarf der Mehrheit aller Mitglieder der Gemeindevertretung. Absatz 1 Satz 1 gilt entsprechend.

(4) Die Beigeordneten können auf schriftlichen Antrag von mehr als der Hälfte aller Mitglieder der Gemeindevertretung mit einer Mehrheit von zwei Dritteln aller Mitglieder aus ihrem Amt abberufen werden. Zwischen Antrag und Abstimmung müssen mindestens zwei Wochen liegen. Mit dem Tag der Abberufung treten die Beigeordneten in den einstweiligen Ruhestand, sofern eine Wartezeit von fünf Jahren nach Maßgabe des Versorgungsrechts erfüllt wurde. Die Sätze 1 bis 3 gelten entsprechend für den Bürgermeister, der aufgrund der Bestimmungen des Landes- und Kommunalwahlgesetzes durch die Gemeindevertretung gewählt wurde.

(5) Der direkt gewählte Bürgermeister kann nur durch Bürgerentscheid abberufen werden. Das Nähere regelt § 20.

(6) Ein durch Wahl besetztes Amt endet, wenn eine Wählbarkeitsvoraussetzung, die auf Dauer vorliegen muss, nachträglich entfällt. Die beamtenrechtlichen Vorschriften bleiben unberührt.

### **§ 33**

#### **Widerspruch gegen Beschlüsse der Gemeindevertretung und beschließender Ausschüsse**

(1) Verletzt ein Beschluss der Gemeindevertretung das Recht, so hat der Bürgermeister dem Beschluss zu widersprechen. Der Bürgermeister kann einem Beschluss widersprechen, wenn dieser das Wohl der Gemeinde gefährdet. Der Widerspruch muss binnen zwei Wochen nach der Beschlussfassung schriftlich eingelegt und begründet werden. Er hat aufschiebende Wirkung. Die Gemeindevertretung muss über die Angelegenheit in der nächsten Sitzung beschließen.

(2) Verletzt auch der neue Beschluss das Recht, so hat ihn der Bürgermeister schriftlich unter Darlegung der Gründe binnen zwei Wochen nach der Beschlussfassung zu beanstanden und die Beanstandung der Rechtsaufsichtsbehörde anzuzeigen. Die Beanstandung hat aufschiebende Wirkung. Gegen die Beanstandung steht der Gemeindevertretung die Klage vor dem Verwaltungsgericht zu.

(3) Verletzt ein Beschluss eines beschließenden Ausschusses das Recht, so hat der Bürgermeister dem Beschluss zu widersprechen. Absatz 1 Satz 2 bis 4 gilt entsprechend. Der Hauptausschuss muss über den Widerspruch in der nächsten Sitzung beraten. Gibt er ihm nicht statt, beschließt die Gemeindevertretung über den Widerspruch. Absatz 2 gilt entsprechend.

(4) Für den Jugendhilfeausschuss gelten anstelle des Absatzes 3 die Absätze 1 und 2 entsprechend.

### **§ 34**

#### **Kontrolle der Verwaltung**

(1) Die Gemeindevertretung ist vom Bürgermeister über alle wesentlichen Angelegenheiten der Gemeindeverwaltung zu unterrichten. Er unterrichtet die Gemeindevertretung mindestens halbjährlich über die Entscheidungen, die er nach § 22 Absatz 4 und 5 getroffen hat.

(2) Der Bürgermeister und die Beigeordneten sind verpflichtet, der Gemeindevertretung auf Antrag eines Viertels aller Mitglieder der Gemeindevertretung oder einer Fraktion Auskunft zu erteilen.

(3) Jedes Mitglied der Gemeindevertretung kann an den Bürgermeister schriftliche oder in einer Sitzung der Gemeindevertretung mündliche Anfragen stellen, die in angemessener Frist zu beantworten sind. Das Nähere regelt die Hauptsatzung.

(4) In Einzelfällen ist auf Antrag eines Viertels aller Mitglieder der Gemeindevertretung oder einer Fraktion einzelnen, von den Antragstellern jeweils zu benennenden Mitgliedern der Gemeindevertretung Akteneinsicht zu gewähren, soweit dem nicht schutzwürdige Belange Betroffener oder Dritter oder zu schützende Interessen des Landes oder des Bundes entgegenstehen. Entsprechendes gilt für Vorsitzende eines Ausschusses, wenn der Ausschuss dies durch Beschluss beantragt.

### **§ 35 Hauptausschuss**

(1) In hauptamtlich verwalteten Gemeinden bildet die Gemeindevertretung einen Hauptausschuss. In anderen Gemeinden kann ein Hauptausschuss gebildet werden. Die Hauptsatzung bestimmt, wie viele Mitglieder der Hauptausschuss hat und ob stellvertretende Mitglieder zu wählen sind. Die Besetzung erfolgt nach den Grundsätzen der Verhältniswahl. Vorsitzendes Mitglied des Hauptausschusses ist der Bürgermeister. In ehrenamtlich verwalteten Gemeinden hat der Bürgermeister bei der Besetzung des Hauptausschusses seine Stimme offen abzugeben. Sein Mandat ist auf den Wahlvorschlag anzurechnen, für den er gestimmt hat.

(2) Der Hauptausschuss koordiniert die Arbeit aller Ausschüsse der Gemeindevertretung. Er entscheidet nach den von der Gemeindevertretung festgelegten Richtlinien über die Planung der Verwaltungsaufgaben von besonderer Bedeutung. Er entscheidet in Angelegenheiten, die ihm durch Beschluss der Gemeindevertretung oder durch die Hauptsatzung übertragen sind. Der Hauptausschuss entscheidet auch in dringenden Angelegenheiten, deren Erledigung nicht bis zu einer Dringlichkeitssitzung der Gemeindevertretung aufgeschoben werden kann. Diese Entscheidungen bedürfen der Genehmigung durch die Gemeindevertretung.

(3) Soweit dem Hauptausschuss Personalentscheidungen zugewiesen sind, entscheidet er im Einvernehmen mit dem Bürgermeister. Wird kein Einvernehmen erzielt, kann die Gemeindevertretung das Einvernehmen des Bürgermeisters mit der Mehrheit aller Mitglieder der Gemeindevertretung ersetzen.

(4) Die Mitglieder der Gemeindevertretung und die Beigeordneten haben das Recht, den Sitzungen des Hauptausschusses beizuwohnen. Die Beigeordneten haben daneben das Recht, in Angelegenheiten ihres Geschäftsbereiches das Wort zu verlangen. Sie sind auf Antrag der Mehrheit aller Mitglieder des Hauptausschusses zur Teilnahme verpflichtet. Die Hauptsatzung kann bestimmen, dass die Sitzungen des Hauptausschusses öffentlich stattfinden. In diesem Fall gilt § 29 Absatz 5 entsprechend.

(5) Im Übrigen gelten für den Hauptausschuss § 29 Absatz 1 bis 4 und 8 sowie §§ 30, 31 Absatz 1 und 2 entsprechend.

**§ 36****Beratende und weitere Ausschüsse**

(1) Die Gemeindevertretung kann zur Vorbereitung ihrer Beschlüsse ständige oder zeitweilige Ausschüsse bilden, die beratend tätig werden. Die Besetzung der Ausschüsse erfolgt nach den Grundsätzen der Verhältniswahl. Soweit nicht gesetzlich vorgeschrieben, regelt die Hauptsatzung Bildung, Zusammensetzung und Aufgaben der Ausschüsse. Sie bestimmt auch, ob stellvertretende Mitglieder zu wählen sind.

(2) In jeder Gemeinde ist ein Finanzausschuss zu bilden. Die Hauptsatzung kann vorsehen, dass die Aufgaben des Finanzausschusses vom Hauptausschuss wahrgenommen werden. Der Finanzausschuss bereitet die Haushaltssatzung der Gemeinde und die für die Durchführung des Haushaltsplanes und des Finanzplanes erforderlichen Entscheidungen vor. Er kann die Haushaltsführung der Gemeinde begleiten. In jeder Gemeinde ist ein Rechnungsprüfungsausschuss nach dem Kommunalprüfungsgesetz zu bilden. Amtsangehörige Gemeinden können den Rechnungsprüfungsausschuss des Amtes in Anspruch nehmen.

(3) Der Bürgermeister hat das Recht, beratend an allen Ausschusssitzungen teilzunehmen. Er ist auf Antrag der Mehrheit aller Mitglieder eines Ausschusses zur Teilnahme verpflichtet. Gleiches gilt für die Beigeordneten in Angelegenheiten ihres Geschäftsbereichs.

(4) Wird ein Ausschuss neu gebildet oder vollständig neu besetzt, so lädt die oder der Vorsitzende der Gemeindevertretung zur ersten Ausschusssitzung ein. In dieser Sitzung werden die oder der Vorsitzende des Ausschusses sowie zwei Personen, die sie oder ihn vertreten, gewählt.

(5) Die Hauptsatzung kann bestimmen, dass neben einer Mehrheit von Mitgliedern der Gemeindevertretung auch weitere sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner in die beratenden Ausschüsse zu berufen sind. Die Hinzuziehung von Sachverständigen ist zulässig. Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner haben für die Teilnahme im Ausschuss die gleichen Rechte und Pflichten wie Mitglieder der Gemeindevertretung. §§ 24 bis 27 und 28 Absatz 2 Satz 3 gelten entsprechend.

(6) Die Mitglieder der Gemeindevertretung haben das Recht, den Sitzungen der beratenden Ausschüsse beizuwohnen. Die Hauptsatzung kann bestimmen, dass die Ausschusssitzungen öffentlich stattfinden. In diesem Fall gelten § 17 Absatz 2, § 29 Absatz 5 und 6 sowie § 31 Absatz 3 entsprechend.

(7) Im Übrigen gelten für die beratenden Ausschüsse § 29 Absatz 1 bis 4 und 8 und §§ 30, 31 Absatz 1 und 2 entsprechend. Gesetzliche oder aufgrund dieses Gesetzes ergangene Regelungen über die Bildung und die Zuständigkeiten weiterer Ausschüsse bleiben unberührt.

**§ 37****Wahl und Amtszeit der Bürgermeisterin oder des Bürgermeisters**

(1) Die Bürgerinnen und Bürger wählen die Bürgermeisterin oder den Bürgermeister in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl. Das Nähere regelt das Landes- und Kommunalwahlgesetz.

(2) Die Amtszeit beträgt in hauptamtlich verwalteten Gemeinden mindestens sieben und höchstens neun Jahre. Sie wird durch die Hauptsatzung bestimmt. Auf Antrag einer Fraktion oder eines Viertels aller Mitglieder der Gemeindevertretung ist die Stelle spätestens drei Monate vor dem Wahltag mit einer Bewerbungsfrist von mindestens einem Monat überregional öffentlich auszuschreiben. Nach Ablauf der in der Hauptsatzung bestimmten Amtszeit bleibt die hauptamtliche Bürgermeisterin oder der hauptamtliche Bürgermeister bis zum Amtsantritt der Nachfolgerin oder des Nachfolgers, längstens aber sechs Monate, im Amt. Für die Dauer der Weiterführung der Amtsgeschäfte besteht das Beamtenverhältnis auf Zeit fort, ohne dass es einer erneuten Ernennung bedarf; die bisherigen Bezüge sind weiterzugewähren. Eine hauptamtliche Bürgermeisterin oder ein hauptamtlicher Bürgermeister ist verpflichtet, sich einmal zur Wiederwahl zu stellen. Wird diese Obliegenheit nicht erfüllt, ist die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister mit Ablauf der Amtszeit aus dem Beamtenverhältnis entlassen.

(3) In ehrenamtlich verwalteten Gemeinden entspricht die Amtszeit der Wahlperiode der Gemeindevertretung. Nach Ablauf der Wahlperiode der Gemeindevertretung endet die Amtszeit mit dem Amtsantritt der neu gewählten Bürgermeisterin oder des neu gewählten Bürgermeisters oder mit dem Amtsantritt einer Stellvertreterin oder eines Stellvertreters.

(4) Das Wahlergebnis ist der Rechtsaufsichtsbehörde unverzüglich anzuzeigen; bei der Wahl in hauptamtlich verwalteten Gemeinden sind die Sitzungsniederschriften des Wahlausschusses über die Zulassung der zur Wahl stehenden Personen und über die Feststellung des Wahlergebnisses vorzulegen. Die gewählte Person wird unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Zeit beziehungsweise als Ehrenbeamtin oder Ehrenbeamter für die Dauer der Amtszeit zur Bürgermeisterin oder zum Bürgermeister ernannt. Die Ernennung erfolgt, wenn kein Einspruch gegen die Gültigkeit der Wahl nach § 35 Absatz 1 des Landes- und Kommunalwahlgesetzes eingelegt worden ist, oder wenn die Gemeindevertretung die Einsprüche nach § 40 Absatz 5 des Landes- und Kommunalwahlgesetzes zurückgewiesen hat. Die Anzeige gilt als gesetzliche Mitwirkung nach § 12 Absatz 1 Nummer 4 des Beamtenstatusgesetzes vom 17. Juni 2008 (BGBl. I S. 1010), das durch Artikel 15 Absatz 16 des Gesetzes vom 5. Februar 2009 (BGBl. I S. 160) geändert worden ist. Mit der Ernennung tritt die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister das Amt an. Bei einer Wiederwahl ist eine neue Ernennungsurkunde auszuhändigen.

### **§ 38 Hauptamtlicher Bürgermeister**

(1) Kreisfreie und große kreisangehörige Städte, amtsfreie Gemeinden (§ 125 Absatz 4 und 5) sowie geschäftsführende Gemeinden (§ 126 Absatz 1) haben einen hauptamtlichen Bürgermeister. In kreisfreien und großen kreisangehörigen Städten führt er die Bezeichnung Oberbürgermeister, sofern die Hauptsatzung nicht die Bezeichnung Bürgermeister vorsieht.

(2) Der Bürgermeister ist gesetzlicher Vertreter der Gemeinde. Er leitet die Verwaltung und ist für die sachgerechte Erledigung der Aufgaben und den ordnungsgemäßen Gang der Verwaltung verantwortlich. Der Bürgermeister führt mit den ihm unmittelbar nachgeordneten leitenden Bediensteten regelmäßige Beratungen durch, um eine einheitliche Verwaltungsführung zu gewährleisten. Er ist Dienstvorgesetzter der Gemeindebediensteten ohne Disziplinarbefugnis gegenüber den Beigeordneten. Er kann einzelne Befugnisse nach Satz 4 übertragen.

(3) Im eigenen Wirkungskreis der Gemeinde bereitet der Bürgermeister die Beschlüsse der Gemeindevertretung und des Hauptausschusses vor und führt sie aus. Der Bürgermeister ist für die Geschäfte der laufenden Verwaltung zuständig. Zu den Geschäften der laufenden Verwaltung zählen insbesondere Entscheidungen von geringer wirtschaftlicher Bedeutung, Entscheidungen, die den laufenden Betrieb der Verwaltung aufrechterhalten, sowie gesetzlich oder tariflich gebundene Entscheidungen.

(4) Der Bürgermeister entscheidet in eigener Zuständigkeit alle Angelegenheiten, die nicht von der Gemeindevertretung oder dem Hauptausschuss wahrgenommen werden. In Fällen äußerster Dringlichkeit entscheidet er anstelle des Hauptausschusses. Diese Entscheidungen bedürfen der Genehmigung durch den Hauptausschuss, soweit dieser zuständig ist, im Übrigen durch die Gemeindevertretung.

(5) Der Bürgermeister führt die Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises der Gemeinde durch. Er ist dafür der zuständigen Fachaufsichtsbehörde verantwortlich. Soweit der Bürgermeister bei der Durchführung dieser Aufgaben Ermessen hat, kann er sich mit der Gemeindevertretung oder ihren Ausschüssen beraten. Er hat die Gemeindevertretung über Angelegenheiten von besonderer Bedeutung zu unterrichten.

(6) Erklärungen, durch die die Gemeinde verpflichtet werden soll oder mit denen eine Vollmacht erteilt wird, bedürfen der Schriftform. Sie sind vom Bürgermeister sowie einem seiner Stellvertreter handschriftlich zu unterzeichnen und mit dem Dienstsiegel zu versehen. Die Hauptsatzung kann Wertgrenzen bestimmen, bis zu denen es dieser Formvorschriften ganz oder teilweise nicht bedarf. Satz 2 gilt auch für die Ausfertigung von Urkunden nach beamtenrechtlichen Vorschriften und für den Abschluss von Arbeitsverträgen. Erklärungen, die diesen Formvorschriften nicht genügen, bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Genehmigung durch die Gemeindevertretung. Verträge der Gemeinde mit Mitgliedern der Gemeindevertretung und der Ausschüsse sowie mit dem Bürgermeister und leitenden Bediensteten der Gemeinde bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Genehmigung durch die Gemeindevertretung. Gleiches gilt für Verträge der Gemeinde mit natürlichen oder juristischen Personen oder Vereinigungen, die durch die in Satz 6 genannten Personen vertreten werden.

(7) Die Regelung der inneren Organisation der Verwaltung und der Geschäftsverteilung obliegt dem Bürgermeister. § 22 Absatz 3 Nummer 4 und 5 bleibt unberührt.

(8) Liegen in der Person des Bürgermeisters Ausschließungsgründe nach § 24 vor, so darf er nicht tätig werden. § 20 des Landesverwaltungsverfahrensgesetzes bleibt unberührt.

(9) In Gemeinden mit mehr als 20 000 Einwohnerinnen und Einwohnern muss der Bürgermeister oder jemand aus der ihm unmittelbar nachgeordneten leitenden Mitarbeiterschaft der Gemeinde die Befähigung zum Richteramt besitzen. In amtsfreien Gemeinden mit mehr als 5 000 Einwohnerinnen und Einwohnern sowie in geschäftsführenden Gemeinden muss der Bürgermeister oder jemand aus der ihm unmittelbar nachgeordneten Mitarbeiterschaft ein verwaltungswissenschaftliches Studium, das auf die Tätigkeit in der öffentlichen Verwaltung vorbereitet, mit einem Bachelorgrad oder vergleichbaren Grad erfolgreich abgeschlossen haben. Die Voraussetzung nach Satz 2 erfüllen auch Bedienstete, die die Laufbahnbefähigung für den gehobenen allgemeinen Verwaltungsdienst bis zum Tag vor dem Inkrafttreten des Landesbeamtengesetzes erworben haben, sowie Angestellte mit zehnjähriger Berufserfahrung im öffentlichen Dienst, davon fünf Jahre bei einer Kommunalverwaltung oder einer Rechtsaufsichtsbehörde, die Tätigkeiten wahrgenommen haben, die mindestens dem ersten Einstiegsamt der Laufbahngruppe 2 in der Fachrichtung des Allgemeinen Dienstes entsprechen.

### **§ 39 Ehrenamtlicher Bürgermeister**

(1) Amtsangehörige Gemeinden, die nicht die Geschäfte des Amtes führen, haben einen ehrenamtlichen Bürgermeister.

(2) Der Bürgermeister ist gesetzlicher Vertreter der Gemeinde. Er nimmt die Aufgaben des Vorsitzenden der Gemeindevertretung wahr. Der Bürgermeister ist Dienstvorgesetzter der Gemeindebediensteten. Er kann einzelne Befugnisse nach Satz 3 übertragen. Erklärungen, durch die die Gemeinde verpflichtet werden soll oder mit denen eine Vollmacht erteilt wird, bedürfen der Schriftform. Sie sind vom Bürgermeister sowie einem seiner Stellvertreter handschriftlich zu unterzeichnen und mit dem Dienstsiegel zu versehen. Die Hauptsatzung kann Wertgrenzen bestimmen, bis zu denen es dieser Formvorschriften ganz oder teilweise nicht bedarf. Satz 6 gilt auch für die Ausfertigung von Urkunden nach beamtenrechtlichen Vorschriften und für den Abschluss von Arbeitsverträgen. Erklärungen, die diesen Formvorschriften nicht genügen, bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Genehmigung durch die Gemeindevertretung. Die Zuständigkeiten des Amtsvorstehers bleiben unberührt. Verträge der Gemeinde mit Mitgliedern der Gemeindevertretung und der Ausschüsse bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Genehmigung durch die Gemeindevertretung. Gleiches gilt für Verträge der Gemeinde mit natürlichen oder juristischen Personen oder Vereinigungen, die durch die in Satz 11 genannten Personen vertreten werden.

(3) Der Bürgermeister entscheidet in eigener Zuständigkeit alle Angelegenheiten, die nicht von der Gemeindevertretung oder dem Hauptausschuss wahrgenommen werden. Soweit er dies nicht generell oder im Einzelfall dem Amt übertragen hat, entscheidet der Bürgermeister in Angelegenheiten von geringer wirtschaftlicher Bedeutung und trifft gesetzlich oder tariflich gebundene Entscheidungen. In Fällen äußerster Dringlichkeit entscheidet er anstelle des Hauptausschusses oder der Gemeindevertretung, wenn ein Hauptausschuss nicht eingerichtet ist. Diese Entscheidungen bedürfen der Genehmigung durch den Hauptausschuss, soweit dieser zuständig ist, im Übrigen durch die Gemeindevertretung.

(4) Liegen in der Person des Bürgermeisters Ausschließungsgründe nach § 24 vor, so darf er nicht tätig werden. § 20 des Landesverwaltungsverfahrensgesetzes bleibt unberührt.

(5) Der ehrenamtliche Bürgermeister erhält mit seiner Ernennung zum Ehrenbeamten alle Rechte und Pflichten eines Mitglieds der Gemeindevertretung. Er wird auf die gesetzliche Zahl der Mitglieder der Gemeindevertretung nach § 60 Absatz 2 Satz 1 des Landes- und Kommunalwahlgesetzes angerechnet.

#### **§ 40**

##### **Stellvertretung des Bürgermeisters, Beigeordnete**

(1) Die Gemeindevertretung bestimmt die Stellvertretung des Bürgermeisters durch Wahl zweier Personen, die den Bürgermeister im Fall seiner Verhinderung vertreten. Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der Stimmen aller Mitglieder der Gemeindevertretung erhält. Wird diese Mehrheit nicht erreicht, so wird über dieselben Personen erneut abgestimmt. Erhält auch dann niemand die erforderliche Mehrheit, so ist die Wahl in einer späteren Sitzung zu wiederholen, wenn nur eine Person zur Wahl stand. Bei zwei oder mehr Personen findet eine Stichwahl zwischen den beiden Personen mit der höchsten Stimmenzahl statt, bei der gewählt ist, wer die meisten Stimmen erhält. Die Reihenfolge der Stellvertretung ist mit der Wahl festzulegen.

(2) In ehrenamtlich verwalteten Gemeinden erfolgt die Wahl durch die Gemeindevertretung für die Dauer ihrer Wahlperiode aus ihrer Mitte. Die Stellvertreterinnen und Stellvertreter sind für die Dauer ihrer Amtszeit in das Beamtenverhältnis als Ehrenbeamtin oder Ehrenbeamter zu berufen. § 37 Absatz 3 Satz 2 und § 39 Absatz 4 gelten entsprechend.

(3) In hauptamtlich verwalteten Gemeinden erfolgt die Wahl durch die Gemeindevertretung für die Dauer ihrer Wahlperiode aus dem Kreis der dem Bürgermeister unmittelbar nachgeordneten leitenden Bediensteten. § 19 Absatz 2 und Absatz 3 Satz 3 gilt entsprechend. Das Wahlergebnis ist der Rechtsaufsichtsbehörde durch Übersendung eines Protokollauszugs anzuzeigen. Die Hauptsatzung kann für die Stellvertreterinnen und Stellvertreter des Bürgermeisters eine andere Bezeichnung, die mit der Geschichte der Stadt übereinstimmt, vorsehen. Die Stellvertreterinnen und Stellvertreter sind für die Dauer ihrer Amtszeit in das Beamtenverhältnis als Ehrenbeamtin oder Ehrenbeamter zu berufen. Ihr bisheriges Dienst- oder Arbeitsverhältnis bleibt davon unberührt. Für sie gelten §§ 24, 26, 27, 37 Absatz 3 Satz 2 und § 39 Absatz 4 entsprechend.

(4) In großen kreisangehörigen Städten können bis zu zwei, in kreisfreien Städten bis zu drei und in kreisfreien Städten mit mehr als 100 000 Einwohnerinnen und Einwohnern bis zu vier hauptamtliche Beigeordnete gewählt werden. Für sie gilt § 38 Absatz 8 entsprechend. Die Hauptsatzung kann für die Beigeordneten eine andere Bezeichnung, die mit der Geschichte der Stadt übereinstimmt, vorsehen. Die Beigeordneten sind dem Oberbürgermeister unmittelbar nachgeordnete leitende Bedienstete der Stadtverwaltung. Die Übertragung eines amtsangemessenen Aufgabenbereichs erfolgt durch den Oberbürgermeister mit Zustimmung der Stadtvertretung. Spätere Änderungen des Aufgabenbereichs bedürfen der Zustimmung der Stadtvertretung, oder, soweit die Hauptsatzung dies bestimmt, des Hauptausschusses, wenn sie eine Verlagerung von mehr als 10 Prozent der dem Aufgabenbereich ursprünglich zugewiesenen Dienstposten zur Folge haben. Mit Ausnahme der in §§ 29, 33 und 38 Absatz 4 genannten Aufgaben erfolgt durch die Beigeordneten in ihrem Aufgabenbereich eine ständige Vertretung des Oberbürgermeisters, dessen fachlicher Weisung sie unterstehen. Sofern die Hauptsatzung die Wahl von Beigeordneten vorsieht, erstreckt sich die Wahl zugleich auf die Funktion des 1. oder 2. Stellvertreters des Oberbürgermeisters. Soweit nach der Hauptsatzung von der Wahl von Beigeordneten abgesehen wird, gilt für die Stellvertretung des Oberbürgermeisters § 40 Absatz 3 entsprechend. Ist nach der Hauptsatzung nur eine Beigeordnete oder ein Beigeordneter zu wählen, erstreckt sich die Wahl zugleich auf die Funktion des 1. Stellvertreters des Oberbürgermeisters.

(5) Für die Wahl und Amtszeit der Beigeordneten gelten Absatz 1, § 37 Absatz 2 und § 3 Absatz 3 Satz 2 des Landes- und Kommunalwahlgesetzes entsprechend. Beigeordnete müssen die für ihr Amt erforderliche Eignung, Befähigung und Sachkunde besitzen. Den Mitgliedern der Stadtvertretung ist Gelegenheit zu geben, rechtzeitig vor der Wahl die Bewerbungsunterlagen aller zur Wahl stehenden Personen einzusehen; dies gilt auch dann, wenn eine öffentliche Ausschreibung der Stellen unterblieben ist. Die Wahl ist der Rechtsaufsichtsbehörde binnen einer Woche anzuzeigen; dabei sind die zur Prüfung der Rechtmäßigkeit der Wahl erforderlichen Unterlagen, insbesondere über die Voraussetzungen nach den Sätzen 2 und 3 sowie die Sitzungsniederschrift, vorzulegen. Die Rechtsaufsichtsbehörde kann einer rechtswidrigen Wahl innerhalb von sechs Wochen nach Anzeige der Wahl widersprechen; § 81 gilt entsprechend. Widerspricht die Rechtsaufsichtsbehörde nicht innerhalb der in Satz 5 genannten Frist, sind die Gewählten für die Dauer ihrer Amtszeit unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Zeit zu Beigeordneten zu ernennen. Die Beteiligung der Rechtsaufsichtsbehörde gilt als gesetzliche Mitwirkung nach § 12 Absatz 1 Nummer 4 des Beamtenstatusgesetzes. Bei einer Wiederwahl ist eine neue Ernennungsurkunde auszuhändigen.

#### **§ 41**

#### **Gleichstellungsbeauftragte**

(1) Die Förderung der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern ist auch eine Aufgabe der Gemeinden. Dafür bestellen hauptamtlich verwaltete Gemeinden Gleichstellungsbeauftragte, die in Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnerinnen und Einwohnern hauptamtlich tätig sind. Andere Gemeinden können Gleichstellungsbeauftragte bestellen, die ehrenamtlich tätig sein können. Für ehrenamtlich tätige Gleichstellungsbeauftragte gilt § 27 entsprechend.

(2) Die Bestellung erfolgt, soweit nicht durch die Hauptsatzung eine Übertragung auf den Hauptausschuss stattgefunden hat, durch die Gemeindevertretung. Die Aufhebung der Bestellung bedarf eines Beschlusses mit der Mehrheit von zwei Dritteln aller Mitglieder der Gemeindevertretung.

(3) Die Gleichstellungsbeauftragte ist Teil der Gemeindeverwaltung. Sie kann an den Sitzungen der Gemeindevertretung und der Ausschüsse teilnehmen. Ihr ist in Angelegenheiten ihres Aufgabenbereichs auf Wunsch das Wort zu erteilen.

(4) Der Gleichstellungsbeauftragten soll Gelegenheit gegeben werden, in grundlegenden Angelegenheiten ihres Aufgabenbereiches so rechtzeitig Stellung zu nehmen, dass ihre Stellungnahme bei der abschließenden Entscheidung berücksichtigt werden kann. Auf Verlangen der Gleichstellungsbeauftragten hat der Bürgermeister gemäß § 29 Absatz 1 Satz 2 zu beantragen, Angelegenheiten nach Absatz 1 auf die Tagesordnung zu setzen, soweit nicht andere wichtige Belange entgegenstehen.

(5) Die Gleichstellungsbeauftragte ist bei der Ausübung ihrer Teilnahme- und Rederechte nach Absatz 3 sowie bei der Erstellung ihrer Stellungnahmen nach Absatz 4 weisungsfrei.

(6) Das Nähere regelt die Hauptsatzung.

#### **§ 41a Behindertenbeiräte**

Bei der Erfüllung ihrer Aufgaben und im Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit tragen die Gemeinden dafür Sorge, dass auf die besonderen Belange von Menschen mit Behinderungen Rücksicht genommen wird. Die Gemeinden können hierfür Beiräte oder Beauftragte bestellen.

#### **§ 42 Ortsteilvertretung**

(1) In kreisfreien und großen kreisangehörigen Städten kann die Stadtvertretung für Ortsteile Ortsteilvertretungen wählen. Entsprechendes gilt in anderen Gemeinden für Gebiete, die früher selbstständige Gemeinden waren. Die Wahl erfolgt nach den Grundsätzen der Verhältniswahl. Wählbar sind Einwohnerinnen und Einwohner des Ortsteils sowie Mitglieder der Gemeindevertretung.

(2) Die Ortsteilvertretung ist über alle für den Ortsteil wichtigen Angelegenheiten zu unterrichten. Die oder der Vorsitzende der Ortsteilvertretung hat in der Gemeindevertretung und in den Ausschüssen das Rede- und Antragsrecht, soweit Angelegenheiten des Ortsteils betroffen sind.

(3) Die Sitzungen der Ortsteilvertretungen sind öffentlich. § 29 Absatz 5 und 6 sowie § 31 Absatz 3 gelten entsprechend.

(4) Für Mitglieder der Ortsteilvertretung gelten die Bestimmungen über Mandatsausübung und Verschwiegenheit (§ 23 Absatz 3, 4, 6 und 7), Mitwirkungsverbote (§ 24), Unvereinbarkeit von Amt und Mandat (§ 25), Vertretungsverbot (§ 26), Entschädigungen, Kündigungsschutz (§ 27) und die Verpflichtung (§ 28 Absatz 2 Satz 3) entsprechend.

(5) In der Hauptsatzung ist zu regeln,

1. ob Ortsteilvertretungen gebildet werden,
2. die Bezeichnung der Ortsteile sowie deren Namen, die Bezeichnungen der Mitglieder der Ortsteilvertretungen und deren Vorsitzender,
3. die Zahl der Mitglieder der Ortsteilvertretungen,
4. das Wahlverfahren.

In der Hauptsatzung kann bestimmt werden, dass

1. das Ergebnis der Kommunalwahlen im Ortsteil bei der Besetzung der Ortsteilvertretung zu berücksichtigen ist und
2. die Vorsitzenden der Ortsteilvertretungen Einwohnerversammlungen für ihre Ortsteile einberufen können, zu denen der Bürgermeister einzuladen ist.

(6) In Angelegenheiten, die den Ortsteil in besonderer Weise betreffen und für die dies der Gebietsänderungsvertrag oder die Hauptsatzung ausdrücklich bestimmt, kann die Ortsteilvertretung Widerspruch gegen Beschlüsse der Gemeindevertretung einlegen, sofern diese das Wohl des Ortsteils beeinträchtigen. Der Widerspruch muss innerhalb von zwei Wochen bei der Gemeindevertretung eingelegt und begründet werden. Er hat aufschiebende Wirkung, solange er nicht durch Beschluss der Gemeindevertretung zurückgewiesen wird.

#### **§ 42a**

#### **Ortsvorsteherin, Ortsvorsteher**

(1) Soweit es der Gebietsänderungsvertrag nach § 12 oder die Hauptsatzung vorsieht, wählen die Bürgerinnen und Bürger für ihren Ortsteil eine Ortsvorsteherin oder einen Ortsvorsteher im Rahmen einer Einwohnerversammlung für die Dauer der Wahlperiode der Gemeindevertretung. Das Nähere regelt die Hauptsatzung. Die gewählte Person ist für die Dauer ihrer Amtszeit unter Berufung in das Beamtenverhältnis als Ehrenbeamtin oder Ehrenbeamter zur Ortsvorsteherin oder zum Ortsvorsteher zu ernennen. Unter den Voraussetzungen von Satz 1 nimmt der Bürgermeister der aufgelösten Gemeinde die Aufgaben des Ortsvorstehers bis zum Ende seiner Amtszeit wahr.

(2) In Ortsteilen, für die eine Ortsvorsteherin oder ein Ortsvorsteher gewählt wird, tritt diese oder dieser an die Stelle einer Ortsteilvertretung nach § 42. § 42 Absatz 4 gilt entsprechend.

(3) Die Ortsvorsteherin oder der Ortsvorsteher vertritt die Interessen des Ortsteils. Sie oder er hat die Rechte und Pflichten eines Mitgliedes der Gemeindevertretung mit Ausnahme des Stimmrechts.

(4) Die Ortsvorsteherin oder der Ortsvorsteher entscheidet über die Verwendung der nach § 46 Absatz 7 bereitgestellten Mittel. Gegen diese Entscheidungen steht dem Bürgermeister ein Widerspruchsrecht zu, nach dessen Einlegung die Gemeindevertretung entscheidet. Die Ortsvorsteherin oder der Ortsvorsteher darf Verpflichtungserklärungen auf der Grundlage von Entscheidungen nach Satz 1 nur abgeben, soweit hierfür eine entsprechende Vollmacht des Bürgermeisters vorliegt.

(5) Vereinbarungen im Rahmen eines Gebietsänderungsvertrages über die Wahl einer Ortsvorsteherin oder eines Ortsvorstehers treten nach Ablauf der auf die Gebietsänderung folgenden Wahlperiode außer Kraft.

#### **Abschnitt 4 Haushaltswirtschaft**

##### **§ 42b Weiterentwicklung der kommunalen Selbstverwaltung, Erprobung neuer Steuerungsmodelle**

(1) Zur Erprobung neuer Steuerungsmodelle und zur Weiterentwicklung der kommunalen Selbstverwaltung kann das Innenministerium gegenüber einer Gemeinde auf deren Antrag zeitlich begrenzte Ausnahmen von haushalts- und organisationsrechtlichen Vorschriften dieses Gesetzes und der nach § 174 erlassenen Regelungen nach Maßgabe des Absatzes 2 zulassen. Die Ausnahme kann unter Bedingungen und Auflagen erfolgen.

(2) Ausnahmen können insbesondere zugelassen werden von den Regelungen über die Haushaltssatzung, den Haushaltsplan, den Stellenplan, den Jahresabschluss, die Regelungen zur Haushaltsbewirtschaftung, zur Buchführung sowie zu anderen Regelungen, die hiermit im Zusammenhang stehen. Von Regelungen, die der Gemeindevertretung, dem Hauptausschuss, dem Bürgermeister sowie den Beigeordneten nicht übertragbare Zuständigkeiten zuweisen, können Ausnahmen nur zugelassen werden, wenn sowohl die Gemeindevertretung als auch der Bürgermeister zugestimmt haben.

##### **§ 43 Allgemeine Haushaltsgrundsätze**

(1) Die Gemeinde hat ihre Haushaltswirtschaft so zu planen und zu führen, dass die stetige Erfüllung ihrer Aufgaben unter Beachtung der Generationengerechtigkeit nachhaltig gesichert ist. Dabei ist den Erfordernissen des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts sowie den Empfehlungen des Stabilitätsrates gemäß § 51 Absatz 1 des Haushaltsgrundsätzegesetzes Rechnung zu tragen.

(2) Die Gemeinde hat ihre Zahlungsfähigkeit durch eine angemessene Liquiditätsplanung sicherzustellen. Investitionsvorhaben oder selbstständig nutzbare Teilvorhaben dürfen erst begonnen werden, wenn die Finanzierung gesichert ist.

(3) Die Gemeinde darf sich nicht überschulden. Sie ist überschuldet, wenn nach der Haushaltsplanung das Eigenkapital im Haushaltsjahr aufgebraucht wird oder in der Bilanz ein „nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag“ auszuweisen ist.

- (4) Der Haushaltsplan ist nach den Grundsätzen der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit aufzustellen und auszuführen.
- (5) Die Bücher sind nach den Regeln der doppelten Buchführung für Gemeinden zu führen. Dabei sind die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung unter Berücksichtigung der besonderen gemeindehaushaltsrechtlichen Bestimmungen zu beachten.
- (6) Der Haushalt ist in jedem Haushaltsjahr in Planung und Rechnung auszugleichen.
- (7) Kann der Haushaltsausgleich nach Absatz 6 trotz Ausnutzung aller Sparmöglichkeiten sowie Ausschöpfung aller Ertrags- und Einzahlungsmöglichkeiten nicht erreicht werden, ist ein Haushaltssicherungskonzept zu erstellen, in dem die Ursachen für den unausgeglichenen Haushalt beschrieben und Maßnahmen dargestellt werden, durch die der Haushaltsausgleich und eine geordnete Haushaltswirtschaft auf Dauer sichergestellt werden. Es ist der Zeitraum anzugeben, innerhalb dessen der Haushaltsausgleich wieder erreicht wird (Konsolidierungszeitraum).
- (8) Das Haushaltssicherungskonzept wird von der Gemeindevertretung beschlossen. Es ist über den Konsolidierungszeitraum mindestens jährlich fortzuschreiben. Die Fortschreibung ist bei negativen Abweichungen vom bereits beschlossenen Haushaltssicherungskonzept von der Gemeindevertretung zu beschließen. Negative Abweichungen liegen insbesondere dann vor, wenn beschlossene Konsolidierungsmaßnahmen nicht oder nicht vollständig umgesetzt wurden, durchgeführte Konsolidierungsmaßnahmen nicht den gewünschten Erfolg gebracht haben oder sich der Konsolidierungszeitraum verlängert. Das Haushaltssicherungskonzept und seine Fortschreibungen sowie die jährlichen Abrechnungen des Haushaltssicherungskonzepts sind der Rechtsaufsichtsbehörde vorzulegen.

#### **§ 44**

#### **Grundsätze der Erzielung von Erträgen und Einzahlungen**

- (1) Die Gemeinde erhebt Abgaben nach den gesetzlichen Vorschriften.
- (2) Sie hat die zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlichen Erträge und Einzahlungen,
1. soweit vertretbar und geboten, aus Entgelten für die von ihr erbrachten Leistungen,
  2. im Übrigen aus Steuern
- zu beschaffen, soweit die sonstigen Erträge und Einzahlungen nicht ausreichen.
- (3) Die Gemeinde darf Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen nur aufnehmen, wenn eine andere Finanzierung nicht möglich oder wirtschaftlich unzweckmäßig wäre.

(4) Die Gemeinde darf zur Erfüllung ihrer Aufgaben nach § 2 Spenden, Schenkungen und ähnliche Zuwendungen einwerben und annehmen oder an Dritte vermitteln, die sich an der Erfüllung von Aufgaben nach § 2 beteiligen. Zuwendungen dürfen nur durch den Bürgermeister oder einen Stellvertreter eingeworben, das Angebot einer Zuwendung nur von ihnen entgegengenommen werden. Über die Annahme oder Vermittlung entscheidet die Gemeindevertretung, soweit eine in der Hauptsatzung festzulegende Wertgrenze von höchstens 1 000 Euro überschritten wird. Entscheidungen von 100 bis höchstens 1 000 Euro kann die Gemeindevertretung durch die Hauptsatzung nur auf den Hauptausschuss übertragen. Die Gemeinde erstellt jährlich einen Bericht, in welchem die Geber, die Zuwendungen und die Verwendungszwecke anzugeben sind, und übersendet ihn der Rechtsaufsichtsbehörde. Der jeweils aktuelle Bericht ist der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

#### **§ 45 Haushaltssatzung**

- (1) Die Gemeinde hat für jedes Haushaltsjahr eine Haushaltssatzung zu erlassen.
- (2) Die Haushaltssatzung kann Festsetzungen für zwei Haushaltsjahre, nach Haushaltsjahren getrennt, enthalten.
- (3) Die Haushaltssatzung enthält die Festsetzung
  1. des Haushaltsplanes unter Angabe des Gesamtbetrages
    - a) jeweils der ordentlichen Erträge und der ordentlichen Aufwendungen, der außerordentlichen Erträge und der außerordentlichen Aufwendungen sowie das Jahresergebnis,
    - b) jeweils der ordentlichen und außerordentlichen Einzahlungen und Auszahlungen sowie des Saldos,
    - c) jeweils der Einzahlungen und Auszahlungen aus der Investitions- und Finanzierungstätigkeit sowie des Saldos,
    - d) der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen ohne Umschuldungen (Kreditermächtigung),
    - e) der Ermächtigungen zum Eingehen von Verpflichtungen, die künftige Haushaltsjahre mit Auszahlungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen belasten (Verpflichtungsermächtigungen),
  2. des Höchstbetrages aller Kredite zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit der Gemeinde,
  3. der Steuersätze (Hebesätze),
  4. der Gesamtzahl der im Stellenplan ausgewiesenen Stellen.

Die Haushaltssatzung kann weitere Vorschriften enthalten, die sich auf die Erträge und Aufwendungen, Einzahlungen und Auszahlungen und den Stellenplan des Haushaltsjahres beziehen.

(4) In der Haushaltssatzung ist die voraussichtliche Höhe des Eigenkapitals des Haushaltsvorjahres, des Haushaltsjahres und des Haushaltsjahres jeweils zum Bilanzstichtag darzustellen (Eigenkapitalentwicklung).

(5) Die Haushaltssatzung tritt mit Beginn des Haushaltsjahres in Kraft und gilt für das Haushaltsjahr.

(6) Haushaltsjahr ist das Kalenderjahr, soweit für einzelne Bereiche durch Gesetz oder aufgrund eines Gesetzes nichts anderes bestimmt ist.

#### **§ 46 Haushaltsplan**

(1) Der Haushaltsplan ist Bestandteil der Haushaltssatzung.

(2) Der Haushaltsplan enthält alle im Haushaltsjahr für die Erfüllung der Aufgaben der Gemeinde voraussichtlich

1. anfallenden Erträge und eingehenden Einzahlungen,
2. entstehenden Aufwendungen und zu leistenden Auszahlungen,
3. notwendigen Verpflichtungsermächtigungen.

(3) Die Vorschriften über die Haushaltswirtschaft der Sondervermögen der Gemeinde bleiben unberührt.

(4) Der Haushaltsplan besteht aus:

1. dem Ergebnishaushalt,
2. dem Finanzhaushalt,
3. den Teilhaushalten,
4. dem Stellenplan.

(5) Im Ergebnis- und Finanzhaushalt sowie in den Teilergebnis- und Teilfinanzhaushalten sind die Ergebnisse des Haushaltsvorjahres, die Ansätze des Haushaltsvorjahres, die Ansätze des Haushaltsjahres, bei einem Doppelhaushalt der beiden Haushaltsjahre, und die Planungsdaten der folgenden drei Haushaltsjahre, bei einem Doppelhaushalt der folgenden zwei Haushaltsjahre (Finanzplanungszeitraum), für jedes Haushaltsjahr getrennt, gegenüberzustellen.

(6) Der Haushaltsplan ist Grundlage für die Haushaltswirtschaft der Gemeinde. Er ist nach Maßgabe dieses Gesetzes und der aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Vorschriften für die Haushaltswirtschaft verbindlich. Ansprüche und Verbindlichkeiten Dritter werden durch ihn weder begründet noch aufgehoben.

(7) Die Gemeindevertretung kann Mittel im Haushalt ausweisen, über deren Verwendung für kleinere ortsteilbezogene Maßnahmen die Ortsteilvertretung entscheidet.

**§ 47**  
**Erlass der Haushaltssatzung**

(1) Die Haushaltssatzung mit ihren Anlagen wird von der Gemeindevertretung in öffentlicher Sitzung beraten und beschlossen.

(2) Die von der Gemeindevertretung beschlossene Haushaltssatzung ist vor ihrer öffentlichen Bekanntmachung mit dem Haushaltsplan, seinen Anlagen und dem letzten aufgestellten Jahresabschluss mit seinen Anlagen unverzüglich der Rechtsaufsichtsbehörde vorzulegen; die Vorlage soll vor Beginn des Haushaltsjahres erfolgen.

(3) Die Haushaltssatzung ist öffentlich bekannt zu machen. Enthält die Haushaltssatzung genehmigungspflichtige Teile, so darf sie erst nach Erteilung der Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde öffentlich bekannt gemacht werden.

(4) Die Bekanntmachungspflicht erstreckt sich nicht auf den Haushaltsplan und seine Anlagen.

(5) Nach der öffentlichen Bekanntmachung der Haushaltssatzung ist die Haushaltssatzung mit ihren Anlagen an sieben Werktagen bei der Gemeindeverwaltung während der allgemeinen Öffnungszeiten öffentlich auszulegen und kann im Übrigen bei der Gemeindeverwaltung während der allgemeinen Öffnungszeiten eingesehen werden. In der öffentlichen Bekanntmachung ist auf Ort und Zeit der Auslegung hinzuweisen.

**§ 48**  
**Nachtragshaushaltssatzung**

(1) Die Haushaltssatzung kann nur bis zum Ablauf des Haushaltsjahres durch Nachtragshaushaltssatzung geändert werden. Für die Nachtragshaushaltssatzung gelten die Bestimmungen über die Haushaltssatzung entsprechend.

(2) Die Gemeinde hat unverzüglich eine Nachtragshaushaltssatzung zu erlassen,

1. wenn sich zeigt, dass trotz Ausnutzung jeder Sparmöglichkeit im Ergebnishaushalt ein erheblicher Fehlbetrag entstehen oder ein bereits ausgewiesener Fehlbetrag sich wesentlich erhöhen wird,
2. sich zeigt, dass im Finanzhaushalt der Saldo der ordentlichen und außerordentlichen Ein- und Auszahlungen in erheblichem Umfang nicht ausreicht, um die Auszahlungen zur planmäßigen Tilgung von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen zu decken oder eine bereits bestehende Deckungslücke sich wesentlich erhöhen wird,
3. im Ergebnishaushalt bisher nicht veranschlagte oder zusätzliche Aufwendungen bei einzelnen Aufwandspositionen in einem im Verhältnis zu den Gesamtaufwendungen erheblichen Umfang getätigt werden sollen oder müssen; Entsprechendes gilt im Finanzhaushalt für Auszahlungen,
4. bisher nicht veranschlagte Auszahlungen für Investitionen oder Investitionsförderungsmaßnahmen geleistet werden sollen,
5. Bedienstete eingestellt, befördert oder in eine höhere Entgeltgruppe eingestuft werden sollen und der Stellenplan die entsprechenden Stellen nicht enthält.

(3) Absatz 2 findet keine Anwendung auf

1. geringfügige, unabweisbare Auszahlungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen sowie geringfügige, unabweisbare Aufwendungen und Auszahlungen für Instandsetzungen an Bauten und Anlagen,
2. Abweichungen vom Stellenplan und die Leistung höherer Personalaufwendungen und -auszahlungen, die aufgrund von Änderungen des Besoldungsrechts, der Tarifverträge, aufgrund rechtskräftiger Urteile oder aufgrund der gesetzlichen Übertragung von Aufgaben notwendig werden,
3. Auszahlungen, die der Tilgung eines Kredites für Investitionen oder Investitionsförderungsmaßnahmen im Rahmen einer Umschuldung dienen,
4. Aufwendungen, die dem Grunde oder der Höhe nach erst nach Ablauf des Haushaltsjahres bekannt werden.

#### **§ 49**

#### **Vorläufige Haushaltsführung**

(1) Ist die Haushaltssatzung bei Beginn des Haushaltsjahres noch nicht öffentlich bekannt gemacht, so darf die Gemeinde nur

1. die Aufwendungen tätigen oder Auszahlungen leisten, zu deren Leistung sie gesetzlich oder bei Beginn des Haushaltsjahres vertraglich verpflichtet ist oder die für die Weiterführung notwendiger Aufgaben unaufschiebbar sind; sie darf insbesondere ihre Investitionstätigkeit, für die im Finanzhaushalt eines Haushaltsvorjahres Haushaltsansätze oder Verpflichtungsermächtigungen vorgesehen waren, fortsetzen,
2. Abgaben nach den Sätzen des Vorjahres erheben, soweit diese in der Haushaltssatzung festgesetzt werden,
3. Kredite umschulden.

(2) Reichen die Finanzmittel für die Fortsetzung der Investitionstätigkeit nach Absatz 1 Nummer 1 nicht aus, so darf die Gemeinde mit Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen bis zu einem Viertel der in der Haushaltssatzung des Haushaltsvorjahres festgesetzten Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen aufnehmen; § 52 Absatz 2 Satz 2 und 3 gilt entsprechend.

(3) Der Stellenplan des Vorjahres gilt weiter, bis die Haushaltssatzung für das neue Jahr erlassen ist.

#### **§ 50**

#### **Überplanmäßige und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen**

(1) Überplanmäßige und außerplanmäßige Aufwendungen oder Auszahlungen sind nur zulässig, wenn sie unvorhergesehen und unabweisbar sind und die Deckung gewährleistet ist.

(2) Für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen, die im folgenden Haushaltsjahr fortgeführt werden, sind überplanmäßige Auszahlungen auch dann zulässig, wenn ihre Deckung im laufenden Haushaltsjahr nur durch Erlass einer Nachtragshaushaltssatzung möglich wäre, die Deckung aber im Haushaltsfolgejahr gewährleistet ist.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten entsprechend für Maßnahmen, die überplanmäßige oder außerplanmäßige Aufwendungen oder Auszahlungen nach sich ziehen können.

(4) § 48 Absatz 2 bleibt unberührt.

### **§ 51**

#### **Haushaltswirtschaftliche Sperre**

(1) Wenn die Entwicklung der Erträge beziehungsweise ordentlichen und außerordentlichen Einzahlungen oder Aufwendungen beziehungsweise ordentlichen und außerordentlichen Auszahlungen es erfordert, hat der Bürgermeister nach pflichtgemäßem Ermessen die Inanspruchnahme von Ansätzen für Aufwendungen, Auszahlungen und Verpflichtungsermächtigungen zu sperren. Die Leiterin oder der Leiter der Finanzverwaltung ist verpflichtet, den Bürgermeister rechtzeitig zu beraten.

(2) Die Gemeindevertretung ist über eine haushaltswirtschaftliche Sperre unverzüglich zu unterrichten.

(3) Über die Inanspruchnahme gesperrter Beträge oder die Aufhebung der Sperre entscheidet der Bürgermeister im Einvernehmen mit der Gemeindevertretung.

(4) Die Verfahrensschritte nach Absatz 1, 2 und 3 können zusammengefasst werden, soweit die Entwicklung nach Absatz 1 dem nicht entgegensteht.

### **§ 52**

#### **Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen, kreditähnliche Rechtsgeschäfte**

(1) Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen dürfen unter der Voraussetzung des § 44 Absatz 3 nur für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen sowie zur Umschuldung von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen aufgenommen werden.

(2) Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen nach Absatz 1 mit Ausnahme von Umschuldungen bedarf im Rahmen der Haushaltssatzung der Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde (Gesamtgenehmigung). Die Rechtsaufsichtsbehörde hat die vorgesehenen Kreditaufnahmen nach den Grundsätzen einer geordneten Haushaltswirtschaft zu überprüfen; die Genehmigung kann unter Bedingungen und Auflagen erteilt werden. Sie ist in der Regel zu versagen, wenn die Kreditverpflichtungen mit der dauernden Leistungsfähigkeit der Gemeinde nicht im Einklang stehen.

(3) Die Kreditermächtigung nach § 45 Absatz 3 Satz 1 Nummer 1 Buchstabe d gilt bis zum Ende des auf das Haushaltsjahr folgenden Haushaltsjahres und, wenn die öffentliche Bekanntmachung der Haushaltssatzung für das übernächste Haushaltsjahr nicht rechtzeitig erfolgt, bis zur öffentlichen Bekanntmachung dieser Haushaltssatzung.

(4) Die Aufnahme der einzelnen Kredite, deren Gesamtbetrag nach Absatz 2 genehmigt worden ist, bedarf der Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde (Einzelgenehmigung),

1. sobald die Kreditaufnahmen nach § 19 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft vom 8. Juni 1967 (BGBl. I S. 582), das zuletzt durch Artikel 135 der Rechtsverordnung vom 31. Oktober 2006 (BGBl. I S. 2407) geändert worden ist, beschränkt worden sind; die Einzelgenehmigung kann nach Maßgabe der Kreditbeschränkungen versagt werden,
2. wenn sich die Rechtsaufsichtsbehörde dies wegen einer möglichen Gefährdung der dauernden Leistungsfähigkeit der Gemeinde in der Gesamtgenehmigung vorbehalten hat.

(5) Die Begründung einer Zahlungsverpflichtung, die wirtschaftlich einer Kreditaufnahme gleichkommt, bedarf der Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde (Einzelgenehmigung). Absatz 2 Satz 2 und 3 gelten entsprechend.

(6) Das Innenministerium wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung die Begründung von Zahlungsverpflichtungen nach Absatz 5 von der Genehmigungspflicht sowie Zahlungsverpflichtungen nach § 55a von der Anzeigepflicht freizustellen, wenn sie zur Erfüllung bestimmter Aufgaben entstehen oder ihrer Natur nach regelmäßig wiederkehren oder wenn bestimmte Beträge nicht überschritten werden.

(7) Die Gemeinde darf zur Sicherung von Krediten keine Sicherheiten bestellen. Die Rechtsaufsichtsbehörde kann Ausnahmen zulassen, wenn die Bestellung von Sicherheiten den Regeln des Geschäftsverkehrs entspricht.

### **§ 53**

#### **Kredite zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit**

(1) Die Gemeinde hat jederzeit ihre Zahlungsfähigkeit sicherzustellen.

(2) Zur rechtzeitigen Leistung ihrer Auszahlungen kann die Gemeinde Kredite zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit bis zu dem in der Haushaltssatzung festgesetzten und nach Absatz 3 genehmigten Höchstbetrag aufnehmen, soweit keine anderen Mittel zur Verfügung stehen. Diese Ermächtigung gilt über das Haushaltsjahr hinaus bis zur öffentlichen Bekanntmachung der neuen Haushaltssatzung.

(3) Der in der Haushaltssatzung festgesetzte Höchstbetrag der Kredite zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit der Gemeinde bedarf einer Genehmigung durch die Rechtsaufsichtsbehörde, soweit dieser zehn Prozent der im Finanzhaushalt veranschlagten laufenden Einzahlungen aus Verwaltungstätigkeit übersteigt.

## **§ 54 Verpflichtungsermächtigungen**

(1) Verpflichtungen zur Leistung von Auszahlungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen in künftigen Haushaltsjahren dürfen grundsätzlich nur eingegangen werden, wenn der Haushaltsplan dazu ermächtigt. Sie dürfen mit Zustimmung der Gemeindevertretung ausnahmsweise ohne Ermächtigung durch den Haushaltsplan überplanmäßig eingegangen werden, wenn sie unvorhergesehen und unabweisbar sind und der festgesetzte Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen nach § 45 Absatz 3 Satz 1 Nummer 1 Buchstabe e nicht überschritten wird.

(2) Verpflichtungsermächtigungen dürfen in der Regel zulasten der dem Haushaltsjahr folgenden drei Haushaltsjahre veranschlagt werden, in Ausnahmefällen auch bis zum Abschluss einer Maßnahme.

(3) Verpflichtungsermächtigungen gelten bis zum Ende des Haushaltsjahres und, wenn die Haushaltssatzung für das folgende Haushaltsjahr nicht rechtzeitig öffentlich bekannt gemacht wird, bis zur öffentlichen Bekanntmachung dieser Haushaltssatzung.

(4) Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Verpflichtungsermächtigungen bedarf im Rahmen der Haushaltssatzung der Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde (Gesamtgenehmigung). § 52 Absatz 2 Satz 2 und 3 gilt entsprechend.

## **§ 55 Stellenplan**

Der Stellenplan bedarf der Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde, sofern die Gemeinde bis zum Ende des Finanzplanungszeitraumes keinen Haushaltsausgleich darstellen kann. § 52 Absatz 2 Satz 2 und 3 gilt entsprechend.

## **§ 55a Langfristige Verpflichtungen**

Entscheidungen zur Begründung sonstiger laufender Zahlungsverpflichtungen, deren Laufzeit den Finanzplanungszeitraum übersteigt, sind der Rechtsaufsichtsbehörde anzuzeigen. Dies gilt nicht für Entscheidungen in Geschäften der laufenden Verwaltung, Entscheidungen, die bereits einer anderweitig geregelten Genehmigungs- oder Anzeigepflicht unterliegen oder auf einer erteilten Genehmigung zu Kreditaufnahmen für Investitionen oder Verpflichtungsermächtigungen beruhen, sowie für Entscheidungen auf der Grundlage eines wirksamen Stellenplanes. Die Entscheidung darf erst vollzogen werden, wenn die Rechtsaufsichtsbehörde nicht innerhalb von einem Monat nach Eingang der erforderlichen Unterlagen die Unvereinbarkeit der Entscheidung mit den Grundsätzen einer geordneten Haushaltswirtschaft geltend gemacht hat oder vor Ablauf der Frist erklärt, dass eine Vereinbarkeit mit den Grundsätzen der geordneten Haushaltswirtschaft besteht.

**§ 56****Erwerb und Verwaltung von Vermögen, Veräußerung von Vermögen**

- (1) Die Gemeinde soll Vermögensgegenstände nur erwerben, soweit dies zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich ist.
- (2) Die Vermögensgegenstände sind pfleglich und wirtschaftlich zu verwalten und ordnungsgemäß nachzuweisen. Bei Geldanlagen ist auf eine ausreichende Sicherheit zu achten; sie sollen einen angemessenen Ertrag erwirtschaften.
- (3) Die Gemeinde darf Gemeindevermögen nur dann in Stiftungsvermögen einbringen, wenn ein wichtiges Interesse der Gemeinde daran vorliegt und der von der Gemeinde damit angestrebte Zweck nicht ebenso gut auf andere Weise erfüllt werden kann.
- (4) Die Gemeinde darf Vermögensgegenstände veräußern, die sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben in absehbarer Zeit nicht benötigt. Vermögensgegenstände müssen zu ihrem vollen Wert veräußert werden, soweit nicht ein besonderes öffentliches Interesse Abweichungen zulässt.
- (5) Für die Überlassung der Nutzung eines Vermögensgegenstandes gilt Absatz 4 entsprechend.
- (6) Die Gemeinde bedarf der Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde, wenn sie
1. Vermögensgegenstände unentgeltlich veräußert, Grundstücke oder Grundstücksteile unter dem vollen Wert veräußert oder tauscht sowie die Bestellung eines Erbbaurechts unter dem vollen Wert vornimmt,
  2. Eigenbetriebe oder Beteiligungen an Unternehmen veräußert oder
  3. Vermögensgegenstände in Unternehmen in privater Rechtsform einbringt.
- (7) Die Durchführung der Veräußerung oder des Tauschs von Grundstücken oder Grundstücksteilen sowie der Bestellung von Erbbaurechten zum vollen Wert ohne Genehmigung setzt voraus, dass der Bürgermeister und einer seiner Stellvertreter, bei amtsangehörigen Gemeinden der Bürgermeister und die leitende Verwaltungsbeamtin oder der leitende Verwaltungsbeamte, gegenüber dem Grundbuchamt erklären, dass diese Rechtsgeschäfte zum vollen Wert erfolgen (Vollwertigkeitserklärung). Bei der Veräußerung oder dem Tausch von Grundstücken und Grundstücksteilen und bei der Bestellung von Erbbaurechten unter Wert kann die Genehmigungspflicht nach Absatz 6 Nummer 1 nicht durch eine Vollwertigkeitserklärung ersetzt werden. Ohne die nach Absatz 6 Nummer 1 erforderliche Genehmigung bleibt das Grundgeschäft bis zur Eintragung im Grundbuch schwebend unwirksam. Entsteht der Gemeinde aus einer unzutreffenden Erklärung ein Schaden, haften die in Satz 1 genannten Personen nach den beamtenrechtlichen Vorschriften.
- (8) Die Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde nach Absatz 6 gilt als erteilt, wenn die Rechtsaufsichtsbehörde eine mögliche Verletzung von Rechtsvorschriften nicht innerhalb von zwei Monaten nach Eingang der erforderlichen Antragsunterlagen geltend macht.

(9) Das Innenministerium kann durch Rechtsverordnung Rechtsgeschäfte von der Genehmigungspflicht freistellen, die bestimmte Wertgrenzen oder Grundstücksgrößen nicht überschreiten, die ihrer Natur nach regelmäßig wiederkehren, die zur Erfüllung bestimmter Aufgaben abgeschlossen werden oder bei denen öffentlich-rechtliche Körperschaften als Erwerber auftreten.

### **§ 57**

#### **Sicherheiten und Gewährleistungen für Dritte, Darlehensgewährungen**

(1) Die Gemeinde darf Bürgschaften und Verpflichtungen aus Gewährverträgen nur übernehmen, soweit dies zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich ist. Im Übrigen darf eine Gemeinde keine Sicherheiten zu Gunsten Dritter bestellen. Die Rechtsaufsichtsbehörde kann generell oder im Einzelfall Ausnahmen zulassen, soweit ein öffentliches Interesse besteht.

(2) Die Gemeinde darf Darlehen nur gewähren, soweit dies zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich ist und verwertbare Sicherheiten gegeben werden. Darlehen für Baumaßnahmen sind dinglich zu sichern. Darlehen an eine andere Gemeinde sind abweichend von Satz 1 und 2 im Einzelfall zulässig, wenn dies der Erfüllung öffentlicher Aufgaben dient und die Liquidität des eigenen Haushaltes nicht gefährdet ist.

(3) Rechtsgeschäfte nach Absatz 1 Satz 1 und Absatz 2 bedürfen der Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde. Gleiches gilt für Rechtsgeschäfte, die wirtschaftlich vergleichbare Auswirkungen haben, insbesondere, wenn sich aus Rechtsgeschäften Dritter Aufwands- und Auszahlungsverpflichtungen für die Gemeinde in künftigen Haushaltsjahren ergeben. § 56 Absatz 9 gilt entsprechend.

### **§ 58**

#### **Gemeindekasse**

(1) In hauptamtlich verwalteten Gemeinden erledigt die Gemeindekasse die Kassengeschäfte der Gemeinde. Kassengeschäfte sind die Zahlungsabwicklung einschließlich des Mahnwesens und der Zwangsvollstreckung sowie die Verwahrung und Verwaltung von Wertgegenständen.

(2) Die Gemeinde hat, wenn sie ihre Kassengeschäfte selbst besorgt, eine Kassenverwalterin oder einen Kassenverwalter und eine Stellvertreterin oder einen Stellvertreter zu bestellen.

(3) Die anordnungsbefugten Bediensteten der Gemeinde sowie die mit der Leitung des Rechnungsprüfungsamtes oder dort mit Prüfungsaufgaben betrauten Personen dürfen nicht gleichzeitig Aufgaben der in Absatz 2 genannten Personen wahrnehmen.

(4) Die in Absatz 2 genannten Personen dürfen untereinander und zu den übrigen in Absatz 3 genannten Personen sowie zur Bürgermeisterin oder zum Bürgermeister nicht Angehörige im Sinne von § 20 Absatz 5 des Landesverwaltungsverfahrensgesetzes sein.

(5) Die in Absatz 2 genannten Personen und die übrigen Bediensteten der Gemeindekasse sind nicht befugt, Zahlungen anzuordnen.

(6) Sonderkassen sollen mit der Gemeindekasse verbunden werden. Ist eine Sonderkasse nicht mit der Gemeindekasse verbunden, so gelten für die mit der Verwaltung der Sonderkasse betrauten Personen die Absätze 2 bis 5 entsprechend.

#### **§ 59**

#### **Übertragung von Kassengeschäften, Automation des Rechnungswesens**

(1) Eine hauptamtlich verwaltete Gemeinde kann die Kassengeschäfte ganz oder zum Teil von einer Stelle außerhalb der Gemeindeverwaltung besorgen lassen, wenn die ordnungsgemäße Erledigung und die Prüfung nach den für die Gemeinde geltenden Vorschriften gewährleistet sind. Die Übertragung ist der Rechtsaufsichtsbehörde vorher anzuzeigen.

(2) Werden die Kassengeschäfte oder das Rechnungswesen ganz oder zum Teil automatisiert, sind die Programme vor ihrer Anwendung vom Anwender zu prüfen und vom Bürgermeister zur Anwendung freizugeben.

#### **§ 60**

#### **Jahresabschluss**

(1) Die Gemeinde hat für den Schluss eines jeden Haushaltsjahres einen Jahresabschluss aufzustellen, in dem das Ergebnis der Haushaltswirtschaft des Haushaltsjahres nachzuweisen ist. Er hat das Vermögen, das Eigenkapital, die Sonderposten, die Rückstellungen, die Verbindlichkeiten, die Rechnungsabgrenzungsposten, die Erträge und Aufwendungen sowie die Einzahlungen und Auszahlungen vollständig zu enthalten, soweit durch Gesetz oder aufgrund eines Gesetzes nichts anderes bestimmt ist. Der Jahresabschluss hat unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gemeinde zu vermitteln.

(2) Der Jahresabschluss besteht aus:

1. der Ergebnisrechnung,
2. der Finanzrechnung,
3. den Teilrechnungen,
4. der Bilanz,
5. dem Anhang.

(3) Dem Jahresabschluss sind als Anlagen beizufügen:

1. der Rechenschaftsbericht,
2. die Anlagenübersicht,
3. die Forderungsübersicht,
4. die Verbindlichkeitenübersicht,
5. eine Übersicht über die über das Ende des Haushaltsjahres hinaus geltenden Haushaltsermächtigungen.

(4) Der Jahresabschluss ist innerhalb von vier Monaten nach Abschluss des Haushaltsjahres aufzustellen.

(5) Die Gemeindevertretung beschließt über die Feststellung des geprüften Jahresabschlusses bis spätestens 31. Dezember des auf das Haushaltsjahr folgenden Haushaltsjahres. Sie entscheidet in einem gesonderten Beschluss über die Entlastung des Bürgermeisters. Verweigert die Gemeindevertretung die Entlastung oder spricht sie diese mit Einschränkungen aus, so hat sie dafür die Gründe anzugeben.

(6) Die Beschlüsse über die Feststellung des Jahresabschlusses und über die Entlastung sind der Rechtsaufsichtsbehörde unverzüglich mitzuteilen und öffentlich bekannt zu machen. Im Anschluss an die öffentliche Bekanntmachung sind der Jahresabschluss mit dem Rechenschaftsbericht sowie der abschließende Prüfungsvermerk des Rechnungsprüfungsausschusses und des Rechnungsprüfungsamtes an sieben Werktagen bei der Gemeindeverwaltung während der allgemeinen Öffnungszeiten öffentlich auszulegen und können im Übrigen bei der Gemeindeverwaltung während der allgemeinen Öffnungszeiten eingesehen werden. In der öffentlichen Bekanntmachung ist auf Ort und Zeit der Auslegung hinzuweisen.

### **§ 61 Gesamtabschluss**

(1) Steht zum Ende eines Haushaltsjahres und zum Ende des vorausgegangenen Haushaltsjahres mindestens eine Tochterorganisation der Gemeinde unter dem beherrschenden oder maßgeblichen Einfluss der Gemeinde, hat die Gemeinde für den Schluss eines jeden Haushaltsjahres einen Gesamtabschluss zu erstellen, der unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gemeinde vermittelt.

(2) Beherrschenden Einfluss übt die Gemeinde über ihre Eigenbetriebe, ihre sonstigen Vermögen mit Sonderrechnung und über ihre Kommunalunternehmen aus. Über Tochterorganisationen mit eigener Rechtspersönlichkeit übt die Gemeinde beherrschenden Einfluss aus, wenn ihr

1. die Mehrheit der Stimmrechte der Gesellschafter oder Mitglieder zusteht,
2. das Recht zusteht, die Mehrheit der Mitglieder des Verwaltungs-, Leitungs- oder Aufsichtsorgans zu bestellen oder abzuwählen und sie gleichzeitig Gesellschafter oder Mitglied ist oder
3. das Recht zusteht, einen beherrschenden Einfluss aufgrund eines mit dieser Tochterorganisation geschlossenen Beherrschungsvertrages oder aufgrund einer Satzungsbestimmung dieses Unternehmens auszuüben.

Einen maßgeblichen Einfluss übt die Gemeinde über ihre Tochterorganisationen und über ihre gemeinsamen Kommunalunternehmen aus, bei denen ihr mehr als 20 Prozent der Stimmrechte als Gesellschafter, Mitglied oder Träger zustehen und wenn die Einflussmöglichkeiten nicht durch Vereinbarung eingeschränkt sind. Für die Mitgliedschaft in Zweckverbänden ist für die Bestimmung des beherrschenden oder maßgeblichen Einflusses der Gemeinde das Verhältnis zwischen der der Gemeinde nach der Verbandssatzung zustehenden Stimmzahl in der Verbandsversammlung und der satzungsmäßigen Gesamtstimmzahl in der Verbandsversammlung maßgebend.

(3) Der Gesamtabchluss besteht aus:

1. der Gesamtergebnisrechnung,
2. der Gesamtfinanzrechnung,
3. der Gesamtbilanz,
4. dem Gesamtanhang.

(4) Dem Gesamtabchluss sind als Anlagen beizufügen:

1. der Gesamtrechenschaftsbericht,
2. die Gesamtanlagenübersicht,
3. die Gesamtforderungsübersicht,
4. die Gesamtverbindlichkeitenübersicht,
5. der Eigenkapitalspiegel.

(5) Zu dem Gesamtabchluss hat die Gemeinde ihren Jahresabschluss nach § 60 und die Jahresabschlüsse

1. der Eigenbetriebe und der sonstigen Sondervermögen, für die Sonderrechnungen geführt werden,
2. der Unternehmen und Einrichtungen mit eigener Rechtspersönlichkeit, an denen die Gemeinde beteiligt ist und auf die die Gemeinde einen beherrschenden oder maßgeblichen Einfluss ausübt, ausgenommen die Sparkassen; für mittelbare Beteiligungen gilt § 290 des Handelsgesetzbuches entsprechend,
3. der Zweckverbände, bei denen die Gemeinde Mitglied mit beherrschendem oder maßgeblichem Einfluss ist; ausgenommen sind Zweckverbände, die ausschließlich Beteiligungen an Sparkassen halten, bei denen die Gemeinde Mitglied mit beherrschendem oder maßgeblichem Einfluss ist,
4. der sonstigen rechtlich selbstständigen Aufgabenträger, auf die die Gemeinde einen beherrschenden oder maßgeblichen Einfluss ausübt,
5. mit kaufmännischer Rechnungslegung oder einer Rechnungslegung nach den Vorschriften des kommunalen Rechnungswesens zusammenzufassen (Konsolidierung).

(6) Tochterorganisationen nach Absatz 5, die unter beherrschendem Einfluss der Gemeinde stehen, sind entsprechend den §§ 300 bis 309 des Handelsgesetzbuches zu konsolidieren; eine Konsolidierung gemäß § 301 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 ist jedoch nicht zulässig. Tochterorganisationen nach Absatz 5, die unter maßgeblichem Einfluss der Gemeinde stehen, sind entsprechend den §§ 311 und 312 des Handelsgesetzbuches zu konsolidieren; eine Konsolidierung gemäß § 312 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 ist jedoch nicht zulässig.

(7) Tochterorganisationen nach Absatz 5 brauchen in den Gesamtabchluss nicht einbezogen zu werden, wenn sie für die Verpflichtung, ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gemeinde zu vermitteln, von untergeordneter Bedeutung sind. Dies ist im Gesamtanhang darzustellen.

(8) Die Jahresabschlüsse der in den Gesamtabchluss einbezogenen Tochterorganisationen sollen auf den Stichtag des Gesamtabchlusses aufgestellt werden. Liegt der Jahresabschluss einer Tochterorganisation mehr als sechs Monate vor dem Stichtag des Gesamtabchlusses, so ist diese Tochterorganisation aufgrund eines auf den Stichtag und den Zeitraum des Gesamtabchlusses aufgestellten Zwischenabschlusses in den Gesamtabchluss einzubeziehen. Wird bei abweichenden Abschlussstichtagen eine Tochterorganisation nicht auf der Grundlage eines auf den Stichtag und den Zeitraum des Gesamtabchlusses aufgestellten Zwischenabschlusses in den Gesamtabchluss einbezogen, so sind Vorgänge von besonderer Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage einer in den Gesamtabchluss einbezogenen Tochterorganisation, die zwischen dem Abschlussstichtag dieser Tochterorganisation und dem Stichtag des Gesamtabchlusses eingetreten sind, in der Gesamtbilanz, der Gesamtergebnisrechnung und der Gesamtfinanzrechnung zu berücksichtigen oder im Gesamtanhang anzugeben.

(9) Der Gesamtabchluss ist innerhalb von neun Monaten nach Ablauf des Haushaltsjahres aufzustellen. Der geprüfte Gesamtabchluss ist der Gemeindevertretung vor Ende des auf den Abschlussstichtag folgenden Haushaltsjahres zur Kenntnis vorzulegen.

(10) Der Gesamtabchluss und der Gesamtrechenschaftsbericht sowie der abschließende Prüfungsvermerk des Rechnungsprüfungsausschusses und des Rechnungsprüfungsamtes sind unverzüglich nach der Kenntnisnahme durch die Gemeindevertretung an sieben Werktagen bei der Gemeindeverwaltung während der allgemeinen Öffnungszeiten öffentlich auszulegen und können im Übrigen bei der Gemeindeverwaltung während der allgemeinen Öffnungszeiten eingesehen werden. In einer vorangegangenen öffentlichen Bekanntmachung ist auf Ort und Zeit der Auslegung hinzuweisen.

(11) Eine Gemeinde ist von der Verpflichtung, einen Gesamtabchluss aufzustellen, befreit, wenn bis zum Ende des Haushaltsjahres und zum Ende des vorausgegangenen Haushaltsjahres

1. die zusammengefassten Bilanzsummen der in den Gesamtabchluss einzubeziehenden Tochterorganisationen 20 Prozent der die in der jeweiligen Bilanz der Gemeinde ausgewiesenen Bilanzsumme oder
2. die zusammengefassten Rückstellungen und Verbindlichkeiten der in den Gesamtabchluss einzubeziehenden Tochterorganisationen 20 Prozent der in der jeweiligen Bilanz der Gemeinde ausgewiesenen Rückstellungen und Verbindlichkeiten

nicht übersteigen.

(12) Die Vorschriften des Handelsgesetzbuches kommen in der Fassung des Gesetzes vom 3. August 2005 (BGBl. I S. 2267) zur Anwendung.

**§ 62**  
**Zwangsvollstreckung**

(1) Zur Einleitung der Zwangsvollstreckung gegen die Gemeinde wegen einer Geldforderung bedarf der Gläubiger einer Zulassungsverfügung der Rechtsaufsichtsbehörde, es sei denn, dass es sich um die Verfolgung dinglicher Rechte handelt. In der Verfügung bezeichnet die Rechtsaufsichtsbehörde die Vermögensgegenstände, in welche die Zwangsvollstreckung zugelassen wird, und den Zeitraum, in dem sie stattfinden soll. Die Zwangsvollstreckung wird nach den Vorschriften der Zivilprozessordnung durchgeführt.

(2) Die Rechtsaufsichtsbehörde setzt die Gemeinde über den Antrag eines Gläubigers auf Erlass einer Zulassungsverfügung unverzüglich in Kenntnis. Ab diesem Zeitpunkt bis zur Entscheidung über den Antrag kann die Rechtsaufsichtsbehörde Entscheidungen der Gemeinde, mit denen über Gemeindevermögen verfügt wird, einem rechtsaufsichtlichen Zustimmungserfordernis unterstellen.

(3) Ein Insolvenzverfahren über das Vermögen der Gemeinde findet nicht statt.

**§ 63**  
**(nicht besetzt)**

**Abschnitt 5**  
**Sondervermögen, treuhänderisch verwaltetes Vermögen**

**§ 64**  
**Sondervermögen**

(1) Für Eigenbetriebe der Gemeinden ist eine Sonderrechnung zu führen. Es gelten die §§ 43 und 44, 49 und 52 bis 57 entsprechend.

(2) Für städtebauliche Sondervermögen zur Durchführung von städtebaulichen Gesamtmaßnahmen im Sinne des besonderen Städtebaurechts nach dem Baugesetzbuch ist eine Sonderrechnung zu führen.

(3) Für nichtrechtsfähige örtliche Stiftungen ist eine Sonderrechnung zu führen. Soweit es sich bei diesen um unbedeutendes Sondervermögen handelt, kann es im Rechnungswesen gesondert nachgewiesen werden.

(4) Für die Sondervermögen nach den Absätzen 2 und 3 und für sonstige Sondervermögen, für die durch Gesetz oder aufgrund eines Gesetzes Sonderrechnungen geführt werden, gelten die Vorschriften des Abschnittes 4, soweit nicht gesetzlich etwas anderes bestimmt ist.

**§ 65****Treuhänderisch verwaltetes Vermögen**

- (1) Für Vermögen, die die Gemeinde treuhänderisch zu verwalten hat, sind besondere Haushaltspläne aufzustellen und Sonderrechnungen zu führen.
- (2) Der Abschnitt 4 gilt mit der Maßgabe, dass an die Stelle der Haushaltssatzung der Beschluss über den Haushaltsplan tritt und von der Bekanntmachung abgesehen werden kann. Anstelle eines Haushaltsplans kann ein Wirtschaftsplan aufgestellt werden; die Vorschriften für Eigenbetriebe gelten entsprechend.
- (3) Die Verwaltung von unbedeutendem treuhänderisch verwaltetem Vermögen kann im Rechnungswesen gesondert nachgewiesen werden.
- (4) Abweichende gesetzliche Vorschriften bleiben unberührt.

**§ 66****Sonderkassen**

Für Sondervermögen und treuhänderisch verwaltete Vermögen, für die Sonderrechnungen geführt werden, sind Sonderkassen einzurichten; sie sollen mit der Gemeindekasse verbunden werden. § 58 gilt entsprechend.

**§ 67****(nicht besetzt)****Abschnitt 6****Wirtschaftliche Betätigung****§ 68****Zulässigkeit wirtschaftlicher Unternehmen und Einrichtungen**

- (1) Als wirtschaftliche Betätigung ist der Betrieb von Unternehmen zu verstehen, die als Hersteller, Anbieter oder Verteiler von Gütern oder Dienstleistungen am Markt tätig werden, sofern die Leistung ihrer Art nach auch von einem Privaten mit der Absicht der Gewinnerzielung erbracht werden könnte. Als wirtschaftliche Betätigung im Sinne des Satzes 1 gilt auch der Betrieb von Einrichtungen nach Absatz 3.
- (2) Unternehmen der Gemeinde sind nur zulässig, wenn
1. der öffentliche Zweck das Unternehmen rechtfertigt,
  2. das Unternehmen nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Gemeinde und zum voraussichtlichen Bedarf steht und
  3. die Gemeinde die Aufgabe ebenso gut und wirtschaftlich wie Dritte erfüllen kann.

Tätigkeiten, mit denen die Gemeinde an dem vom Wettbewerb beherrschten Wirtschaftsleben ganz überwiegend mit dem Ziel der Gewinnerzielung teilnimmt, entsprechen keinem öffentlichen Zweck.

(3) Einrichtungen im Sinne des Absatzes 1 Satz 2 sind:

1. Einrichtungen, zu deren Betrieb die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist,
2. Einrichtungen des Unterrichts-, Erziehungs- und Bildungswesens, der Kunstpflege, der körperlichen Ertüchtigung, der Gesundheits- und Wohlfahrtspflege sowie öffentliche Einrichtungen ähnlicher Art,
3. Einrichtungen, die ausschließlich zur Deckung des Eigenbedarfs der Gemeinde dienen und
4. Einrichtungen zur Erzeugung von Energie, insbesondere erneuerbarer Art, soweit diese nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Gemeinde stehen.

Auch Einrichtungen sind nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu führen.

(4) Die Gemeinde kann Unternehmen und Einrichtungen außerhalb ihrer allgemeinen Verwaltung, soweit sich aus diesem Gesetz und den hierzu erlassenen Rechtsverordnungen nicht anderes ergibt, in folgenden Organisationsformen betreiben:

1. als Eigenbetrieb,
2. als Kommunalunternehmen,
3. in Organisationsformen des Privatrechts.

Die Errichtung einer Aktiengesellschaft sowie die Umwandlung von bestehenden Unternehmen und Einrichtungen in eine solche sind ausgeschlossen.

(5) Bankunternehmen darf die Gemeinde nicht betreiben. Für das öffentliche Sparkassenwesen gelten die spezialgesetzlichen Regelungen.

(6) Bei Unternehmen und Einrichtungen, für die kein Wettbewerb gleichartiger Privatunternehmen besteht, dürfen der Anschluss und die Belieferung nicht davon abhängig gemacht werden, dass auch andere Leistungen oder Lieferungen abgenommen werden.

(7) Bei der Entscheidung der Gemeindevertretung zur wirtschaftlichen Betätigung im Sinne von § 77 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 sind die Auswirkungen der beabsichtigten wirtschaftlichen Betätigung auf die mittelständische Wirtschaft und auf das Handwerk zu berücksichtigen.

**§ 69****Unternehmen und Einrichtungen in Privatrechtsform**

(1) Die Gemeinde darf Unternehmen und Einrichtungen in einer Rechtsform des privaten Rechts nur errichten, übernehmen, sich daran beteiligen oder auf andere Wirtschaftsbereiche ausdehnen, wenn

1. bei Unternehmen die Voraussetzungen des § 68 Absatz 2 Satz 1 gegeben sind,
2. bei Einrichtungen ein wichtiges Interesse der Gemeinde an der Privatrechtsform nachgewiesen wird und dabei in einem Bericht zur Vorbereitung des Gemeindevertretungsbeschlusses nach § 22 Absatz 3 Nummer 10 unter umfassender Abwägung der Vor- und Nachteile abgewogen wird, dass die Aufgabe im Vergleich zu den öffentlich-rechtlichen Organisationsformen wirtschaftlicher durchgeführt werden kann,
3. durch die Ausgestaltung des Gesellschaftsvertrages oder der Satzung sichergestellt ist, dass der öffentliche Zweck des Unternehmens erfüllt wird,
4. die Gemeinde einen angemessenen Einfluss, insbesondere im Aufsichtsrat oder in einem entsprechenden Überwachungsorgan des Unternehmens erhält und dieser durch Gesellschaftsvertrag, Satzung oder in anderer Weise gesichert wird,
5. die Haftung der Gemeinde auf einen ihrer Leistungsfähigkeit angemessenen Betrag begrenzt wird und
6. die Einzahlungsverpflichtungen (Gründungskapital, laufende Nachschusspflicht) der Gemeinde in einem angemessenen Verhältnis zu ihrer Leistungsfähigkeit stehen.

(2) Die Gemeinde darf der Beteiligung eines Unternehmens oder einer Einrichtung, an dem oder der sie unmittelbar oder mittelbar mit mehr als 20 Prozent beteiligt ist, an einem anderen Unternehmen oder einer anderen Einrichtung nur zustimmen, wenn die Voraussetzungen des § 68 Absatz 2 vorliegen. Satz 1 gilt entsprechend, wenn der Gemeinde zusammen mit anderen Gemeinden, Ämtern, Landkreisen oder Zweckverbänden mehr als 20 Prozent der Anteile zustehen.

**§ 70****Kommunalunternehmen**

(1) Die Gemeinde kann Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform einer rechtsfähigen Anstalt des öffentlichen Rechts (Kommunalunternehmen) errichten oder bestehende Eigenbetriebe im Wege der Gesamtrechtsnachfolge in Kommunalunternehmen umwandeln.

(2) Ein der Gemeinde gehörendes Unternehmen in Privatrechtsform kann durch Beschluss der Gesellschafterversammlung oder eines entsprechenden Organs in eine Anstalt nach Absatz 1 umgewandelt werden. Die Umwandlung einer Anstalt nach Absatz 1 in ein Unternehmen in Privatrechtsform ist ebenfalls zulässig. Für Umwandlungen nach Satz 1 und 2 gelten die Vorschriften des Umwandlungsgesetzes über Formwechsel.

(3) Das Kommunalunternehmen kann sich nach Maßgabe der Unternehmenssatzung an anderen Unternehmen beteiligen, wenn das dem Unternehmenszweck dient. § 69 gilt entsprechend.

(4) Die Gemeinde kann dem Kommunalunternehmen einzelne oder alle mit einem bestimmten Zweck zusammenhängende Aufgaben ganz oder teilweise übertragen. Sie kann nach Maßgabe des § 15 durch gesonderte Satzung einen Anschluss- und Benutzungszwang zugunsten des Kommunalunternehmens festlegen. Sie kann ihm auch das Recht einräumen, an ihrer Stelle Satzungen zu erlassen; § 5 gilt entsprechend.

(5) Die Gemeinde regelt die Rechtsverhältnisse des Kommunalunternehmens durch eine Unternehmenssatzung. Sie muss Bestimmungen über den Namen, den Sitz und die Aufgaben des Unternehmens, die Anzahl der Mitglieder des Vorstandes und des Verwaltungsrates und die Höhe des Stammkapitals enthalten.

(6) Die Gemeinde unterstützt das Kommunalunternehmen bei der Erfüllung seiner Aufgaben mit der Maßgabe, dass ein Anspruch des Kommunalunternehmens gegen die Gemeinde oder eine sonstige Verpflichtung der Gemeinde, dem Kommunalunternehmen unbeschränkt Mittel zur Verfügung zu stellen, nicht besteht.

(7) Das Kommunalunternehmen haftet für seine Verbindlichkeiten mit seinem gesamten Vermögen. Die Gemeinde haftet lediglich bis zur Höhe des einzuzahlenden Stammkapitals.

#### **§ 70a**

#### **Organe des Kommunalunternehmens, Personal**

(1) Organe des Kommunalunternehmens sind der Vorstand und der Verwaltungsrat.

(2) Der Vorstand leitet das Kommunalunternehmen in eigener Verantwortung, soweit nicht gesetzlich oder durch die Unternehmenssatzung etwas anderes bestimmt ist. Der Vorstand ist gesetzlicher Vertreter des Kommunalunternehmens. Die Gemeinde hat darauf hinzuwirken, dass jedes Vorstandsmitglied vertraglich verpflichtet wird, der Gemeinde die ihm im Geschäftsjahr gewährten Bezüge im Sinne von § 285 Nummer 9 Buchstabe a des Handelsgesetzbuches jährlich zur Veröffentlichung mitzuteilen.

(3) Der Verwaltungsrat bestimmt die Richtlinien der Geschäftspolitik und überwacht die Geschäftsführung des Vorstandes. Der Verwaltungsrat bestellt den Vorstand auf höchstens fünf Jahre. Er entscheidet außerdem über

1. den Erlass von Satzungen gemäß § 70 Absatz 4 Satz 3,
2. die Feststellung des Wirtschaftsplanes und des Jahresabschlusses,
3. die Festsetzung allgemein geltender Tarife und Entgelte für die Leistungsnehmer,
4. die Beteiligung des Kommunalunternehmens an anderen Unternehmen,
5. den Vorschlag zur Auswahl des Abschlussprüfers,
6. die Ergebnisverwendung.

Entscheidungen im Sinne des Satzes 3 Nummer 1, 4 und 6 bedürfen der vorherigen Zustimmung der Gemeindevertretung. Die Unternehmenssatzung kann vorsehen, dass die Gemeindevertretung den Mitgliedern des Verwaltungsrates auch in bestimmten anderen Fällen Weisungen erteilen kann. Die Abstimmung entgegen der Weisung berührt die Gültigkeit des Beschlusses des Verwaltungsrates nicht.

(4) Der Verwaltungsrat besteht aus dem Bürgermeister als vorsitzendem Mitglied und den übrigen Mitgliedern. Der Bürgermeister nimmt die Tätigkeit des vorsitzenden Mitglieds im Hauptamt wahr. Mit Zustimmung des Bürgermeisters kann die Gemeindevertretung eine andere Person zum vorsitzenden Mitglied bestellen. Das vorsitzende Mitglied nach Satz 3, 2. Halbsatz und die übrigen Mitglieder des Verwaltungsrates werden von der Gemeinde nach den Grundsätzen der Verhältniswahl bestellt. Die Amtszeit von Mitgliedern des Verwaltungsrates, die der Gemeindevertretung angehören, endet mit dem Ende der Wahlzeit oder dem vorzeitigen Ausscheiden aus der Gemeindevertretung. Die Mitglieder des Verwaltungsrates können nicht sein:

1. hauptberufliche Bedienstete des Kommunalunternehmens,
2. leitende Bedienstete von juristischen Personen oder sonstigen Organisationen des öffentlichen oder privaten Rechts, an denen das Kommunalunternehmen mit mehr als 50 Prozent beteiligt ist; eine Beteiligung am Stimmrecht genügt,
3. Bedienstete der Rechtsaufsichtsbehörde, die unmittelbar mit Aufgaben der Aufsicht über das Kommunalunternehmen befasst sind. Für die Mitglieder im Verwaltungsrat gelten die §§ 24, 26 und 27 entsprechend.

(5) Dem Kommunalunternehmen kann durch Satzung Dienstherrnfähigkeit verliehen werden, wenn es aufgrund einer Aufgabenübertragung nach § 70 Absatz 4 hoheitliche Befugnisse ausübt.

(6) § 71 Absatz 3 bis 5 gilt entsprechend.

#### **§ 70b**

#### **Sonstige Vorschriften für Kommunalunternehmen**

(1) Für das Kommunalunternehmen gilt § 73 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 bis 5 und Nummer 7 und 8 mit der Maßgabe, dass diese Informations- und Prüfungsrechte in der Unternehmenssatzung zu verankern sind. Die Vorschriften über die Eröffnungsbilanz und den Jahresabschluss des Ersten Abschnittes des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches sind entsprechend anzuwenden.

(2) Für die überörtliche Prüfung gelten die Vorschriften des Abschnitts II des Kommunalprüfungsgesetzes. Das Kommunalunternehmen unterliegt der Jahresabschlussprüfung nach den Vorschriften des Abschnitts III des Kommunalprüfungsgesetzes.

(3) Die Vorschriften der §§ 9 Absatz 2, 43 Absatz 1, 44, 45, 49, 53 bis 58 und 62 sind auf das Kommunalunternehmen entsprechend anzuwenden.

(4) Das Kommunalunternehmen ist zur Vollstreckung von Verwaltungsakten in demselben Umfang berechtigt, wie die Gemeinde, wenn es aufgrund einer Aufgabenübertragung nach § 70 Absatz 4 hoheitliche Befugnisse ausübt und bei der Aufgabenübertragung nichts Abweichendes geregelt wird.

**§ 71****Vertretung der Gemeinde in Unternehmen und Einrichtungen**

(1) Der Bürgermeister vertritt die Gemeinde in der Gesellschafterversammlung oder in dem dieser entsprechenden Organ der Unternehmen und Einrichtungen in einer Rechtsform des privaten Rechts, an denen die Gemeinde beteiligt ist, er nimmt diese Tätigkeit im Hauptamt wahr. Der Bürgermeister kann Bedienstete der Gemeinde oder des Amtes im Verhinderungsfall mit seiner Vertretung beauftragen. Personen, die die Gemeinde in Unternehmen oder Einrichtungen nach Satz 1, an denen die Gemeinde beteiligt ist, vertreten, dürfen in diesen Unternehmen oder Einrichtungen nicht leitende Bedienstete sein; nimmt der Bürgermeister die Funktion eines leitenden Bediensteten wahr, hat er diese Tätigkeit in angemessener Frist, spätestens drei Monate nach seiner Ernennung, aufzugeben. Soweit der Gemeinde mehrere Sitze zustehen, erfolgt die Bestellung der weiteren Vertreterinnen und Vertreter nach den Grundsätzen der Verhältniswahl durch die Gemeindevertretung. Die Vertreterinnen und Vertreter haben den Weisungen oder Richtlinien der Gemeindevertretung zu folgen, soweit durch Gesetz nichts anderes bestimmt ist.

(2) Absatz 1 Satz 2 bis 4 gilt entsprechend für die von der Gemeinde bestellten Mitglieder, des Aufsichtsrates oder eines ähnlichen Organs von Unternehmen und Einrichtungen, soweit nicht gesetzliche Bestimmungen des Gesellschaftsrechts entgegenstehen.

(3) Werden Vertreterinnen oder Vertreter der Gemeinde aus ihrer Tätigkeit in einem Organ eines Unternehmens oder einer Einrichtung in einer Rechtsform des privaten Rechts haftbar gemacht, hat ihnen die Gemeinde den Schaden zu ersetzen, es sei denn, dass sie ihn vorsätzlich oder grob fahrlässig herbeigeführt haben. Auch in diesem Fall ist die Gemeinde schadenersatzpflichtig, wenn ihre Vertreterinnen und Vertreter nach Weisung gehandelt haben.

(4) Die Vertreterinnen und Vertreter der Gemeinde haben den Hauptausschuss oder die Gemeindevertretung über alle Angelegenheiten von besonderer Bedeutung frühzeitig zu unterrichten. Kreditaufnahmen außerhalb des gültigen Wirtschaftsplanes sind stets Angelegenheiten von besonderer Bedeutung. Der Hauptausschuss oder die Gemeindevertretung hat auf Antrag einer Fraktion oder eines Viertels aller Mitglieder Auskunft zu verlangen. Die Unterrichtungspflicht und das Auskunftsrecht bestehen nur, soweit durch Gesetz nichts anderes bestimmt ist.

(5) Vergütungen, Sitzungsgelder und Aufwandsentschädigungen aus einer Tätigkeit als Vertreterin oder Vertreter der Gemeinde in Unternehmen oder Einrichtungen in einer Rechtsform des privaten Rechts sind an die Gemeinde abzuführen, soweit sie in der Hauptsatzung festzulegende Beträge übersteigen. Dabei ist sicherzustellen, dass mindestens die Aufwendungen, die im Zusammenhang mit der Tätigkeit nachweislich entstanden sind, ausgeglichen werden.

**§ 72  
(nicht besetzt)**

**§ 73  
Informations- und Prüfungsrechte, Beteiligungsbericht**

(1) Ist eine Gemeinde unmittelbar oder mittelbar mit maßgeblichem Einfluss an einem Unternehmen oder einer Einrichtung in einer Rechtsform des privaten Rechts beteiligt, so hat sie dafür Sorge zu tragen, dass

1. in sinngemäßer Anwendung der für Eigenbetriebe geltenden Vorschriften für jedes Wirtschaftsjahr ein Wirtschaftsplan aufgestellt, der Wirtschaftsführung eine fünfjährige Finanzplanung zu Grunde gelegt und der Wirtschaftsplan sowie die Finanzplanung der Gemeindevertretung zur Kenntnis gebracht werden,
2. in der Satzung oder im Gesellschaftsvertrag die Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts nach den Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften und deren Prüfung nach den Vorschriften des Kommunalprüfungsgesetzes über die Jahresabschlussprüfung kommunaler Wirtschaftsbetriebe vorgeschrieben werden, soweit nicht andere gesetzliche Vorschriften unmittelbar gelten oder entgegenstehen,
3. ihr in der Satzung oder im Gesellschaftsvertrag die Rechte nach § 53 Absatz 1 des Haushaltsgrundsätzegesetzes vom 19. August 1969 (BGBl. I S. 1273), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 27. Mai 2010 (BGBl. I S. 671) geändert worden ist, eingeräumt werden,
4. ihr und der für die überörtlichen Prüfungen zuständigen Prüfungsbehörde in der Satzung oder im Gesellschaftsvertrag die in § 54 des Haushaltsgrundsätzegesetzes vorgesehenen Befugnisse eingeräumt werden,
5. ihr der Prüfungsbericht des Abschlussprüfers übersandt wird, soweit nicht andere gesetzliche Vorschriften unmittelbar gelten oder entgegenstehen,
6. in der Satzung oder im Gesellschaftsvertrag ein Teilnahmerecht des Bürgermeisters an den Sitzungen des Aufsichtsrates oder eines ähnlichen Organs verankert ist, soweit nicht gesetzliche Bestimmungen entgegenstehen,
7. in der Satzung oder im Gesellschaftsvertrag geregelt ist, dass die Beteiligung an anderen Gesellschaften der Zustimmung der Gemeinde bedarf, und
8. in der Satzung oder im Gesellschaftervertrag geregelt ist, dass § 286 Absatz 4 des Handelsgesetzbuches keine Anwendung findet.

Bei einer geringeren Beteiligung oder einer solchen, die bereits vor dem 5. September 2011 bestanden hat, soll die Gemeinde hierauf hinwirken. Satz 1 gilt entsprechend, wenn die Gemeinde zusammen mit anderen Gemeinden, Ämtern, Landkreisen oder Zweckverbänden mit maßgeblichem Einfluss beteiligt ist.

(2) Wird der Jahresabschluss nach anderen Vorschriften als denen des Kommunalprüfungsgesetzes über die Jahresabschlussprüfung kommunaler Wirtschaftsbetriebe geprüft, kann die Gemeinde im Falle des Absatzes 1 Satz 1 die Rechte nach § 53 Absatz 1 Nummer 1 und 2 des Haushaltsgrundsätzegesetzes ausüben und kann die Rechtsaufsichtsbehörde verlangen, dass die Gemeinde ihr den Prüfungsbericht mitteilt.

(3) Die Gemeinde hat zum Ende eines Haushaltsjahres einen Bericht über die unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen an Unternehmen und Einrichtungen zu erstellen und diesen Bericht bis zum 30. September des Folgejahres der Gemeindevertretung und der Rechtsaufsichtsbehörde vorzulegen. Der Bericht hat insbesondere Angaben über die Erfüllung des öffentlichen Zwecks, die Beteiligungsverhältnisse, die wirtschaftliche Lage und Entwicklung, die Kapitalzuführungen und -entnahmen durch die Gemeinde und Auswirkungen auf die Haushalts- und Finanzwirtschaft sowie die Zusammensetzung der Organe der Gesellschaft zu enthalten. Die Gemeinde weist in einer öffentlichen Bekanntmachung darauf hin, dass jeder Einsicht in den Bericht nehmen kann.

(4) Gemeinden, die einen doppischen Jahresabschluss erstellen, sind von der Pflicht zur Erstellung eines Berichtes nach Absatz 3 befreit.

**§ 74**  
**(nicht besetzt)**

**§ 75**  
**Wirtschaftsgrundsätze**

(1) Die Unternehmen und Einrichtungen sind so zu führen, dass der öffentliche Zweck erfüllt wird. Unternehmen sollen einen Ertrag für den Haushalt der Gemeinde abwerfen, soweit dadurch die Erfüllung des öffentlichen Zwecks nicht beeinträchtigt wird. § 21 der Gemeindehaushaltsverordnung-Doppik ist anzuwenden.

(2) Der Jahresgewinn der wirtschaftlichen Unternehmen soll so hoch sein, dass außer den für die technische und wirtschaftliche Fortentwicklung des Unternehmens notwendigen Rücklagen mindestens eine marktübliche Verzinsung des Eigenkapitals erwirtschaftet wird.

**§ 75a**  
**Beteiligungsmanagement**

Die Gemeinde hat Unternehmen und Einrichtungen entsprechend der öffentlichen Zielsetzung zu koordinieren und zu überwachen (Beteiligungsmanagement). Dies erfordert insbesondere die Wahrnehmung einer Beteiligungsverwaltung, die Errichtung eines Beteiligungscontrollings, die Beratung und Betreuung von Vertreterinnen und Vertretern der Gemeinde in Unternehmen und Einrichtungen, die Koordination der Wahrnehmung gemeindlicher Interessen in den Organen der Unternehmen und Einrichtungen, die Koordination der Wirtschaftsplanung der Unternehmen und Einrichtungen mit der Haushaltsplanung.

## **§ 76 Energieverträge**

(1) Die Gemeinde darf Verträge über die Lieferung von Energie in das Gemeindegebiet sowie Konzessionsverträge, durch die sie einem Energieversorgungsunternehmen die Benutzung von Eigentum der Gemeinde einschließlich der öffentlichen Straßen, Wege und Plätze für Leitungen zur Versorgung der Einwohnerinnen und Einwohner überlässt, nur abschließen, wenn die Erfüllung der Aufgaben der Gemeinde nicht gefährdet wird und die berechtigten wirtschaftlichen Interessen der Gemeinde und ihrer Einwohnerinnen und Einwohner gewahrt sind.

(2) Dasselbe gilt für eine Verlängerung oder ihre Ablehnung sowie für eine wichtige Änderung derartiger Verträge.

## **§ 77 Anzeigepflichten**

(1) Entscheidungen der Gemeinde über

1. die Errichtung, Übernahme und wesentliche Erweiterung sowie die Änderung der Organisationsform oder die wesentliche Änderung der Aufgaben gemeindlicher Unternehmen und Einrichtungen,
2. die unmittelbare oder mittelbare Beteiligung der Gemeinde mit mehr als 20 Prozent an Unternehmen und Einrichtungen,
3. die Auflösung von Eigenbetrieben und Kommunalunternehmen

sind der Rechtsaufsichtsbehörde anzuzeigen. Sie werden wirksam, wenn die Rechtsaufsichtsbehörde die Verletzung von Rechtsvorschriften nicht innerhalb von zwei Monaten nach Eingang der erforderlichen Unterlagen geltend gemacht oder wenn sie vor Ablauf der Frist erklärt hat, dass sie keine Verletzung von Rechtsvorschriften geltend macht. Rechtsgeschäfte auf der Grundlage von Entscheidungen der Gemeinde nach Satz 1 dürfen erst vollzogen werden, wenn das Anzeigeverfahren nach Satz 2 abgeschlossen ist.

(2) Gleiches gilt für Rechtsgeschäfte, die ihrer Art nach geeignet sind, den Einfluss der Gemeinde auf das Unternehmen oder die Einrichtung zu mindern, zu beseitigen oder die Ausübung von Rechten aus einer Beteiligung zu beschränken.

**Abschnitt 7**  
**Aufsicht****§ 78**  
**Grundsatz**

- (1) Die Aufsicht hat die Selbstverwaltung der Gemeinden zu fördern, die Rechte der Gemeinden zu schützen und die Erfüllung ihrer Pflichten zu sichern. Die Aufsicht soll die Gemeinden vor allem beraten, unterstützen und die Entschlusskraft und Verantwortungsbereitschaft der Gemeindeorgane fördern.
- (2) Die Aufsicht im eigenen Wirkungskreis ist darauf beschränkt, die Rechtmäßigkeit der Verwaltung sicherzustellen (Rechtsaufsicht).
- (3) Soweit dieses Gesetz Genehmigungspflichten vorsieht, darf die Rechtsaufsichtsbehörde die Genehmigung nur versagen, wenn die Beschlüsse oder Anordnungen der Gemeinde rechtswidrig sind.
- (4) Die Aufsicht im übertragenen Wirkungskreis erstreckt sich auf die Rechtmäßigkeit und Zweckmäßigkeit der Verwaltung (Fachaufsicht).

**§ 79**  
**Rechtsaufsichtsbehörden**

- (1) Rechtsaufsichtsbehörde für die kreisfreien und großen kreisangehörigen Städte sowie deren selbstständige Kommunalunternehmen ist das Innenministerium.
- (2) Rechtsaufsichtsbehörde für die kreisangehörigen Gemeinden im Übrigen und deren selbstständige Kommunalunternehmen ist der Landrat als untere staatliche Verwaltungsbehörde.
- (3) Oberste Rechtsaufsichtsbehörde ist das Innenministerium.
- (4) Für die Genehmigung von Kreisgrenzen überschreitenden Gebietsänderungsverträgen sowie für die Schlichtung Kreisgrenzen überschreitender Grenzstreitigkeiten ist das Innenministerium zuständige Rechtsaufsichtsbehörde.

**§ 80**  
**Informationsrecht**

- (1) Die Rechtsaufsichtsbehörde ist berechtigt, sich jederzeit über die Angelegenheiten der Gemeinden zu unterrichten. Sie kann an Ort und Stelle prüfen und besichtigen, mündliche und schriftliche Berichte anfordern sowie Akten und sonstige Unterlagen anfordern oder einsehen, soweit es zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich ist.
- (2) Das Informationsrecht nach Absatz 1 steht auch der fachlich zuständigen obersten Landesbehörde zu.

**§ 81****Beanstandungs- und Aufhebungsrecht**

(1) Die Rechtsaufsichtsbehörde kann rechtswidrige Beschlüsse und Anordnungen der Gemeinde beanstanden und verlangen, dass die Gemeinde den Beschluss oder die Anordnung binnen einer angemessenen Frist aufhebt. Die Beanstandung hat aufschiebende Wirkung.

(2) Kommt die Gemeinde dem Verlangen der Rechtsaufsichtsbehörde innerhalb der gesetzten Frist nicht nach, so kann die Rechtsaufsichtsbehörde die von ihr beanstandeten Beschlüsse und Anordnungen aufheben. In diesem Fall ist die Gemeinde verpflichtet, bereits getroffene Maßnahmen rückgängig zu machen.

(3) Die Rechtsaufsichtsbehörde kann vor einer Beanstandung anordnen, dass ein Beschluss oder eine Anordnung der Gemeinde bis zur Ermittlung des Sachverhalts, höchstens jedoch für einen Monat, ausgesetzt wird. Die Aussetzungsanordnung hat aufschiebende Wirkung. Widerspruch und Klage gegen die Aussetzungsanordnung haben keine aufschiebende Wirkung.

**§ 82****Anordnungsrecht und Ersatzvornahme**

(1) Erfüllt die Gemeinde die ihr gesetzlich obliegenden Pflichten nicht, kann die Rechtsaufsichtsbehörde anordnen, dass die Gemeinde innerhalb einer angemessenen Frist das Erforderliche veranlasst und durchführt.

(2) Kommt die Gemeinde einer Anordnung der Rechtsaufsichtsbehörde nicht innerhalb der festgesetzten Frist nach, kann die Rechtsaufsichtsbehörde die erforderlichen Maßnahmen anstelle und auf Kosten der Gemeinde selbst durchführen oder die Durchführung einem Dritten übertragen. Die Maßnahme gilt als solche der Gemeinde. Die Ersatzvornahme ist bei Gefahr im Verzuge auch ohne vorhergehende Anordnung zulässig.

**§ 83****Beauftragter**

(1) Wenn und solange der ordnungsgemäße Gang der Verwaltung der Gemeinde es erfordert und die Befugnisse der Rechtsaufsichtsbehörde nach den §§ 80 bis 82 nicht ausreichen, kann diese einen Beauftragten bestellen, der alle oder einzelne Aufgaben der Gemeinde auf deren Kosten wahrnimmt. Die Rechtsaufsichtsbehörde kann insbesondere einen Beauftragten bestellen, um eine geordnete Haushaltswirtschaft wiederherzustellen.

(2) Der Beauftragte tritt an die Stelle der Gemeindevertretung oder des Bürgermeisters, soweit dies zur Erfüllung seiner Aufgaben erforderlich ist.

(3) Der Beauftragte in der Funktion des Bürgermeisters kann abweichend von § 38 Absatz 6 Satz 2 und § 39 Absatz 2 Satz 6 Verpflichtungserklärungen allein unterzeichnen, sofern die Rechtsaufsichtsbehörde nichts anderes bestimmt. Dies gilt auch für die Ausfertigung von Urkunden nach beamtenrechtlichen Vorschriften.

(4) Bei der Bestellung eines Beauftragten in der Funktion des ehrenamtlichen Bürgermeisters hat die Rechtsaufsichtsbehörde festzulegen, ob die Beauftragung auch die Aufgaben des Vorsitzenden der Gemeindevertretung und die Mitgliedschaft im Amtsausschuss einschließt.

(5) Zu Beauftragten in der Funktion des ehrenamtlichen Bürgermeisters oder der Gemeindevertretung können entgegen § 25 auch Bedienstete des Amtes oder der Rechtsaufsichtsbehörde bestellt werden.

(6) Die Rechtsaufsichtsbehörde kann festlegen, dass der Beauftragte eine angemessene Vergütung erhält. Diese soll sich der Höhe nach an der für die entsprechende Funktion vorgesehenen Entschädigung oder Besoldung orientieren. Die Vergütung ist von der Gemeinde unmittelbar an den Beauftragten zu leisten.

#### **§ 84**

#### **Auflösung der Gemeindevertretung**

Die oberste Rechtsaufsichtsbehörde kann eine Gemeindevertretung auflösen, wenn deren Beschlussfähigkeit dauerhaft nur nach § 30 Absatz 3 hergestellt werden kann. Nach der Auflösung der Gemeindevertretung findet binnen vier Monaten eine Wahl aus besonderem Anlass gemäß § 44 Absatz 6 des Landes- und Kommunalwahlgesetzes statt.

#### **§ 85**

#### **Rechtsbehelfe**

Gegen Maßnahmen der Rechtsaufsichtsbehörde sind Widerspruch und Anfechtungsklage nach Maßgabe der Verwaltungsgerichtsordnung gegeben.

#### **§ 86**

#### **Fachaufsichtsbehörden**

(1) Fachaufsichtsbehörde für die Bürgermeister der amtsfreien Gemeinden mit Ausnahme der großen kreisangehörigen Städte ist der Landrat, soweit durch Gesetz oder Rechtsverordnung nichts anderes bestimmt ist.

(2) Ist in einer vom Landrat als Fachaufsichtsbehörde zu entscheidenden Angelegenheit der Landkreis beteiligt, so tritt an die Stelle des Landrates die fachlich zuständige oberste Landesbehörde.

(3) Fachaufsichtsbehörde für die Oberbürgermeister der kreisfreien und großen kreisangehörigen Städte ist die fachlich zuständige oberste Landesbehörde, soweit durch Rechtsvorschrift nichts anderes bestimmt ist.

(4) Oberste Fachaufsichtsbehörde ist die fachlich zuständige oberste Landesbehörde, soweit durch Rechtsvorschrift nichts anderes bestimmt ist.

## **§ 87** **Mittel der Fachaufsicht**

- (1) Den Fachaufsichtsbehörden steht ein Informationsrecht gemäß § 80 zu. Der Bürgermeister soll die Fachaufsichtsbehörden rechtzeitig über auftretende Probleme bei der Erfüllung übertragener Aufgaben informieren.
- (2) Die Fachaufsichtsbehörden sind berechtigt, Weisungen zu erteilen.
- (3) Wird eine Weisung der Fachaufsichtsbehörde nicht befolgt, kann sie dem Bürgermeister untersagen, in der Angelegenheit, auf die sich die Weisung bezieht, weiter tätig zu werden und einer oder einem Bediensteten der Gemeinde unmittelbar die zur Befolgung der Weisung erforderlichen Anordnungen erteilen.
- (4) Bei Gefahr im Verzug oder wenn sonst die ordnungsgemäße Erfüllung der Aufgaben durch den Bürgermeister nicht gewährleistet erscheint, kann die Fachaufsichtsbehörde an seiner Stelle tätig werden (Selbsteintrittsrecht).
- (5) Andere Rechtsvorschriften, durch die die Rechte der Fachaufsichtsbehörden erweitert oder beschränkt sind, bleiben unberührt.

## **Teil 2** **Landkreisordnung**

### **Abschnitt 1** **Grundlagen der Landkreisverfassung**

## **§ 88** **Wesen der Landkreise**

- (1) Die Landkreise sind Gebietskörperschaften und Gemeindeverbände.
- (2) Die Landkreise sorgen bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben für eine bürgernahe Verwaltung zum Wohl ihrer Einwohnerinnen und Einwohner sowie der kreisangehörigen Gemeinden nach den Grundsätzen der kommunalen Selbstverwaltung. Sie unterstützen die Gemeinden in der Erfüllung ihrer Aufgaben und tragen zum Ausgleich ihrer Lasten bei.

## **§ 89** **Eigener Wirkungskreis**

- (1) Die Landkreise regeln in ihrem Gebiet die gemeindeübergreifenden Angelegenheiten in eigener Verantwortung, soweit die Gesetze nicht etwas anderes bestimmen.
- (2) Die Landkreise erfüllen in ihrem Gebiet in eigener Verantwortung alle die Leistungsfähigkeit der kreisangehörigen Gemeinden und Ämter übersteigenden öffentlichen Aufgaben, soweit die Gesetze nichts anderes bestimmen und die Aufgaben nicht durch kommunale Zusammenarbeit erfüllt werden. Sie fördern insbesondere die wirtschaftliche, ökologische, soziale und kulturelle Entwicklung ihres Gebietes zum Wohle der Einwohnerinnen und Einwohner.

(3) Die Landkreise können auf Antrag von Gemeinden weitere gemeindliche Selbstverwaltungsaufgaben übernehmen. Die Übernahme erfolgt durch einen Beschluss des Kreistages, der der Mehrheit von zwei Dritteln aller Kreistagsmitglieder bedarf.

(4) Die Landkreise können durch Gesetz oder aufgrund eines Gesetzes durch Rechtsverordnung zur Erfüllung einzelner Aufgaben verpflichtet werden.

(5) In die Rechte der Landkreise darf nur durch Gesetz oder aufgrund eines Gesetzes eingegriffen werden.

### **§ 90 Übertragener Wirkungskreis**

(1) Den Landkreisen können durch Gesetz oder aufgrund eines Gesetzes durch Rechtsverordnung öffentliche Aufgaben zur Erfüllung nach Weisung übertragen werden.

(2) Rechtsverordnungen der Landkreise im übertragenen Wirkungskreis werden nach dem für Satzungen geltenden Verfahren öffentlich bekannt gemacht.

### **§ 91 Finanzierung der Aufgaben, Konnexität**

(1) Die Landkreise regeln ihre Finanzwirtschaft in eigener Verantwortung. Sie haben die zur ordnungsgemäßen Erfüllung ihrer Aufgaben notwendigen Mittel aus eigenen Einzahlungen aufzubringen. Reichen diese nicht aus, haben sie Anspruch auf einen Finanzausgleich.

(2) Werden Landkreise durch das Land zur Erfüllung von Aufgaben nach § 89 Absatz 4 verpflichtet oder werden ihnen durch das Land Aufgaben nach § 90 Absatz 1 übertragen, so ist dabei gleichzeitig über die Deckung der Kosten zu entscheiden. Führt die Erfüllung dieser Aufgaben zu einer Mehrbelastung der Landkreise, so ist dafür ein entsprechender finanzieller Ausgleich zu schaffen. Kostenfolgeabschätzungen sind unter Beteiligung der kommunalen Verbände vorzunehmen. Der finanzielle Ausgleich ist zeitgleich mit der Aufgabenübertragung zu gewähren. Dieser ist in der Rechtsvorschrift zu regeln, die die Aufgabenübertragung anordnet, oder zeitnah im Finanzausgleichsgesetz zu regeln.

(3) Werden Landkreise durch Gesetz, durch Rechtsverordnung aufgrund eines Gesetzes von Aufgaben oder durch Verwaltungsvorschriften des Landes von Kosten entlastet, so ist dafür ein entsprechender finanzieller Ausgleich zugunsten des Landes vorzunehmen. Absatz 2 Satz 3 gilt entsprechend.

**§ 92**  
**Satzungsrecht, Hauptsatzung**

(1) Die Landkreise können die Angelegenheiten des eigenen Wirkungskreises durch Satzung regeln, soweit die Gesetze nichts anderes bestimmen. In Angelegenheiten des übertragenen Wirkungskreises können Satzungen nur erlassen werden, wenn ein Gesetz dies vorsieht.

(2) Jeder Landkreis hat eine Hauptsatzung zu erlassen.

(3) § 5 Absatz 2 bis 6 gilt entsprechend.

**§ 93**  
**Kommunale Verbände**

Zur Förderung der kommunalen Selbstverwaltung und Wahrnehmung ihrer Interessen haben die Landkreise das Recht, Verbände zu bilden. § 6 Absatz 2 und 3 gilt entsprechend.

**§ 94**  
**Name und Sitz**

(1) Die Landkreise führen ihren gesetzlich bestimmten Namen.

(2) Der Kreistag kann mit einer Mehrheit von zwei Dritteln aller Kreistagsmitglieder den Namen des Landkreises ändern. Die Änderung des Namens ist nur aus Gründen des öffentlichen Wohls zulässig. Sie bedarf der Genehmigung des Innenministeriums.

(3) Der Sitz der Kreisverwaltung kann auf Antrag des Kreistages, der der Mehrheit von zwei Dritteln aller Kreistagsmitglieder bedarf, vom Innenministerium geändert werden.

**§ 95**  
**Wappen, Flaggen und Siegel**

Die Landkreise sind berechtigt, Wappen und Flaggen zu führen. Sie führen Dienstsiegel. § 9 gilt entsprechend.

**§ 96**  
**Kreisgebiet**

Das Gebiet des Landkreises bilden die Gemeinden und gemeindefreien Gebiete, die nach geltendem Recht zu ihm gehören. Grenzstreitigkeiten entscheidet die Rechtsaufsichtsbehörde.

**§ 97**  
**Gebietsänderungen**

- (1) Aus Gründen des öffentlichen Wohls können Landkreise aufgelöst, neu gebildet oder in ihren Grenzen geändert werden (Gebietsänderungen). Die betroffenen Gemeinden, Ämter und Landkreise sind vorher anzuhören.
- (2) Die Neubildung oder Auflösung von Landkreisen ist nur durch Gesetz möglich.
- (3) Im Übrigen gelten die §§ 11 und 12 Absatz 1 und 3 entsprechend.

**§ 98**  
**Einwohnerinnen und Einwohner, Bürgerinnen und Bürger**

- (1) Einwohnerinnen und Einwohner des Landkreises sind die im Landkreis wohnenden natürlichen Personen.
- (2) Bürgerinnen und Bürger sind die zu den Kreistagswahlen wahlberechtigten Personen nach Absatz 1.

**§ 99**  
**Rechte und Pflichten der Einwohnerinnen und Einwohner**

- (1) Die Einwohnerinnen und Einwohner des Landkreises haben das Recht, sich schriftlich oder zur Niederschrift mit Anregungen und Beschwerden an den Kreistag zu wenden. Sie sind über die Stellungnahme des Kreistages oder eines Ausschusses unverzüglich zu unterrichten.
- (2) Die Einwohnerinnen und Einwohner des Landkreises sind im Rahmen der bestehenden Vorschriften berechtigt, die öffentlichen Einrichtungen des Landkreises zu benutzen, und verpflichtet, die Lasten des Landkreises zu tragen.
- (3) Diese Vorschriften gelten entsprechend für natürliche und juristische Personen und Personenvereinigungen, die im Landkreis Grundstücke besitzen oder nutzen oder ein Gewerbe betreiben.

**§ 100**  
**Anschluss- und Benutzungszwang**

Der Landkreis kann für Einrichtungen, die dem öffentlichen Wohl dienen, durch Satzung Anschlusszwang und Benutzungszwang vorschreiben, wenn ein dringendes öffentliches Bedürfnis dafür besteht. § 15 gilt entsprechend.

**§ 101****Unterrichtung der Einwohnerinnen und Einwohner, Fragestunde,  
Anhörung, Einwohnerantrag**

(1) Der Landrat unterrichtet die Einwohnerinnen und Einwohner über allgemein bedeutsame Angelegenheiten des Landkreises. § 16 gilt entsprechend.

(2) Für Fragestunden, Anhörungen und Einwohneranträge gelten die §§ 17 und 18 entsprechend.

**§ 102****Rechte und Pflichten der Bürgerinnen und Bürger, Bürgerentscheid**

(1) Die Bürgerinnen und Bürger sind verpflichtet, Ehrenämter und ehrenamtliche Tätigkeiten für den Landkreis zu übernehmen und gewissenhaft und unparteiisch auszuüben. § 19 Absatz 3 und 4 gilt entsprechend.

(2) Wichtige Entscheidungen in Angelegenheiten des eigenen Wirkungskreises können statt durch Beschluss des Kreistages durch die Bürgerinnen und Bürger selbst getroffen werden (Bürgerentscheid). § 20 gilt entsprechend.

**Abschnitt 2****Vertretung und Verwaltung****§ 103****Organe**

Organe des Landkreises sind der Kreistag und der Landrat.

**§ 104****Kreistag**

(1) Der Kreistag ist die Vertretung der Bürgerinnen und Bürger und das oberste Willensbildungs- und Beschlussorgan des Landkreises.

(2) Der Kreistag ist für alle wichtigen Angelegenheiten des Landkreises zuständig und überwacht die Durchführung seiner Entscheidungen, soweit nicht durch Gesetz, Hauptsatzung oder Beschluss des Kreistages eine Übertragung auf den Kreisausschuss oder den Landrat stattgefunden hat. Wichtig sind, neben den dem Kreistag gesetzlich zugewiesenen Aufgaben, Angelegenheiten, die aufgrund ihrer politischen Bedeutung, ihrer wirtschaftlichen Auswirkungen oder als Grundlage für Einzelentscheidungen von grundsätzlicher Bedeutung für den Landkreis sind. Der Kreistag kann Angelegenheiten, die er übertragen hat, auch im Einzelfall jederzeit an sich ziehen. Wurde eine Angelegenheit durch die Hauptsatzung übertragen, kann der Kreistag sie nur durch Beschluss mit der Mehrheit aller Kreistagsmitglieder an sich ziehen.

(3) Die Entscheidungen in folgenden Angelegenheiten können nicht übertragen werden:

1. Angelegenheiten, über die kraft Gesetzes der Kreistag entscheidet,
2. die Übernahme neuer Aufgaben, für die keine gesetzliche Verpflichtung besteht,
3. die Bestellung der Rechnungsprüferinnen und Rechnungsprüfer,
4. die allgemeinen Grundsätze, nach denen die Verwaltung geführt werden soll,
5. die Grundsätze der Personalentscheidungen,
6. der Erlass, die Änderung und die Aufhebung von Satzungen,
7. die Haushaltssatzung, den Haushaltsplan, den Stellenplan, ein Haushaltssicherungskonzept, die Entgegennahme des Jahresabschlusses und die Entlastung des Landrats für die Haushaltsdurchführung,
8. die Errichtung, die Umwandlung des Zwecks, die Zusammenlegung und Aufhebung von Stiftungen sowie die Verwendung des Stiftungsvermögens,
9. die Errichtung, Übernahme, wesentliche Änderung der Aufgaben, wesentliche Erweiterung oder Einschränkung, Änderung der Organisationsform und Auflösung kommunaler Unternehmen und Einrichtungen sowie Beteiligung an Unternehmen und Einrichtungen,
10. die Ermittlung des Satzes öffentlicher Abgaben und die Festsetzung allgemeiner privatrechtlicher Entgelte,
11. die Bestellung und Wahl von Vertreterinnen und Vertretern des Landkreises, die Mitgliedschaftsrechte in Organen, Beiräten oder Ausschüssen von juristischen Personen oder Personenvereinigungen wahrnehmen,
12. die Mitgliedschaft in kommunalen Verbänden und in Zweckverbänden, der Abschluss öffentlich-rechtlicher Verträge nach § 165 und § 167 sowie die Entscheidung über partnerschaftliche Beziehungen zu anderen Landkreisen,
13. Gebietsänderungen und
14. die Verleihung und die Aberkennung von Ehrenbezeichnungen.

(4) Die Hauptsatzung kann bestimmen, dass der Kreisausschuss oder der Landrat Entscheidungen bis zu bestimmten Wertgrenzen in folgenden Angelegenheiten trifft:

1. die Genehmigung von Verträgen nach § 115 Absatz 5 Satz 7 und 8,
2. die Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen,
3. die Verfügung über Landkreisvermögen, insbesondere die Veräußerung oder Belastung von Grundstücken, Schenkungen, die Hingabe von Darlehen und die Aufnahme von Krediten durch den Landkreis, und
4. die Übernahme von Bürgschaften, der Abschluss von Gewährverträgen, die Bestellung sonstiger Sicherheiten für Dritte sowie wirtschaftlich gleich zu achtende Rechtsgeschäfte.

Enthält die Hauptsatzung solche Regelungen nicht, obliegt die Entscheidung ausschließlich dem Kreistag.

(5) Der Kreistag ist, soweit nichts anderes bestimmt ist, oberste Dienstbehörde. Er kann seine Befugnisse insoweit auf den Kreisausschuss oder auf den Landrat übertragen, soweit durch Gesetz oder aufgrund eines Gesetzes nichts anderes bestimmt ist. Die Aufgaben als oberste Dienstbehörde des Landrates und der Beigeordneten sind nicht übertragbar. Der Kreistag übt seine Befugnisse nach Satz 1 im Einvernehmen mit dem Landrat aus, das durch Beschluss mit der Mehrheit aller Kreistagsmitglieder ersetzt werden kann. Der Kreistag ist Dienstvorgesetzter des Landrats; er hat keine Disziplinarbefugnis. Führt der Landrat Aufgaben des übertragenen Wirkungsbereichs durch, darf der Kreistag Aussagegenehmigungen nach § 47 Absatz 1 Satz 1 des Landesbeamtengesetzes nur mit Zustimmung der Fachaufsichtsbehörde erteilen.

(6) Der Kreistag gibt sich zur Regelung seiner inneren Angelegenheiten eine Geschäftsordnung.

### **§ 105 Kreistagsmitglieder**

(1) Die Kreistagsmitglieder werden von den Bürgerinnen und Bürgern in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl auf die Dauer von fünf Jahren gewählt. Das Landes- und Kommunalwahlgesetz bestimmt die gesetzliche Zahl der Kreistagsmitglieder und regelt das Wahlverfahren.

(2) Die Kreistagsmitglieder üben ihr Mandat im Rahmen der Gesetze nach ihrer freien, nur dem Gemeinwohl verpflichteten Überzeugung aus. Sie sind an Aufträge und Verpflichtungen, durch welche die Freiheit ihrer Entschlüsse beschränkt wird, nicht gebunden. Die Kreistagsmitglieder sind zur Teilnahme an den Sitzungen und zur Mitarbeit verpflichtet, wenn sie nicht aus wichtigem Grund verhindert sind. Sie können auf ihr Mandat jederzeit durch schriftliche, unwiderrufliche Erklärung gegenüber dem Kreistagspräsidenten verzichten.

(3) Jedes Kreistagsmitglied ist berechtigt, im Kreistag und in den Ausschüssen, denen es angehört, Anträge zu stellen.

(4) Die Kreistagsmitglieder können sich zu Fraktionen zusammenschließen oder bestehenden Fraktionen mit deren Zustimmung beitreten. Eine Fraktion muss aus mindestens vier Mitgliedern bestehen. Ihre innere Ordnung muss demokratischen und rechtsstaatlichen Grundsätzen entsprechen. Die Landkreise sollen im Rahmen ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit die Aufgabenwahrnehmung der Fraktionen durch Zuwendungen aus dem Kreishaushalt für deren Geschäftsbedarf in angemessenem Umfang unterstützen. Soweit die Fraktionen Zuwendungen aus dem Kreishaushalt erhalten, ist die Verwendung dieser Mittel im Rahmen der örtlichen Prüfung zu prüfen. Eine Verwendung der Zuwendungen für Parteiaufgaben ist unzulässig. Näheres über die Bildung von Fraktionen, ihre Rechte und Pflichten regelt die Geschäftsordnung.

(5) Nach Ablauf der Wahlperiode üben die bisherigen Kreistagsmitglieder ihr Mandat bis zur konstituierenden Sitzung des neu gewählten Kreistages aus.

(6) Die Bestimmungen über die Pflicht zur Verschwiegenheit (§ 23 Absatz 6), Mitwirkungsverbote (§ 24), Unvereinbarkeit von Amt und Mandat (§ 25), Vertretungsverbot (§ 26) und Entschädigungen, Kündigungsschutz (§ 27) gelten für Kreistagsmitglieder entsprechend.

### **§ 106**

#### **Konstituierung des Kreistages, Vorsitz**

(1) Der Kreistag tritt innerhalb von sechs Wochen nach einer Kommunalwahl zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Die Einberufung erfolgt durch die bisherige Kreistagspräsidentin oder den bisherigen Kreistagspräsidenten. Das an Lebensjahren älteste Kreistagsmitglied eröffnet die Sitzung. Unter seiner Leitung wählt der Kreistag aus seiner Mitte die Kreistagspräsidentin oder den Kreistagspräsidenten, die oder der den Vorsitz im Kreistag innehat. Das älteste Kreistagsmitglied verpflichtet die gewählte Person durch Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Pflichten und übergibt ihr die Leitung der Sitzung. Die Kreistagspräsidentin oder der Kreistagspräsident verpflichtet die Kreistagsmitglieder durch Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Pflichten.

(2) Der Kreistag wird durch die Kreistagspräsidentin oder den Kreistagspräsidenten vertreten.

(3) Der Kreistag wählt aus seiner Mitte zwei Personen, die die Kreistagspräsidentin oder den Kreistagspräsidenten im Verhinderungsfall vertreten. Zur Unterstützung der Kreistagspräsidentin oder des Kreistagspräsidenten kann ein Vorstand oder Präsidium gebildet werden, dem neben den in Satz 1 genannten Personen weitere Mitglieder angehören können. Das Nähere regelt die Hauptsatzung. Sie kann bestimmen, dass die Bildung des Präsidiums nach den Grundsätzen der Verhältniswahl erfolgt.

### **§ 107**

#### **Sitzungen des Kreistages**

(1) Die Kreistagspräsidentin oder der Kreistagspräsident setzt im Benehmen mit dem Landrat die Tagesordnung fest und beruft die Sitzungen des Kreistages schriftlich oder, sofern es die Geschäftsordnung bestimmt, elektronisch unter Mitteilung der Tagesordnung ein. Jedes Kreistagsmitglied kann verlangen, seine Einladungen schriftlich statt elektronisch zu erhalten. Die Kreistagspräsidentin oder der Kreistagspräsident muss eine Angelegenheit auf die Tagesordnung setzen, wenn es ein Kreistagsmitglied oder der Landrat beantragt. Die Kreistagspräsidentin oder der Kreistagspräsident leitet die Sitzungen, sorgt für die Aufrechterhaltung der Ordnung und übt das Hausrecht aus.

(2) Der Kreistag tritt zusammen, so oft es die Geschäftslage erfordert. Die Geschäftsordnung kann einen Zeitraum vorsehen, nach dem der Kreistag einzuberufen ist. Der Kreistag muss unverzüglich einberufen werden, wenn es ein Viertel aller Kreistagsmitglieder, eine Fraktion oder der Landrat unter Angabe des Beratungsgegenstandes beantragt.

(3) Die Ladungsfristen für ordentliche und für Dringlichkeitssitzungen sind in der Geschäftsordnung zu regeln. Eine Ladungsfrist von drei Tagen soll nicht unterschritten werden. Unter Einhaltung der Ladungsfrist sollen die Beschlussvorlagen der Verwaltung übersandt werden.

(4) Die Mehrheit aller Kreistagsmitglieder kann in der Sitzung die Erweiterung der Tagesordnung beschließen, wenn es sich um eine Angelegenheit handelt, die wegen besonderer Dringlichkeit keinen Aufschub bis zur nächsten Sitzung duldet.

(5) Die Sitzungen des Kreistages sind öffentlich. Die Öffentlichkeit ist auszuschließen, wenn überwiegende Belange des öffentlichen Wohls oder berechtigte Interessen Einzelner es erfordern. Der Ausschluss der Öffentlichkeit kann in diesem Rahmen in der Hauptsatzung oder durch Beschluss des Kreistages angeordnet werden. Über den Ausschluss der Öffentlichkeit wird in nichtöffentlicher Sitzung beraten und mit der Mehrheit aller Kreistagsmitglieder entschieden. In öffentlichen Sitzungen des Kreistages sind Film- und Tonaufnahmen durch die Medien zulässig, soweit dem nicht ein Viertel aller Kreistagsmitglieder in geheimer Abstimmung widerspricht.

(6) Zeit, Ort und Tagesordnung der Sitzungen des Kreistages sind rechtzeitig vor der Sitzung öffentlich bekannt zu machen. Für Punkte der Tagesordnung, die nichtöffentlich behandelt werden sollen, gilt dies nur insoweit, als dadurch der Zweck der Nichtöffentlichkeit nicht gefährdet wird.

(7) Der Landrat nimmt an den Sitzungen des Kreistages teil. Er ist jederzeit berechtigt und auf Antrag eines Viertels aller Kreistagsmitglieder oder einer Fraktion verpflichtet, zu einem Punkt der Tagesordnung vor dem Kreistag Stellung zu nehmen. Die Sätze 1 und 2 gelten für Beigeordnete in Angelegenheiten ihres Geschäftsbereiches entsprechend.

(8) Über jede Sitzung des Kreistages ist eine Niederschrift nach näherer Bestimmung in der Geschäftsordnung anzufertigen. Die Niederschriften über den öffentlichen Teil der Sitzungen sind der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

### **§ 108 Beschlussfähigkeit**

(1) Der Kreistag ist beschlussfähig, wenn alle Kreistagsmitglieder ordnungsgemäß geladen wurden und mehr als die Hälfte aller Kreistagsmitglieder zur Sitzung anwesend ist. Ein Mangel der Ladung ist unbeachtlich, wenn das betroffene Kreistagsmitglied zur Sitzung erscheint. Die Beschlussfähigkeit ist zu Beginn der Sitzung festzustellen. Danach bleibt der Kreistag solange beschlussfähig, bis die Kreistagspräsidentin oder der Kreistagspräsident von sich aus oder auf Antrag eines Kreistagsmitgliedes die Beschlussunfähigkeit feststellt. Dieses Kreistagsmitglied zählt zu den Anwesenden. Die Beschlussunfähigkeit ist festzustellen, wenn weniger als ein Drittel aller Kreistagsmitglieder anwesend ist.

(2) Ist mehr als die Hälfte aller Kreistagsmitglieder nach § 24 ausgeschlossen, so ist der Kreistag beschlussfähig, wenn mehr als ein Drittel aller Kreistagsmitglieder zur Sitzung anwesend ist.

(3) Ist eine Angelegenheit wegen Beschlussunfähigkeit des Kreistages zurückgestellt worden, so ist der Kreistag in einer nachfolgenden Sitzung für diese Angelegenheit beschlussfähig, wenn mindestens drei stimmberechtigte Kreistagsmitglieder anwesend sind und bei der Ladung auf diese Vorschrift hingewiesen wurden. Sind weniger als drei stimmberechtigte Kreistagsmitglieder anwesend, entscheidet der Landrat mit Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde.

### **§ 109 Beschlussfassung**

(1) Beschlüsse des Kreistages werden, soweit nicht das Gesetz etwas anderes vorsieht, mit einfacher Mehrheit der anwesenden Kreistagsmitglieder in offener Abstimmung gefasst. Die einfache Mehrheit ist erreicht, wenn die Zahl der Ja-Stimmen die der Nein-Stimmen übersteigt. Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen sind unbeachtlich. Sieht das Gesetz einen Anteil aller Kreistagsmitglieder vor, so berechnet sich dieser nach der gesetzlichen Zahl der Kreistagsmitglieder, vermindert um die in der laufenden Wahlperiode außer durch eine Ergänzungswahl nicht wieder besetzbaren Mandate. Für Personalentscheidungen, die keine Wahlen sind, gilt § 110 Absatz 1 Satz 2 und 3 entsprechend.

(2) Eine Abstimmung erfolgt nur über solche Anträge, die zu diesem Zeitpunkt schriftlich vorliegen oder mündlich zur Sitzungsniederschrift erklärt werden. Anträge, durch die dem Landkreis Mehraufwendungen, Mehrauszahlungen, Mindererträge oder Mindereinzahlungen entstehen, müssen bestimmen, wie die zu ihrer Deckung erforderlichen Mittel aufzubringen sind; der Teilhaushalt ist zu benennen. Anträge sowie Beschlussvorlagen, die die Umsetzung des Haushaltssicherungskonzeptes verzögern oder diesem entgegenstehen, müssen unter Benennung der berührten Maßnahme des Haushaltssicherungskonzeptes zusätzliche neue Maßnahmen benennen, die die entstehenden Mehraufwendungen, Mehrauszahlungen, Mindererträge oder Mindereinzahlungen vollständig kompensieren. Dabei ist die Eignung der neuen Maßnahmen darzustellen. Auf Antrag eines Viertels aller Kreistagsmitglieder oder einer Fraktion wird namentlich abgestimmt. Geheime Abstimmungen sind unzulässig.

(3) In nichtöffentlicher Sitzung gefasste Beschlüsse des Kreistages sind spätestens in der nächsten öffentlichen Sitzung bekannt zu geben, soweit dadurch der Zweck der Nichtöffentlichkeit nicht gefährdet wird.

### **§ 110 Wahlen, Abberufungen**

(1) Abstimmungen über Personalangelegenheiten, die durch ein Gesetz als Wahlen bezeichnet sind, erfolgen geheim, sofern ein Kreistagsmitglied dies beantragt, ansonsten durch Handzeichen. Gewählt ist, soweit nicht das Gesetz etwas anderes vorsieht, wer die meisten Stimmen erhält. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los, das durch die Kreistagspräsidentin oder den Kreistagspräsidenten zu ziehen ist. Soweit nur eine Person zur Wahl steht, ist diese gewählt, wenn sie mehr Ja- als Nein-Stimmen erhält.

(2) Bestimmt dieses Gesetz, dass eine Wahl nach den Grundsätzen der Verhältniswahl zu erfolgen hat, so kann sich der Kreistag auf eine einvernehmliche Besetzung der Wahlstellen verständigen. Kommt eine solche Verständigung nicht zustande, wird über konkurrierende Wahlvorschlagslisten abgestimmt. Wahlvorschlagslisten können nur durch Fraktionen oder Zählgemeinschaften eingereicht werden. Zu Zählgemeinschaften können sich fraktionslose Kreistagsmitglieder untereinander oder mit Fraktionen zusammenschließen. Ein weitergehender Zusammenschluss zu einer Zählgemeinschaft ist nur zulässig, wenn dadurch andere Fraktionen oder Zählgemeinschaften nicht benachteiligt werden.

Die Unzulässigkeit einer Zählgemeinschaft ist unbeachtlich, wenn sie nicht vor Beginn der Abstimmung geltend gemacht wird. Über die Wahlvorschlagslisten der Fraktionen und Zählgemeinschaften stimmt der Kreistag in einem Wahlgang ab. Die Wahlstellen werden entsprechend den auf die Listen entfallenen Stimmenzahlen besetzt. Bei Bedarf entscheidet das Los. Ein Kreistagsmitglied gilt als aus einer nach den Grundsätzen der Verhältniswahl vergebenen Funktion abberufen, wenn es Mitglied einer Fraktion wird, von der es nicht vorgeschlagen wurde, oder die nicht der Zählgemeinschaft angehört hat, von der es vorgeschlagen wurde. Die Wiederbesetzung frei gewordener Wahlstellen bestimmt sich nach Satz 1 bis 7, wobei die bereits besetzten Stellen anzurechnen sind. Wird eine Wahlstelle frei, erfolgt auf Antrag einer Fraktion eine vollständige Neubesetzung des Gremiums, zu dem die Wahlstelle gehört. Das Nähere regelt die Geschäftsordnung.

(3) Der Kreistag kann eine von ihm gewählte Person aus ihrer Funktion abberufen. Ein Abberufungsbeschluss bedarf der Mehrheit aller Kreistagsmitglieder. Absatz 1 Satz 1 gilt entsprechend.

(4) Die Beigeordneten können auf schriftlichen Antrag von mehr als der Hälfte aller Kreistagsmitglieder mit einer Mehrheit von zwei Dritteln aller Kreistagsmitglieder aus ihrem Amt abberufen werden. Zwischen Antrag und Abstimmung müssen mindestens zwei Wochen liegen. Mit dem Tag der Abberufung treten die Beigeordneten in den einstweiligen Ruhestand, sofern eine Wartezeit von fünf Jahren nach Maßgabe des Versorgungsrechts erfüllt wurde. Die Sätze 1 bis 3 gelten entsprechend für den Landrat, der aufgrund der Bestimmungen des Landes- und Kommunalwahlgesetzes durch den Kreistag gewählt wurde.

(5) Der direkt gewählte Landrat kann nur durch Bürgerentscheid abberufen werden. § 20 gilt entsprechend.

(6) Ein durch Wahl besetztes Amt endet, wenn eine Wählbarkeitsvoraussetzung, die auf Dauer vorliegen muss, nachträglich entfällt. Die beamtenrechtlichen Vorschriften bleiben unberührt.

### **§ 111**

#### **Widerspruch gegen Beschlüsse des Kreistages und beschließender Ausschüsse**

(1) Verletzt ein Beschluss des Kreistages das Recht, so hat der Landrat dem Beschluss zu widersprechen. Der Landrat kann einem Beschluss widersprechen, wenn der Beschluss das Wohl des Landkreises gefährdet. Der Widerspruch muss binnen zwei Wochen nach der Beschlussfassung schriftlich eingelegt und begründet werden. Er hat aufschiebende Wirkung. Der Kreistag muss über die Angelegenheit in der nächsten Sitzung beschließen.

(2) Verletzt auch der neue Beschluss das Recht, so hat ihn der Landrat schriftlich unter Darlegung der Gründe binnen zwei Wochen nach der Beschlussfassung zu beanstanden und die Beanstandung der Rechtsaufsichtsbehörde anzuzeigen. Die Beanstandung hat aufschiebende Wirkung. Gegen die Beanstandung steht dem Kreistag die Klage vor dem Verwaltungsgericht zu.

(3) Verletzt ein Beschluss eines beschließenden Ausschusses das Recht, so hat der Landrat dem Beschluss zu widersprechen. Absatz 1 Satz 2 bis 4 gilt entsprechend. Der Kreisausschuss muss über den Widerspruch in der nächsten Sitzung beraten. Gibt er ihm nicht statt, beschließt der Kreistag über den Widerspruch. Absatz 2 gilt entsprechend.

(4) Für den Jugendhilfeausschuss gelten anstelle des Absatzes 3 die Absätze 1 und 2 entsprechend.

### **§ 112 Kontrolle der Verwaltung**

(1) Der Kreistag ist vom Landrat über alle wesentlichen Angelegenheiten der Kreisverwaltung zu unterrichten. Er unterrichtet den Kreistag mindestens halbjährlich über die Entscheidungen, die er nach § 104 Absatz 4 und 5 getroffen hat.

(2) Der Landrat und die Beigeordneten sind verpflichtet, dem Kreistag auf Antrag eines Viertels aller Kreistagsmitglieder oder einer Fraktion Auskunft zu erteilen.

(3) Jedes Kreistagsmitglied kann an den Landrat schriftliche oder in einer Sitzung des Kreistags mündliche Anfragen stellen, die in angemessener Frist zu beantworten sind. Das Nähere regelt die Hauptsatzung.

(4) In Einzelfällen ist auf Antrag eines Viertels aller Kreistagsmitglieder oder einer Fraktion einzelnen, von den Antragstellern jeweils zu benennenden Kreistagsmitgliedern, Akteneinsicht zu gewähren, soweit dem nicht schutzwürdige Belange Betroffener oder Dritter oder zu schützende Interessen des Landes oder des Bundes entgegenstehen. Entsprechendes gilt für Vorsitzende eines Ausschusses, wenn der Ausschuss dies durch Beschluss beantragt.

### **§ 113 Kreisausschuss**

(1) Jeder Kreistag bildet einen Kreisausschuss. Die Hauptsatzung bestimmt, wie viele Mitglieder der Kreisausschuss hat und ob stellvertretende Mitglieder zu wählen sind. Die Besetzung erfolgt nach den Grundsätzen der Verhältniswahl. Stimmberechtigter Vorsitzender ist der Landrat.

(2) Der Kreisausschuss koordiniert die Arbeit aller Ausschüsse des Kreistages. Er entscheidet nach den vom Kreistag festgelegten Richtlinien über die Planung der Verwaltungsaufgaben von besonderer Bedeutung. Er entscheidet in Angelegenheiten, die ihm durch Beschluss des Kreistages oder durch die Hauptsatzung übertragen sind. Der Kreisausschuss entscheidet auch in dringenden Angelegenheiten, deren Erledigung nicht bis zu einer Dringlichkeitssitzung des Kreistages aufgeschoben werden kann. Diese Entscheidungen bedürfen der Genehmigung durch den Kreistag.

(3) Soweit dem Kreisausschuss Personalentscheidungen zugewiesen sind, entscheidet er im Einvernehmen mit dem Landrat. Wird kein Einvernehmen erzielt, kann der Kreistag das Einvernehmen des Landrats mit der Mehrheit aller Kreistagsmitglieder ersetzen.

(4) Die Kreistagsmitglieder und die Beigeordneten haben das Recht, den Sitzungen des Kreisausschusses beizuwohnen. Die Beigeordneten haben daneben das Recht, in Angelegenheiten ihres Geschäftsbereiches das Wort zu verlangen. Sie sind auf Antrag der Mehrheit aller Mitglieder des Kreisausschusses zur Teilnahme verpflichtet. Die Hauptsatzung kann bestimmen, dass die Sitzungen des Kreisausschusses öffentlich stattfinden. In diesem Fall gilt § 104 Absatz 5 entsprechend.

(5) Im Übrigen gelten für den Kreisausschuss § 107 Absatz 1 bis 4 und 8, § 108 und § 109 Absatz 1 und 2 entsprechend.

#### **§ 114**

#### **Beratende und weitere Ausschüsse**

(1) Der Kreistag kann zur Vorbereitung seiner Beschlüsse ständige oder zeitweilige Ausschüsse bilden, die beratend tätig werden. Die Besetzung der Ausschüsse erfolgt nach den Grundsätzen der Verhältniswahl. Soweit nicht im Gesetz vorgeschrieben, regelt die Hauptsatzung Bildung, Zusammensetzung und Aufgaben der Ausschüsse. Sie bestimmt auch, ob stellvertretende Mitglieder zu wählen sind.

(2) In jedem Landkreis ist ein Finanzausschuss zu bilden. Er bereitet die Haushaltssatzung des Landkreises und die für die Durchführung des Haushaltsplanes und des Finanzplanes erforderlichen Entscheidungen vor. Er kann die Haushaltsführung des Landkreises begleiten. In jedem Landkreis ist ein Rechnungsprüfungsausschuss nach dem Kommunalprüfungsgesetz zu bilden.

(3) Der Landrat hat das Recht, beratend an allen Ausschusssitzungen teilzunehmen. Er ist auf Antrag der Mehrheit aller Mitglieder eines Ausschusses zur Teilnahme verpflichtet. Gleiches gilt für die Beigeordneten in Angelegenheiten ihres Geschäftsbereiches.

(4) Wird ein Ausschuss neu gebildet oder vollständig neu besetzt, so lädt die Kreistagspräsidentin oder der Kreistagspräsident zur ersten Ausschusssitzung ein. In dieser Sitzung werden die oder der Vorsitzende des Ausschusses sowie zwei Personen, die sie oder ihn vertreten, gewählt.

(5) Die Hauptsatzung kann bestimmen, dass neben einer Mehrheit von Kreistagsmitgliedern auch weitere sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner in die beratenden Ausschüsse zu berufen sind. Die Hinzuziehung von Sachverständigen ist zulässig. Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner haben für die Teilnahme im Ausschuss die gleichen Rechte und Pflichten wie Kreistagsmitglieder. §§ 24 bis 27 und 106 Absatz 1 Satz 6 gelten entsprechend.

(6) Die Kreistagsmitglieder haben das Recht, den Sitzungen der beratenden Ausschüsse beizuwohnen. Die Hauptsatzung kann bestimmen, dass die Ausschusssitzungen öffentlich stattfinden. In diesem Fall gelten § 107 Absatz 5 und 6 sowie § 109 Absatz 3 entsprechend.

(7) Im Übrigen gelten für die beratenden Ausschüsse § 107 Absatz 1 bis 4 und 8, § 108 und § 109 Absatz 1 und 2 entsprechend. Gesetzliche oder aufgrund Gesetzes ergangene Regelungen über die Bildung und die Zuständigkeiten weiterer Ausschüsse bleiben unberührt.

## **§ 115 Landrat**

(1) Der Landrat ist gesetzlicher Vertreter des Landkreises. Er leitet die Verwaltung und ist für die sachgerechte Erledigung der Aufgaben und den ordnungsgemäßen Gang der Verwaltung verantwortlich. Der Landrat führt mit den ihm unmittelbar nachgeordneten leitenden Bediensteten regelmäßige Beratungen durch, um eine einheitliche Verwaltungsführung zu gewährleisten. Er ist Dienstvorgesetzter der Bediensteten des Landkreises ohne Disziplinarbefugnis gegenüber den Beigeordneten. Er kann einzelne Befugnisse nach Satz 4 übertragen.

(2) Im eigenen Wirkungskreis des Landkreises bereitet der Landrat die Beschlüsse des Kreistages und des Kreisausschusses vor und führt sie aus. Der Landrat ist für die Geschäfte der laufenden Verwaltung zuständig. Zu den Geschäften der laufenden Verwaltung zählen insbesondere Entscheidungen von geringer wirtschaftlicher Bedeutung, Entscheidungen, die den laufenden Betrieb der Verwaltung aufrechterhalten, sowie gesetzlich oder tariflich gebundene Entscheidungen.

(3) Der Landrat entscheidet in eigener Zuständigkeit alle Angelegenheiten, die nicht vom Kreistag oder dem Kreisausschuss wahrgenommen werden. In Fällen äußerster Dringlichkeit entscheidet er anstelle des Kreisausschusses. Diese Entscheidungen bedürfen der Genehmigung durch den Kreisausschuss, soweit dieser zuständig ist, im Übrigen durch den Kreistag.

(4) Der Landrat führt die Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises des Landkreises durch. Er ist dafür der zuständigen Fachaufsichtsbehörde verantwortlich. Soweit der Landrat bei der Durchführung dieser Aufgaben Ermessen hat, kann er sich mit dem Kreistag oder seinen Ausschüssen beraten. Er hat den Kreistag über Angelegenheiten von besonderer Bedeutung zu unterrichten.

(5) Erklärungen, durch die der Landkreis verpflichtet werden soll oder mit denen eine Vollmacht erteilt wird, bedürfen der Schriftform. Sie sind vom Landrat sowie einem seiner Stellvertreter handschriftlich zu unterzeichnen und mit dem Dienstsiegel zu versehen. Die Hauptsatzung kann Wertgrenzen bestimmen, bis zu denen es dieser Formvorschriften ganz oder teilweise nicht bedarf. Satz 2 gilt auch für die Ausfertigung von Urkunden nach beamtenrechtlichen Vorschriften und für den Abschluss von Arbeitsverträgen. Erklärungen, die diesen Formvorschriften nicht genügen, bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Genehmigung durch den Kreistag. Verträge des Landkreises mit Mitgliedern des Kreistages und der Ausschüsse sowie mit dem Landrat und leitenden Bediensteten des Landkreises bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Genehmigung durch den Kreistag. Gleiches gilt für Verträge des Landkreises mit natürlichen oder juristischen Personen oder Vereinigungen, die durch die in Satz 6 genannten Personen vertreten werden.

(6) Die Regelung der inneren Organisation der Verwaltung und der Geschäftsverteilung obliegt dem Landrat. § 104 Absatz 3 Nummer 4 und 5 bleiben unberührt.

(7) Liegen in der Person des Landrates Ausschließungsgründe nach § 24 vor, so darf er nicht tätig werden. § 20 des Landesverwaltungsverfahrensgesetzes bleibt unberührt.

(8) Der Landrat oder jemand aus der ihm unmittelbar nachgeordneten leitenden Mitarbeiter-schaft des Landkreises muss die Befähigung zum Richteramt besitzen.

**§ 116****Wahl und Amtszeit der Landrätin oder des Landrats**

(1) Die Bürgerinnen und Bürger wählen die Landrätin oder den Landrat in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl. Das Nähere regelt das Landes- und Kommunalwahlgesetz.

(2) Die Amtszeit der Landrätin oder des Landrates beträgt mindestens sieben und höchstens neun Jahre. Sie wird durch die Hauptsatzung bestimmt. Auf Antrag einer Fraktion oder eines Viertels aller Kreistagsmitglieder ist die Stelle spätestens drei Monate vor dem Wahltag mit einer Bewerbungsfrist von mindestens einem Monat überregional öffentlich auszuschreiben. Nach Ablauf der in der Hauptsatzung bestimmten Amtszeit bleibt die Landrätin oder der Landrat bis zum Amtsantritt der Nachfolgerin oder des Nachfolgers, längstens aber sechs Monate, im Amt. Für die Dauer der Weiterführung der Amtsgeschäfte besteht das Beamtenverhältnis auf Zeit fort, ohne dass es einer erneuten Ernennung bedarf; die bisherigen Bezüge sind weiterzugewähren. Eine Landrätin oder ein Landrat ist verpflichtet, sich einmal zur Wiederwahl zu stellen. Wird diese Obliegenheit nicht erfüllt, ist die Landrätin oder der Landrat mit Ablauf der Amtszeit aus dem Beamtenverhältnis entlassen.

(3) Das Wahlergebnis ist der Rechtsaufsichtsbehörde unverzüglich anzuzeigen; dabei sind die Sitzungsniederschriften des Wahlausschusses über die Zulassung der zur Wahl stehenden Personen und über die Feststellung des Wahlergebnisses vorzulegen. Die oder der Gewählte wird für die Dauer der Amtszeit unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Zeit zur Landrätin oder zum Landrat ernannt. Die Ernennung erfolgt, wenn kein Einspruch gegen die Gültigkeit der Wahl nach § 35 Absatz 1 des Landes- und Kommunalwahlgesetz eingelegt worden ist, oder wenn der Kreistag die Einsprüche nach § 40 Absatz 5 des Landes- und Kommunalwahlgesetzes zurückgewiesen hat. Die Anzeige gilt als gesetzliche Mitwirkung nach § 12 Absatz 1 Nummer 4 des Beamtenstatusgesetzes. Mit der Ernennung tritt die Landrätin oder der Landrat das Amt an. Bei einer Wiederwahl ist eine neue Ernennungs-urkunde auszuhändigen.

**§ 117****Stellvertretung des Landrates, Beigeordnete**

(1) Der Kreistag bestimmt die Stellvertretung des Landrates durch Wahl zweier Personen, die den Landrat im Fall seiner Verhinderung vertreten. Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der Stimmen aller Kreistagsmitglieder erhält. Wird diese Mehrheit nicht erreicht, so wird über dieselben Personen erneut abgestimmt. Erhält auch dann niemand die erforderliche Mehrheit, so ist die Wahl in einer späteren Sitzung zu wiederholen, wenn nur eine Person zur Wahl stand. Bei zwei oder mehr Personen findet eine Stichwahl zwischen den beiden Personen mit der höchsten Stimmenzahl statt, bei der gewählt ist, wer die meisten Stimmen erhält. Die Reihenfolge der Stellvertretung ist mit der Wahl festzulegen.

(2) Die Hauptsatzung kann vorsehen, dass in Landkreisen mit mehr als 200 000 Einwohnerinnen und Einwohnern bis zu vier, in Landkreisen bis zu 200 000 Einwohnerinnen und Einwohnern bis zu drei Beigeordnete gewählt werden. Für sie gilt § 115 Absatz 7 entsprechend. Die Beigeordneten sind dem Landrat unmittelbar nachgeordnete leitende Bedienstete der Kreisverwaltung. Die Übertragung eines amtsangemessenen Aufgabenbereichs erfolgt durch den Landrat mit der Zustimmung des Kreistages. Spätere Änderungen des Aufgabenbereichs bedürfen der Zustimmung des Kreistages, oder, soweit die Hauptsatzung dies bestimmt, des Kreisausschusses, wenn sie eine Verlagerung von mehr als 10 Prozent der dem Aufgabenbereich ursprünglich zugewiesenen Dienstposten zur Folge haben. Mit Ausnahme der in genannten §§ 107, 111 und 115 Absatz 3 genannten Aufgaben erfolgt durch die Beigeordneten in ihrem Aufgabenbereich eine ständige Vertretung des Landrates, dessen fachlicher Weisung sie unterstehen. Sofern die Hauptsatzung die Wahl von Beigeordneten vorsieht, erstreckt sich die Wahl zugleich auf die Funktion des 1. oder 2. Stellvertreters des Landrates. Soweit nach der Hauptsatzung von der Wahl von Beigeordneten abgesehen wird, gilt für die Stellvertretung des Landrates § 40 Absatz 3 entsprechend. Ist nach der Hauptsatzung nur eine Beigeordnete oder ein Beigeordneter zu wählen, erstreckt sich die Wahl zugleich auf die Funktion des 1. Stellvertreters des Landrates.

(3) Für die Wahl und Amtszeit der Beigeordneten gelten Absatz 1 und § 116 Absatz 2 sowie § 3 Absatz 3 Satz 2 des Landes- und Kommunalwahlgesetzes entsprechend. Beigeordnete müssen die für ihr Amt erforderliche Eignung, Befähigung und Sachkunde besitzen. Den Kreistagsmitgliedern ist Gelegenheit zu geben, rechtzeitig vor der Wahl die Bewerbungsunterlagen aller zur Wahl stehenden Personen einzusehen; dies gilt auch dann, wenn eine öffentliche Ausschreibung der Stellen unterblieben ist. Die Wahl ist der Rechtsaufsichtsbehörde binnen einer Woche anzuzeigen; dabei sind die zur Prüfung der Rechtmäßigkeit der Wahl erforderlichen Unterlagen, insbesondere über die Voraussetzungen nach den Sätzen 2 und 3 sowie die Sitzungsniederschrift, vorzulegen. Die Rechtsaufsichtsbehörde kann einer rechtswidrigen Wahl innerhalb von sechs Wochen nach Anzeige der Wahl widersprechen; § 81 gilt entsprechend. Widerspricht die Rechtsaufsichtsbehörde nicht innerhalb der in Satz 5 genannten Frist, sind die Gewählten für die Dauer ihrer Amtszeit unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Zeit zu Beigeordneten zu ernennen. Die Beteiligung der Rechtsaufsichtsbehörde gilt als gesetzliche Mitwirkung nach § 12 Absatz 1 Nummer 4 des Beamtenstatusgesetzes. Bei einer Wiederwahl ist eine neue Ernennungsurkunde auszuhändigen.

### **§ 118 Gleichstellungsbeauftragte**

(1) Die Förderung der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern ist auch eine Aufgabe der Landkreise. Dafür bestellen die Landkreise hauptamtliche Gleichstellungsbeauftragte, die sie für diese Arbeit in Vollzeit beschäftigen. Die zur Bewältigung ihrer Arbeit erforderliche personelle Unterstützung für die Sachbearbeitung ist von den Landkreisen sicher zu stellen und die personelle Vertretung für die Gleichstellungsbeauftragte ist zu regeln. Die Gleichstellungsbeauftragte ist mit den zur Erfüllung ihrer Aufgaben notwendigen räumlichen und sächlichen Mitteln auszustatten.

(2) Die Bestellung erfolgt, soweit nicht durch die Hauptsatzung eine Übertragung auf den Kreisausschuss stattgefunden hat, durch den Kreistag. Die Aufhebung der Bestellung bedarf eines Beschlusses mit der Mehrheit von zwei Dritteln aller Kreistagsmitglieder.

(3) Die Gleichstellungsbeauftragte ist Teil der Kreisverwaltung. Sie kann an den Sitzungen des Kreistages und der Ausschüsse teilnehmen. Ihr ist in Angelegenheiten ihres Aufgabenbereiches auf Wunsch das Wort zu erteilen.

(4) Der Gleichstellungsbeauftragten soll Gelegenheit gegeben werden, in grundlegenden Angelegenheiten ihres Aufgabenbereiches so rechtzeitig Stellung zu nehmen, dass ihre Stellungnahme bei der abschließenden Entscheidung berücksichtigt werden kann. Auf Verlangen der Gleichstellungsbeauftragten hat der Landrat gemäß § 107 Absatz 1 Satz 2 zu beantragen, Angelegenheiten nach Absatz 1 auf die Tagesordnung zu setzen, soweit nicht andere wichtige Belange entgegenstehen.

(5) Die Gleichstellungsbeauftragte ist bei der Ausübung ihrer Teilnahme- und Rederechte nach Absatz 3 sowie bei der Erstellung ihrer Stellungnahmen nach Absatz 4 weisungsfrei.

(6) Das Nähere regelt die Hauptsatzung.

#### **§ 118a Behindertenbeiräte**

Bei der Erfüllung ihrer Aufgaben und im Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit tragen die Landkreise dafür Sorge, dass auf die besonderen Belange von Menschen mit Behinderungen Rücksicht genommen wird. Die Landkreise können hierfür Beiräte oder Beauftragte bestellen.

#### **§ 119 Untere staatliche Verwaltungsbehörde**

(1) Das Gebiet des Landkreises ist zugleich der Zuständigkeitsbereich des Landrates als untere staatliche Verwaltungsbehörde.

(2) Der Landrat nimmt als untere staatliche Verwaltungsbehörde die Rechtsaufsicht über die kreisangehörigen Gemeinden und Ämter sowie die Aufgaben nach dem Kommunalprüfungsgesetz wahr. Die Aufgaben, die ihm durch Gesetz als untere staatliche Verwaltungsbehörde zugewiesen worden sind, bleiben unberührt.

(3) Der Landrat ist bei der Erfüllung seiner Aufgaben als untere staatliche Verwaltungsbehörde ausschließlich den fachlich zuständigen obersten Landesbehörden verantwortlich. Er hat ihre Weisungen zu beachten und ihnen über alle Vorgänge zu berichten, die für die obersten Landesbehörden von Bedeutung sein können.

(4) Der Landrat wirkt darauf hin, dass die im Landkreis tätigen staatlichen Verwaltungsbehörden dem Gemeinwohl dienend zusammenwirken.

(5) Die für die Erfüllung der Aufgaben der unteren staatlichen Verwaltungsbehörde erforderlichen Dienstkräfte und Einrichtungen sind vom Landkreis zur Verfügung zu stellen. Zur Unterstützung können Beschäftigte des Landes im Benehmen mit dem Landrat an den Landkreis abgeordnet werden; § 27 Absatz 1 Satz 3 des Landesbeamtengesetzes findet bezogen auf die Abordnung keine Anwendung. Diese Bediensteten können mit Zustimmung des Kreistages auch mit Angelegenheiten des eigenen und des übertragenen Wirkungskreises befasst werden. Der Landrat bestellt mit Zustimmung des Innenministeriums eine fachlich geeignete Leiterin oder einen fachlich geeigneten Leiter der mit Rechtsaufsicht befassten Organisationseinheit. Die Abbestellung bedarf ebenfalls der Zustimmung.

(6) Die vom Landrat als untere staatliche Verwaltungsbehörde festgesetzten Gebühren und Auslagen stehen dem Landkreis zu.

(7) Der Landrat als untere staatliche Verwaltungsbehörde untersteht der Dienstaufsicht des Innenministeriums. Die Dienstaufsicht erstreckt sich auf die innere Ordnung, die allgemeine Geschäftsführung und die Personalangelegenheiten der Behörde. Der Dienstaufsichtsbehörde steht das Informationsrecht nach § 80 zu. Sie ist berechtigt, Weisungen zu erteilen. Andere Rechtsvorschriften, die die Rechte der Dienstaufsichtsbehörde erweitern oder beschränken, sowie die dienstrechtlichen Vorschriften bleiben unberührt.

### **Abschnitt 3**

#### **Haushaltswirtschaft, Sondervermögen, wirtschaftliche Betätigung**

##### **§ 120 Haushaltswirtschaft**

(1) Für die Haushaltswirtschaft des Landkreises gelten die Bestimmungen über die Haushaltswirtschaft der Gemeinden entsprechend, soweit nachfolgend nichts anderes geregelt ist.

(2) Der Landkreis hat die zur Erfüllung seiner Aufgaben erforderlichen Erträge und Einzahlungen

1. soweit vertretbar und geboten, aus Entgelten für die von ihm erbrachten Leistungen,
2. aus Steuern,
3. im Übrigen aus einer Kreisumlage nach den Bestimmungen des Finanzausgleichsgesetzes Mecklenburg-Vorpommern,

zu beschaffen, soweit die sonstigen Erträge und Einzahlungen nicht ausreichen.

(3) Jeder Landkreis hat ein Rechnungsprüfungsamt.

##### **§ 121 Sondervermögen, treuhänderisch verwaltetes Vermögen**

Für Sondervermögen und treuhänderisch verwaltetes Vermögen der Landkreise gelten die §§ 64 bis 66 entsprechend.

## **§ 122 Wirtschaftliche Betätigung**

Für die wirtschaftliche Betätigung des Landkreises gelten die §§ 68 bis 77 entsprechend.

### **Abschnitt 4 Aufsicht**

## **§ 123 Rechts- und Fachaufsicht**

Für die Rechts- und Fachaufsicht über die Landkreise gelten die §§ 78 und 80 bis 84 sowie 87 entsprechend. Gegen Maßnahmen der Rechtsaufsichtsbehörde ist die Anfechtungsklage nach Maßgabe der Verwaltungsgerichtsordnung gegeben.

## **§ 124 Aufsichtsbehörden**

(1) Rechtsaufsichtsbehörde für die Landkreise und deren selbstständige Kommunalunternehmen ist das Innenministerium.

(2) Fachaufsichtsbehörde für die Landräte ist die fachlich zuständige oberste Landesbehörde, soweit durch Rechtsvorschrift nichts anderes bestimmt ist.

### **Teil 3 Amtsordnung**

#### **Abschnitt 1 Allgemeines**

## **§ 125 Allgemeine Stellung der Ämter**

(1) Die Ämter sind Körperschaften des öffentlichen Rechts, die aus Gemeinden desselben Landkreises bestehen. Sie dienen der Stärkung der gemeindlichen Selbstverwaltung im ländlichen Raum. Die Ämter treten als Träger von Aufgaben der öffentlichen Verwaltung an die Stelle der amtsangehörigen Gemeinden, soweit dieses Gesetz es bestimmt oder zulässt.

(2) Das Recht der Gemeinden, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in Eigenverantwortung zu regeln und in ihrem Gebiet im Rahmen der Leistungsfähigkeit alle öffentlichen Aufgaben in Eigenverantwortung zu erfüllen, bleibt unberührt, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist.

(3) Fläche und Einwohnerzahl eines Amtes sind so zu bemessen, dass eine leistungsfähige, sparsame und wirtschaftlich arbeitende Verwaltung unter ehrenamtlicher Leitung erreicht wird. Hierbei sind die örtlichen Verhältnisse, im Besonderen die Verkehrs-, Schul- und Wirtschaftsverhältnisse sowie die kulturellen und geschichtlichen Beziehungen angemessen zu berücksichtigen. Die Ämter sollen in der Regel 8 000 Einwohnerinnen und Einwohner und mehr haben, mindestens jedoch über 6 000 Einwohnerinnen und Einwohner verfügen. Einem Amt sollen in der Regel nicht mehr als zehn Gemeinden angehören.

(4) Gemeinden mit mindestens 5 000 Einwohnerinnen und Einwohnern können selbstständig verwaltet (amtsfrei) werden, wenn die Gemeindevertretung dies beschließt, die Finanzkraft der Gemeinde eine stetige Aufgabenerfüllung gewährleistet und sonstige Gründe des öffentlichen Wohls nicht entgegenstehen. Gemeinden, die am 4. März 2004 amtsfrei waren, bleiben auch mit weniger als 5 000 Einwohnerinnen und Einwohnern amtsfrei, soweit die übrigen Voraussetzungen nach Satz 1 erfüllt sind.

(5) Gemeinden mit weniger als 5 000, aber mehr als 1 000 Einwohnerinnen und Einwohnern, können selbstständig verwaltet (amtsfrei) werden, wenn sie sich auf das abgeschlossene Gebiet einer Insel erstrecken und begrenzen oder wenn sie aufgrund einer anderen besonderen geographischen Lage oder ihrer ausgeprägten Bedeutung für den Fremdenverkehr eine besondere Stellung einnehmen und die in Absatz 4 Satz 1 genannten Voraussetzungen erfüllt sind. Gemeinden, die am 31. Dezember 2003 hiernach amtsfrei waren, bleiben amtsfrei, soweit die in Absatz 4 genannten Voraussetzungen weiterhin erfüllt sind.

(6) Die Landesregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung

1. Ämter aufzulösen, zu ändern, neu zu bilden sowie die hiermit zusammenhängenden Regelungen zur Rechtsnachfolge, zum Personalübergang, soweit hierüber keine dem öffentlichen Wohl entsprechende vertragliche Regelung zu Stande kommt, und zum Namen und Sitz zu treffen,
2. eine Gemeinde, die keinem Amt angehört und nicht die Voraussetzungen des Absatzes 4 oder 5 erfüllt, einem Amt zuzuordnen,
3. die Amtsfreiheit einer Gemeinde, die die Voraussetzungen des Absatzes 4 oder 5 erfüllt, zu bestimmen.

Sie kann das Innenministerium durch Rechtsverordnung ermächtigen, die aufgrund des Satzes 1 oder des § 1 Absatz 6 der Amtsordnung vom 18. März 1992 (GVObI. M-V S. 187) erlassenen Rechtsverordnungen zu ändern. Vor dem Erlass einer Rechtsverordnung sind die betroffenen Gemeinden, Ämter und Landkreise anzuhören.

(7) Bei der Änderung und Auflösung von Ämtern regelt die Rechtsaufsichtsbehörde die Auseinandersetzung und die Überleitung der Satzungen der Ämter.

**§ 126**  
**Verwaltungseinrichtungen, Siegel**

(1) Das Amt soll zur Durchführung seiner Aufgaben eine eigene Verwaltung einrichten. Es sorgt für die erforderlichen Dienstkräfte und Verwaltungseinrichtungen. Verzichtet das Amt auf eine eigene Verwaltung, muss es entweder

1. einen öffentlich-rechtlichen Vertrag mit einer größeren amtsangehörigen Gemeinde schließen, in dem sich diese zur Verwaltung des Amtes verpflichtet (geschäftsführende Gemeinde), oder
2. eine Verwaltungsgemeinschaft nach § 167 mit einer außerhalb des Amtes liegenden amtsfreien Gemeinde oder einem anderen Amt vereinbaren.

Der öffentlich-rechtliche Vertrag nach Satz 3 Nummer 1 bedarf der Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde und ist von den Beteiligten öffentlich bekannt zu machen.

(2) Das Innenministerium kann anordnen, dass ein Amt entsprechend der Regelung des Absatzes 1 Satz 3 verwaltet wird, wenn dies einer leistungsfähigen, sparsamen und wirtschaftlich arbeitenden Verwaltung dient und eine vertragliche Regelung nicht zustande gekommen ist. Die betroffenen Gemeinden und Ämter sind anzuhören. Gemeinden über 3 000 Einwohnerinnen und Einwohner können eine Anordnung des Innenministeriums nach Satz 1 beantragen.

(3) Die Ämter führen Dienstsiegel.

**Abschnitt 2**  
**Aufgaben der Ämter**

**§ 127**  
**Amt und eigener Wirkungskreis der Gemeinden**

(1) Das Amt bereitet im Einvernehmen mit dem Bürgermeister die Beschlüsse und Entscheidungen der Gemeindeorgane vor und führt sie aus. In Angelegenheiten der laufenden Verwaltung der Gemeinde entscheidet das Amt. Für Angelegenheiten von geringer wirtschaftlicher Bedeutung sowie für gesetzlich oder tariflich gebundene Entscheidungen gilt dies nur, wenn der Bürgermeister die Entscheidungsbefugnis dem Amt übertragen hat. Für die Kontrolle der Amtsverwaltung durch die Gemeindevertretung hinsichtlich der in Satz 1 bis 3 geregelten Aufgaben gilt § 34 entsprechend. Die Gemeinde kann nach Anhörung des Amtes mit Zustimmung der Rechtsaufsichtsbehörde beschließen, einzelne Selbstverwaltungsaufgaben selbst durchzuführen. Ist die Gemeinde in einem gerichtlichen Verfahren beteiligt, so wird sie durch das Amt vertreten; eine Vertretung findet nicht statt, wenn es sich um ein Verfahren handelt, das gegen das Amt oder andere amtsangehörige Gemeinden geführt wird. Die Gemeinden tragen Prozessführungskosten selbst, soweit der Amtsausschuss nichts anderes beschließt.

(2) Das Amt besorgt die Kassengeschäfte und führt das Rechnungswesen sowie die Veranlagung und Erhebung der Gemeindeabgaben für die amtsangehörigen Gemeinden. Es bereitet für diese die Aufstellung der Haushaltspläne vor.

(3) Das Amt hat über die öffentlichen Aufgaben, die mehrere amtsangehörige Gemeinden betreffen und eine gemeinsame Abstimmung erfordern, zu beraten und auf ihre Erfüllung hinzuwirken.

(4) Über die Regelung des Absatzes 2 Satz 1 hinaus können mehrere amtsangehörige Gemeinden gemeinsam dem Amt Selbstverwaltungsaufgaben übertragen.

(5) Die Gemeinden können eine Rückübertragung verlangen, wenn sich die Verhältnisse, die der Übertragung zugrunde lagen, so wesentlich geändert haben, dass den Gemeinden ein Festhalten an der Übertragung nicht weiter zugemutet werden kann. Soweit erforderlich, erfolgt in diesen Fällen eine Auseinandersetzung. Wenn zwischen dem Amt und der Gemeinde eine einvernehmliche Regelung nicht zustande kommt, entscheidet die Rechtsaufsichtsbehörde.

(6) Die Gemeindevertretung einer amtsangehörigen Gemeinde kann einem Beschluss des Amtsausschusses widersprechen, wenn der Beschluss das Wohl der Gemeinde gefährdet. Der Widerspruch muss binnen eines Monats nach Beschlussfassung schriftlich eingelegt und begründet werden. Er hat aufschiebende Wirkung. Der Beschluss ist aufgehoben, wenn der Amtsausschuss den Widerspruch nicht binnen eines Monats in einer neuen Sitzung zurückweist; der Beschluss bedarf der Mehrheit aller Mitglieder des Amtsausschusses.

#### **§ 128 Übertragener Wirkungskreis**

Das Amt ist Träger der Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises nach § 3.

#### **§ 129 Satzungsrecht**

Für das Satzungsrecht der Ämter gilt § 5 entsprechend.

#### **§ 130 Einwohnerinnen und Einwohner, Bürgerinnen und Bürger**

(1) Einwohnerinnen und Einwohner des Amtes sind die Einwohnerinnen und Einwohner der amtsangehörigen Gemeinden. §§ 14 bis 17 finden entsprechende Anwendung.

(2) Bürgerinnen und Bürger des Amtes sind die Bürgerinnen und Bürger der amtsangehörigen Gemeinden. § 19 gilt entsprechend.

### **Abschnitt 3 Organisation der Ämter**

#### **§ 131 Organe**

Organe des Amtes sind der Amtsausschuss und der Amtsvorsteher.

#### **§ 132 Zusammensetzung des Amtsausschusses**

(1) Der Amtsausschuss besteht aus den Bürgermeistern der amtsangehörigen Gemeinden und den weiteren Mitgliedern nach Absatz 2. Ist der Amtsvorsteher bei seiner Wahl nicht Mitglied des Amtsausschusses (§ 137 Absatz 1 Satz 3), so tritt er als zusätzliches Mitglied hinzu.

(2) Gemeinden über 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner entsenden weitere Mitglieder in den Amtsausschuss. Ihre Zahl beträgt

in Gemeinden bis 2 000 Einwohnerinnen und Einwohner 1,  
in Gemeinden bis 3 000 Einwohnerinnen und Einwohner 2,  
in Gemeinden bis 4 000 Einwohnerinnen und Einwohner 3,  
in Gemeinden bis 6 000 Einwohnerinnen und Einwohner 4 und  
in Gemeinden mit mehr als 6 000 Einwohnerinnen und Einwohnern 5.

(3) Die Gemeindevertretungen wählen aus ihrer Mitte die weiteren Mitglieder des Amtsausschusses nach den Grundsätzen der Verhältniswahl. Der Bürgermeister hat seine Stimme offen abzugeben. Bei der Zuteilung der zu vergebenden Mandate im Amtsausschuss ist er auf den Wahlvorschlag anzurechnen, für den er gestimmt hat. Die Gemeindevertretungen können nach den Grundsätzen der Verhältniswahl stellvertretende weitere Mitglieder des Amtsausschusses wählen. Die Hauptsatzung des Amtes bestimmt deren Zahl und die Art der Vertretung.

(4) Die von den Gemeinden zu entsendenden Vertreterinnen und Vertreter müssen binnen zwei Monaten nach einer Kommunalwahl gewählt werden. Der Amtsausschuss tritt binnen weiterer zwei Wochen zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Die Einberufung erfolgt durch den bisherigen Amtsvorsteher. Bis zum Zusammentritt des neuen Amtsausschusses bleibt der bisherige Amtsausschuss tätig. Der Amtsausschuss konstituiert sich mit der Wahl des Amtsvorstehers (§ 137).

**§ 133****Ausscheiden aus dem Amtsausschuss**

Bürgermeister und weitere Mitglieder des Amtsausschusses scheidern aus dem Amtsausschuss aus, wenn sie ihr Amt als Bürgermeister oder ihren Sitz in der Gemeindevertretung verlieren. Dies gilt nicht für die Person des Amtsvorstehers, solange sie Bürger des Amtes ist und für Bürgermeister, deren Gemeinde in einer anderen Gemeinde des Amtes aufgegangen ist. Wird die Gemeindevertretung, der eine Stellvertreterin oder ein Stellvertreter des Amtsvorstehers angehört, neu gewählt, bleibt diese oder dieser im Amt, bis die Nachfolgerin oder der Nachfolger das Amt antritt.

**§ 134****Aufgaben und Arbeitsweise des Amtsausschusses**

- (1) Der Amtsausschuss ist das oberste Willensbildungs- und Beschlussorgan des Amtes.
- (2) Der Amtsausschuss ist für alle wichtigen Angelegenheiten des Amtes zuständig und überwacht die Durchführung seiner Entscheidungen, soweit nicht durch Gesetz, Hauptsatzung oder Beschluss des Amtsausschusses eine Übertragung auf den Amtsvorsteher stattgefunden hat. Wichtig sind, neben den dem Amtsausschuss gesetzlich zugewiesenen Aufgaben, Angelegenheiten, die aufgrund ihrer politischen Bedeutung, ihrer wirtschaftlichen Auswirkungen oder als Grundlage für Einzelentscheidungen von grundsätzlicher Bedeutung für das Amt sind. Die Übertragung auf den Amtsvorsteher ist in entsprechender Anwendung des § 22 Absatz 3 und 4 beschränkt. Der Amtsausschuss kann Angelegenheiten, die er übertragen hat, auch im Einzelfall jederzeit an sich ziehen. Wurde die Angelegenheit durch die Hauptsatzung übertragen, kann der Amtsausschuss sie nur durch Beschluss mit der Mehrheit aller Mitglieder an sich ziehen.
- (3) Der Amtsausschuss ist, soweit nichts anderes bestimmt ist, oberste Dienstbehörde. Er bestellt eine leitende Verwaltungsbeamtin oder einen leitenden Verwaltungsbeamten. Er kann seine Befugnisse nach Satz 1 auf den Amtsvorsteher übertragen, soweit durch Gesetz oder aufgrund eines Gesetzes nichts anderes bestimmt ist. Der Amtsausschuss übt seine Befugnisse nach Satz 1 und 2 im Einvernehmen mit dem Amtsvorsteher aus, das durch Beschluss mit der Mehrheit aller Mitglieder des Amtsausschusses ersetzt werden kann. Der Amtsausschuss ist Dienstvorgesetzter des Amtsvorstehers und seiner ehrenamtlichen Stellvertreterinnen und Stellvertreter; er hat keine Disziplinarbefugnis. Führt der Amtsvorsteher Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises durch, darf der Amtsausschuss Aussagegenehmigungen nach § 47 Absatz 1 Satz 1 des Landesbeamtengesetzes nur mit Zustimmung der Fachaufsichtsbehörde erteilen.
- (4) Bei der Beschlussfassung über Aufgaben, die dem Amt nach § 127 Absatz 4 übertragen worden sind, haben die Mitglieder des Amtsausschusses, deren Gemeinden von der Übertragung nicht betroffen sind, kein Stimmrecht.
- (5) Der Amtsausschuss gibt sich zur Regelung seiner inneren Angelegenheiten eine Geschäftsordnung.

(6) Die Mitglieder der Gemeindevertretungen haben das Recht, den Sitzungen des Amtsausschusses beizuwohnen. Die leitende Verwaltungsbeamtin oder der leitende Verwaltungsbeamte ist berechtigt und auf Antrag eines Viertels aller Mitglieder des Amtsausschusses verpflichtet, an den Sitzungen des Amtsausschusses teilzunehmen. Ihr oder ihm ist auf Antrag das Wort zu erteilen.

### **§ 135**

#### **Anzuwendende Vorschriften**

Die Bestimmungen über das Bekanntmachungsverfahren für Rechtsverordnungen (§ 3 Absatz 2), die Rechtsstellung der Mitglieder der Gemeindevertretung (§ 23 Absatz 3, 4 und 6), Mitwirkungsverbote (§ 24), Vertretungsverbot (§ 26), Entschädigungen, Kündigungsschutz (§ 27), Verpflichtung (§ 28 Absatz 2 Satz 3), Sitzungen der Gemeindevertretung (§ 29 Absatz 1 bis 6 und 8), Beschlussfähigkeit (§ 30), Beschlussfassung (§ 31), Wahlen, Abberufungen (§ 32 Absatz 1, 3 und 5) und Kontrolle der Verwaltung (§ 34) sind anzuwenden, wobei an die Stelle der Gemeindevertretung der Amtsausschuss, an die Stelle der Mitglieder der Gemeindevertretung die Mitglieder des Amtsausschusses, an die Stelle des Bürgermeisters und der oder des Vorsitzenden der Gemeindevertretung der Amtsvorsteher und an die Stelle der Gemeindeverwaltung die Amtsverwaltung treten.

### **§ 136**

#### **Ausschüsse des Amtsausschusses**

(1) Der Amtsausschuss kann zur Vorbereitung seiner Beschlüsse ständige oder zeitweilige Ausschüsse bilden, die beratend tätig werden. Für Angelegenheiten, die dem Amt nach § 127 Absatz 4 übertragen worden sind, können beschließende Unterausschüsse des Amtsausschusses gebildet werden. Die Hauptsatzung regelt Bildung, Zusammensetzung und Aufgabengebiet der Ausschüsse. Sie bestimmt auch, ob für die Ausschussmitglieder Verhinderungsvertreterinnen und Verhinderungsvertreter gewählt werden.

(2) Die Hauptsatzung kann bestimmen, dass neben einer Mehrheit von Mitgliedern des Amtsausschusses auch weitere sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner in die Ausschüsse berufen werden. Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner haben für die Teilnahme im Ausschuss die gleichen Rechte und Pflichten wie Mitglieder des Amtsausschusses. §§ 24 bis 27 und 28 Absatz 2 Satz 3 gelten entsprechend.

(3) In jedem Amt ist ein Rechnungsprüfungsausschuss nach dem Kommunalprüfungsgesetz zu bilden.

(4) Der Amtsvorsteher und die leitende Verwaltungsbeamtin oder der leitende Verwaltungsbeamte haben das Recht, beratend an allen Ausschusssitzungen teilzunehmen. Sie sind auf Antrag der Mehrheit aller Mitglieder eines Ausschusses zur Teilnahme verpflichtet. Die Mitglieder des Amtsausschusses haben das Recht, den Sitzungen der Ausschüsse beizuwohnen. Die Hauptsatzung kann bestimmen, dass die Ausschusssitzungen öffentlich stattfinden. In diesem Fall gelten § 29 Absatz 5 und 6 sowie § 31 Absatz 3 entsprechend.

(5) Im Übrigen gelten für die beratenden Ausschüsse § 29 Absatz 1 bis 4 und 8, § 30 sowie § 31 Absatz 1 und 2 entsprechend. Gesetzliche oder aufgrund Gesetzes ergangene Regelungen über die Bildung und die Zuständigkeit weiterer Ausschüsse bleiben unberührt.

### **§ 137**

#### **Wahl und Stellung des Amtsvorstehers**

(1) Der Amtsausschuss wählt unter Vorsitz seines an Lebensjahren ältesten Mitglieds aus seiner Mitte für die Dauer der Wahlperiode der Gemeindevertretungen die Amtsvorsteherin oder den Amtsvorsteher. § 40 Absatz 1 Satz 2 bis 5 gilt entsprechend. Wird in zwei Wahlgängen die erforderliche Mehrheit von keiner der zur Wahl stehenden Personen erreicht, kann in einem erneuten Wahlverfahren auch gewählt werden, wer nicht dem Amtsausschuss angehört, aber Bürgerin oder Bürger des Amtes (§ 130 Absatz 2 Satz 1) ist. § 25 gilt entsprechend. Verändert sich durch Änderung des Amtes die Einwohnerzahl um mehr als 25 Prozent, so sind die Amtsvorsteherin oder der Amtsvorsteher und ihre oder seine Stellvertreterinnen und Stellvertreter neu zu wählen.

(2) Für die Abberufung der Amtsvorsteherin oder des Amtsvorstehers gilt § 32 Absatz 4, für die Abberufung der Stellvertreterinnen und Stellvertreter § 32 Absatz 3 Satz 2 entsprechend.

(3) Die gewählte Person ist für die Dauer ihrer Amtszeit unter Berufung in das Beamtenverhältnis als Ehrenbeamtin oder Ehrenbeamter zur Amtsvorsteherin oder zum Amtsvorsteher zu ernennen. Sie wird vom ältesten Mitglied des Amtsausschusses in öffentlicher Sitzung des Amtsausschusses vereidigt und ins Amt eingeführt.

(4) Die Amtsvorsteherin oder der Amtsvorsteher bleibt bis zum Amtsantritt der Nachfolgerin oder des Nachfolgers, längstens aber sechs Monate, im Amt. Das Beamtenverhältnis besteht für diese Zeit fort.

(5) In Ämtern mit mindestens 15 000 Einwohnerinnen und Einwohnern und eigener Verwaltung ist die Amtsvorsteherin oder der Amtsvorsteher hauptamtlich tätig, wenn die Hauptsatzung dies vorsieht. § 40 Absatz 5 gilt entsprechend. Wählbar sind auch Amtsvorsteherinnen und Amtsvorsteher, die ihr Amt mindestens fünf Jahre ehrenamtlich ausgeübt haben. Wird eine hauptamtliche Amtsvorsteherin oder ein hauptamtlicher Amtsvorsteher gewählt, ist entsprechend § 28 Absatz 2 eine Vorsitzende oder ein Vorsitzender des Amtsausschusses zu wählen, die oder der insoweit die Aufgaben des Amtsvorstehers wahrnimmt. § 142 Absatz 4 gilt für die hauptamtliche Amtsvorsteherin oder den hauptamtlichen Amtsvorsteher entsprechend.

**§ 138**  
**Aufgaben des Amtsvorstehers**

- (1) Der Amtsvorsteher führt den Vorsitz im Amtsausschuss. Er vertritt ihn gegenüber Dritten.
- (2) Der Amtsvorsteher leitet die Verwaltung des Amtes ehrenamtlich nach den Grundsätzen und Richtlinien des Amtsausschusses und im Rahmen der von ihm bereitgestellten Mittel. Er bereitet die Beschlüsse des Amtsausschusses vor und führt sie aus. Der Amtsvorsteher ist für die Geschäfte der laufenden Verwaltung des Amtes zuständig. Gleiches gilt im Rahmen des § 127 Absatz 1 Satz 2 und 3 für die Geschäfte der laufenden Verwaltung der Gemeinden. § 38 Absatz 2 Satz 4 und 5, Absatz 7 und 8 gilt entsprechend.
- (3) Der Amtsvorsteher entscheidet in dringenden Angelegenheiten, deren Erledigung nicht bis zu einer Dringlichkeitssitzung des Amtsausschusses aufgeschoben werden kann. Diese Entscheidungen bedürfen der Genehmigung durch den Amtsausschuss.
- (4) Der Amtsvorsteher führt die Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises durch. Er ist dafür der zuständigen Fachaufsichtsbehörde verantwortlich. Soweit der Amtsvorsteher bei der Durchführung dieser Aufgaben Ermessen hat, kann er sich mit dem Amtsausschuss oder dessen Ausschüssen beraten. Er hat den Amtsausschuss über Angelegenheiten von besonderer Bedeutung zu unterrichten.

**§ 139**  
**Stellvertretung des Amtsvorstehers**

- (1) Der Amtsausschuss wählt aus seiner Mitte in der konstituierenden Sitzung für die Dauer der Wahlperiode der Gemeindevertretungen zwei Personen, die den Amtsvorsteher im Verhinderungsfall vertreten. Die Reihenfolge der Stellvertretung ist mit der Wahl festzulegen.
- (2) Die Stellvertretung nach Absatz 1 erstreckt sich nur auf Aufgaben des eigenen Wirkungskreises. Bei der Durchführung der Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises wird der Amtsvorsteher in gleicher Weise durch die leitende Verwaltungsbeamtin oder den leitenden Verwaltungsbeamten vertreten. Soweit in Ämtern mit hauptamtlichem Amtsvorsteher nach § 142 Absatz 1 Satz 2 keine leitende Verwaltungsbeamtin oder kein leitender Verwaltungsbeamter zu bestellen ist, wählt der Amtsausschuss die Vertreter des Amtsvorstehers für den übertragenen Wirkungskreis. § 40 Absatz 3 gilt entsprechend.
- (3) Die ehrenamtlichen Stellvertreterinnen und Stellvertreter sind für die Dauer ihrer Amtszeit in das Beamtenverhältnis als Ehrenbeamtin oder Ehrenbeamter zu berufen. Sie werden vom Amtsvorsteher in öffentlicher Sitzung des Amtsausschusses vereidigt und in ihr Amt eingeführt.

**§ 140****Widerspruch gegen Beschlüsse des Amtsausschusses**

(1) Verletzt ein Beschluss des Amtsausschusses das Recht, so hat der Amtsvorsteher dem Beschluss zu widersprechen. Der Amtsvorsteher kann einem Beschluss widersprechen, wenn dieser das Wohl des Amtes gefährdet. Der Widerspruch muss binnen drei Wochen nach der Beschlussfassung schriftlich eingelegt und begründet werden. Er hat aufschiebende Wirkung. Der Amtsausschuss muss über die Angelegenheit in der nächsten Sitzung beschließen.

(2) Verletzt auch der neue Beschluss das Recht, so hat ihn der Amtsvorsteher schriftlich unter Darlegung der Gründe binnen zwei Wochen nach der Beschlussfassung zu beanstanden und die Beanstandung der Rechtsaufsichtsbehörde anzuzeigen. Die Beanstandung hat aufschiebende Wirkung. Gegen die Beanstandung steht dem Amtsausschuss die Klage vor dem Verwaltungsgericht zu.

**§ 141****Teilnahme an Sitzungen der Gemeindevertretungen**

Der Amtsvorsteher, die leitende Verwaltungsbeamtin oder der leitende Verwaltungsbeamte und, soweit der Amtsvorsteher dies bestimmt, andere Bedienstete des Amtes, sind berechtigt und auf Antrag eines Viertels aller Mitglieder der Gemeindevertretung verpflichtet, an den Sitzungen der Gemeindevertretungen teilzunehmen. Dem Amtsvorsteher und der leitenden Verwaltungsbeamtin oder dem leitenden Verwaltungsbeamten ist auf Antrag das Wort zu erteilen. Den anderen Bediensteten der Amtsverwaltung kann das Wort erteilt werden. Für Sitzungen der Ausschüsse einer Gemeindevertretung gelten die Sätze 1 bis 3 entsprechend.

**Abschnitt 4****Weitere Grundsätze für die Verwaltung des Amtes****§ 142****Leitende Verwaltungsbeamtin oder leitender Verwaltungsbeamter,  
Gleichstellungsbeauftragte**

(1) Der Amtsausschuss bestellt eine leitende Verwaltungsbeamtin oder einen leitenden Verwaltungsbeamten. Dies gilt nicht, wenn das Amt auf eine eigene Verwaltung verzichtet (§ 126) oder einen hauptamtlichen Amtsvorsteher hat, soweit dieser die in Satz 3 genannten Voraussetzungen erfüllt. Die leitende Verwaltungsbeamtin oder der leitende Verwaltungsbeamte muss die für ihr oder sein Amt erforderliche Eignung und Sachkunde besitzen und ein verwaltungswissenschaftliches Studium, das auf die Tätigkeit in der öffentlichen Verwaltung vorbereitet, mit einem Bachelorgrad oder vergleichbaren Grad erfolgreich abgeschlossen haben. Die leitende Verwaltungsbeamtin oder der leitende Verwaltungsbeamte soll fünf Jahre bei einer Kommunalverwaltung oder einer Rechtsaufsichtsbehörde Tätigkeiten wahrgenommen haben, die mindestens dem ersten Einstiegsamt der Laufbahngruppe 2 in der Fachrichtung des Allgemeinen Dienstes entsprechen.

Die Voraussetzung nach Satz 3 erfüllen auch Bedienstete, die die Laufbahnbefähigung für den gehobenen allgemeinen Verwaltungsdienst bis zum Tag vor dem Inkrafttreten des Landesbeamtengesetzes erworben haben, sowie Angestellte mit zehnjähriger Berufserfahrung im öffentlichen Dienst, davon fünf Jahre bei einer Kommunalverwaltung oder einer Rechtsaufsichtsbehörde, die Tätigkeiten wahrgenommen haben, die mindestens dem ersten Einstiegsamt der Laufbahngruppe 2 in der Fachrichtung des allgemeinen Dienstes entsprechen.

(2) Die Funktion des leitenden Verwaltungsbeamten ist durch Beamte wahrzunehmen. Angestellte in der Funktion des leitenden Verwaltungsbeamten, die zur Vermeidung einer unbilligen Härte nicht nach den Bewährungsvorschriften der Laufbahnverordnung bis zum 31. Dezember 1996 verbeamtet wurden, verbleiben im bestehenden Angestelltenverhältnis.

(3) Der Beschluss des Amtsausschusses, mit dem eine leitende Verwaltungsbeamtin oder ein leitender Verwaltungsbeamter bestellt wird, ist der Rechtsaufsichtsbehörde binnen einer Woche anzuzeigen; dabei sind die zur Überprüfung der Rechtmäßigkeit der Bestellung erforderlichen Unterlagen vorzulegen.

(4) Neben dem ehrenamtlichen Bürgermeister sowie dem Amtsvorsteher ist auch die leitende Verwaltungsbeamtin oder der leitende Verwaltungsbeamte verpflichtet, einem rechtswidrigen Beschluss der Gemeindevertretung oder des Amtsausschusses zu widersprechen. § 33 und § 140 gelten entsprechend.

(5) Ämter mit eigener Verwaltung bestellen Gleichstellungsbeauftragte. Das Nähere regelt die Hauptsatzung. Die Aufhebung der Bestellung bedarf eines Beschlusses mit der Mehrheit von zwei Dritteln aller Mitglieder des Amtsausschusses. Für ehrenamtliche Gleichstellungsbeauftragte gilt § 27 entsprechend.

### **§ 143 Gesetzliche Vertretung**

(1) Der Amtsvorsteher ist gesetzlicher Vertreter des Amtes.

(2) Erklärungen, durch die das Amt verpflichtet werden soll oder mit denen eine Vollmacht erteilt wird, bedürfen der Schriftform. Sie sind vom Amtsvorsteher sowie einem seiner Stellvertreter handschriftlich zu unterzeichnen und mit dem Dienstsiegel zu versehen. Die Hauptsatzung kann Wertgrenzen bestimmen, bis zu denen es dieser Formvorschriften ganz oder teilweise nicht bedarf. Satz 2 gilt auch für die Ausfertigung von Urkunden nach beamtenrechtlichen Vorschriften und für Arbeitsverträge. Erklärungen, die diesen Formvorschriften nicht genügen, bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Genehmigung durch den Amtsausschuss. Verträge des Amtes mit Mitgliedern des Amtsausschusses und der Ausschüsse sowie mit dem Amtsvorsteher, seinen Stellvertreterinnen und Stellvertretern und leitenden Bediensteten des Amtes bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Genehmigung durch den Amtsausschuss. Gleiches gilt für Verträge des Amtes mit natürlichen oder juristischen Personen oder Vereinigungen, die durch die in Satz 6 genannten Personen vertreten werden.

**§ 144****Haushaltswirtschaft und wirtschaftliche Betätigung des Amtes**

- (1) Das Amt führt einen eigenen Haushalt. Für die Haushaltswirtschaft des Amtes gelten die Bestimmungen über die Haushaltswirtschaft der Gemeinde entsprechend, soweit nachfolgend nichts anderes geregelt ist.
- (2) Für die wirtschaftliche Betätigung des Amtes gelten die §§ 68 bis 77 entsprechend.

**§ 145****Rechts- und Fachaufsicht, Aufsichtsbehörden**

- (1) Für die Rechts- und Fachaufsicht über das Amt gelten § 78 und §§ 80 bis 85 sowie § 87 entsprechend.
- (2) Rechtsaufsichtsbehörde für die Ämter und deren selbstständige Kommunalunternehmen ist der Landrat als untere staatliche Verwaltungsbehörde. § 82 Absatz 3 findet Anwendung.
- (3) Fachaufsichtsbehörde für die Amtsvorsteher der Ämter ist der Landrat, soweit durch Rechtsvorschrift nichts anderes bestimmt ist. § 86 Absatz 2 und 4 findet Anwendung.

**Abschnitt 5  
Finanzierung der Ämter****§ 146****Aufwendungen in besonderen Fällen**

- (1) Soweit das Amt Träger von Aufgaben nach den §§ 2 und 3 ist, hat es die ihm entstandenen Aufwendungen auf die beteiligten Gemeinden umzulegen. Die Umlage soll in der Regel nach dem Verhältnis des Nutzens der beteiligten Gemeinden bemessen werden (Umlagegrundlage).
- (2) Der Amtsausschuss setzt mit der Mehrheit aller Mitglieder die Umlagegrundlagen im Benehmen mit den beteiligten Gemeinden fest. Bei einer Beteiligung aller Gemeinden gelten die Vorschriften des Finanzausgleichsgesetzes über die Kreisumlage entsprechend.
- (3) Führt das Amt für eine Gemeinde die Verwaltungsgeschäfte einer Einrichtung, so ist für die Gebührenfestsetzung von der Gemeinde der Verwaltungsaufwand in Höhe des vom Amt festgesetzten Kostenanteils zu berücksichtigen und dem Amt zu erstatten.

**§ 147****Amtsumlage**

- (1) Soweit andere Erträge und Einzahlungen den Finanzbedarf der Ämter nicht decken, ist eine Umlage von den amtsangehörigen Gemeinden zu erheben (Amtsumlage).
- (2) Für die Erhebung der Amtsumlage gelten die Vorschriften des Finanzausgleichsgesetzes über die Kreisumlage entsprechend.

**Abschnitt 6**  
**Besondere Bestimmungen****§ 148**  
**Geschäftsführung des Amtes durch eine amtsangehörige Gemeinde**

(1) Wird die Verwaltung des Amtes durch eine größere amtsangehörige Gemeinde wahrgenommen (§ 126 Absatz 1 Nummer 1), kann der Amtsvorsteher fachliche Weisungen erteilen. § 38 Absatz 2 Satz 4 und 5 findet abweichend von § 138 Absatz 2 Satz 5 für den Amtsvorsteher keine Anwendung. Für die geschäftsführende Gemeinde gilt § 127 Absatz 1 und 2 nicht; im Übrigen bleiben die Rechte und Pflichten des Amtes als Träger von Aufgaben unberührt. Der Bürgermeister der geschäftsführenden Gemeinde hat die Rechte und Pflichten eines leitenden Verwaltungsbeamten des Amtes.

(2) Die geschäftsführende Gemeinde kann dem Amt durch öffentlich-rechtlichen Vertrag weitergehende Rechte, insbesondere bei der Bestellung von Dienstkräften, einräumen. Im öffentlich-rechtlichen Vertrag können von § 147 Absatz 2 abweichende Finanzierungsregelungen vereinbart werden.

**Teil 4**  
**Kommunale Zusammenarbeit****Abschnitt 1**  
**Allgemeines****§ 149**  
**Grundsätze und Formen kommunaler Zusammenarbeit**

(1) Zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben, die über einzelne kommunale Körperschaften hinaus wirken oder die auf diese Weise besser oder wirtschaftlicher wahrgenommen werden können, sollen die betroffenen Gemeinden, Ämter und Landkreise zusammenarbeiten. Dem dienen Zweckverbände, öffentlich-rechtliche Vereinbarungen, Verwaltungsgemeinschaften und gemeinsame Kommunalunternehmen.

(2) Soweit es sich um Zusammenarbeit zur Erfüllung von Aufgaben des übertragenen Wirkungsbereiches handelt, ist die Zustimmung des verwaltungsleitenden Organs zu den Beschlüssen der Vertretungskörperschaft erforderlich.

(3) Vorschriften über besondere Formen kommunaler Zusammenarbeit bleiben unberührt.

**Abschnitt 2**  
**Der Zweckverband****§ 150**  
**Rechtsnatur, Verbandsmitglieder**

- (1) Zweckverbände sind Körperschaften des öffentlichen Rechts ohne Gebietshoheit.
- (2) Gemeinden, Ämter und Landkreise können sich zu Zweckverbänden zusammenschließen. Andere Körperschaften des öffentlichen Rechts sowie Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts können Verbandsmitglieder sein, soweit dies gesetzlich nicht ausgeschlossen oder beschränkt ist. Natürliche Personen und juristische Personen des Privatrechts können Verbandsmitglieder sein, wenn die Erfüllung der Verbandsaufgaben dadurch gefördert wird und Gründe des öffentlichen Wohls nicht entgegenstehen.
- (3) Die Rechtsaufsichtsbehörde kann Gemeinden, Ämter und Landkreise zur gemeinsamen Erfüllung einzelner Aufgaben nach § 2 Absatz 3 oder § 3 zu einem Zweckverband zusammenschließen (Pflichtverband) oder bestehenden Zweckverbänden anschließen (Pflichtanschluss), wenn die Betroffenen selbst nicht in der Lage sind, die Aufgaben wahrzunehmen. Entsprechendes gilt, wenn bestehende Zweckverbände nicht in der Lage sind, die ihnen übertragenen Aufgaben wahrzunehmen. Vor der Entscheidung hat die Rechtsaufsichtsbehörde die Beteiligten anzuhören. Vereinbaren die Beteiligten nicht innerhalb von zwei Monaten die Verbandssatzung, so erlässt sie die Rechtsaufsichtsbehörde.
- (4) Ein Zweckverband darf nicht ausschließlich aus Gemeinden eines Amtes gebildet werden. Dies gilt nicht für Planungsverbände nach § 205 Absatz 1 bis 5 des Baugesetzbuchs. Entspricht ein bestehender Zweckverband dem nicht, wird das Amt Rechtsnachfolger des Zweckverbandes. Satz 3 gilt nicht, wenn der Zweckverband die Verwaltung des Amtes in Anspruch nimmt. Das Amt ist zur Übernahme der Verwaltung verpflichtet.

**§ 150a**  
**Zusammenschluss von Zweckverbänden**

- (1) Zweckverbände können sich durch öffentlich-rechtlichen Vertrag zu einem neuen Zweckverband zusammenschließen. Gleichzeitig ist die Verbandssatzung des neuen Zweckverbandes zu vereinbaren, die dieser zu erlassen hat. Die Beschlüsse der Verbandsversammlungen über den Zusammenschluss bedürfen einer Mehrheit von zwei Dritteln aller Mitglieder der Verbandsversammlung. Der neue Zweckverband ist Rechtsnachfolger der bisherigen Zweckverbände. Die bisherigen Zweckverbände gelten mit der Errichtung des neuen Zweckverbandes als aufgehoben.
- (2) Ein Zweckverband kann durch öffentlich-rechtlichen Vertrag mit seinen vollständigen Aufgaben einem anderen Zweckverband beitreten. Absatz 1 Satz 2 und 3 gilt entsprechend. Der beitretende Zweckverband gilt mit dem Beitritt als aufgehoben. Der aufnehmende Zweckverband ist Rechtsnachfolger des beitretenden Zweckverbandes.
- (3) Der öffentlich-rechtliche Vertrag nach Absatz 1 oder Absatz 2 bedarf der Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde.

(4) Verbandsmitglieder, deren Vertreterinnen und Vertreter dem öffentlich-rechtlichen Vertrag über den Zusammenschluss nicht zugestimmt haben, können bis zum Wirksamwerden des Zusammenschlusses aus wichtigem Grund ihren Austritt aus dem neuen Zweckverband erklären. § 163 gilt nicht. Der Austritt bedarf der Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die Auseinandersetzung der Beteiligten geregelt ist und dringende Gründe des öffentlichen Wohls nicht entgegenstehen.

### **§ 151 Aufgaben**

(1) Dem Zweckverband obliegt die Erfüllung der ihm durch öffentlich-rechtlichen Vertrag übertragenen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung. Mit der Übertragung gehen das Recht und die Pflicht zur Erfüllung der Aufgaben auf den Zweckverband über.

(2) Mit der Aufgabenübertragung geht das Satzungsrecht der Verbandsmitglieder auf den Zweckverband über, soweit gesetzliche Vorschriften dies nicht ausschließen.

(3) Mit der Aufgabenübertragung gehen das für die Aufgabenwahrnehmung benötigte Anlagevermögen und die hiermit im Zusammenhang stehenden Verbindlichkeiten entschädigungslos auf den Zweckverband über. Bei Rückübertragung der Aufgaben, bei Beendigung der Verbandsmitgliedschaft oder Aufhebung des Verbandes gilt dies entsprechend. Die Beteiligten können abweichende Regelungen treffen.

### **§ 152 Errichtung des Zweckverbandes, Verbandssatzung**

(1) Der Zweckverband wird durch öffentlich-rechtlichen Vertrag der Beteiligten errichtet. Der Vertrag bedarf der Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde.

(2) Die Verbandsmitglieder vereinbaren eine Verbandssatzung, die der Zweckverband erlässt.

(3) Die Verbandssatzung muss bestimmen

1. den Namen und den Sitz des Zweckverbandes,
2. die Aufgaben und die Art ihrer Erfüllung,
3. die Verbandsmitglieder und ihr Stimmrecht,
4. die Organe des Zweckverbandes,
5. die Zahl der Vertreterinnen und Vertreter der Verbandsmitglieder in der Verbandsversammlung und die Zahl der Mitglieder des Vorstandes,
6. das Nähere der öffentlichen Bekanntmachung im Rahmen der nach § 174 Absatz 1 Nummer 2 erlassenen Rechtsverordnung,
7. die Entschädigung im Rahmen der nach § 174 Absatz 1 Nummer 8 erlassenen Rechtsverordnung,
8. den Maßstab, nach dem die Verbandsmitglieder zur Deckung des Finanzbedarfs beizutragen haben,
9. Regelungen über Beitritt und Ausscheiden von Verbandsmitgliedern und
10. die Auseinandersetzung bei Aufhebung des Verbandes.

(4) Die Verbandssatzung wird mit der Mehrheit aller Mitglieder der Verbandsversammlung beschlossen. Sie ist der Rechtsaufsichtsbehörde vor der Ausfertigung anzuzeigen. Sie darf nur in Kraft gesetzt werden, wenn die Rechtsaufsichtsbehörde die Verletzung von Rechtsvorschriften nicht innerhalb von zwei Monaten nach Eingang der erforderlichen Unterlagen geltend gemacht oder wenn sie vor Ablauf der Frist erklärt hat, dass sie keine Verletzung von Rechtsvorschriften geltend macht. § 5 Absatz 2 Satz 8 gilt entsprechend.

(5) Für Änderungen der Verbandssatzung gilt Absatz 4 entsprechend. Änderungen der Verbandssatzung über die Aufgaben des Zweckverbandes, den Maßstab, nach dem die Verbandsmitglieder zur Deckung des Finanzbedarfs beizutragen haben, und die Regelungen über Beitritt, Austritt und Ausschluss von Verbandsmitgliedern bedürfen einer Mehrheit von zwei Dritteln der Mitglieder der Verbandsversammlung.

### **§ 153 Ausgleich**

Neben der Verbandssatzung können die Beteiligten schriftlich vereinbaren, dass Vorteile und Nachteile, die sich für sie aus der Bildung des Zweckverbandes oder späteren Veränderungen ergeben, ausgeglichen werden.

### **§ 154 Anzuwendende Vorschriften**

Für den Zweckverband gelten die Bestimmungen über das Satzungsrecht (§ 5 Absatz 1 und 3 bis 6), Dienstsiegel (§ 9 Absatz 2), Rechte und Pflichten der Einwohnerinnen und Einwohner (§ 14), Anschluss- und Benutzungszwang (§ 15), Unterrichtung der Einwohnerinnen und Einwohner (§ 16), Fragestunde, Anhörung (§ 17), die Aufgaben der Gemeindevertretung (§ 22 Absatz 5 Satz 1 bis 5), die Rechtsstellung der Mitglieder der Gemeindevertretung (§ 23 Absatz 3, 4 und 6), Mitwirkungsverbote (§ 24), Unvereinbarkeit von Amt und Mandat (§ 25), Vertretungsverbot (§ 26), Entschädigungen, Kündigungsschutz (§ 27), Sitzungen der Gemeindevertretung (§ 29), Beschlussfähigkeit (§ 30), Beschlussfassung (§ 31), Wahlen, Abberufungen (§ 32 Absatz 1, 3, 4 und 5), Widerspruch gegen Beschlüsse der Gemeindevertretung (§ 33 Absatz 1 und 2), Kontrolle der Verwaltung (§ 34) und beratende Ausschüsse (§ 36 Absatz 1 Satz 1, 3 und 4, Absatz 2 Satz 5 und Absatz 3 bis 7) entsprechend, wobei an die Stelle der Gemeindevertretung die Verbandsversammlung, an die Stelle der Mitglieder der Gemeindevertretung die Mitglieder der Verbandsversammlung, an die Stelle der Einwohnerinnen, Einwohner, Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde die Einwohnerinnen, Einwohner, Bürgerinnen und Bürger der Mitglieder des Zweckverbandes, an die Stelle des Bürgermeisters der Verbandsvorsteher und an die Stelle der oder des Vorsitzenden der Gemeindevertretung die oder der Vorsitzende der Verbandsversammlung treten.

### **§ 155 Organe**

Organe des Zweckverbandes sind die Verbandsversammlung und der Verbandsvorsteher.

## **§ 156 Verbandsversammlung**

(1) Die Verbandsversammlung ist das oberste Willensbildungs- und Beschlussorgan des Zweckverbandes.

(2) Die Verbandsversammlung besteht aus den Bürgermeistern, Amtsvorstehern und Landräten der verbandsangehörigen Gemeinden, Ämter und Landkreise sowie den Vertreterinnen und Vertretern anderer Verbandsmitglieder (§ 150 Absatz 2 Satz 2 und 3). Die Verbandssatzung kann vorsehen, dass die Vertretungskörperschaften anstelle der Bürgermeister, Amtsvorsteher oder Landräte Bedienstete mit der Vertretung in der Verbandsversammlung betrauen können, denen die Leitung des fachlich zuständigen Dezernats oder Amtes obliegt. Sofern natürliche Personen Verbandsmitglieder sind, gehören sie selbst der Verbandsversammlung an. Die Verbandssatzung kann bestimmen, dass die Verbandsmitglieder weitere Vertreterinnen und Vertreter in die Verbandsversammlung entsenden.

(3) Die weiteren Vertreterinnen und Vertreter der Gemeinden, Ämter und Landkreise werden von den Vertretungskörperschaften nach den Grundsätzen der Verhältniswahl für die Dauer der Wahlperiode der Vertretungskörperschaften gewählt. Die Wahl muss binnen zwei Monaten nach einer Kommunalwahl durchgeführt werden.

(4) Die Bürgermeister, Amtsvorsteher und Landräte werden im Verhinderungsfall durch ihre Stellvertreterin oder ihren Stellvertreter vertreten. Für die weiteren Vertreterinnen und Vertreter der Gemeinden, Ämter und Landkreise können Stellvertreterinnen und Stellvertreter gewählt werden. Die Verbandssatzung bestimmt die Zahl der Stellvertreterinnen und Stellvertreter und die Art der Vertretung. Absatz 3 Satz 1 ist anzuwenden.

(5) Der Bürgermeister, Landrat oder Amtsvorsteher, der sein Amt verliert, scheidet aus der Verbandsversammlung aus. Dies gilt nicht für den Verbandsvorsteher.

(6) Die Vertreterinnen und Vertreter der Verbandsmitglieder üben ihr Amt nach Ablauf ihrer Amtszeit bis zum Amtsantritt ihrer Nachfolger aus, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist.

(7) Die Gemeinden, Ämter und Landkreise können ihren Vertreterinnen und Vertretern in der Verbandsversammlung in folgenden Angelegenheiten Weisungen erteilen:

1. Wahl und Abberufung des Verbandsvorstehers und des Verbandsvorstands,
2. Zusammenschluss von Zweckverbänden,
3. Änderung der Verbandssatzung,
4. Beratung des Jahresabschlusses und Entlastung des Verbandsvorstehers,
5. Festsetzung von Umlagen und Stammkapital.

(8) Stehen einem Verbandsmitglied nach der Verbandssatzung mehrere Stimmen zu, tritt für die Berechnung der Mehrheiten die Zahl der Stimmen an die Stelle der Zahl der Vertreterinnen und Vertreter in der Verbandsversammlung. Die Verbandssatzung kann für diesen Fall die Übertragbarkeit des Stimmrechts auf eine andere Vertreterin oder einen anderen Vertreter des Verbandsmitglieds vorsehen.

**§ 157****Zusammentreten und Aufgaben der Verbandsversammlung**

(1) Die Verbandsversammlung tritt spätestens drei Monate nach einer Kommunalwahl zur konstituierenden Sitzung zusammen. Die Einberufung erfolgt durch die bisherige Vorsitzende oder den bisherigen Vorsitzenden der Verbandsversammlung. Zu ihrer ersten Sitzung nach der Errichtung des Zweckverbandes wird die Verbandsversammlung durch die Rechtsaufsichtsbehörde einberufen. Die Verbandsversammlung wählt unter Leitung des ältesten Mitglieds aus ihrer Mitte ihre Vorsitzende oder ihren Vorsitzenden und unter deren oder dessen Leitung einen oder mehrere Stellvertreterinnen oder Stellvertreter. § 28 Absatz 2 Satz 2 und 3 gilt entsprechend.

(2) Die Verbandsversammlung ist für alle wichtigen Angelegenheiten des Zweckverbandes zuständig und überwacht die Durchführung ihrer Entscheidungen, soweit nicht durch Gesetz, Verbandssatzung oder Beschluss der Verbandsversammlung eine Übertragung auf den Verbandsvorsteher, den Verbandsvorstand oder auf Ausschüsse stattgefunden hat. Wichtig sind, neben den der Verbandsversammlung gesetzlich zugewiesenen Aufgaben, Angelegenheiten, die aufgrund ihrer politischen Bedeutung, ihrer wirtschaftlichen Auswirkungen oder als Grundlage für Einzelentscheidungen von grundsätzlicher Bedeutung für den Zweckverband sind. Die Übertragung ist in entsprechender Anwendung des § 22 Absatz 3 und 4 beschränkt. Die Verbandsversammlung kann Angelegenheiten, die sie übertragen hat, auch im Einzelfall jederzeit an sich ziehen. Wurde eine Angelegenheit durch die Verbandssatzung übertragen, kann die Verbandsversammlung sie nur durch Beschluss mit der Mehrheit aller Mitglieder an sich ziehen.

(3) Die Verbandsversammlung gibt sich zur Regelung ihrer inneren Angelegenheiten eine Geschäftsordnung.

(4) Die Verbandsversammlung wird durch ihre Vorsitzende oder ihren Vorsitzenden vertreten.

**§ 158****Gesetzliche Vertretung**

(1) Der Verbandsvorsteher ist gesetzlicher Vertreter des Zweckverbandes.

(2) Erklärungen, durch die der Zweckverband verpflichtet werden soll oder mit denen ein Bevollmächtigter bestellt wird, bedürfen der Schriftform. Sie sind vom Verbandsvorsteher sowie einem seiner Stellvertreter handschriftlich zu unterzeichnen und mit dem Dienstsiegel zu versehen. Die Verbandssatzung kann Wertgrenzen bestimmen, bis zu denen es dieser Formvorschriften ganz oder teilweise nicht bedarf. Satz 2 gilt auch für die Ausfertigung von Urkunden nach beamtenrechtlichen Vorschriften und für Arbeitsverträge. Erklärungen, die diesen Vorschriften nicht genügen, bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Genehmigung durch die Verbandsversammlung. Verträge des Zweckverbandes mit Mitgliedern der Verbandsversammlung, des Verbandsvorstands und der Ausschüsse sowie mit dem Verbandsvorsteher, seinen Stellvertreterinnen oder Stellvertretern und leitenden Bediensteten des Zweckverbandes bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Genehmigung durch die Verbandsversammlung. Gleiches gilt für Verträge des Zweckverbandes mit natürlichen oder juristischen Personen oder Vereinigungen, die durch die in Satz 6 genannten Personen vertreten werden.

**§ 159****Verbandsvorsteher, Verbandsvorstand**

(1) Die Verbandsversammlung wählt aus ihrer Mitte für die Dauer ihrer Wahlperiode den Verbandsvorsteher sowie zwei Stellvertreterinnen oder Stellvertreter. § 40 Absatz 1 Satz 2 bis 5 findet Anwendung. Der Verbandsvorsteher und seine Stellvertreterinnen und Stellvertreter dürfen nicht demselben Verbandsmitglied angehören. Ein ehrenamtlicher Verbandsvorsteher kann gleichzeitig auch Vorsitzender der Verbandsversammlung sein. Das Gleiche gilt für seine Stellvertreterinnen und Stellvertreter.

(2) Der Verbandsvorsteher und seine Stellvertreterinnen und Stellvertreter sind für die Dauer ihrer Amtszeit in das Beamtenverhältnis als Ehrenbeamtin oder Ehrenbeamter zu berufen. Sie bleiben bis zum Amtsantritt ihrer Nachfolgerinnen oder Nachfolger, längstens aber sechs Monate, im Amt. Das Beamtenverhältnis besteht während dieser Zeit fort. Für die Abberufung des Verbandsvorstehers gilt § 32 Absatz 4, für die Abberufung der Stellvertreterinnen und Stellvertreter § 32 Absatz 3 Satz 2 entsprechend.

(3) Die Verbandssatzung kann die Bildung eines Verbandsvorstands vorsehen, wenn dies nach Art und Umfang der wahrzunehmenden Aufgaben zweckmäßig ist. Die Verbandssatzung kann für den Verbandsvorstand eine andere Bezeichnung vorsehen.

(4) Der Verbandsvorstand besteht aus dem Verbandsvorsteher als Vorsitzendem und mindestens zwei weiteren Mitgliedern. Die weiteren Mitglieder werden von der Verbandsversammlung für die Dauer ihrer Wahlperiode gewählt. Mindestens die Hälfte der weiteren Mitglieder muss der Verbandsversammlung angehören. Für die weiteren Mitglieder des Verbandsvorstands gilt § 25 entsprechend. Für die Aufgaben und die Rechtsstellung des Verbandsvorstands sowie das Widerspruchsrecht des Verbandsvorstehers gegen Beschlüsse des Verbandsvorstands gelten § 35 Absatz 2 bis 5 sowie § 33 Absatz 3 über den Hauptausschuss einer Gemeinde entsprechend.

(5) Der Verbandsvorsteher leitet die Verwaltung des Zweckverbandes nach den Grundsätzen und Richtlinien der Verbandsversammlung und im Rahmen der von ihr bereitgestellten Mittel. Er bereitet die Beschlüsse der Verbandsversammlung und des Verbandsvorstands vor und führt sie durch. Er ist für die sachliche Erledigung der Aufgaben und den Geschäftsgang der Verwaltung verantwortlich. § 38 Absatz 2 Satz 4 und 5, Absatz 3 Satz 2 und 3, Absatz 7 und 8 gilt entsprechend. In Fällen äußerster Dringlichkeit entscheidet der Verbandsvorsteher anstelle des Verbandsvorstands und, soweit ein Verbandsvorstand nicht gebildet wurde, anstelle der Verbandsversammlung. Diese Entscheidungen bedürfen der Genehmigung durch den Verbandsvorstand, soweit dieser zuständig ist, im Übrigen durch die Verbandsversammlung.

(6) Ist der Zweckverband Träger von Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises, ist der Verbandsvorsteher der zuständigen Fachaufsichtsbehörde für deren Durchführung verantwortlich. Soweit der Verbandsvorsteher bei der Durchführung dieser Aufgaben Ermessen hat, kann er sich mit der Verbandsversammlung oder ihren Ausschüssen beraten. Die Fachaufsichtsbehörde ist über wichtige Verwaltungsangelegenheiten zu unterrichten.

**§ 160****Ehrenamtliche und hauptamtliche Tätigkeit**

- (1) Die Mitglieder der Verbandsversammlung, der Verbandsvorsteher und die weiteren Mitglieder des Vorstandes sind ehrenamtlich tätig.
- (2) Die Verbandssatzung kann die Wahl eines hauptamtlichen Verbandsvorstehers vorsehen, wenn dies nach Art und Umfang der wahrzunehmenden Aufgaben zweckmäßig ist. § 40 Absatz 5 gilt entsprechend.
- (3) Der Zweckverband besitzt Dienstherrnfähigkeit. Er darf eigene Bedienstete nur beschäftigen, wenn dies in der Verbandssatzung vorgesehen ist. In diesem Fall muss die Verbandssatzung auch Vorschriften über die Übernahme der Bediensteten durch die Verbandsmitglieder oder die sonstige Abwicklung der Dienst- und Versorgungsverhältnisse bei der Aufhebung des Zweckverbandes oder der Änderung seiner Aufgaben treffen.
- (4) Die Verbandsversammlung ist, soweit nichts anderes bestimmt ist, oberste Dienstbehörde. Die Verbandsversammlung kann die Zuständigkeit insoweit übertragen. Die Verbandsversammlung ist Dienstvorgesetzter des Verbandsvorstehers und seiner Stellvertreterinnen und Stellvertreter; sie hat keine Disziplinarbefugnis. Führen der Verbandsvorsteher oder dessen Stellvertreterinnen oder Stellvertreter Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises durch, darf die Verbandsversammlung Aussagegenehmigungen nach § 47 Absatz 1 Satz 1 des Landesbeamtengesetzes nur mit Zustimmung der Fachaufsichtsbehörde erteilen.
- (5) Hat der Zweckverband keine eigene Verwaltung, ist die Wahrnehmung der Verwaltungs- und Kassengeschäfte durch die Verbandssatzung zu regeln. § 126 Absatz 1 ist entsprechend anzuwenden.

**§ 161****Haushaltswirtschaft und wirtschaftliche Betätigung des Zweckverbandes**

- (1) Der Zweckverband führt einen eigenen Haushalt. Für die Haushaltswirtschaft des Zweckverbandes gelten die Bestimmungen über die Haushaltswirtschaft der Gemeinde entsprechend, soweit nachfolgend nichts anderes geregelt ist.
- (2) Für die wirtschaftliche Betätigung des Zweckverbandes gelten die §§ 68 bis 77 entsprechend.
- (3) Ist die Hauptaufgabe eines Zweckverbandes das Betreiben eines gemeinsamen Unternehmens, so gelten für die Wirtschaftsführung die für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften dieses Gesetzes und der Eigenbetriebsverordnung entsprechend. Ist die Hauptaufgabe des Zweckverbandes das Betreiben einer Einrichtung, kann die Verbandssatzung bestimmen dass die Wirtschaftsführung nach den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung erfolgt.

**§ 162**  
**Deckung des Finanzbedarfs**

(1) Der Zweckverband erhebt von den Verbandsmitgliedern eine Umlage, soweit seine sonstigen Einzahlungen nicht ausreichen, um seinen Finanzbedarf zu decken (Verbandsumlage). In der Verbandssatzung ist der Maßstab für die Bemessung der Verbandsumlage zu bestimmen; er soll sich nach dem Verhältnis des Nutzens der Verbandsmitglieder richten (Umlagegrundlage). Die Umlagepflicht einzelner Verbandsmitglieder kann durch die Verbandssatzung beschränkt werden.

(2) Die Höhe der Umlage ist in der Haushaltssatzung für jedes Jahr festzusetzen.

**§ 163**  
**Beendigung der Verbandsmitgliedschaft**

(1) Für den Austritt aus einem Zweckverband ist bei einer Gemeinde, einem Amt oder einem Landkreis ein Beschluss der Vertretungskörperschaft erforderlich. Die Verbandsversammlung hat nach schriftlicher Anzeige des Beschlusses beim Verbandsvorsteher unverzüglich über die Änderung der Verbandssatzung zu beschließen. Der Austritt wird nach Abschluss des Anzeigeverfahrens gemäß § 152 Absatz 4 Satz 2 und 3 mit der öffentlichen Bekanntmachung der geänderten Verbandssatzung wirksam.

(2) Ein Ausschluss einer Gemeinde, eines Amtes, eines Landkreises oder eines Zweckverbandes aus einem Zweckverband ist unzulässig.

(3) Ein Ausschluss anderer Verbandsmitglieder (§ 150 Absatz 2 Satz 2 und 3) ist nur zulässig, wenn ein in der Verbandssatzung geregelter Ausschlussgrund vorliegt. Das Mitglied ist anzuhören. Der Ausschluss bedarf einer Mehrheit von zwei Dritteln der Mitglieder der Verbandsversammlung. Absatz 1 Satz 3 gilt entsprechend.

**§ 164**  
**Aufhebung des Zweckverbandes**

(1) Für die Aufhebung des Zweckverbandes gilt § 152 Absatz 1 entsprechend.

(2) Im Fall der Aufhebung ist der Zweckverband verpflichtet, das Grundbuch, das Wasserbuch und andere öffentliche Bücher berichtigten zu lassen.

(3) Verringert sich die Mitgliederzahl auf ein Mitglied, ist der Zweckverband aufgehoben.

**Abschnitt 3**  
**Die öffentlich-rechtliche Vereinbarung****§ 165**  
**Voraussetzung und Verfahren**

(1) Gemeinden, Ämter, Zweckverbände und Landkreise können durch öffentlich-rechtlichen Vertrag vereinbaren, dass eine der beteiligten Körperschaften einzelne oder mehrere zusammenhängende Aufgaben der übrigen Beteiligten übernimmt oder den übrigen Beteiligten die Mitbenutzung einer von ihr betriebenen Einrichtung gestattet. Durch die Vereinbarung, mit der eine Körperschaft Aufgaben übernimmt, gehen das Recht und die Pflicht der übrigen Körperschaften zur Erfüllung der Aufgaben auf die übernehmende Körperschaft über.

(2) Landkreise können mit der zu ihrem Gebiet gehörenden großen kreisangehörigen Stadt eine Vereinbarung nach Absatz 1 schließen, wonach die große kreisangehörige Stadt Aufgaben des Landkreises übernimmt, für die die große kreisangehörige Stadt als vormals kreisfreie Stadt zuständig war.

(3) In der Vereinbarung kann den übrigen Beteiligten ein Mitwirkungsrecht bei der Erfüllung der Aufgaben eingeräumt werden.

(4) Die Vereinbarung ist als Verpflichtungserklärung auszufertigen.

(5) Die Vereinbarung muss die Beteiligten, die Aufgabe, den neuen Träger der Aufgabe, die zuständige Behörde und den Zeitpunkt des Aufgabenübergangs bestimmen. Sie bedarf der Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde. Die Beteiligten machen die Vereinbarung öffentlich bekannt. Für die Änderung und Aufhebung einer Vereinbarung gelten Satz 1 bis 3 sowie Absatz 4 entsprechend.

(6) Ist die Geltungsdauer der Vereinbarung nicht befristet, so muss sie die Voraussetzungen bestimmen, unter denen sie von einzelnen Beteiligten gekündigt werden kann. § 60 des Landesverwaltungsverfahrensgesetzes bleibt unberührt.

(7) Sofern ein Mitglied durch Kündigung ausscheidet, ist die Vereinbarung von den Beteiligten zu ändern.

**§ 166**  
**Satzungsbefugnis**

(1) In der Vereinbarung kann der Körperschaft, welche die Aufgaben übernimmt, die Befugnis übertragen werden, Satzungen anstelle der übrigen Beteiligten für deren Gebiet zu erlassen oder die Benutzung einer Einrichtung durch eine für das gesamte Gebiet der Beteiligten geltende Satzung zu regeln.

(2) Für die öffentliche Bekanntmachung durch den Träger der Aufgabe gelten die Vorschriften über die örtliche Bekanntmachung der Beteiligten.

(3) Die Körperschaft kann im Geltungsbereich der Satzung alle zur Durchführung erforderlichen Maßnahmen wie im eigenen Gebiet treffen.

#### **Abschnitt 4** **Die Verwaltungsgemeinschaft**

##### **§ 167** **Voraussetzung und Verfahren**

(1) Kreisfreie Städte, große kreisangehörige Städte, amtsfreie Gemeinden, Ämter, Zweckverbände, auf Gesetz beruhende sonstige Verbände und Landkreise können durch öffentlich-rechtlichen Vertrag vereinbaren, dass ein Beteiligter zur Erfüllung seiner Aufgaben die Verwaltung eines anderen Beteiligten in Anspruch nimmt (Verwaltungsgemeinschaft). Ein Landkreis kann durch öffentlich-rechtlichen Vertrag die Verwaltungen der ihm angehörenden Ämter und amtsfreien Gemeinden in Anspruch nehmen, soweit dies nicht durch Gesetz oder Rechtsverordnung ausgeschlossen ist. Die Rechte und Pflichten als Träger der Aufgabe bleiben davon unberührt; seine Behörden können fachliche Weisungen erteilen.

(2) Landkreise können mit der zu ihrem Gebiet gehörenden großen kreisangehörigen Stadt einen Vertrag nach Absatz 1 schließen, wonach der Landkreis die Verwaltung der großen kreisangehörigen Stadt zur Erfüllung ihm obliegender Aufgaben, für die die große kreisangehörige Stadt als vormals kreisfreie Stadt zuständig war, in Anspruch nimmt.

(3) In dem öffentlich-rechtlichen Vertrag können dem Träger der Aufgabe weitergehende Rechte, insbesondere bei der Bestellung von Dienstkräften, eingeräumt werden. Dabei ist gleichzeitig die Finanzierung zu regeln.

(4) Beteiligt sich an einer Verwaltungsgemeinschaft ein Amt, so sind neben dem Amtsvorsteher die leitende Verwaltungsbeamtin oder der leitende Verwaltungsbeamte des geschäftsführenden Amtes und der Bürgermeister der geschäftsführenden Gemeinde berechtigt und auf Antrag eines Viertels der Mitglieder verpflichtet, an den Sitzungen der Vertretungskörperschaft und der Ausschüsse des Trägers der Aufgabe teilzunehmen. Ihnen ist auf Wunsch das Wort zu erteilen.

(5) Der öffentlich-rechtliche Vertrag bedarf der Schriftform und der Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde. Ein öffentlich-rechtlicher Vertrag zur Erfüllung ausschließlich freiwilliger Aufgaben des eigenen Wirkungsbereiches ist abweichend von Satz 1 anzuzeigen. § 165 Absatz 5 und 6 gilt entsprechend.

#### **Abschnitt 5** **Gemeinsame Kommunalunternehmen**

##### **§ 167a** **Rechtsnatur**

Gemeinsame Kommunalunternehmen sind selbstständige Unternehmen in der Rechtsform einer Anstalt des öffentlichen Rechts, die von mehreren kommunalen Gebietskörperschaften getragen werden.

**§ 167b****Entstehung und Grundlagen gemeinsamer Kommunalunternehmen**

- (1) Kommunale Gebietskörperschaften können durch öffentlich-rechtlichen Vertrag
1. ein gemeinsames Kommunalunternehmen errichten,
  2. sich an einem bestehenden gemeinsamen Kommunalunternehmen als weitere Träger beteiligen und
  3. im Wege der Gesamtrechtsnachfolge über eine Umwandlung
    - a) bestehende Eigenbetriebe,
    - b) Unternehmen in Privatrechtsform, an denen alle Anteile die Gebietskörperschaften halten, die Träger des gemeinsamen Kommunalunternehmens werden wollen,
- in ein gemeinsames Kommunalunternehmen einbringen.
- (2) Die Vorschriften über Kommunalunternehmen gelten für gemeinsame Kommunalunternehmen entsprechend.
- (3) Im Rahmen des öffentlich-rechtlichen Vertrags nach Absatz 1 legen die beteiligten Gebietskörperschaften die Unternehmenssatzung des gemeinsamen Kommunalunternehmens fest. In der Unternehmenssatzung sind die Rechtsverhältnisse des gemeinsamen Kommunalunternehmens und das Verfahren zur Änderung der Unternehmenssatzung sowie die Verteilung des Anstaltsvermögens und des Anstaltspersonals im Fall der Auflösung des Kommunalunternehmens zu regeln. Der öffentlich-rechtliche Vertrag nach Absatz 1 enthält darüber hinaus mindestens Bestimmungen über
1. die Verteilung der Anteile am Stammkapital und an Unterstützungsleistungen auf die Träger des gemeinsamen Kommunalunternehmens sowie über das Verfahren, in dem über Unterstützungsleistungen entschieden wird,
  2. die Verteilung der Sitze im Verwaltungsrat auf die Träger des gemeinsamen Kommunalunternehmens und die Bestimmung des vorsitzenden Mitglieds des Verwaltungsrates,
  3. die zuständige Stelle, soweit Vorschriften über Einsichts- und Prüfungsrechte bestehen, und
  4. ein Verfahren, das die gemeinschaftliche Entscheidung der Träger des gemeinsamen Kommunalunternehmens über die Wahrnehmung von Rechten und Pflichten sicherstellt, die nach den Bestimmungen dieses Gesetzes die kommunale Gebietskörperschaft gegenüber eines von ihr getragenen Kommunalunternehmens hat. § 70 Absatz 6 bleibt unberührt.
- (4) Dem Verwaltungsrat des gemeinsamen Kommunalunternehmens müssen die gesetzlichen Vertreterinnen und Vertreter ihrer Träger angehören, sie nehmen diese Tätigkeit im Hauptamt wahr. Die nach Satz 1 dem Verwaltungsrat angehörenden Mitglieder können Bedienstete ihrer Gebietskörperschaft im Verhinderungsfall mit ihrer Vertretung beauftragen. Hat ein Träger nach dem öffentlich-rechtlichen Vertrag nach Absatz 1 weitere Personen in den Verwaltungsrat zu entsenden, so müssen diese Personen seiner Vertretungskörperschaft angehören.

**§ 167c**  
**Anzeigepflichten, Bekanntmachungen**

(1) Der öffentlich-rechtliche Vertrag, durch den das gemeinsame Kommunalunternehmen zustande kommt, Vereinbarungen über die Beteiligung eines weiteren Trägers an der Anstalt, Änderungen im Bestand der der Anstalt übertragenen Aufgaben sowie eine Vereinbarung über die Auflösung des gemeinsamen Kommunalunternehmens sind der Rechtsaufsichtsbehörde anzuzeigen. § 77 Absatz 1 Satz 2 und 3 gilt entsprechend.

(2) Erlässt das gemeinsame Kommunalunternehmen eine Satzung, so hat es diese für das Gebiet jedes Trägers der Anstalt nach den Vorschriften bekannt zu machen, die für die Bekanntmachung eigener Satzungen des Trägers gelten. Ein Wechsel der Aufgabenträgerschaft infolge der Bildung, der Änderung der Aufgabenstellung oder der Auflösung eines gemeinsamen Kommunalunternehmens ist öffentlich bekannt zu machen.

**Abschnitt 6**  
**Aufsicht und weitere Bestimmungen**

**§ 168**  
**Aufsicht**

(1) Für die Aufsicht gelten die §§ 78, 80 bis 83, 85 und 87 entsprechend.

(2) Unbeschadet der Mitgliedschaft Dritter nach § 150 Absatz 2 Satz 2 und 3 ist Rechtsaufsichtsbehörde der Landrat. An die Stelle des Landrates tritt das Innenministerium, wenn nicht ausschließlich der Aufsicht des Landrates unterstehende Gemeinden und Ämter beteiligt sind. Das Innenministerium kann die Rechtsaufsicht nach Anhörung der Beteiligten auf einen Landrat übertragen, es sei denn, dass dem Zweckverband eine der Rechtsaufsicht des Innenministeriums unterstehende Körperschaft angehört.

(3) Oberste Rechtsaufsichtsbehörde ist das Innenministerium.

(4) Fachaufsichtsbehörde ist der Landrat, soweit durch Rechtsvorschrift nichts anderes bestimmt ist. Absatz 2 Satz 2 und 3 gilt entsprechend, wobei an die Stelle des Innenministeriums die fachlich zuständige oberste Landesbehörde tritt.

(5) Oberste Fachaufsichtsbehörde ist die fachlich zuständige oberste Landesbehörde, soweit durch Rechtsvorschrift nichts anderes bestimmt ist.

**§ 169**  
**Grenzüberschreitende kommunale Zusammenarbeit**

(1) Die Mitgliedschaft von juristischen Personen des öffentlichen Rechts, die der Aufsicht des Landes unterstehen, in einem Zweckverband, der seinen Sitz außerhalb des Landes Mecklenburg-Vorpommern hat, bedarf der Genehmigung des Innenministeriums.

(2) Gleiches gilt für öffentlich-rechtliche Vereinbarungen und Verwaltungsgemeinschaften an denen Gemeinden, Ämter, Zweckverbände oder Landkreise außerhalb des Landes Mecklenburg-Vorpommern beteiligt sind.

**§ 170****Anwendung auf sonstige Verbände**

Auf Wasser- und Bodenverbände, auf Schulverbände, auf Planungsverbände nach § 205 Absatz 1 bis 5 des Baugesetzbuchs und auf regionale Planungsverbände ist dieses Gesetz entsprechend anzuwenden, soweit das Wasserverbandsgesetz vom 12. Februar 1991 (BGBl. I S. 405), das durch das Gesetz vom 15. Mai 2002 (BGBl. I S. 1578) geändert worden ist, das Gesetz über die Bildung von Gewässerunterhaltungsverbänden vom 4. August 1992 (GVOBl. M-V S. 458), das zuletzt durch das Gesetz vom 17. Dezember 2008 (GVOBl. M-V S. 499) geändert worden ist, das Wasserverbandsausführungsgesetz vom 4. August 1992 (GVOBl. M-V S. 458), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 22. November 2001 (GVOBl. M-V S. 448), das Schulgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. September 2010 (GVOBl. M-V S. 462), das durch Artikel 9 des Gesetzes vom 12. Juli 2010 (GVOBl. M-V S. 383, 392) geändert worden ist, das Baugesetzbuch oder das Landesplanungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. Mai 1998 (GVOBl. M-V S. 503, 613), das zuletzt durch Artikel 8 des Gesetzes vom 12. Juli 2010 (GVOBl. M-V S. 366, 382) geändert worden ist, nichts anderes bestimmen.

**§ 170a****Unbeachtlichkeit von Rechtsfehlern bei der Bildung von Zweckverbänden**

(1) Für Zweckverbände, die in der Zeit vom 3. Oktober 1990 bis zum Ablauf des 11. Juni 1994 gebildet worden sind, haben bis zu dem zuletzt genannten Zeitpunkt die Vorschriften des Zweckverbandsgesetzes vom 7. Juli 1939 (RGBl. I S. 979), zuletzt geändert durch Rechtsverordnung vom 24. Juli 1941 (RGBl. I S. 464), gegolten. Eine Verletzung von Form- und Verfahrensvorschriften bei der Bildung dieser Zweckverbände ist unbeachtlich. Form- und Verfahrensvorschriften nach Satz 2 sind insbesondere Vorschriften über

1. die Beschlussfassung der künftigen Verbandsmitglieder über die Bildung des Zweckverbandes,
2. die Vertretung der künftigen Verbandsmitglieder bei der Bildung des Zweckverbandes,
3. die Vereinbarung der Verbandsatzung zur Bildung des Zweckverbandes,
4. den Beschluss über die Bildung des Zweckverbandes unter Feststellung der Verbandsatzung und
5. die öffentliche Bekanntmachung.

(2) Fehlende oder nicht feststellbare Beschlüsse der Vertretungskörperschaft zur Verbandsbildung stehen einer Verbandsbildung mit der kommunalen Körperschaft nicht entgegen, wenn die kommunale Körperschaft in der Folgezeit als Verbandsmitglied aufgetreten ist. Dies ist insbesondere der Fall, wenn stimmberechtigte Vertreterinnen und Vertreter mit Kenntnis der Vertretungskörperschaft für die kommunale Körperschaft mehrmals an den Sitzungen der Verbandsversammlung teilgenommen und sich an Beschlussfassungen beteiligt haben. Fehlende oder nicht feststellbare Willenserklärungen zur Bildung des Zweckverbandes stehen einer Verbandsbildung mit denjenigen kommunalen Körperschaften nicht entgegen, die als Verbandsmitglieder aufgetreten sind. Die Mitwirkung von kommunalen Körperschaften an der Bildung des Zweckverbandes, die nicht oder erst zu einem späteren Zeitpunkt Verbandsmitglied geworden sind, steht einer Verbandsbildung der anderen kommunalen Körperschaften nicht entgegen.

(3) Einem Beschluss über die Bildung des Zweckverbandes unter Feststellung der Verbandsatzung nach § 11 Absatz 1 des Zweckverbandsgesetzes wird die Genehmigung der Zweckverbandssatzung durch die zuständige Rechtsaufsichtsbehörde gleichgestellt. Gleichgestellt wird auch die Genehmigung der Zweckverbandsbildung, sofern die Verbandsatzung der zuständigen Rechtsaufsichtsbehörde zuvor angezeigt worden war.

(4) Für die Feststellung der Verbandssatzung nach § 11 Absatz 1 des Zweckverbandsgesetzes ist es unerheblich, ob die Vertretungskörperschaften der Verbandsmitglieder oder von ihnen entsandte Vertreterinnen und Vertreter die Verbandssatzung beschlossen haben, wenn die Verbandsmitglieder durch Entsendung der Vertreterinnen und Vertreter und deren Teilnahme an den Sitzungen und Beschlussfassungen der Verbandsversammlung an der Verbandstätigkeit mitgewirkt haben. Beschlüsse der Vertreterinnen und Vertreter vor der Entstehung des Zweckverbandes sind wirksam, soweit sie von der Feststellung umfasst waren oder im Fall des Absatzes 3 Satz 2 die zuständige Rechtsaufsichtsbehörde keine rechtlichen Bedenken geltend gemacht hat.

(5) Fehlende oder nicht feststellbare Genehmigungen nach § 11 Absatz 1 des Zweckverbandsgesetzes im Sinne des Absatzes 3 stehen einer Verbandsbildung nicht entgegen, wenn die Rechtsaufsichtsbehörde von dem Zweckverband Kenntnis erlangt und nicht innerhalb von sechs Monaten der Verbandssatzung widersprochen hat. Ändert sich der Inhalt der Verbandssatzung aufgrund des § 170b Absatz 2 bis 9, bleibt die Wirksamkeit der Genehmigung dieser Verbandssatzung unberührt.

(6) Ist die öffentliche Bekanntmachung des Beschlusses nach § 11 Absatz 1 des Zweckverbandsgesetzes unterblieben, so gilt als Zeitpunkt des Entstehens des Verbandes der auf die öffentliche Bekanntmachung der Verbandssatzung folgende Tag, sofern diese keinen späteren Zeitpunkt bestimmt.

(7) Ist die öffentliche Bekanntmachung der Verbandssatzung vollständig oder teilweise unterblieben, so gilt als Zeitpunkt des Entstehens des Verbandes der auf die öffentliche Bekanntmachung des Beschlusses nach § 11 Absatz 1 des Zweckverbandsgesetzes folgende Tag, sofern in der Verbandssatzung oder in dem Beschluss kein späterer Zeitpunkt bestimmt ist.

(8) Ist die öffentliche Bekanntmachung des Beschlusses nach § 11 Absatz 1 des Zweckverbandsgesetzes und der Verbandssatzung vollständig unterblieben, so gilt als Zeitpunkt des Entstehens des Verbandes unbeschadet des Absatzes 9 der auf die öffentliche Bekanntmachung der ersten Satzung zur Änderung der Verbandssatzung oder der ersten sonstigen Satzung des Verbandes folgende Tag. Diese Satzungen sind auch dann wirksam, wenn die Beschlussfassung und die öffentliche Bekanntmachung vor der Entstehung des Verbandes erfolgt sind.

(9) Der Verband hat die vollständig oder teilweise unterbliebene öffentliche Bekanntmachung der Verbandssatzung und aller bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes erfolgten Änderungen auf eigene Kosten unverzüglich nachzuholen. Die Rechtsaufsichtsbehörde kann hierfür eine Frist bestimmen. Ist die öffentliche Bekanntmachung des Beschlusses und der Verbandsatzung vollständig unterblieben, entsteht der Zweckverband zu dem in Absatz 8 bestimmten Zeitpunkt erst mit der Nachholung der Bekanntmachung. Die Bekanntmachung erfolgt in dem allgemeinen amtlichen Bekanntmachungsblatt der zuständigen Rechtsaufsichtsbehörde.

(10) Die Absätze 2 bis 9 gelten für die Aufnahme und das Ausscheiden einzelner Verbandsmitglieder sowie für sonstige Änderungen der Verbandssatzung entsprechend.

(11) Die öffentliche Bekanntmachung des Beschlusses nach § 11 Absatz 1 des Zweckverbandsgesetzes und der Verbandssatzung ist nicht deshalb fehlerhaft, weil sie nicht im amtlichen Bekanntmachungsblatt der zuständigen Rechtsaufsichtsbehörde erfolgt ist. Das Gleiche gilt für den Fall, dass die öffentliche Bekanntmachung nicht durch die Rechtsaufsichtsbehörde, sondern durch den Zweckverband veranlasst wurde.

(12) Ein Verwaltungsakt, der von einem ursprünglich nicht wirksam entstandenen Verband zu einem Zeitpunkt erlassen worden ist, in dem dieser Verband nach Maßgabe der Absätze 1 bis 11 als entstanden gilt, gilt als bekanntgegeben mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes, im Falle des Absatzes 9 Satz 3 mit der Nachholung der Bekanntmachung, soweit die Voraussetzungen für die Bekanntgabe im Übrigen vorliegen. Rechtskräftige gerichtliche Entscheidungen bleiben unberührt.

(13) Verbandsmitglieder, die bis zum 30. Juni 1997 beschlossen haben, aus einem Zweckverband auszutreten, können innerhalb eines Monats nach Bekanntmachung ihren Austritt aus dem Zweckverband erklären, wenn deren Vertretungskörperschaften keinen Beschluss zur Verbandsbildung gefasst haben oder sich der Umlagemaßstab für das betreffende Verbandsmitglied aufgrund der Änderung der Verbandssatzung nach § 170b Absatz 7 Satz 2 zu Ungunsten des Verbandsmitgliedes geändert hat. Der Austritt bedarf der Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die Voraussetzungen nach Satz 1 vorliegen, die Auseinandersetzung der Beteiligten geregelt ist und dringende Gründe des öffentlichen Wohls nicht entgegenstehen. Ein Austritt nach dem Teil 4 der Kommunalverfassung bleibt unberührt.

#### **§ 170b**

#### **Unbeachtlichkeit von Rechtsfehlern beim Beitritt in einen Zweckverband Und Fiktionen bei Unvollständigkeit der Verbandssatzung**

(1) Fehlende oder nicht feststellbare Beschlüsse der Vertretungskörperschaften zum Verbandsbeitritt, fehlende oder nicht feststellbare Anträge von beitretenden kommunalen Körperschaften sowie fehlende oder nicht feststellbare Satzungsänderungsbeschlüsse der Verbandsversammlung zum Beitritt sind unbeachtlich, wenn die Beteiligten den Beitritt tatsächlich vollzogen haben. Der Beitritt gilt als vollzogen, wenn die kommunale Körperschaft entsprechend § 170a Absatz 2 als Verbandsmitglied aufgetreten ist.

(2) Weist die Verbandssatzung eines Zweckverbandes einzelne Bestimmungen, die nach § 24 Absatz 1 des Zweckverbandsgesetzes zum notwendigen Satzungsinhalt gehören, nicht auf, steht dies nach der Maßgabe der Absätze 3 bis 9 einer Verbandsbildung nicht entgegen.

(3) Fehlt in der Verbandssatzung ein Mitgliederverzeichnis oder ist das Mitgliederverzeichnis nicht vollständig, gelten als Verbandsmitglieder die kommunalen Körperschaften, die in der Verbandssatzung oder einer späteren Satzung des Zweckverbandes aufgeführt werden. Neben den Verbandsmitgliedern nach Satz 1 gelten die kommunalen Körperschaften als Verbandsmitglieder, die gemäß § 170a Absatz 2 als Verbandsmitglieder aufgetreten sind.

(4) Fehlen in der Verbandssatzung wirksame Regelungen zu den Aufgaben des Zweckverbandes, gelten die von dem Zweckverband wahrgenommenen Aufgaben als vereinbart und übertragen.

(5) Fehlt in der Verbandssatzung eine wirksame Regelung zum Namen des Zweckverbandes, gilt der von dem Zweckverband im Rechtsverkehr verwendete Name als vereinbart. Fehlt in der Verbandssatzung eine wirksame Regelung zum Sitz des Zweckverbandes, gilt der Ort als vereinbarter Verbandssitz, an dem der Zweckverband seine Verwaltung oder die Geschäftsstelle unterhält. Ist der Sitz nach Satz 2 nicht bestimmbar, gilt der Ort als vereinbarter Verbandssitz, der in der Anschrift des Zweckverbandes angegeben wird.

(6) Fehlt in der Verbandssatzung eine wirksame Regelung zur Verwaltung und Vertretung, so gelten, vorbehaltlich der Regelung des Zweckverbandsgesetzes, die Vorschriften der Gemeindeordnung entsprechend als vereinbart. Fehlt in der Verbandssatzung eine wirksame Regelung zur Stimmzahl der Verbandsmitglieder in der Verbandsversammlung, gilt das bei Abstimmungen in der Verbandsversammlung zugrunde gelegte Stimmenverhältnis als vereinbart.

(7) Fehlt in der Verbandssatzung ein wirksamer Umlagemaßstab, gilt der Umlagemaßstab als vereinbart, nach dem die Verbandsmitglieder seit Aufnahme der Verbandstätigkeit einvernehmlich zur Deckung des Finanzbedarfs beigetragen haben. Ist ein einheitlicher Umlagemaßstab nach Satz 1 nicht bestimmbar, gilt folgender Umlagemaßstab in der Verbandssatzung als vereinbart: Soweit die Einnahmen des Zweckverbandes zur Deckung des Finanzbedarfes nicht ausreichen, wird von den Verbandsmitgliedern eine Umlage erhoben. Die Bemessung der Verbandsumlage bestimmt sich nach der dem einzelnen Verbandsmitglied zuzurechnenden Einwohnerzahl. Maßgeblich sind die vom Statistischen Amt zum 30. Juni fortgeschriebenen Einwohnerzahlen vom 1. Januar des folgenden Jahres an.

(8) Fehlt in der Verbandssatzung eine wirksame Regelung zur Form der öffentlichen Bekanntmachungen, gilt die von dem Zweckverband verwendete Bekanntmachungsform als vereinbart, sofern sie geeignet war und ist, den Bekanntmachungsgegenstand allen betroffenen Einwohnerinnen und Einwohnern zur Kenntnis zu bringen. Ist eine einheitliche wirksame Bekanntmachungsform danach nicht feststellbar, gilt die öffentliche Bekanntmachung im Veröffentlichungsblatt der Aufsichtsbehörde als vereinbart. Öffentliche Bekanntmachungen des Zweckverbandes vor Inkrafttreten dieses Gesetzes sind nicht deshalb fehlerhaft, weil sie in einer anderen als der vereinbarten oder als vereinbart geltenden Bekanntmachungsform erfolgt sind, sofern diese Bekanntmachungen geeignet waren, den Bekanntmachungsgegenstand allen betroffenen Einwohnerinnen und Einwohnern zur Kenntnis zu bringen.

(9) Fehlt in der Verbandssatzung eine wirksame Regelung zur Abwicklung im Fall der Auflösung des Zweckverbandes oder der Änderung seiner Aufgaben, insbesondere hinsichtlich der Übernahme der hauptamtlichen Bediensteten, gilt die Regelung als vereinbart, die die Verbandsmitglieder bei der Auflösung des Zweckverbandes oder bei einer Änderung seiner Aufgaben einvernehmlich getroffen haben. Ist eine Regelung danach nicht bestimmbar, gilt folgende Regelung in der Verbandssatzung als vereinbart: Die Bediensteten des Zweckverbandes sind im Falle seiner Auflösung oder einer Änderung seiner Aufgabe, soweit die Beschäftigungsverhältnisse nicht aufgelöst werden, von den Verbandsmitgliedern anteilig zu übernehmen. Die Regelung, von welchen Verbandsmitgliedern die einzelnen Bediensteten zu übernehmen sind, erfolgt gleichzeitig mit dem Beschluss über die Auflösung oder Aufgabenänderung des Zweckverbandes. Bei der Regelung ist das Verhältnis der Einwohnerzahlen zugrunde zu legen, soweit nicht die Verbandsmitglieder einvernehmlich etwas anderes bestimmen. Maßgeblich sind insoweit die vom Statistischen Amt zum 30. Juni fortgeschriebenen Einwohnerzahlen vom 1. Januar des folgenden Jahres an.

## **Teil 5**

### **Schlussvorschriften**

#### **§ 171**

##### **Einwohnerzahlen**

- (1) Soweit dieses Gesetz auf Einwohnerzahlen abstellt, gelten die vom Statistischen Amt zum 30. Juni fortgeschriebenen Einwohnerzahlen vom 1. Januar des folgenden Jahres an.
- (2) Die Rechtsaufsichtsbehörde kann auf Antrag der betroffenen Körperschaft entscheiden, dass die Änderung einer Einwohnerzahl unbeachtlich bleibt.

#### **§ 172**

##### **Ordnungsverstöße, Haftung**

(1) Wer als Mitglied einer Gemeindevertretung seine Pflichten zur Teilnahme an Sitzungen und zur Mitarbeit (§ 23 Absatz 3 Satz 3), zur Verschwiegenheit (§ 23 Absatz 6), zur Anzeige eines Ausschließungsgrundes (§ 24 Absatz 3), zur Mitteilung des Berufs und anderer vergüteter oder ehrenamtlicher Tätigkeiten (§ 25 Absatz 3), zur Befolgung von Richtlinien und Weisungen der Gemeindevertretung (§ 71 Absatz 1 Satz 5 und Absatz 2), zur Unterrichtung über Angelegenheiten von besonderer Bedeutung (§ 71 Absatz 4) oder zur Abführung von Vergütungen, Sitzungsgeldern und Aufwandsentschädigungen (§ 71 Absatz 5) verletzt oder dem Verbot, Ansprüche Dritter gegen die Gemeinde geltend zu machen (§ 26) zuwiderhandelt, kann mit einem Ordnungsgeld belegt werden. Entsprechendes gilt für Mitglieder einer Ortsteilvertretung, eines Ausschusses, eines Kreistages, eines Amtsausschusses oder einer Verbandsversammlung, für Ortsvorsteherinnen und Ortsvorsteher sowie für Vertreterinnen und Vertreter von Gemeinden, Ämtern, Landkreisen oder Zweckverbänden in Unternehmen und Einrichtungen. Über die Verhängung des Ordnungsgeldes entscheidet die Gemeindevertretung, der Kreistag, der Amtsausschuss oder die Verbandsversammlung. Die Ordnungsgelder werden im Verwaltungszwangsverfahren beigetrieben.

(2) Gleiches gilt für Bürgerinnen und Bürger, die sich entgegen § 19 Absatz 2 oder § 102 Absatz 1 weigern, ein Ehrenamt oder eine ehrenamtliche Tätigkeit zu übernehmen oder auszuüben. Die Entscheidung über die Verhängung eines Ordnungsgeldes trifft der Bürgermeister, Amtsvorsteher oder Landrat.

(3) Entsteht einer Gemeinde, einem Landkreis, einem Amt oder einem Zweckverband aus einer in Absatz 1 genannten Pflichtverletzung ein Schaden, so haftet die Verursacherin oder der Verursacher, wenn sie oder er vorsätzlich oder grob fahrlässig gehandelt hat.

### **§ 173 Sprachformen**

Soweit in diesem Gesetz Funktions-, Amts-, Organ- und Behördenbezeichnungen in der männlichen Sprachform verwendet werden, gelten diese Bezeichnungen für Frauen und Männer. Beim Vollzug dieses Gesetzes können diese Bezeichnungen für Frauen in der weiblichen Sprachform verwendet werden.

### **§ 173a Elektronische Kommunikation**

(1) Für Erklärungen, durch die Gemeinden, Landkreise, Ämter oder Zweckverbände verpflichtet werden, kann die Haupt- oder Verbandssatzung vorsehen, dass neben der Schriftform auch die elektronische Form zulässig ist. In elektronischer Form müssen diese Erklärungen mit einer dauerhaft überprüfbaren qualifizierten Signatur versehen sein. Die handschriftliche Unterzeichnung sowie die Beifügung des Dienstsiegels entfallen.

(2) Für Einwohneranträge, Bürgerbegehren und Bürgerentscheide der Gemeinden und Landkreise findet § 3a des Landesverwaltungsverfahrensgesetzes keine Anwendung.

### **§ 174 Durchführungsbestimmungen**

(1) Das Innenministerium wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung nähere Bestimmungen zu treffen über

1. den Schriftkopf im Schriftverkehr,
2. die Form der öffentlichen Bekanntmachung von Satzungen,
3. die Änderung von Namen der Gemeinden und Landkreise,
4. das Verfahren und die Durchführung von Gebietsänderungen,
5. das Verfahren zur Durchführung von Einwohneranträgen, Bürgerentscheiden und Bürgerbegehren,
6. die Zuwendung von Haushaltsmitteln an Fraktionen,
7. das Verfahren bei der Änderung und Auflösung von Ämtern,

8. die Gewährung von Entschädigungen an Ehrenbeamtinnen und Ehrenbeamte, ehrenamtlich tätige Bürgerinnen und Bürger, ehrenamtliche Gleichstellungsbeauftragte, Mitglieder der Gemeindevertretungen, Ortsteilvertretungen, Kreistage, Amtsausschüsse, Ausschüsse nach § 36 Absatz 5, § 114 Absatz 5 und § 136 Absatz 3, Verbandsversammlungen und der Verbandsvorstände, insbesondere über
  - a) die pauschalierte Erstattung von Auslagen, entgangenem Arbeitsverdienst und Reisekosten,
  - b) die Höchstbeträge für pauschalierte Entschädigungen, insbesondere für Aufwandsentschädigungen, und
  - c) die Wirkung der Änderung der Einwohnerzahl auf die Höhe der Entschädigung; dabei sind die Einwohnerzahlen der Gemeinden und Landkreise zu berücksichtigen,
9. den Inhalt und die Gestaltung des Haushaltsplans und seiner Anlagen sowie die Haushaltsführung,
10. die Einstellung und die Entnahme aus den Rücklagen,
11. die Erfassung, den Nachweis, die Bewertung und die Abschreibung der Vermögensgegenstände, der Sonderposten, der Rückstellungen, der Verbindlichkeiten und der Rechnungsabgrenzungsposten,
12. die Geldanlagen und ihre Sicherung,
13. die Ausschreibung von Lieferungen und Leistungen sowie die Vergabe von Aufträgen,
14. die Stundung, die Niederschlagung und den Erlass von Ansprüchen sowie die Behandlung von Kleinbeträgen,
15. die Aufgaben und die Organisation der Kasse und der Sonderkassen, deren Beaufsichtigung und Prüfung sowie die Abwicklung des Zahlungsverkehrs und das Rechnungswesen,
16. den Inhalt und die Gestaltung des Jahresabschlusses, des Gesamtabschlusses, der Anlagen zum Jahresabschluss, der Kosten- und Leistungsrechnung sowie die Abdeckung von Fehlbeträgen und die Verwendung von Überschüssen,
17. die Besetzung von Stellen mit Beamtinnen und Beamten sowie Beschäftigten,
18. Kommunalunternehmen und Eigenbetriebe, insbesondere über
  - a) die Zulässigkeit,
  - b) die Leitung und Vertretung,
  - c) Zuständigkeiten der gemeindlichen Organe und Abgrenzung der Befugnisse der Leitung von denen der gemeindlichen Organe,
  - d) Inhalt und Erlass der Betriebssatzungen,
  - e) Inhalt und Gestaltung des Wirtschaftsplans sowie die Wirtschaftsführung und ihre Überwachung,
  - f) die Erhaltung des Vermögens, insbesondere die Erfassung, den Nachweis, die Bewertung und Abschreibung der Vermögensgegenstände,
  - g) das Rechnungswesen und die Buchführung,
  - h) die Berichterstattung und die Rechenschaftspflicht der Leitung,
  - i) Inhalt und Gestaltung des Jahresabschlusses,
19. die Direktwahl der Bürgermeister und Landräte.

(2) Das Innenministerium wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung nähere Bestimmungen zu treffen über

1. die Haushaltssatzung und die Nachtragshaushaltssatzung,
2. den Konten- und Produktrahmen,
3. die Übersicht über die aus Verpflichtungsermächtigungen voraussichtlich fällig werdenden Auszahlungen,
4. die Übersicht über den voraussichtlichen Stand der Verbindlichkeiten,
5. die Form und Gliederung des Ergebnishaushaltes, Finanzhaushaltes und der Teilhaushalte,
6. die Investitionsübersicht,
7. die Übersicht über die Teilhaushalte und zugeordneten Produkte,
8. die Übersicht über die produktbezogenen Finanzdaten,
9. den Stellenplan,
10. die Einhaltung der Obergrenzen,
11. die Form und Gliederung der Ergebnisrechnung, der Finanzrechnung, der Teilrechnungen, der Bilanz und des Anhangs,
12. die Form und Gliederung der Gesamtergebnisrechnung, Gesamtfinanzrechnung, der Gesamtbilanz und des Gesamtanhangs,
13. die Anlagenübersicht, Forderungübersicht und Verbindlichkeitenübersicht,
14. die Übersicht über die über das Ende des Haushaltsjahres hinaus geltenden Haushaltsermächtigungen,
15. den Nachweis und die Beurteilung der dauernden Leistungsfähigkeit der Gemeinde,
16. die Gliederung und Form des Erfolgsplanes, der Bereichserfolgspläne, des Finanzplanes, der Bereichsfinanzpläne und der Stellenübersicht der Eigenbetriebe und
17. die Gliederung der Bilanz, der Gewinn- und Verlustrechnung, der Finanzrechnung, der Bereichsrechnungen und des Anlagennachweises im Jahresabschluss der Eigenbetriebe.

#### **§ 175**

#### **Zuordnung gemeindefreier Flächen**

(1) Das Gesetz über die Bildung von gemeindefreien Grundstücken (Forstgutsbezirken) im Lande Mecklenburg vom 21. März 1947 (Regierungsblatt für Mecklenburg Nummer 6 S. 41), § 11 Absatz 5 und § 12 des Gesetzes über die Regelung verschiedener Punkte des Gemeindeverfassungsrechts vom 27. Dezember 1927 (Preußische Gesetzsammlung Nummer 43 S. 211) sowie die Verordnung über gemeindefreie Grundstücke und Gutsbezirke vom 15. November 1938 (RGBl. I S. 1631) werden aufgehoben.

(2) Die durch Absatz 1 betroffenen Flächen unterfallen der gemeindlichen Gebietshoheit entsprechend der Zuordnung nach dem Liegenschaftskataster zum 12. Juni 1994.

(3) Entsteht durch diese Zuordnung ein vollständig abgetrennter Hoheitsbereich einer Gemeinde, so wird die Fläche derjenigen Gemeinde zugeordnet, von deren Gebiet sie umschlossen ist.

(4) Grenzänderungen, die auf Grundlage der Kommunalverfassung vom 17. Mai 1990 (GBl. DDR I S. 255) nach Inkrafttreten des Einigungsvertrages erfolgt sind, bleiben unberührt.

## **§ 176 Übergangsvorschriften**

(1) Hinsichtlich der Anwendung von § 22 Absatz 3 Nummer 8 und Absatz 4 Nummer 2, § 31 Absatz 2, §§ 43 bis 61, 64, 66, 75, 91 Absatz 1 Satz 2, § 104 Absatz 3 Nummer 7 und Absatz 4 Satz 1 Nummer 2, § 109 Absatz 2 Satz 2, § 120 Absatz 2, § 127 Absatz 2, §§ 146, 147, 156 Absatz 7 Nummer 4, § 162 Absatz 1 Satz 1 und § 174 ist das Kommunal-Doppik-Einführungsgesetz vom 14. Dezember 2007 (GVOBl. M-V S. 410) zu beachten. Soweit kommunale Körperschaften auf der Grundlage von § 16 Absatz 1 des Kommunal-Doppik-Einführungsgesetzes die §§ 43 bis 61, 63, 64, 66, 67 der Kommunalverfassung in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. Juni 2004 (GVOBl. M-V S. 205, die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 16. Dezember 2010 (GVOBl. M-V S. 690) geändert worden ist, weiterhin anwenden, gelten die Bestimmungen der §§ 44 Abs. 4, 51, 52 Absatz 6, 55a, 56 Absatz 6 und 7 entsprechend.

(2) Soweit aufgrund der Vorschriften dieses Gesetzes Anpassungen in den Gesellschaftsverträgen von Unternehmen und Einrichtungen des privaten Rechts, Betriebssatzungen oder sonstigen Satzungen der kommunalen Körperschaften erforderlich sind, müssen diese Anpassungen spätestens bis zum 31. Dezember 2012 vorgenommen werden.

(3) Landräte, die unmittelbar vor ihrer Wahl zum Landrat eines mit Wirkung vom 4. September 2011 neu gebildeten Landkreises bereits Landrat in einem der Rechtsvorgänger dieses Landkreises waren, sind abweichend von § 116 Absatz 2 Satz 6 nicht verpflichtet, sich einer Wiederwahl zu stellen.

## **Artikel 2 Änderung des Kommunalabgabengesetzes**

Das Kommunalabgabengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 12. April 2005 (GVOBl. M-V. S. 146), das zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 14. Dezember 2007 (GVOBl. M-V S. 410, 427) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Dem § 1 Absatz 2 wird folgender Satz angefügt:

„Entsprechendes gilt für Kommunalunternehmen in der Rechtsform einer rechtsfähigen Anstalt des öffentlichen Rechts, soweit ihnen gemäß § 70 Absatz 4 Satz 3 der Kommunalverfassung das Recht eingeräumt wurde, Abgabensatzungen zu erlassen.“

2. § 6 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 2c Satz 1 wird wie folgt gefasst:

„Werden öffentliche Einrichtungen als Unternehmen oder Einrichtung im Sinne der §§ 68, 70 oder § 161 Absatz 3 der Kommunalverfassung geführt, so können anstelle der in den Absätzen 2 bis 2b genannten Kosten die sich aus dem Wirtschaftsplan des Unternehmens ergebenden Selbstkosten zuzüglich eines angemessenen Gewinns angesetzt werden.“

b) Absatz 2d Satz 2 wird wie folgt gefasst:

„Übersteigt am Ende eines Kalkulationszeitraums das Gebührenaufkommen die ansatzfähigen Kosten, so sind die Kostenüberdeckungen spätestens innerhalb von drei Jahren nach Ende des abgeschlossenen Kalkulationszeitraums auszugleichen; Kostenunterdeckungen sollen innerhalb dieses Zeitraumes ausgeglichen werden.“

**Artikel 3**  
**Inkrafttreten, Außerkrafttreten**

(1) Dieses Gesetz tritt am 5. September 2011 in Kraft.

(2) Gleichzeitig tritt die Kommunalverfassung in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. Juni 2004 (GVOBl. M-V S. 205), die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 16. Dezember 2010 (GVOBl. M-V S. 690) geändert worden ist, außer Kraft.

## Begründung:

### A. Allgemeines

Als grundlegendes Regelwerk für die Kommunen des Landes hat sich die Kommunalverfassung seit nunmehr 16 Jahren bewährt. Ungeachtet dessen stehen die kommunalen Körperschaften Mecklenburg-Vorpommerns heute vor Herausforderungen, die es erforderlich machen, auch das rechtliche Instrumentarium der Kommunalverfassung so zu modifizieren, dass auf diese Herausforderungen angemessen reagiert werden kann.

Übergeordnete Ziele des vorliegenden Reformentwurfs sind insbesondere der Ausbau der Einbeziehung und Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger am kommunalen Geschehen, die Stärkung der Kontrollbefugnisse und damit auch der Steuerungsmöglichkeiten der ehrenamtlichen Mitglieder der kommunalen Vertretungen gegenüber der Verwaltung, die Erweiterung der rechtlichen Handlungsmöglichkeiten im Rahmen der wirtschaftlichen Betätigung und bei der Organisation der kommunalen Verwaltungsstrukturen sowie die Verankerung von Mechanismen zur Sicherung der finanziellen Leistungsfähigkeit der kommunalen Haushalte und zur Optimierung der nach wie vor zu kleinteiligen gemeindlichen Strukturen. Schließlich wird die geschlechtergerechte Sprache in die Kommunalverfassung eingearbeitet. Aufgrund der allein hierdurch ausgelösten Vielzahl von Änderungen erfolgt die Reform durch ein Ablösegesetz, statt in Gestalt eines Änderungsgesetzes. Zur Vermeidung von Folgeänderungen in rund dreißig anderen Landesvorschriften und im Interesse der weiteren Verwendbarkeit von Erlassen und Kommentaren durch die überwiegend ehrenamtlichen Rechtsanwender werden die gewohnten Paragraphennummern beibehalten.

Zu den Regelungsschwerpunkten im Einzelnen:

#### a) Ausbau der Bürgerbeteiligung

Die verstärkte Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger in kommunale Entscheidungsprozesse ist im Interesse der Transparenz kommunalen Verwaltungshandelns geboten, dient aber auch dem Zweck, die örtliche Demokratie zu stärken. Hierzu sollen die Informationspflichten der Verwaltung betont und der Zugang der Bürgerinnen und Bürger zu Informationen erweitert werden, indem bspw. Filmaufnahmen und Tonmitschnitte aus öffentlichen Gemeindevertreter-sitzungen zugelassen werden können und ein Zugangsrecht zu Sitzungsprotokollen verankert wird.

Schließlich ist vorgesehen, die Ortsteile als bürgernahe Strukturen weiter zu stärken.

#### b) Stärkung der Rechte von Mitgliedern kommunaler Vertretungen

Das Akteneinsichtsrecht wird künftig auch Ausschussvorsitzenden eingeräumt. Kontrollbefugnisse in wirtschaftlichen Unternehmen und Einrichtungen werden künftig auch Minderheiten eingeräumt.

### c) Wirtschaftliche Betätigung

Unter Wahrung der bestehenden - durch Aufnahme eines Abwägungsgebots noch betonten - ordnungspolitischen Schranken für die wirtschaftliche Betätigung von Kommunen verfolgt die Novellierung der Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern im Bereich der wirtschaftlichen Betätigung das Ziel, die kommunale Selbstverwaltung durch eine Erweiterung rechtlicher Handlungsspielräume zu stärken. Erreicht werden soll dies durch die Einführung selbstständiger Kommunalunternehmen des öffentlichen Rechts, durch den Wegfall des Eigenbetriebsvorrangs bei Unternehmen sowie durch die Zulassung nichtwirtschaftlicher Unternehmen und Einrichtungen, zum Beispiel Theater und Krankenhäuser, auch ohne Beteiligung Dritter.

Im Rahmen der Verbandsanhörung wurde von den Interessenverbänden der privaten Wirtschaft eine exzessive, nicht wettbewerbsgerechte wirtschaftliche Betätigung der Kommunen geltend gemacht, die mittels gesetzlicher Maßnahmen eingedämmt werden müsse. Die im Gesetzentwurf vorgesehenen Änderungen im Bereich der wirtschaftlichen Betätigung wurden dagegen als weitere Verschiebung des ordnungspolitischen Gleichgewichts zulasten der Privatwirtschaft interpretiert und demzufolge weitgehend abgelehnt. Stattdessen wurde insbesondere gefordert, kommunale wirtschaftliche Betätigung auf Aufgaben der Daseinsvorsorge zu beschränken. Diese Kritik ist nach Auffassung der Landesregierung unberechtigt: Eine Ausweitung der wirtschaftlichen Betätigung von Kommunen gegenüber der Privatwirtschaft ist weder Ziel noch Gegenstand des vorliegenden Gesetzentwurfs. Ein Eingriff in die geltende Balance zwischen privater und kommunaler wirtschaftlicher Betätigung wird durch die beabsichtigten Reformen im Abschnitt „wirtschaftliche Betätigung“ auch nicht herbeigeführt. Dass mit der Anstalt öffentlichen Rechts den Kommunen eine zusätzliche Rechtsform zur Verfügung gestellt werden soll, dient vornehmlich den Steuerungsinteressen der Kommunen und befördert, da die Voraussetzungen für eine wirtschaftliche Betätigung stets erfüllt werden müssen, keine quantitative Ausweitung der kommunalen Betätigung. Da es sich bei der wirtschaftlichen Betätigung grundsätzlich um einen Bestandteil der verfassungsrechtlich garantierten kommunalen Selbstverwaltung handelt, ist die Frage, in welchem Umfang eine wirtschaftliche Betätigung erfolgen soll, vorrangig eine autonome Entscheidung jeder einzelnen Kommune und nicht Gegenstand politischer Opportunitätserwägungen des Landesgesetzgebers. Gesetzliche Beschränkungen bedürften vielmehr einer nachweisbaren Erforderlichkeit. Um dort, wo die Entscheidung über wirtschaftliche Betätigung zu treffen ist, eine verantwortungsbewusste und abgewogene Entscheidung zu gewährleisten, ist das vorgesehene Berücksichtigungsgebot von Interessen von Mittelstand und Handwerk das geeignete rechtliche Instrument.

### d) Haushaltsrechtliche Bestimmungen

Mit Blick auf die bei nicht erreichtem Haushaltsausgleich weiterhin erforderliche Haushaltskonsolidierung wird eine Vorlagepflicht des Haushaltssicherungskonzepts, seiner Fortschreibungen und Abrechnungen eingeführt (§ 43 Absatz 8). Da das Haushaltssicherungskonzept nur dann einen wirksamen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung beisteuern kann, wenn von seinen Vorgaben nicht sanktionslos abgewichen werden kann, bedürfen Abweichungen künftig zwingend einer Kompensation (§ 31 Absatz 2). Zudem unterliegen langfristige laufende Zahlungsverpflichtungen nunmehr einer Anzeigepflicht (§ 55a). Derartige längerfristige Verpflichtungen sind in aller Regel mit erheblichen Haushaltsrisiken verbunden.

#### e) Förderung von Strukturveränderungen

Mit dem Ausbau der Ortsteilverfassung (§§ 42 und 42 a) sollen Vorbehalte gegen freiwillige Gemeindegemeinschaften abgebaut werden. Die vorgesehenen Neuerungen erlauben ein lebendiges örtliches Miteinander, ohne dafür an kleinteiligen und verwaltungsaufwendigen Gemeindestrukturen festhalten zu müssen. Während in vielen kleinen Gemeinden die gemeindliche Selbstständigkeit oftmals nicht mehr oder nur noch auf Kosten eines weitgehenden Verzichts auf freiwillige Selbstverwaltungsaufgaben sowie durch eine verdeckte Subventionierung der Verwaltungskosten zulasten der größeren Gemeinden eines Amtes finanzierbar ist, erlauben die durch günstige kommunalrechtliche Rahmenbedingungen geförderten Gemeindegemeinschaften, Finanzmittel für Selbstverwaltungsaufgaben freizusetzen.

Wesentliche demokratische Teilhaberechte innerhalb der gewachsenen Gemeinschaften können auch nach einer Gemeindefusion durch gestärkte Ortsteile erhalten werden. Gewährleistet wird dies durch die mögliche Direktwahl von mit zahlreichen Kompetenzen ausgestatteten Ortsvorsteherinnen und Ortsvorstehern. Mit der Entscheidung der Gemeinde für diese Funktion geht nach dem Gesetzentwurf zwingend der Verzicht auf eine Ortsteilvertretung einher.

Unter demokratischen Aspekten ist für diesen Fall der Verzicht auf Ortsteilvertretungen hinnehmbar, da ein pluralistisch besetztes Gremium für die geringe Zahl von abschließenden Entscheidungen, die der Ortsteil zu treffen hat (Verwendung des Ortsteilbudgets), nicht unbedingt erforderlich ist.

#### f) Einführung der geschlechtergerechten Sprache

Im Rahmen der Einführung der geschlechtergerechten Sprache wird das generische Maskulinum lediglich für Bezeichnungen der kommunalen Organe und Behörden (Bürgermeister, Landrat, Amtsvorsteher, Verbandsvorsteher sowie in deren Organstellung eintretende Beauftragte) beibehalten. Auch diese Bezeichnungen werden allerdings in weiblicher und männlicher Form verwandt, soweit Regelungen die Wahl natürlicher Personen in diese Funktionen betreffen (vgl. §§ 37 und 119) oder nicht organbezogene, sondern höchstpersönliche Rechte oder Pflichten der Organwallerinnen und Organwaller normiert werden. Ein derartiges Normenverständnis ist stets dann geboten, wenn die jeweilige kommunalverfassungsrechtliche Bestimmung nur die konkrete Person, die die Organstellung innehat, betrifft, nicht aber auch - im Verhinderungsfall - deren Stellvertreterin oder Stellvertreter. Bei allen anderen Funktionsbezeichnungen wird lediglich dann auf Doppelformulierungen oder geschlechterneutrale Bezeichnungen verzichtet, soweit es sich um die abstrakte Zuordnung einer kraft Amtes wahrzunehmenden Aufgabe oder Funktion handelt (vgl. § 152 Absatz 1 Satz 4: „Der Bürgermeister der geschäftsführenden Gemeinde hat die Rechte und Pflichten **eines leitenden Verwaltungsbeamten** des Amtes.“)

**B. Einzelbegründung****Zu Artikel 1 - Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern  
(Kommunalverfassung - KV M-V)****Zu § 1**

Die Regelung entspricht der bisherigen Rechtslage.

**Zu § 2**

Der Beispielkatalog der Selbstverwaltungsaufgaben wird um einen neuen Hinweis auf erneuerbare Energie ergänzt. Damit wird die Verantwortung der Gemeinden, die Energieversorgung betreiben, für den Ausbau dieser Energiearten betont.

**Zu §§ 3 und 4**

Die Regelungen entsprechen der bisherigen Rechtslage.

**Zu § 5**

Die Ergänzung in Absatz 2 Satz 6 stellt klar, dass jede Änderung der Hauptsatzung, ungeachtet der Frage, ob sie das Verfahren der öffentlichen Bekanntmachung oder andere Bereiche betrifft, eines Beschlusses der Mehrheit aller Mitglieder der Gemeindevertretung bedarf. Der neue Satz 8 trägt der Tatsache Rechnung, dass insbesondere nach einer Kommunalwahl ein Bedürfnis entsteht, innerorganisatorische Bestimmungen, wie die über die Einrichtung beratender Ausschüsse, unmittelbar nach der Beschlussfassung im Rahmen der konstituierenden Sitzung zur Anwendung gelangen zu lassen, um die Ausschussbesetzung im unmittelbaren Anschluss vorzunehmen. Da es sich hierbei lediglich um innerorganisatorische Festlegungen handelt, deren Umsetzung verfassungsrechtlich nicht vom Erlangen der Außenwirkung einer öffentlich bekannt gemachten und formell in Kraft getretenen Satzung abhängt, kann diesem Bedürfnis durch die vorgesehene Bestimmung Rechnung getragen werden.

Die Ergänzung in Absatz 3 Satz 3 trägt der Schaffung großer kreisangehöriger Städte durch das Landkreisneuordnungsgesetz Rechnung.

Die Ergänzung in Absatz 7 trifft eindeutige Bekanntmachungsregelungen auch für die Genehmigung von Flächennutzungsplänen und konkretisiert insoweit den in § 6 Absatz 5 Baugesetzbuch genannten Begriff der „ortsüblichen Bekanntmachung“.

**Zu § 6**

Die Regelung entspricht der bisherigen Rechtslage.

**Zu § 7**

Die Regelung übernimmt die durch das Kreisstrukturgesetz (Artikel 2 Nummer 2) vorgesehene Neufassung, die auf die Schaffung „großer kreisangehöriger Städte“ zurückgeht.

**Zu § 8**

Die Regelung entspricht weitgehend der bisherigen Rechtslage. Der neue Absatz 6 geht auf Artikel 2 Nummer 3 des Kreisstrukturgesetzes zurück. Die vom Städte- und Gemeindetag vorgetragene Anregung, bei der Benennung neu gebildeter Gemeinden auf ein Genehmigungserfordernis zu verzichten, wurde nicht aufgegriffen, da zur Wahrung der Ordnungsfunktion des Namens eine präventive Rechtmäßigkeitskontrolle ebenso unerlässlich ist wie bei Namensänderungen.

**Zu § 9**

In Absatz 2 wird die Verordnungsermächtigung für den Erlass einer Verordnung über kommunale Dienstsiegel von der Landesregierung auf das Innenministerium übertragen. Für die Regelung ist keine Gesamtverantwortung der Landesregierung erforderlich. Unter Deregulierungsgesichtspunkten ist die geringstmögliche Regelungsebene zu wählen.

**Zu § 10**

Die Regelung entspricht der bisherigen Rechtslage.

**Zu § 11**

Aus systematischen Gründen wird Absatz 2 Satz 3 gestrichen. Sein Regelungsgehalt findet sich unverändert in § 12 Absatz 1 Satz 1.

**Zu § 12**

Zum neuen Satz 1 siehe die Begründung zu § 11. Die in Satz 8 neu aufgenommene Möglichkeit der obersten Rechtsaufsichtsbehörde, eine verweigerte Zustimmung eines Landkreises zu einem Gebietsänderungsvertrag, der Kreisgrenzen ändert, zu ersetzen, relativiert das bisher bestehende kreisliche Veto-Recht. Überwiegen die für eine Gebietsänderung sprechenden Gründe des öffentlichen Wohls die vom Landkreis vorgetragene Bedenken, so bedarf es künftig nicht mehr zwingend einer Gebietsänderung durch Verwaltungsakt des Innenministeriums. Vielmehr kann sich eine entsprechende Verwaltungsaktentscheidung unter Wahrung des zwischen den Gemeinden abgeschlossenen Gebietsänderungsvertrages nur auf die kreisliche Mitwirkungshandlung beschränken.

Diese Beschränkung trägt - ungeachtet der vom Landkreistag hiergegen erhobenen Einwände - dem Grundsatz der kommunalen Selbstverwaltung gebührend Rechnung, ohne die in eigenen Rechten unmittelbar betroffenen Landkreise rechtlos zu stellen, wie dies durch eine völlige Streichung des kreislichen Zustimmungserfordernisses der Fall wäre. Das Zustimmungserfordernis des Landkreises ersatzlos entfallen zu lassen, kommt dagegen auch deswegen nicht in Betracht, da einem möglicherweise durch die Gebietsänderung entstehenden Erfordernis einer Auseinandersetzung mit dem Landkreis, wenn zum Beispiel eine kreisliche Einrichtung in dem betroffenen Gebiet liegt, dann nicht Rechnung getragen werden könnte. Es widerspräche den Prinzipien der Kommunalverfassung, vertragliche Gebietsänderungen wirksam werden zu lassen, ohne dass zuvor die Auseinandersetzung geklärt ist. Die Änderung in Absatz 2 (Verweisung auf § 20) korrigiert einen redaktionellen Fehler.

#### **Zu §§ 13 und 14**

Die Regelungen entsprechen materiell der bisherigen Rechtslage.

#### **Zu § 15**

Die Regelung entspricht der bisherigen Vorschrift. Die vom Verband Kommunaler Unternehmen unterbreitete Anregung, auch globale Klimaschutzgründe für die Anordnung eines Anschluss- und Benutzungszwangs ausreichen zu lassen, wurde nicht aufgegriffen, da dieser Intention bereits bundesgesetzlich durch § 16 Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz Rechnung getragen wird. Danach können Gemeinden von einer Bestimmung nach Landesrecht, die sie zur Begründung eines Anschluss- und Benutzungszwangs an ein Netz der öffentlichen Nah- oder Fernwärmeversorgung ermächtigt, auch zum Zwecke des Klima- und Ressourcenschutzes Gebrauch machen. Die von der Vereinigung der Unternehmensverbände angeregte Einschränkung des Anschluss- und Benutzungszwangs mit dem Ziel einer Stärkung des Wettbewerbs und der Gewährleistung günstiger Verbraucherpreise wurde ebenfalls nicht aufgegriffen, da sie den Kommunen faktisch die Grundlage für einen rentablen Betrieb solcher, dem öffentlichen Wohl dienender Einrichtungen entziehen würde. Auch der Forderung der IHK Schwerin, unmittelbar gesetzlich zwingende Befreiungstatbestände hinsichtlich eines Anschluss- und Benutzungszwangs zu normieren, wurde nicht nachgekommen, da sich eine allen Umständen des Einzelfalls Rechnung tragende Güterabwägung derart abstrakt und allgemeingültig schwerlich vornehmen lässt.

**Zu § 16**

Bedeutsame Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen können erhebliche Folgewirkungen oder Risiken haben, die sich insbesondere auch auf die gemeindlichen Hebesätze für Grund- und Gewerbesteuern sowie durch die Bürgerinnen und Bürger aufzubringende Beiträge niederschlagen können, sodass letztlich die Bürgerinnen und Bürger für unrentierliche Projekte im Rahmen freiwilliger Selbstverwaltungsaufgaben haften. Die im neuen Absatz 2 Satz 2 enthaltene Bestimmung zur Unterrichtung der Einwohnerinnen und Einwohner wird daher für diese haushaltswirtschaftlich bedeutsamen Vorhaben konkretisiert, um sicherzustellen, dass mögliche finanzielle Auswirkungen und Risiken für die Gemeinde sowie mögliche Folgen für die Hebesatzgestaltungen der gemeindlichen Steuern den Einwohnerinnen und Einwohnern zur Kenntnis gelangen. Diese haben ggf. die Möglichkeit, über die Mitwirkungsbefugnisse nach § 18 und § 20 Einfluss auf die gemeindlichen Entscheidungsprozesse zu nehmen. Dies stellt eine Stärkung des Transparenzgebotes und des Verantwortungsbewusstseins der Bürgerinnen und Bürger dar. Dem Vorschlag des Städte- und Gemeindetages, auf diese Regelung zu verzichten, wurde daher nicht nachgekommen.

Der seitens der Vereinigung der Unternehmerverbände eingebrachte Vorschlag, die Kommunen zur Veröffentlichung eines für jedermann einsehbaren Beteiligungsberichtes zu verpflichten, wurde nicht aufgegriffen, da eine solche Veröffentlichungspflicht bereits in § 73 Absatz 3 vorgesehen ist. Der von der Vereinigung der Unternehmensverbände geforderte Umfang der zu veröffentlichenden Informationen wird, soweit er über § 73 Absatz 3 hinausgeht, abgelehnt, da er als zu weitreichend angesehen wird und zu einer Benachteiligung der kommunalen Unternehmen im Wettbewerb führen könnte.

**Zu § 17**

Durch die Änderung in Absatz 1 Satz 1 wird die Möglichkeit der Gemeinden, Einwohnerfragestunden zuzulassen, durch eine Verpflichtung für den Regelfall ersetzt. Dies entspricht dem Selbstverständnis einer modernen, bürgerfreundlichen Gemeinde. Der neue Satz 2 gibt natürlichen Personen, auch wenn sie keinen Wohnsitz in der Gemeinde haben, und juristischen Personen das Recht, im Rahmen der Einwohnerfragestunde Fragen zu stellen und Anregungen zu unterbreiten, sofern sie in der Gemeinde Grundstücke besitzen oder nutzen oder ein Gewerbe treiben.

**Zu §§ 18 und 19**

Die Regelungen entsprechen der bisherigen Rechtslage.

**Zu § 20**

Die Änderung in Absatz 1 ist redaktioneller Art.

Die im neuen Satz 2 des Absatzes 7 aufgenommene Verweisung auf § 32 Absatz 1 Satz 1 ermöglicht für die Entscheidung über einen Bürgerentscheid zur Abberufung des Bürgermeisters eine geheime Abstimmung. Dies ist geboten, da diese Entscheidung - obwohl formal ein Sachbeschluss - wie ein Abberufungsbeschluss ein Misstrauensvotum beinhaltet und somit eine Gewissensentscheidung darstellt und daher - entgegen der anlässlich der Verbandsanhörung vorgetragenen Wertung des Städte- und Gemeindetags - dem Schutz der freien Mandatsausübung vor einem Fraktionszwang eine höhere Bedeutung beizumessen ist, als der Transparenz des Abstimmungsverhaltens gegenüber der Öffentlichkeit. Nicht aufgenommen wurde auch die Anregung des Städte- und Gemeindetags, einen Kostendeckungsvorschlag nicht nur für Kosten der beantragten Maßnahme, sondern auch für sich daraus ergebende Mindereinnahmen zu verlangen.

Die Änderung in Absatz 7 Satz 6 (bisheriger Satz 5) stellt eine redaktionelle Anpassung an beamtenrechtliche Vorschriften dar.

Die Aufhebung von Absatz 8 dient der Deregulierung, da die Verordnungsermächtigung bereits in § 174 enthalten ist.

**Zu § 21**

Die Regelung entspricht der bisherigen Rechtslage.

**Zu § 22**

Die Regelung übernimmt in Absatz 1 Satz 2 die durch das Kreisstrukturgesetz (Artikel 2 Nummer 4) vorgesehenen Änderungen, die auf die Schaffung großer kreisangehöriger Städte zurückgeht.

Die Regelung des Absatzes 4 Nummer 1 ist redaktionell den Änderungen in § 38 Absatz 6 und § 39 Absatz 2 anzupassen.

**Zu § 23**

Die Neufassung von Absatz 5 beinhaltet eine redaktionelle Änderung (die Benennung des Stichtages 13. Juni 2004 ist obsolet geworden) sowie einen deklaratorischen Hinweis auf das verfassungsrechtliche Verbot verdeckter Parteienfinanzierung.

Auf Anregung des Städte- und Gemeindetages wird auch weiterhin darauf verzichtet, unterhalb der Fraktionsmindeststärke Zusammenschlüsse von Gemeindevertretern in Form von „Gruppen“ zu normieren.

**Zu § 24**

Die Regelung entspricht materiell der bisherigen Rechtslage.

**Zu § 25**

Die Regelung entspricht weitgehend der bisherigen Rechtslage.

Die Ergänzung in Absatz 1 Satz 1 Nummer 5 passt die Unvereinbarkeitsregelungen an die neu geschaffene Rechtsform des Kommunalunternehmens an.

Die Ergänzung in Absatz 1 Satz 2 stellt klar, dass auch Verwaltungsbedienstete einer geschäftsführenden Gemeinde eines Amtes oder einer Gemeinde, die im Rahmen einer Verwaltungsgemeinschaft die Verwaltungsgeschäfte eines Amtes erledigt, der Unvereinbarkeit von Amt und Mandat unterliegen, wenn sie in einer der amtsangehörigen Gemeinden Mitglieder der Gemeindevertretung sind. Aufgrund der erforderlichen Kongruenz zwischen der Ermächtigungsgrundlage des Artikels 137 Absatz 1 GG und der Unvereinbarkeitsvorschrift ist in Absatz Satz 3 die Beibehaltung des tarifrechtlich obsolet gewordenen Begriffs „Arbeiter“ geboten.

**Zu § 26**

Die Regelung entspricht der bisherigen Rechtslage.

**Zu § 27**

Die Regelung entspricht weitgehend der bisherigen Rechtslage. Das bisher in Absatz 3 geregelte umfassende Verbot, auf Entschädigungsansprüche zu verzichten, wird nicht mehr aufrechterhalten, sofern den ehrenamtlich Tätigen kein tatsächlicher Aufwand entstanden ist. Eine Verpflichtung, aus der ehrenamtlichen Tätigkeit einen Überschuss zu erzielen, lässt sich dem Sinn und Zweck des § 27, mandatsbedingte finanzielle Nachteile zu verhindern, nicht entnehmen. Der Verzicht auf bisher als Grundlage für pauschalierte Entschädigungen gemäß Absatz 3 erforderliche tatsächliche Anhaltspunkte oder Erhebungen dient der Vermeidung bürokratischer Verfahren.

**Zu § 28**

Die Regelung entspricht weitgehend der bisherigen Rechtslage.

Auf der Grundlage praktischer Erfahrungen im Anschluss an die Kommunalwahlen im Jahr 2009 wird ein rechtssicheres Verfahren verankert, um - ungeachtet der erforderlichenfalls gerichtlich zu klärenden Wählbarkeit des ehrenamtlichen Bürgermeisters - schnellstmöglich die Handlungsfähigkeit der neu gewählten Gemeindevertretung herzustellen. Die Konstituierung der neu gewählten Gemeindevertretung ist daher künftig nicht mehr von der Ernennung des Bürgermeisters abhängig, sondern kann auch unter der Leitung eines seiner Stellvertreter abgeschlossen werden. Mit dieser Regelung wird einem Vorschlag des Städte- und Gemeindetages entsprochen.

Die Verpflichtung der Mitglieder der Gemeindevertretung per Handschlag stellt einen symbolischen Akt dar, ist aber mangels Regelungswirkung kein Verwaltungsakt und somit auch nicht Voraussetzung für die Ahndung von Pflichtverstößen nach § 172.

**Zu § 29**

Die Regelung entspricht weitgehend der bisherigen Rechtslage.

Im Zuge der zunehmenden Verbreitung elektronischer Kommunikation soll es den Gemeinden durch die Änderung in Absatz 1 ermöglicht werden, in ihrer Geschäftsordnung zu bestimmen, dass die Einladung zu Sitzungen der Gemeindevertretung auch elektronisch (per E-Mail) erfolgen kann.

Auch wenn die Geschäftsordnung eine elektronische Einladung zulässt, haben Mitglieder der Gemeindevertretung, die dies verlangen, einen Anspruch darauf, schriftlich eingeladen zu werden. Dies wurde auf Vorschlag des Landkreistages ausdrücklich gesetzlich normiert. Die Beifügung der grundsätzlich unter Einhaltung der Ladungsfrist zu übersendenden Beschlussvorlagen wird im Zuge der elektronischen Einladung nicht entbehrlich. Es ist aber ohne Weiteres möglich, die Beschlussvorlagen, soweit diese dafür geeignet sind, ebenfalls elektronisch zu übersenden.

Durch die Neuregelung zur Zulässigkeit von Filmaufnahmen und Tonmitschnitten in Absatz 5 wird es erstmals rechtssicher möglich, dem Informationsbedürfnis der Bürgerinnen und Bürger nach unmittelbarer Bild- und Tonberichterstattung durch die Medien Rechnung zu tragen.

Aufgrund der bisherigen Rechtsprechung, die die Bereitschaft bzw. die Fähigkeit zur freien unvoreingenommenen Rede durch Film- und Tonaufnahmen gefährdet sieht, ist es bisher selbst im Falle des Einverständnisses sämtlicher Mandatsträger rechtlich umstritten gewesen, ob den Medien diese Art der Berichterstattung gestattet werden kann.

Die Neuregelung verbessert die Transparenz des Sitzungsgeschehens gegenüber der Öffentlichkeit, gewährleistet aber auch einen Minderheitenschutz. Auf Anregung des Städte- und Gemeindetages werden ungeachtet unterschiedlich stark ausgeprägter Bedürfnisse nach dieser Art der Berichterstattung in kleinen und großen Kommunen keine unterschiedlichen Hürden normiert. Soweit die Hauptsatzung neben den Medien auch Dritten mit berechtigten Interessen - bspw. Bürgerinitiativen - Film- oder Tonaufnahmen gestatten will, steht dem die gesetzliche Regelung nicht entgegen.

Die Ergänzung des Absatzes 8 gewährt interessierten Personen, ohne dass sie über die Bürger- oder Wohnereigenschaft verfügen müssen, einen Zugang zu den Niederschriften der Sitzungen der Gemeindevertretung. Ausgenommen von dem Anspruch sind Niederschriften über nicht öffentliche Sitzungsteile. Die Gemeinde entscheidet selbst, auf welche Weise sie die Niederschriften der Öffentlichkeit zugänglich macht. Hierfür kann beispielsweise ein Kopiersatz in der Stadtbibliothek ausgelegt werden, oder die Niederschriften können im Rahmen des Internetauftritts der Gemeinde zugänglich gemacht werden. Es besteht aber auch die Möglichkeit, eine Einsicht in die Niederschriften nur im Einzelfall auf eine entsprechende Nachfrage einzuräumen.

**Zu § 30**

Die Regelung entspricht der bisherigen Rechtslage.

**Zu § 31**

Die Änderung in Absatz 2 Satz 2 beseitigt einen redaktionellen Fehler.

Die neuen Sätze 3 und 4 stellen klar, dass das Haushaltssicherungskonzept nicht nur einen unverbindlichen Rahmen für Konsolidierungsmaßnahmen vorgibt. Mit der Verankerung der Pflicht, Kompensationsmaßnahmen zu benennen, wenn Anträge gestellt werden, die den Konsolidierungsumfang des Haushaltssicherungskonzepts schmälern, wird eine faktische Entwertung des Konzepts im Interesse einer tatsächlich erfolgenden Haushaltskonsolidierung vermieden. Das Fehlen geeigneter Kompensationsmaßnahmen führt bereits formell zur Rechtswidrigkeit eines derartigen Beschlusses, ohne dass eine materielle Unvereinbarkeit mit Haushaltsgrundsätzen nachgewiesen werden müsste.

**Zu § 32**

Die Regelung entspricht weitgehend der bisherigen Rechtslage.

Entsprechend der in der Praxis üblichen Verfahrensweise wird im gegenüber der bisherigen Regelung überarbeiteten Absatz 2 ausdrücklich die Möglichkeit genannt, dass sich die Gemeindevertretung auf eine einvernehmliche Besetzung der Wahlstellen verständigen kann. Einvernehmlich ist eine solche Besetzung dann, wenn sie von allen vorschlagsberechtigten Kräften der Gemeindevertretung mitgetragen wird. Ein einzelnes Mitglied oder mehrere Mitglieder der Gemeindevertretung, die keine Fraktion oder Zählgemeinschaft bilden, können demzufolge einen Beschluss zur einvernehmlichen Besetzung der Wahlstellen nicht verhindern. Die in der Neufassung des Absatzes 2 erfolgte Beschränkung der Bildung von Zählgemeinschaften folgt einem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts (BVerwG, Urteil vom 10.12.2003 - 8 C 18/03). Um sich eine bessere Ausgangsposition bei Verhältniswahlen, zum Beispiel zur Besetzung der Ausschüsse zu verschaffen, können sich demnach künftig nur noch fraktionslose Mitglieder der Gemeindevertretung untereinander oder mit Fraktionen zu vorschlagsberechtigten Zählgemeinschaften zusammenschließen. Ein Zusammenschluss mehrerer Fraktionen ist damit unabhängig von der Frage, ob die einzelne Fraktion stark genug wäre, einen eigenen Wahlvorschlag durchzubringen, nur noch aus Gründen der Verfahrensökonomie, nicht aber zur Gewinnung zusätzlicher Wahlstellen zulässig. Da kleinere Fraktionen damit nicht mehr unbeschränkt das sogenannte Huckepackverfahren nutzen können, um im Zusammenwirken mit größeren Fraktionen Mitglieder in Ausschüsse zu entsenden, sind sie darauf angewiesen, sich mit fraktionslosen Mitgliedern der Gemeindevertretung zusammenzuschließen. Die unterschiedliche Behandlung von fraktionslosen Gemeindevertretern und kleinen Fraktionen hinsichtlich der Bildung von Zählgemeinschaften mit größeren Fraktionen ist sachlich gerechtfertigt, da fraktionslose Mitglieder der Gemeindevertretung jedenfalls keine in Konkurrenz zu anderen Fraktionen stehende institutionalisierte Form der Zusammenarbeit eingegangen sind. Besteht hingegen ein derartiges Konkurrenzverhältnis mehrerer Fraktionen, wäre es nicht gerechtfertigt, ihnen einen Zusammenschluss zu erlauben, der anderen Fraktionen rechnerisch zustehende Wahlstellen nähme. Eine Benachteiligung einer Fraktion oder Zählgemeinschaft liegt dann vor, wenn sie infolge der Bildung der nicht den Vorgaben von Absatz 2 Satz 4 entsprechenden Zählgemeinschaft weniger Wahlstellen erringt als sie erwartungsgemäß erringen würde. Zur Erhöhung der Rechtssicherheit von Verhältniswahlen wird normiert, dass die unzulässige Bildung von Zählgemeinschaften nur dann zur Rechtswidrigkeit der Wahl führt, wenn sie vor Beginn der Abstimmung geltend gemacht wird.

Um eine missbräuchliche Umgehung dieser Vorschriften durch eine nur kurzzeitige Bildung von „Scheinfraktionen“, denen ein wirklicher Wille zur kommunalpolitischen Zusammenarbeit fehlt, zu vermeiden, wird bestimmt, dass ein Mitglied der Gemeindevertretung als aus seiner Wahlstelle abberufen gilt, wenn er - nach der Durchführung der Verhältniswahl - Mitglied einer anderen Fraktion wird, von der er nicht vorgeschlagen wurde oder die nicht der Zählgemeinschaft angehört hat, von der er vorgeschlagen wurde. Ein bloßes Ausscheiden aus der Fraktion führt dagegen nicht zu einem automatischen Verlust der Wahlstelle. Hierfür bedarf es - wie bisher - der Abberufung aus der Wahlstelle durch einen Beschluss mit der Mehrheit aller Mitglieder der Gemeindevertretung nach § 32 Absatz 3. Die Abberufungsfiktion beschränkt sich - entgegen dem Vorschlag des Städte- und Gemeindetages - nicht auf gemeindliche Wahlstellen, sondern erfasst beispielsweise auch Aufsichtsräte kommunaler Gesellschaften oder Wahlstellen als weiteres Mitglied des Amtsausschusses. Dies trägt dem Umstand Rechnung, dass die betreffende Funktion nach den Grundsätzen der Verhältniswahl besetzt wurde, um das Stärkeverhältnis der politischen Kräfte innerhalb der Vertretung abzubilden. Dieses würde aber verfälscht, wenn ein Fraktionswechsel folgenlos bliebe oder von einem Abberufungsvotum mit Mehrheitsbeschluss abhängig gemacht werden würde.

#### **Zu § 33**

Die Regelung entspricht der bisherigen Rechtslage.

#### **Zu § 34**

Die Regelung entspricht weitgehend der bisherigen Rechtslage.

Durch die Neufassung der Vorschrift des Absatzes 4 wird das Minderheitenrecht auf Akteneinsicht auf Ausschussvorsitzende erstreckt. Dies erleichtert den Zugang zu Akten, deren Kenntnis für die Arbeit des Ausschusses von Vorteil ist. Auch wenn die Akteneinsicht durch einen Ausschuss beantragt wurde, bleibt es zulässig, neben dem Ausschussvorsitzenden auch weitere Mitglieder der Gemeindevertretung zu benennen, die in die Akten Einsicht nehmen. Die Anregung des Städte- und Gemeindetages, Anträge auf Akteneinsicht nur noch im Rahmen von Sitzungen der Gemeindevertretung stellen zu lassen, wurde nicht aufgegriffen, da hiermit eine empfindliche Schwächung der Kontrollrechte der Gemeindevertretung gegenüber der Verwaltung einherginge. Ein Antrag auf Akteneinsicht könnte, selbst wenn hierfür ein dringendes Bedürfnis entstünde, anderenfalls erst nach einigen Wochen oder nach Einberufung einer Sondersitzung gestellt werden.

#### **Zu § 35**

Die Regelung entspricht weitgehend der bisherigen Rechtslage.

Die in Absatz 1 Satz 6 neu aufgenommene Verpflichtung des Bürgermeisters, seine Stimme bei der Wahl des Hauptausschusses offen abzugeben, ermöglicht die Anrechnung seines kraft Amtes bestehenden Mandats im Hauptausschuss auf die Zuteilung der weiteren Hauptausschussmandate. Damit wird erreicht, dass das Kräfteverhältnis im Hauptausschuss das Kräfteverhältnis in der Gemeindevertretung auch dann möglichst genau widerspiegelt, wenn keine Fraktionen bestehen oder der Bürgermeister keiner Fraktion angehört, was bisher Voraussetzung für seine Anrechnung war.

**Zu § 36**

Die Regelung entspricht weitgehend der bisherigen Rechtslage.

Die durch Absatz 2 Satz 2 ermöglichte Zusammenlegung von Haupt- und Finanzausschuss erhöht die Handlungsspielräume der Gemeinde.

**Zu § 37**

Die Regelung entspricht weitgehend der bisherigen Rechtslage.

Die Änderung in Absatz 2 Satz 3 gewährleistet gegenüber der bisherigen Vorschrift, dass ein möglichst großer Bewerberkreis von der Ausschreibung Kenntnis erhält. Dies ist gesetzlich sicherzustellen, weil anderenfalls das Minderheitenrecht, eine Ausschreibung zu verlangen, durch eine mögliche Mehrheitsentscheidung, die die Dauer und die Reichweite der Ausschreibung begrenzt hält, ausgehöhlt werden könnte.

Die Regelung in Satz 6 dient der Klarstellung der Rechtsfolgen hinsichtlich eines Verstoßes gegen die Wiederbewerbungspflicht, ändert die materielle Rechtslage jedoch nicht. Klarstellender Natur ist auch die in Satz 4 neu aufgenommene Regelung bezüglich der fortwirkenden Amtszeit des Bürgermeisters.

Die gegenüber der bisherigen Regelung vorgesehene Ergänzung in Absatz 3 Satz 2 stellt die erforderliche redaktionelle Anpassung an § 28 Absatz 3 Satz 3 dar.

Die Ergänzung in Absatz 4 dient der klareren Regelung der beamtenrechtlichen Folgen einer Bürgermeisterwahl. Nach der bisher geltenden Vorschrift durfte der Gewählte erst ernannt werden, nachdem die Wahlprüfungsentscheidung der Gemeindevertretung der Rechtsaufsichtsbehörde zugestellt wurde. Die durch diese Vorschrift beabsichtigte Prüfung der Wahlprüfungsentscheidung durch die Rechtsaufsichtsbehörde vor der Ernennung des Gewählten war in der Praxis jedoch regelmäßig nicht möglich, weil die Ernennung zumeist in der gleichen Sitzung erfolgt ist, wie die Entscheidung über die Gültigkeit der Wahl. Nach der jetzt vorgesehenen Regelung kommt es lediglich darauf an, dass die Gemeindevertretung etwa erhobene Wahleinsprüche zurückgewiesen hat. Die Notwendigkeit der Zustellung der Wahlprüfungsentscheidung an die Rechtsaufsichtsbehörde - innerhalb einer Frist von zwei Wochen - ergibt sich weiterhin aus den wahlrechtlichen Bestimmungen.

**Zu § 38**

Die Regelung entspricht weitgehend der bisherigen Rechtslage.

Die Änderung in Absatz 1 Satz 1 übernimmt die durch das Kreisstrukturgesetz (Artikel 2 Nummer 7) vorgesehene Änderung, die auf die Schaffung großer kreisangehöriger Städte zurückgeht.

Die Änderung in Absatz 6 Satz 4 stellt klar, dass das Vieraugenprinzip im Falle der Neubegründung von Arbeitsverhältnissen und bei der Änderung bestehender Verträge zum Tragen kommt, soweit diese eine zusätzliche Verpflichtung für die Gemeinde begründen, nicht jedoch im Falle der (Änderungs-)Kündigung eines Arbeitsverhältnisses greift. Diese Klarstellung ist erforderlich, weil es in der Praxis immer wieder zu Unsicherheiten gekommen ist.

Dem Vorschlag des Städte- und Gemeindetages, das Vieraugenprinzip für Arbeitsverträge generell nicht mehr zur Anwendung kommen zu lassen, da der Stellenplan dem Bürgermeister für den Abschluss von Arbeitsverträgen ohnehin enge Grenzen setze, wurde nicht nachgekommen. Sinn und Zweck des Vieraugenprinzips ist generell der Schutz der Gemeinde vor finanziellen Nachteilen, die ihr durch einen nicht rechtskonform agierenden gesetzlichen Vertreter zugefügt werden können. Dieser Schutzgedanke muss gerade für nur schwierig zu kündigende Dauerschuldverhältnisse aufrechterhalten werden.

#### **Zu § 39**

Die Regelung entspricht weitgehend der bisherigen Rechtslage.

Die gegenüber der geltenden Regelung vorgesehenen Änderungen in Absatz 2 entsprechen denen in § 38 Absatz 6.

Die Ergänzung in Absatz 5 Satz 1 dient der Klarstellung hinsichtlich des zu begründenden Beamtenverhältnisses.

#### **Zu § 40**

Die Änderungen gegenüber der bisherigen Regelung betreffen im Wesentlichen die Neuordnung des Verhältnisses von Beigeordnetenamt und Funktion des stellvertretenden Oberbürgermeisters. Die Ämter der Beigeordneten sind funktionsgebundene statusrechtliche Ämter. Bei diesen wird das Amt nicht abstrakt, sondern nach der damit konkret verbundenen (Stellvertreter-) Funktion umschrieben. Die das statusrechtliche Amt konkretisierende Funktion ist demzufolge zwar nicht Bestandteil des Amtes selbst, jedoch mit diesem untrennbar verbunden. Sie ist im Übrigen maßgeblich für die besoldungsrechtliche Einstufung des Amtes. Da die wahrzunehmende Funktion Auswirkung auf das statusrechtliche Amt hat, sollen Wahlen von Beigeordneten und Stellvertretern künftig nicht mehr unabhängig voneinander durchgeführt werden können. Denn dem Beamten auf Zeit wird ein - seinen Aufgaben entsprechendes - Amt im statusrechtlichen Sinn für die Dauer seiner Amtszeit übertragen. Die bisherige Entkopplung von Stellvertreterfunktion und Beigeordnetenamt hat im Falle einer Abberufung zu besoldungs- und stellenplanrechtlichen Verwerfungen geführt, die durch die Neuregelung vermieden werden. Die Vorschrift stellt klar, dass eine isolierte Übertragung der Funktion des 1. oder 2. Stellvertreters des Bürgermeisters im Rahmen eines bereits bestehenden Beigeordnetenamtes nicht zulässig ist. Stattdessen hat eine originäre und einheitliche Wahl in das Amt des Beigeordneten nebst dessen Vertretungsfunktion zu erfolgen.

Der neue Absatz 4 Satz 8 gewährleistet für Städte, in denen nach der Hauptsatzung nur ein Beigeordneter zu wählen ist, dass dieser zwingend die Funktion des 1. Stellvertreters des Oberbürgermeisters wahrnehmen muss. Die bisher bestehende Wahlfreiheit der Stadt, den Beigeordneten lediglich zum 2. Stellvertreter zu wählen, während ein Angestellter oder Lebenszeitbeamter die Funktion des 1. Stellvertreters bekleidet, entfällt demzufolge. Dies trägt der herausgehobenen Stellung des Beigeordneten als Wahlbeamter auf Zeit Rechnung. Sollte der Beigeordnete in der Funktion des 1. Stellvertreters aus dem Amt ausscheiden und gleichzeitig die Hauptsatzung dahingehend geändert werden, dass nur noch ein Beigeordneter gewählt wird, ist es hinzunehmen, dass der 2. Beigeordnete in der Funktion des 2. Stellvertreters verbleibt, wenn er nicht für eine neue Amtszeit in das Amt des Beigeordneten als 1. Stellvertreter berufen werden soll.

Mit der Neuwahl des Beigeordneten erfolgt dann entsprechend der geänderten Rechtslage die Übertragung der Funktion des 1. Stellvertreters auf den Beigeordneten.

Aufgrund häufiger Anfragen soll erstmals auch die Frage gesetzlich normiert werden, inwieweit die Stadtvertretung in nachträgliche Änderungen des Aufgabenbereichs der Beigeordneten einzubeziehen ist. Da die Stadtvertretung als wählende Institution ungeachtet der Verantwortung des Oberbürgermeisters für die innere Organisation der Verwaltung bei der erstmaligen Übertragung eines Aufgabenbereichs ein gesetzliches Mitspracherecht (Einvernehmenserfordernis) innehat, ist es systemgerecht, dieses grundsätzlich auch bei nachträglichen Aufgabenänderungen zu verankern. Entsprechend dem Erfordernis, Angelegenheiten der laufenden Verwaltung von Willensbildungsprozessen der Vertretung auszunehmen, wäre es nicht sachgerecht, das Einvernehmenserfordernis auf jede noch so unbedeutende Änderung zu erstrecken. Auf Wunsch der kommunalen Landesverbände, insofern eine möglichst konkrete Erheblichkeitsschwelle für die Einbeziehung der Vertretung zu normieren, statt deren Bestimmung der Hauptsatzung zu überlassen, erfolgt nunmehr eine relative Bezugnahme auf die dem Aufgabenbereich des Beigeordneten ursprünglich zugewiesenen Dienstposten.

Die Änderung in Absatz 5 Satz 1 dient der Klarstellung, dass auch die Regelungen über die Amtszeit hauptamtlicher Bürgermeister für Beigeordnete entsprechend zur Anwendung kommen, sowie der Klarstellung, in welchem zeitlichen Rahmen die Wahl zu erfolgen hat. Durch den neuen Wortlaut des Satzes 3 wird deutlich, dass es sich bei dem Anspruch auf Einsichtnahme in die Bewerbungsunterlagen nicht etwa um ein Informationsrecht des Organs Stadtvertretung, sondern um das Recht der einzelnen Mitglieder handelt, welches unabhängig davon besteht, ob auf Antrag einer Fraktion oder eines Viertels aller Mitglieder der Gemeindevertretung eine öffentliche Ausschreibung der Stellen durchgeführt worden ist oder nicht. Auch bei einem Ausschreibungsverzicht haben sich die Kandidaten daher mit einer Bewerbung an den Vorsitzenden der Stadtvertretung oder die Verwaltung zu wenden.

In Satz 4 werden die zur Prüfung der Rechtmäßigkeit der Wahl grundsätzlich erforderlichen Unterlagen nunmehr ausdrücklich benannt, wobei die Aufzählung nicht abschließend ist und im Einzelfall die Vorlage weiterer Unterlagen notwendig werden kann. In jedem Falle werden Unterlagen vorzulegen sein, die das Erfüllen der Voraussetzungen der Eignung, Befähigung und Sachkunde bei dem Gewählten belegen, in der Regel also die Bewerbungsunterlagen und - soweit sich dies nicht bereits aus dem Sitzungsprotokoll ergibt - die schriftliche Darlegung, auf welcher Grundlage der Kreistag die gesetzlichen Voraussetzungen bezogen auf die vorgesehene dienstliche Verwendung in dem zuzuweisenden Aufgabenbereich als gegeben angesehen hat.

Der neue Satz 5 enthält eine ausdrückliche Ermächtigung für die Rechtsaufsichtsbehörde, einer formell oder materiell rechtswidrigen Wahl zu widersprechen, wobei dieser Widerspruch einer kommunalaufsichtsrechtlichen Beanstandung gleichkommt. Die Frist wird unter Berücksichtigung des Umstandes, dass ggf. noch Unterlagen nachgefordert werden müssen, von einem Monat auf sechs Wochen verlängert. Diese Verlängerung stellt - entgegen der Einschätzung des Städte- und Gemeindetages - keine gravierende Beeinträchtigung städtischer Interessen dar, da der Abschluss des Anzeigeverfahrens trotzdem regelmäßig vor der geplanten Amtsübernahme des gewählten Beigeordneten erfolgt. Der Fristbeginn wird nunmehr an einen objektiv feststellbaren Zeitpunkt - die Anzeige der Wahl bei der Rechtsaufsichtsbehörde - geknüpft.

Der Vorschlag des Städte- und Gemeindetages, Beigeordnete auf Vorschlag des Oberbürgermeisters zu wählen, wurde nicht aufgegriffen, da hierdurch eine Kräfteverschiebung zulasten der Vertretung bewirkt würde. Diese liefe dem Ziel des Gesetzes, das Ehrenamt zu stärken, zuwider.

#### **Zu § 41**

Die Regelung entspricht der bisherigen Vorschrift. Entgegen dem Vorschlag des Landesfrauenrates sowie der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten erfolgte für die kreisfreien Städte keine Anhebung der Sach- und Personalstandards auf das in § 118 geregelte Niveau der Landkreise, wie es dort im Rahmen des Kreisstrukturgesetzes geschaffen wurde. In Ermangelung von Einsparungen, wie sie für die Landkreise durch die Kreisgebietsreform entstehen, würde die Haushaltssituation der kreisfreien Städte durch diese Standardanhebung weiter verschärft werden. Für die im Rahmen der Verbandsanhörung ebenfalls vorgeschlagene Konkretisierung verwaltungsexterner Aufgaben der Gleichstellungsbeauftragten würde entsprechendes gelten, weshalb auch dieser Anregung nicht gefolgt wurde. Für die Aufnahme eines gesetzlich geregelten Tätigkeitskataloges besteht im Übrigen auch kein landesgesetzliches Regelungsbedürfnis.

Die Änderung in Absatz 4 stellt eine redaktionelle Korrektur (Verweisung auf § 29) dar.

#### **Zu § 41a**

Die Regelung entspricht der bisherigen Vorschrift. Eine Ausweitung der Regelungen auf Seniorenbeauftragte, wie sie vom Landesseniorenbeirat angeregt wurde, erfolgte nicht. Angesichts der Tatsache, dass Senioren in den willensbildenden Gremien der Kommunen nicht unterrepräsentiert sind, viele Städte Seniorenbeiräte bereits freiwillig eingerichtet haben und eine Ausweitung von Pflichtaufgaben die kommunale Selbstverwaltung einschränken würde, gibt es nach Einschätzung der Landesregierung kein gesetzliches Regelungsbedürfnis.

#### **Zu § 42**

Die Regelung entspricht weitgehend der bisherigen Regelung, wobei der bisherige Absatz 5 Satz 3 wegen der neuen Vorschrift des § 42a aufzuheben war. Die Ergänzung in Absatz 1 Satz 1 geht auf Artikel 2 Nummer 8 des Kreisstrukturgesetzes zurück. Das in Absatz 6 auf Anregung des Städte- und Gemeindetags verankerte Widerspruchsrecht stärkt Ortsteile gegenüber der Gemeinde und erhöht somit die Akzeptanz freiwilliger Gemeindegemeinschaften. Das Widerspruchsrecht gegen Beschlüsse der Gemeindevertretung, die das Wohl des Ortsteils beeinträchtigen, entspricht im Wesentlichen dem Recht, das ehrenamtliche Bürgermeister gegenüber Beschlüssen der Amtsausschüsse besitzen.

**Zu § 42a**

Die bisherigen Erfahrungen mit der kleinteiligen Gemeindestruktur haben gezeigt, dass es gegen freiwillige Gemeindegemeinschaften erhebliche Widerstände gibt, die in der Vergangenheit nicht einmal mit großzügigen finanziellen Zuwendungen ausgeräumt werden konnten. Unter diesem Aspekt ist davon auszugehen, dass sich ein freiwilliger Eingemeindungsprozess nur dann in spürbarem Umfang in Gang setzen lässt, wenn eine deutliche Verbesserung der Stellung von Ortsteilen in der Kommunalverfassung verankert wird. Entsprechendes gilt auch für die vordergründig weitreichenden Kompetenzen der Ortsvorsteher. Beispielsweise sind diese hinsichtlich des Widerspruchsrechts dem bereits vorhandenen Widerspruchsrecht von Gemeindevertretungen gegenüber Beschlüssen des Amtsausschusses (§ 127 Absatz 6) nachempfunden, das in der Praxis nur sehr zurückhaltend Anwendung findet.

Die mit der neu geschaffenen Regelung modifizierte Ortsteilverfassung verlangt von der Gemeinde eine Entscheidung, ob in einem Ortsteil entweder eine (wie bisher) indirekt zu wählende Ortsteilvertretung oder ein direkt zu wählender Ortsvorsteher eingerichtet werden soll. Die Direktwahl hat, um den Regelungs- und Verwaltungsaufwand begrenzt zu halten, zwingend im Rahmen einer Einwohnerversammlung zu erfolgen. Dadurch werden der Größe der Ortsteile, in denen Ortsvorsteher gewählt werden, faktische Grenzen gesetzt, was mit der Zielstellung des § 42a, gerade für kleine Gemeinden Fusionsanreize zu schaffen, korrespondiert. Der Ortsvorsteher ist zum einen Sprachrohr für die Interessen des Ortsteils gegenüber den gemeindlichen Organen, zum anderen aber auch Ansprechpartner für die Bürgerinnen und Bürger seines Ortsteils. Insbesondere in ländlichen Gebieten behalten die Einwohnerinnen und Einwohner damit auch im Fall freiwilliger Gemeindegemeinschaften eine zentrale Identifikationsfigur für ihr Dorf. Mit Ausnahme des Stimmrechts besitzt ein Ortsvorsteher sämtliche Rechte und Pflichten eines Mitglieds der Gemeindevertretung. Er kann damit wichtige Initiativ- und Kontrollrechte wahrnehmen. Wie der ehrenamtliche Bürgermeister ist auch der Ortsvorsteher zum Ehrenbeamten zu ernennen. Auch die durch Absatz 4 eröffnete Kompetenz, über die Verwendung des Ortsteilbudgets zu entscheiden und nach einer entsprechenden Bevollmächtigung Verpflichtungserklärungen im Namen der Gemeinde abzugeben, entspricht jedenfalls zum Teil den Kompetenzen eines ehrenamtlichen Bürgermeisters. Der Ortsvorsteher untersteht in Ausübung dieser Rechte der Kontrolle durch die Gemeindeorgane und den Rechnungsprüfungsausschuss. Der Ortsvorsteher bleibt damit ein wichtiger Ansprechpartner hinsichtlich der Belange der ehemals selbstständig verwalteten Gemeinde, die im Interesse der Effektivität und Effizienz der örtlichen Verwaltung ihre gemeindliche Eigenständigkeit zugunsten der Bildung größerer Gemeinden aufgegeben hat. Die Regelung des Absatzes 5 trägt dafür Sorge, dass Vereinbarungen in Gebietsänderungsverträgen zum Ortsvorsteher nicht als „Ewigkeitsklausel“ ausgestaltet werden. Dies macht es für die neu gebildete oder vergrößerte Gemeinde erforderlich, nach dem Ablauf einer Wahlperiode darüber zu befinden, ob diese Institution beibehalten werden soll, was dann eine entsprechende Regelung der Hauptsatzung nötig macht, oder auf sie zu verzichten, weil ein Zusammenwachsen der Ortsteile bereits erreicht wurde. Die Befristung erhöht damit bei allen Beteiligten die Motivation, die Kompetenzen des Ortsvorstehers von Anfang an in den Dienst des Zusammenwachsens der gesamten Gemeinde zu stellen, um eine dauerhafte Akzeptanz durch die Gemeindevertretung zu erlangen.

**Zu § 42b**

Die Regelung entspricht weitgehend dem bisherigen § 42a. Die Neufassung von Absatz 2 Satz 1 wird die noch auf die Kameralistik Bezug nehmende Terminologie jener der kommunalen Doppik angepasst. Diese Änderung impliziert gleichwohl keine nachhaltige Experimentierbedürftigkeit der doppischen Vorschriften. Die Änderung in Absatz 2 Satz 2 erweitert die Spielräume für die Zulassung von durch die Kommunalverfassung nicht ausdrücklich vorgesehenen Abweichungen auch auf Kompetenznormen der gemeindlichen Organe.

**Zu § 43**

Die Regelung entspricht weitgehend der bisherigen Regelung. Die Aufnahme der Gesichtspunkte der Generationengerechtigkeit und der Nachhaltigkeit in die Vorschrift des Absatzes 1 Satz 1 betont die Verpflichtung der Gemeinden, die Haushaltsplanung und Haushaltsführung so vorzunehmen, dass künftigen Generationen keine unvertretbaren Lasten aufgebürdet werden. Die Änderung in Satz 2 geht auf eine Änderung des Haushaltsgrundsatzgesetzes (HGrG) zurück.

Bei einem nicht ausgeglichenen Haushalt kommt dem Haushaltssicherungskonzept eine herausragende Stellung zu. Es stellt die Handlungsleitlinie für die schnellstmögliche Wiedererlangung des Haushaltsausgleichs dar. Insoweit ist das Haushaltssicherungskonzept unter den Bedingungen eines nicht erreichten Haushaltsausgleichs ebenso bedeutend wie die Haushaltssatzung. Für die Haushaltssatzung gilt die Vorlagepflicht (§ 47 Absatz 2), also sollte sie für das Haushaltssicherungskonzept und seine Abrechnungen ebenfalls gelten. Mit der Vorlagepflicht wird auch der bisher für kameral buchende Kommunen gegebene Rechtszustand, der durch die vorgesehene Beratungspflicht mit der Rechtsaufsichtsbehörde eine Vorlagepflicht impliziert, fortgeführt. Dem Vorschlag des Städte- und Gemeindetages, die Pflicht zur Erstellung eines Haushaltssicherungskonzepts zu beseitigen, wurde nicht nachgekommen. Dem Haushaltssicherungskonzept kommt für eine Haushaltskonsolidierung eine herausragende Bedeutung zu, da es auch jahresübergreifender Maßnahmen umfasst und einen konzeptionellen Gesamtansatz zur Konsolidierung darstellt. Insoweit ist auch auf die Änderung in § 31 Absatz 2 hinzuweisen.

**Zu § 44**

Die Regelung entspricht weitgehend der bisherigen Bestimmung. Angesichts der künftig zunehmenden Bedeutung der Mitfinanzierung öffentlicher Aufgaben durch Private ist in Absatz 4 eine Verfahrensbestimmung aufzunehmen, die die grundsätzliche Zulässigkeit derartiger Unterstützungen charakterisiert und gleichzeitig ein möglichst transparentes Verfahren gewährleistet, um ein rechtssicheres Agieren der verantwortlichen kommunalen Entscheidungsträger zu ermöglichen. Halten sich diese an die vorgesehenen Bestimmungen, können sie sicher sein, nicht mit § 331 StGB (Vorteilsannahme) in Konflikt zu geraten. Zudem wird so in der Öffentlichkeit bereits dem bösen Schein korrupten Verhaltens entgegengewirkt.

Die konkreten Höchst-Wertgrenzen für eigene Entscheidungsbefugnisse des Bürgermeisters bzw. des Hauptausschusses sind demzufolge niedrig angesetzt und für alle Gemeinden einheitlich sowie aus Gründen der Deregulierung und Anwenderfreundlichkeit im Gesetz selbst geregelt. Der Kreis der Einwerbungs- und Annahmehberechtigten ist im Interesse der Transparenz und entsprechend der politischen Bedeutung auf die Bürgermeister sowie die Stellvertreter beschränkt. Die Anzeigepflicht gegenüber der Rechtsaufsichtsbehörde sowie die Pflicht, den jeweils aktuellen Bericht der Öffentlichkeit zugänglich zu machen - sei es im Internet, sei es durch ein in der Verwaltung bereit gehaltenes Exemplar - , gewährleisten die zur Vermeidung des Anscheins von Korruption gebotene Transparenz.

**Zu § 45**

Die Regelung entspricht weitgehend der bisherigen Bestimmung.

**Zu § 46**

Die Regelung entspricht weitgehend der bisherigen Vorschrift. Mit der Neufassung von Absatz 5 wird ein redaktioneller Fehler behoben. Im Weiteren wird klargestellt, welchen Zeitraum der Finanzplanungszeitraum umfasst und dass durch einen Doppelhaushalt gegenüber dem jahresbezogenen Haushalt keine Verlängerung des Finanzplanungszeitraums eintritt.

**Zu § 47**

Die Regelung entspricht weitgehend der bisherigen Vorschrift. Absatz 2 wird gegenüber der geltenden Norm ergänzt, da der Rechtsaufsichtsbehörde eine sachgerechte Prüfung des Haushaltes nur möglich ist, wenn neben der Bilanz insbesondere der Anhang, der Rechenschaftsbericht und die den Jahresabschluss erläuternden Anlagen vorliegen. Eine Vorlagepflicht für den Jahresabschluss war bislang nicht vorgesehen.

**Zu § 48**

Die Regelung entspricht weitgehend der bisherigen Vorschrift. Mit der Einführung der kommunalen Doppik hat die Gemeinde Aufwendungen und Erträge im Rahmen des Jahresabschlusses unabhängig von der Veranschlagung im Haushaltsplan zu berücksichtigen. Soweit diese erst nach Abschluss des Haushaltsjahres bekannt werden und zuvor auch nicht absehbar waren, besteht keine Möglichkeit zum Erlass eines Nachtragshaushaltes. Die Gemeinde würde in diesen Fällen ansonsten zwangsläufig gegen das Haushaltsrecht verstoßen. Die in Absatz 3 Nummer 4 vorgesehene Regelung eröffnet eine entsprechende Ausnahme.

**Zu § 49**

Die Regelung entspricht weitgehend der bisherigen Vorschrift. Die in Absatz 3 neu vorgesehene Regelung dient vor allem der Rechtssicherheit der Gemeinden, da bislang alle zu einem genehmigungspflichtigen Stellenplan erteilten Nebenbestimmungen mit Ablauf des Haushaltsjahres ihre Gültigkeit verloren haben. Dies führte in der Vergangenheit regelmäßig zu Einzelanträgen, die jedoch aufgrund der haushaltslosen Zeit nicht genehmigungsfähig waren. Die neue Bestimmung folgt den teilweise wortgleichen Regelungen zahlreicher anderer Bundesländer. Mit dem nunmehr im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung fortgeltenden Stellenplan des Vorjahres sind durch die Gemeinden auch die mit der Genehmigung erteilten Bedingungen und Auflagen in der haushaltslosen Zeit zu beachten.

**Zu §§ 50 und 51**

Die Regelungen entsprechen den bisherigen Vorschriften.

**Zu § 52**

Die Regelung entspricht weitgehend der bisherigen Vorschrift.

Die Vorschrift des Absatzes 6 bezog sich hinsichtlich des dort bislang enthaltenen Verweises auf Absatz 1 auf Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen. Eine Freistellung von der Genehmigungspflicht ist hierfür nicht vorstellbar. Die Ergänzung der Verweisung in Absatz 6 auf § 55a stellt eine redaktionelle Anpassung an den neuen § 55a dar.

**Zu §§ 53 bis 55**

Die Regelungen entsprechen den bisherigen Vorschriften.

**Zu § 55a**

Langfristige vertragliche Bindungen bergen Risiken für die Haushaltswirtschaft, da zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses die künftige finanzielle Entwicklung nur schwerlich prognostizierbar ist. Dementsprechend sieht die Kommunalverfassung bereits vielfältige Genehmigungstatbestände vor (zum Beispiel die Einzelgenehmigung für kreditähnliche Rechtsgeschäfte in § 52 Absatz 5). Gleichwohl kann im Einzelfall - trotz erheblicher haushaltswirtschaftlicher Belastung - für langfristige Vertragsbeziehungen keine rechtsaufsichtliche Einwirkungsmöglichkeit gegeben sein (so beispielsweise bei langfristigen Mietverträgen oder Zahlungszusicherungen). Mit der vorgesehenen Anzeigepflicht erhält die Rechtsaufsichtsbehörde Kenntnis vom Eingehen solcher Zahlungsverpflichtungen und die Möglichkeit der Überprüfung der Vereinbarkeit dieser Verpflichtungen mit den Grundsätzen einer geordneten Haushaltswirtschaft. Gegenüber einer Genehmigungspflicht ist die Anzeigepflicht das mildere und daher vorzugswürdige Mittel. Soweit die Gemeinde die Vereinbarkeit der geplanten Zahlungsverpflichtung mit einer geordneten Haushaltswirtschaft hinreichend darlegt, bedarf es keines rechtsaufsichtlichen Handelns. Somit wird erreicht, dass die Gemeinden die langfristigen finanziellen Folgen von Entscheidungen hinreichend analysieren.

Durch die Begrenzung auf Zahlungsverpflichtungen, die über den Finanzplanungszeitraum hinauswirken, sowie durch den Ausschluss von Geschäften der laufenden Verwaltung erfolgt bereits eine Begrenzung auf nachhaltig haushaltswirksame Entscheidungen. Durch die Verordnungsermächtigung in § 52 Absatz 6 kann auch betragsmäßig eine Begrenzung auf wesentliche Entscheidungen erreicht werden. Erfasst werden sollen zudem nur Geschäfte, für deren Entscheidung die Gemeindevertretung zuständig ist, nicht die dem Bürgermeister obliegenden Geschäfte der laufenden Verwaltung. Angesichts der hohen Zahl verschuldeter Kommunen muss gesetzlich Vorsorge getroffen werden, dass Kommunen nicht - ohne dass rechtsaufsichtlich gegengesteuert werden kann - finanzielle Verpflichtungen eingehen, die zu einer unzulässigen finanziellen Überforderung führen oder beitragen. Da sich formwirksam abgeschlossene Verpflichtungserklärungen keiner nachträglichen rechtsaufsichtlichen Korrektur eröffnen (eine Beanstandung beseitigt keinen wirksamen Vertrag), kann die bestehende Regelungslücke für langfristige Verpflichtungen, die kein auch bisher schon genehmigungsbedürftiges kreditähnliches Rechtsgeschäft darstellen, nur durch die Aufnahme eines neuen qualifizierten Anzeigeverfahrens geschlossen werden. Auf der Grundlage der im Rahmen der Verbandsanhörung seitens der kommunalen Landesverbände geäußerten Kritik an der Regelung, sind ein weitreichender Ausnahmekatalog sowie eine lediglich einen Monat währende Prüfungsfrist für die Rechtsaufsichtsbehörde aufgenommen worden.

#### **Zu § 56**

Die Regelung entspricht weitgehend der bisherigen Bestimmung, deren in Absatz 6 Nummer 2 enthaltene Regelung zu Veräußerungen von Unternehmen und Beteiligungen die bisherige Vorschrift des § 74 entbehrlich macht. Die Neufassung des Absatzes 6 Nummer 1 stellt klar, dass auch der Tausch von Grundstücken unter den Begriff der Veräußerung fällt und dementsprechend ein Tausch von Grundstücken unter dem vollen Wert genehmigungspflichtig ist. Bisher bestehende Rechtsunsicherheiten werden damit beseitigt.

Die Neufassung von Absatz 7 bezieht wie Absatz 6 Tausch- und Erbbaurechtsverträge in die Regelung ein. Zur Erhöhung der Rechtssicherheit und zum Schutz der Bürgermeister in ehrenamtlich verwalteten Gemeinden soll nicht dessen Stellvertreter, sondern der leitende Verwaltungsbeamte des Amtes neben dem Bürgermeister künftig die Gewähr dafür übernehmen, dass ein Rechtsgeschäft zum vollen Wert erfolgt. Klargestellt wird, dass bei allen genehmigungspflichtigen Grundstücksgeschäften die Vollwertigkeitserklärung die Genehmigungspflicht nach Absatz 6 Nummer 1 nicht ersetzt, wenn die Veräußerung, der Tausch oder die Bestellung unter Wert erfolgt. Der Städte- und Gemeindetag hat sich in seiner Stellungnahme insbesondere gegen die Regelung gewandt, dass unzutreffende Vollwertigkeitserklärungen die Genehmigungspflicht nicht entfallen lassen. Die mit der Neuregelung einhergehende rechtliche Unsicherheit hinsichtlich der Genehmigungsbedürftigkeit von Grundstücksveräußerungen, für die eine Vollwertigkeitserklärung vorliegt, ist jedoch zum Schutz des gemeindlichen Vermögens hinzunehmen. Dem gleichen Ziel sowie der Verringerung des Haftungsrisikos für ehrenamtliche Bürgermeister dient auch die Einbeziehung des leitenden Verwaltungsbeamten in das Verfahren zur Abgabe der Vollwertigkeitserklärung. Erteilt dieser qualifiziert ausgebildete Beamte die Erklärung, kann für einen ehrenamtlichen Bürgermeister, der diese Erklärung ebenfalls abgibt, ein grob fahrlässiges Verhalten, das zur Haftung führen kann, im Regelfall ausgeschlossen werden. Gegenüber der bisher bestehenden Rechtslage wird das Haftungsrisiko damit - entgegen der Einschätzung des Städte- und Gemeindetages - verringert.

**Zu §§ 57 bis 61**

Die Regelungen entsprechen materiell den bisherigen Vorschriften. Die durch den Landesbeauftragten für den Datenschutz zu § 59 angeregte auf öffentliche Stellen beschränkte Möglichkeit, Kassengeschäfte extern besorgen zu lassen, wurde nicht aufgegriffen, da sie insbesondere eine Beauftragung des DVZ M-V GmbH nicht mehr zuließe. Wenn die Voraussetzungen des § 59 erfüllt sind, wäre eine Ausgrenzung privater Dienstleister eine unverhältnismäßige Beeinträchtigung gemeindlicher Interessen.

**Zu § 62**

Die Regelung entspricht weitgehend der bisherigen Vorschrift. Die Vorschrift des neuen Absatzes 2 trägt dafür Sorge, dass Gemeinden Anträgen von Gläubigern auf rechtsaufsichtliche Zulassungsverfügung nicht dadurch die Grundlage entziehen können, dass sie den entsprechenden Vermögensgegenstand veräußern. Gerade in kleinen Gemeinden, in denen es lediglich wenige Vermögensgegenstände gibt, die sich einer Zulassungsverfügung eröffnen, ist dies zum Gläubigerschutz erforderlich. Da das Zustimmungserfordernis im Ermessen der Rechtsaufsichtsbehörde steht, kommt es nur in Betracht, wenn es verhältnismäßig ist. Gemeinden, die über genügend Vermögenswerte verfügen, werden daher regelmäßig nicht mit einer entsprechenden Anordnung belegt werden.

**Zu § 64**

Die Regelung entspricht weitgehend der bisherigen Vorschrift. Mit der Änderung des Absatzes 2 wird gegenüber der bisherigen Bestimmung zum einen erreicht, dass sich die Regelung nunmehr auf alle städtebaulichen Fördergebiete bezieht und auch auf mögliche zukünftige Förderprogramme angewandt werden kann. Zum anderen wird festgelegt, dass sich die Sonderrechnung auf die städtebauliche Gesamtmaßnahme bezieht und nicht auf das einzelne Förderprogramm. Insoweit handelt es sich um eine Klarstellung und nicht zuletzt um eine Vereinfachung gegenüber der bisherigen Regelung.

**Zu §§ 65 und 66**

Die Regelungen entsprechen den bisherigen Vorschriften.

**Zu § 68**

Die Regelung entspricht bis auf die nachfolgend erläuterten Änderungen der bisherigen Vorschrift.

**Zu Absatz 1**

Die Definition der „wirtschaftlichen Betätigung“ erleichtert Abgrenzungsfragen und trägt somit zur Rechtsklarheit bei.

Eine Beschränkung der wirtschaftlichen Betätigung im Rahmen der Legaldefinition auf den Bereich der Daseinsvorsorge bzw. auf das Anbieten von Gütern oder Dienstleistungen für die Befriedigung elementarer Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger zur Erbringung von Leistungen der leitungsgebundenen Strom-, Gas- und Wasserver- und Entsorgung, wie von der Vereinigung der Unternehmensverbände gefordert, wäre zu weitgehend und wird daher abgelehnt. Im Übrigen ist durch die in Absatz 2 enthaltene Forderung der Rechtfertigung wirtschaftlicher Betätigung durch einen öffentlichen Zweck ein hinreichender Bezug zu den Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft gegeben.

### **Zu Absatz 2**

Satz 1 benennt die auch nach bisheriger Rechtslage grundsätzlich für die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen geltenden Voraussetzungen.

Die Wirtschaftsverbände haben sich für eine Verschärfung des einfachen Subsidiaritätsprinzips dahingehend ausgesprochen, dass die Kommunen darlegen müssen, dass sie eine Aufgabe besser und wirtschaftlicher erfüllen können als Dritte. Für eine derartige Einschränkung kommunalwirtschaftlicher Betätigung besteht nach Einschätzung der Landesregierung kein Bedarf.

Es ist nicht möglich, wie vom Verband Kommunaler Unternehmen angeregt, diese Voraussetzungen so anzupassen, dass kein dauerhafter Prüfungsansatz besteht. Bereits entsprechend der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung nach Artikel 20 Absatz 3 des Grundgesetzes müssen die Kommunen die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen auch im Bereich der wirtschaftlichen Betätigung dauerhaft gewährleisten.

Die Formulierung in Satz 2 stellt eine allgemein anerkannte Klarstellung im Hinblick auf das durch einen öffentlichen Zweck zu rechtfertigende Handeln der Kommunen dar.

Die Auffassung der Vereinigung der Unternehmensverbände, dass die Regelung nicht ausreichend trennscharf sei und möglicherweise die Schaffung von Kostenreduzierungs-chancen verhindere, wird nicht geteilt.

Der vielfach geäußerten Kritik an der mit dem ursprünglichen Satz 3 verfolgten Absicht, die Zulässigkeit von sogenannten Annex-tätigkeiten im Bereich der wirtschaftlichen Betätigung einer gesetzlichen Normierung zuzuführen, wurde mit dem Verzicht auf eine dahingehende Regelung Rechnung getragen.

### **Zu Absatz 3**

Bei der Verwendung des Wortes „Einrichtungen“ an Stelle von „Unternehmen“ bzw. „Hilfsbetrieben“ handelt es sich um eine redaktionelle Anpassung. Mit der neuen Nummer 4 wird dem Anliegen einer nachhaltigen Entwicklung der Energieversorgung im Interesse des Klima- und Umweltschutzes sowie der Schonung fossiler Energieressourcen Rechnung getragen. Gleichzeitig wird gewährleistet, dass sich die energiewirtschaftliche Betätigung weiterhin an der Verwaltungs- und finanziellen Leistungskraft der Gemeinde orientiert.

Der hieran geäußerten Kritik der Vereinigung der Unternehmensverbände, wonach die Energieerzeugung neu zugelassen worden sei und weit außerhalb der lebenssichernden Aufgaben der Kommunen liege, ist zu entgegnen, dass die Energieversorgung gemäß § 2 Absatz 2 zu den Aufgaben des eigenen Wirkungskreises gehört und damit durch einen öffentlichen Zweck gerechtfertigt ist. Im Übrigen dürfen die Kommunen im Rahmen ihrer Selbstverwaltungskompetenz nicht nur dann tätig werden, wenn die Leistung durch keinen Dritten erbracht wird.

Der Vorschlag des Verbandes Kommunaler Unternehmen, dass das Vorliegen eines öffentlichen Zwecks nicht nur bei Energieerzeugungsanlagen, sondern auch bei der Energieversorgung innerhalb und außerhalb des Gemeindegebietes anerkannt wird, findet keine Zustimmung. Dies ergibt sich daraus, dass wirtschaftliche Betätigung in Form der Energieversorgung ohnehin einem öffentlichen Zweck entspricht, da es sich gemäß § 2 Absatz 2 um eine Aufgabe des eigenen Wirkungskreises handelt. Nicht erforderlich ist auch die von diesem Verband geforderte Regelung über die überörtliche wirtschaftliche Betätigung. Das Örtlichkeitsprinzip ist bereits durch Rechtsprechung und Verwaltungsvorschriften hinreichend ausgestaltet.

Im Rahmen der Verbandsanhörung wurde auch die Forderung nach einer Legaldefinition des Begriffs der Einrichtung erhoben. Dies ist jedoch nicht erforderlich, da aus Satz 1 abschließend erkennbar ist, um welche Art von Einrichtungen es sich handelt. Angesichts des Verzichts auf eine Regelung hinsichtlich von Annextätigkeiten in Absatz 2 ist eine solche auch in Absatz 3 entbehrlich.

Eine Ausweitung der Zulässigkeitskriterien für Unternehmen in Absatz 2 auch auf die in Absatz 3 genannten Einrichtungen, wie von der Vereinigung der Unternehmensverbände vorgeschlagen, ist abzulehnen, da die kommunalwirtschaftliche Betätigung in den in Satz 1 Nummer 1 bis 4 genannten Bereichen angesichts der besonderen Bedeutung für die örtliche Gemeinschaft gegenüber den in übrigen wirtschaftlichen Tätigkeitsfeldern privilegiert werden soll. Auch die Ausweitung der in Satz 3 Nummer 3 verwendeten Formulierung „ausschließlich zur Deckung des Eigenbedarfs der Gemeinde“ als Kriterium für jegliche kommunalwirtschaftliche Betätigung wird angesichts der damit verbundenen zu weitgehenden Beschränkung der Handlungsspielräume der Kommunen abgelehnt.

#### **Zu Absatz 4**

Hierbei handelt es sich um eine Klarstellung, in welchen Rechtsformen sich Gemeinden außerhalb ihrer allgemeinen Verwaltung betätigen können.

Mit dem Ausschluss der Neugründung einer Aktiengesellschaft soll unter anderem verhindert werden, dass sich die Gemeinden in ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit übernehmen. Da die Einwirkungsmöglichkeiten der Hauptversammlung (und auch der Gemeindevertretung mit ihren Weisungsrechten, die gegenüber dem Aufsichtsrat nur sehr eingeschränkt wirken) auf den Vorstand im Aktienrecht wesentlich schwächer ausgestaltet sind als die einer Gesellschafterversammlung gegenüber der Geschäftsführung bei einer GmbH, und auch nicht das Recht besteht, wie im GmbH-Recht jeden Einzelfall an sich zu ziehen, kann bei einer Aktiengesellschaft nicht mehr von einem ausreichenden Einfluss der Gemeinde auf ihr Unternehmen gesprochen werden. Wird die Notwendigkeit der Gründung einer privaten Gesellschaft erkannt, so erscheint die Form der Gesellschaft mit beschränkter Haftung als ausreichend. Von dieser Regelung sind nur Neugründungen betroffen.

Die seitens des Städte- und Gemeindetages sowie des Verbandes Kommunaler Unternehmen eingebrachte Forderung, auf den Ausschluss der Rechtsform der Aktiengesellschaft zu verzichten, da keine verminderten Steuermöglichkeiten als bei der Gesellschaft mit beschränkter Haftung erkennbar seien, kann nicht nachvollzogen werden. Während der Geschäftsführer einer GmbH weisungsgebunden ist, da die Gesellschafter eine übergeordnete Geschäftsführungskompetenz haben, führt der Vorstand einer Aktiengesellschaft die Geschäfte eigenverantwortlich und nicht weisungsgebunden. Demzufolge kann die Einflussnahme der Gemeinde bei Aktiengesellschaften auch durch eine Ausgestaltung der Satzung nicht in dem erforderlichen Maße gewährt werden, wie es die Kommunalverfassung fordert, sodass ein Ausschluss dieser Rechtsform gerechtfertigt ist.

#### **Zu Absatz 5**

Bei der Änderung in Satz 2 handelt es sich um eine sprachliche Verbesserung.

#### **Zu Absatz 6**

Absatz 6 entspricht dem bisherigen Absatz 5.

#### **Zu Absatz 7**

Mit dieser Einfügung werden eine Abwägung der Auswirkungen auf die mittelständische Wirtschaft und auf das Handwerk und deren Berücksichtigung als Bestandteil der gemeindlichen Ermessensentscheidung über wirtschaftliche Betätigung gesetzlich verankert.

Die vielfachen Bedenken der Wirtschaftsverbände hinsichtlich dieser Regelung werden nicht geteilt. Nach Ansicht der Landesregierung führt sie nicht zu einer Beschränkung der kommunalwirtschaftlichen Betätigung, ist aber gleichwohl geeignet, eine angemessene Interessenabwägung zwischen staatlich getragenen und privaten Marktteilnehmern herbeizuführen.

Eine Erweiterung der zu berücksichtigenden Auswirkungen auf die kleinen und mittelständischen Unternehmen, wie von den Industrie- und Handels- bzw. den Handwerkskammern gefordert, oder auf gar alle Teilnehmer des privaten Marktes, wie durch die Vereinigung der Unternehmerverbände vorgeschlagen, findet keine Zustimmung der Landesregierung, da sie zu einer unbestimmten Ausweitung bzw. sogar zu einer Berücksichtigung der Auswirkungen auf Großkonzerne führen würde. Auch eine verpflichtende Einbeziehung der regional zuständigen Wirtschaftskammer zum Zwecke der gutachterlichen Stellungnahme hinsichtlich der Auswirkungen auf die regionale Wirtschaft wird aus Deregulierungsgesichtspunkten nicht aufgenommen. Gleichwohl bleibt es den Kommunen unbenommen, sich im Rahmen der Entscheidungsfindung an die jeweiligen Wirtschaftskammern zu wenden.

Auch die Forderung des Unternehmerverbandes Norddeutschland, die Kommunen an Stelle der Berücksichtigung zu einer Vermeidung von Auswirkungen auf die mittelständische Wirtschaft und auf das Handwerk zu verpflichten, ist zu weitgehend und wurde nicht aufgenommen, da im Ergebnis selbst geringfügige und unvermeidbare Auswirkungen zu einer Verhinderung kommunalwirtschaftlicher Betätigung führen würden.

**Zu § 69**

Die Regelung entspricht weitgehend der bisherigen Vorschrift.

**Zu Absatz 1**

Die aufgenommenen Einschränkungen für Einrichtungen in Privatrechtsform sind im Zusammenhang mit dem Verzicht auf den bisherigen § 70 (nichtwirtschaftliche Unternehmen in Privatrechtsform) sowie auf den bisher in § 69 Absatz 1 Nummer 1 geregelten Eigenbetriebsvorrang zu sehen. Durch die neuen Bestimmungen in Absatz 1 Nummer 2 ist sichergestellt, dass die Gemeinde ihre Entscheidung, nichtwirtschaftliche Einrichtungen in privater Rechtsform zu betreiben, umfassend abzuwägen hat.

Durch die Streichung der bisherigen Nummer 1 soll auf die in dem derzeitigen Gesetzestext noch vorhandene generelle Bevorzugung von Eigenbetrieben gegenüber Betätigungen der Kommune in den Rechtsformen des privaten Rechts verzichtet werden. Der Verzicht auf die bisher bestehende Regelung berücksichtigt den Umstand, dass die Befugnis von Gemeinden, über die Rechtsform der von ihnen geführten Unternehmungen eigenverantwortlich zu entscheiden, ein Bestandteil der durch Artikel 28 Absatz 2 Grundgesetz geschützten Organisationshoheit ist. Einschränkungen bezüglich der Rechtsformwahl ergeben sich jedoch über Absatz 1 Nummer 2 für nicht wirtschaftliche Einrichtungen.

Dem Vorschlag des Städte- und Gemeindetages, des Verbandes Kommunaler Unternehmen und des Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft, bei Einrichtungen auf den Vorrang öffentlich-rechtlicher Organisationsformen zu verzichten, wird nicht gefolgt, da die Tätigkeiten in einem besonderen öffentlichen Interesse stehen und nur nachrangig in Rechtsformen des Privatrechts erfüllt werden sollen, da hier die kommunalen Einflussnahme- und Steuerungsmöglichkeiten gegenüber öffentlich-rechtlichen Rechtsformen vermindert sind. Insbesondere aus Gründen der Wirtschaftlichkeit kann jedoch eine privatrechtliche Betätigung als vorzugswürdig angesehen werden, sodass diesbezügliche Vorteile darzulegen sind.

**Zu Absatz 2**

Der in § 68 Absatz 2 Nummer 1 normierte öffentliche Zweck für die wirtschaftliche Betätigung muss auch bei Minderheitsbeteiligungen gegeben sein. Durch die Absenkung der Beteiligungsquote von 50 auf 20 Prozent wird insoweit dem Erfordernis einer umfassenden Rechtfertigung gemeindlicher Beteiligungen durch eine öffentliche Zweckbindung besser Rechnung getragen.

Der seitens des Städte- und Gemeindetages und des Verbandes Kommunaler Unternehmen gegen die Absenkung der Beteiligungsquote vorgetragenen Argumentation, wonach Minderheitsbeteiligungen in der Regel keinen weit genug gehenden Einfluss zulassen, kann nicht gefolgt werden. Die Absenkung der Beteiligungsquote ist erforderlich, um die Rechtfertigung durch einen öffentlichen Zweck auch dann bei Tochter- und Enkelgesellschaften von kommunalen Unternehmen zu gewährleisten, wenn an diesen lediglich eine Minderheitsbeteiligung vorliegt.

Ob eine Versagung der gemeindlichen Zustimmung in der Gesellschafterversammlung hinsichtlich einer Beteiligung eines kommunalen Unternehmens an einem weiteren Unternehmen durchgesetzt werden kann, ist im Einzelfall von den handels- und gesellschaftsvertraglichen Regelungen abhängig. Folglich sind die Kommunen zukünftig insbesondere bei Minderheitsbeteiligungen verpflichtet, auf eine Verankerung von Zustimmungsrechten bei Beteiligungen an weiteren Gesellschaften im Gesellschaftsvertrag der Tochter zu achten.

Rechnung getragen wurde jedoch dem Vorschlag der Landesarbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern und der Arbeitsgemeinschaft der Handwerkskammern, an mittelbare Beteiligungen die gleichen Zulässigkeitsvoraussetzungen zu stellen wie an unmittelbare Beteiligungen, indem § 69 Absatz 2 Satz 1 nunmehr auf die gesamte Schranktrias in § 68 Absatz 2 verweist.

### **Zu §§ 70 bis 70b**

Mit der Einführung der Anstalt des öffentlichen Rechts (Kommunalunternehmen), im Folgenden bezeichnet als AöR, sollen die Handlungsmöglichkeiten der Kommunen im Bereich ihrer wirtschaftlichen und nichtwirtschaftlichen Betätigung erweitert werden. Die AöR als rechtlich selbstständige juristische Person des öffentlichen Rechts kann durch die Kommunen nur auf der Grundlage eines Gesetzes gebildet werden. Damit wird das Angebot an Organisationsformen für kommunale Unternehmen erweitert.

Eine Ergänzung der zulässigen Organisationsformen ist geboten, da öffentlich-rechtliche Organisationsformen (Regie- und Eigenbetriebe) wegen der vorhandenen Kompetenzverteilung oftmals einem effizienten wirtschaftlich gebotenen flexiblen Handeln nicht förderlich sind. Bei privatwirtschaftlich organisierten Unternehmen verfügt die Trägerkommune trotz gegebener Flexibilität nur über verringerte Steuerungs- und Einflussmöglichkeiten. Mit der AöR wird den Kommunen zur Organisation ihrer wirtschaftlichen Betätigung eine Rechtsform des öffentlichen Rechts angeboten, die ihnen eine größere Selbstständigkeit und damit auch Beweglichkeit gewährt als die Regie- und Eigenbetriebe und insoweit mit der GmbH vergleichbar ist, wobei allerdings die Steuerung und die Kontrolle durch die Kommune erhalten bleibt.

Die AöR soll die Balance zwischen unternehmerischer Freiheit und kommunaler Steuerung schaffen. Aufgrund der Anlehnung der Unternehmenssatzung an die einer GmbH wird bei der AöR auch von einer „öffentlich-rechtlichen Kapitalgesellschaft“ gesprochen. Die unternehmerische Selbstständigkeit der AöR wird dadurch gewährleistet, dass sie als eigenständige juristische Person des öffentlichen Rechts Trägerin von Rechten und Pflichten ist, über eigenes Vermögen verfügt und Personalhoheit hat. Die Kommunen können ihr kommunale Aufgaben übertragen. Als eigenständige Rechtspersönlichkeit kann sich die AöR an anderen Unternehmen beteiligen und in unmittelbare Leistungsbeziehungen zu einzelnen Bürgern treten. Die Organe handeln weitgehend unabhängig von den kommunalen Gremien. Die kommunale Steuerung wird dadurch gewährleistet, dass die Besetzung der Organe durch die Stadtvertretung bestimmt wird. Eine Kommune kann sich darauf beschränken, nur die Erfüllung von Aufgaben auf die AöR zu übertragen. Sie kann der AöR aber auch Aufgaben materiell zuweisen; diese tritt dann in die Pflichtenstellung der Kommune ein. Der Kommune ist es möglich, die Erledigung der Aufgabe durch die AöR nach ihren Vorstellungen den örtlichen Gegebenheiten sachspezifisch und flexibel anzupassen.

Organe der AöR sind der Vorstand und der Verwaltungsrat. Der Vorstand führt die Geschäfte je nach Ausgestaltung der Unternehmenssatzung - eigenverantwortlich und vertritt die AöR nach außen. Die Befugnisse des Verwaltungsrates konzentrieren sich auf die Bestellung, Überwachung und Kontrolle des Vorstands sowie wichtige strategische Entscheidungen; er nimmt somit Angelegenheiten für den kommunalen Träger wahr und kann durch Entscheidungsbefugnisse Einfluss auf die Unternehmensführung nehmen. Insofern werden politische und strategische Entscheidungen weiterhin von einem kommunalen Gremium getroffen.

Die Wirtschaftsverbände haben im Rahmen der Verbandsanhörung die Befürchtung geäußert, dass die Einführung des Kommunalunternehmens zu einer Ausweitung der kommunalwirtschaftlichen Betätigung führen wird. Diese Bedenken werden seitens der Landesregierung jedoch nicht geteilt. Die kommunalen Handlungsmöglichkeiten im Rahmen der wirtschaftlichen Betätigung werden lediglich durch die Einführung einer weiteren Organisationsform - Anstalt öffentlichen Rechts - hinsichtlich der Art der Durchführung der Aufgaben erweitert. Ein neues Betätigungsfeld wird durch die Einführung des Kommunalunternehmens nicht eröffnet.

Für die wirtschaftliche Betätigung mittels Kommunalunternehmen gelten unstrittig die gleichen gesetzlichen Voraussetzungen wie für eine Betätigung in anderen Organisationsformen; ein gesonderter Verweis auf § 68 Absatz 2 und 3 ist daher nicht erforderlich.

Auch ist das Kommunalunternehmen, anders als vereinzelt im Rahmen der Verbandsanhörung vorgetragen, insolvenzfähig. Die Erzielung steuerlicher Vorteile infolge der Errichtung eines Querverbundes ist auch bei anderen Organisationsformen und damit nicht erst durch die Gründung eines Kommunalunternehmens möglich.

Die in § 70 Absatz 4 Satz 3 vorgesehene Befugnis zum Erlass von Satzungen stellt ein Korrelat zur Möglichkeit der Aufgabenübertragung dar und ist daher erforderlich.

Im Ergebnis hat die Einführung des Kommunalunternehmens keine Auswirkungen auf die allgemeine Zulässigkeit und die Grenzen wirtschaftlicher Betätigung der Kommunen. Ebenso sind damit wirtschaftliche Folgen für Dritte nicht verbunden.

#### **Zu § 71**

Die Regelung entspricht weitgehend der bisherigen Vorschrift.

#### **Zu Absatz 1**

Die Neuregelung in Absatz 1 hat zur Folge, dass die Tätigkeit als leitender Bediensteter einer Bestellung zum weiteren Vertreter der Gemeinde in die Gesellschafterversammlung dieses Unternehmens von vornherein entgegensteht. Hierdurch wird eine Personenidentität zwischen Vertretern im Anteilsorgan (Gesellschafterversammlung) auf der einen Seite und der Unternehmensleitung (Geschäftsführung und weitere leitende Bedienstete) auf der anderen Seite verhindert und somit der Gefahr einer Interessenskollision entgegengewirkt.

Dies ist bislang nur für die Person des Bürgermeisters gewährleistet, nicht jedoch für etwaige weitere Vertreter in der Gesellschafterversammlung. Um Interessenskollisionen zu minimieren, wird im letzten Halbsatz als angemessene Frist ein Zeitraum von maximal drei Monaten festgelegt. Ferner wird klargestellt, dass die Vertretung der Gemeinde in der Gesellschafterversammlung als gesetzlich zugewiesene Aufgabe dem Bürgermeister im Hauptamt zuzuordnen ist. Es besteht daher ein grundsätzliches Vergütungsverbot oder eine volle Ablieferungspflicht der Vergütung an den Dienstherrn.

Der Verband Kommunaler Unternehmen bewertet die in Satz 4 vorgesehene Bestellung weiterer gemeindlicher Vertreter in die Gesellschafterversammlung kritisch, da die Kommune, auch wenn ihr mehrere Stimmen zustünden, nur einheitlich stimmen könne. Der seitens des Verbandes hieraus gezogenen Schlussfolgerung, auf die Entsendung mehrerer Vertreter zu verzichten, da der Bürgermeister ohnehin ausreichend durch die Gemeindevertretung gesteuert werden könne, wird jedoch nicht gefolgt. Die Vorschrift ist erforderlich, da sie auch dem Informationsinteresse und der Kontrollfunktion der Gemeindevertretung dient.

#### **Zu Absatz 2**

Absatz 1 Satz 1 bestimmt, dass der Bürgermeister geborenes Mitglied der Gesellschafterversammlung ist. Für Aufsichtsräte - und hier wird der § 71 Absatz 2 in der bisherigen Fassung oft missverstanden - gilt dies allerdings nicht. Insoweit trägt die Einfügung „Satz 2 bis 4“ zur Rechtsklarheit bei. Die Streichung der Wörter „des Vorstandes“ erfolgt, weil die Bestellung der Vorstandsmitglieder kraft Gesetzes ausschließlich dem Aufsichtsrat zugewiesen ist (§ 84 Absatz 1 Aktiengesetz).

#### **Zu Absatz 4**

Die Ergänzung in Absatz 4 macht die Kontrollbefugnisse der Gemeindevertretung nunmehr von einer Mehrheitsentscheidung unabhängig. Das neu eingeführte Antragsrecht für Fraktionen bzw. eines Viertels aller Mitglieder ist Ausdruck des Minderheitenschutzes, der für den Bereich von Unternehmen in privater Rechtsform nicht geringer ausgeprägt sein sollte als für die Gemeindeverwaltung (vgl. § 34 Absatz 2).

Nicht gefolgt wird der vom Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft vorgetragenen Kritik an der in Satz 2 getroffenen Regelung. Danach sind Kreditaufnahmen außerhalb des gültigen Wirtschaftsplanes stets Angelegenheiten von besonderer Bedeutung, über die die Vertreterinnen und Vertreter der Gemeinde nach Satz 1 den Hauptausschuss oder die Gemeindevertretung frühzeitig zu unterrichten haben. Die Regelung schränkt entgegen den Einwendungen des Verbandes die Betätigungsfreiheit und die Arbeitseffizienz kommunaler Unternehmen nicht in unzulässiger Weise ein. Vielmehr verpflichtet diese Vorschrift lediglich die gemeindlichen Vertreter zur Unterrichtung kommunaler Gremien hinsichtlich über den Wirtschaftsplan hinausgehender Kreditaufnahmen und stellt damit sicher, dass die gemeindlichen Entscheidungs- und Kontrollorgane über ausreichende Informationsgrundlage verfügen. Eine Genehmigungspflicht für Investitions- und Liquiditätskredite besteht bereits nach bisheriger Rechtslage.

**Zu Absatz 5**

Aus den nebetätigkeitsrechtlichen Bestimmungen geht hervor, dass Aufgaben, die für das Land, einen Landkreis, ein Amt, eine Gemeinde, einen Zweckverband oder eine sonstige der Aufsicht des Landes unterstehende Körperschaft, Anstalt oder Stiftung des öffentlichen Rechts wahrgenommen werden, grundsätzlich in ein Hauptamt einzuordnen sind. Sie sollen nicht als Nebentätigkeit zugelassen werden, wenn sie mit dem Hauptamt im Zusammenhang stehen. Fälle, in denen die Tätigkeit als Vertreter der Gemeinde in Unternehmen oder Einrichtungen als Nebentätigkeit wahrgenommen werden könnte, sind nicht erkennbar. Der bisher in Absatz 5 normierte Verweis auf die nebetätigkeitsrechtlichen Bestimmungen ist in diesem Zusammenhang insoweit entbehrlich.

**Zu § 73**

Die Regelung entspricht weitgehend der bisherigen Vorschrift.

**Zu Absatz 1**

Die Regelungen nach Nummer 3 und 4 entsprechen den bisherigen Regelungen in § 12 Absatz 1 Nummer 2 und 3 des Kommunalprüfungsgesetzes. Da bereits die in § 12 Absatz 1 Nummer 1 enthaltenen Vorschriften in § 73 Absatz 2 der Kommunalverfassung neben weiteren Regelungen zum Mindestinhalt der Satzung oder des Gesellschaftsvertrages getroffen werden, werden auch diese Regelungen des Kommunalprüfungsgesetzes aus systematischen Gründen vereinheitlicht in § 73 aufgenommen. Die Verweise auf die korrespondierenden Regelungen im Kommunalprüfungsgesetz können dann entfallen.

Der Bürgermeister hat kein automatisches Teilnahmerecht an den Sitzungen des Aufsichtsrates. Dieser Umstand hat in der Vergangenheit im Einzelfall zu Problemen geführt. Die kommunalverfassungsrechtliche Verankerung eines entsprechenden Teilnahmerechts ist zum Schutze der Belange der Gemeinde daher angezeigt.

Die Regelung in Nummer 7 stellt sicher, dass die Einflussnahme der Gemeinde und das Entscheidungsrecht der Gemeindevertretung (§ 22 Absatz 3 Nummer 1) gesellschaftsrechtlich umsetzbar ist und ermöglicht somit eine bessere Steuerung der gemeindlichen Gesellschaften. § 286 Absatz 4 Handelsgesetzbuch (HGB) regelt, dass die in § 285 Nummer 9 Buchstabe a und b HGB verlangten Angaben über die Gesamtbezüge der dort bezeichneten Personen unterbleiben können, wenn sich anhand dieser Angaben die Bezüge eines Mitglieds dieser Organe feststellen lassen. Diese Möglichkeit, von der bisher rege Gebrauch gemacht wird, soll bei kommunalen Körperschaften aus Gründen der Transparenz künftig nicht mehr eröffnet werden. Hierzu bedarf es entsprechender Regelungen in den Gesellschaftsverträgen.

Die an dieser Vorschrift geäußerte Kritik des Verbandes Kommunaler Unternehmen und des Verbandes norddeutscher Wohnungsunternehmen wird nicht geteilt. Entgegen der Auffassung, wonach die Gesetzgebungskompetenz des Landes für diese Regelung fraglich sei, fällt sie in den Bereich des Kommunalrechts, für das das Land die ausschließliche Gesetzgebungskompetenz hat. Dies ergibt sich daraus, dass die Regelung die Unternehmen nicht zur Offenlegung von Vergütungen verpflichtet und damit auch nicht im Widerspruch zu §§ 285 Nummer 9, 286 Absatz 4 HGB steht, sondern lediglich die Kommunen zu einem bestimmten Verhalten bei der Ausübung ihrer Gesellschafterrechte verpflichtet.

Der mit der Veröffentlichung verbundene Eingriff in den Schutz der persönlichen Daten der Betroffenen ist aus den genannten Gründen der Transparenz gerechtfertigt. Auch der Landesbeauftragte für den Datenschutz hat Regelungen gefordert, die eine Offenlegung von Gehaltsstrukturen kommunaler Unternehmen gewährleisten, und sieht keine dem entgegenstehenden datenschutzrechtlichen Gründe.

Die durch die Vereinigung der Unternehmerverbände im Allgemeinen geäußerte Auffassung, wonach der Umfang der nach § 73 zu veröffentlichenden Daten nicht ausreiche und unter anderem auf Berichte der Wirtschaftsprüfer erweitert werden solle, wird nicht unterstützt. Eine über den derzeitigen Umfang hinausgehende Veröffentlichungspflicht, insbesondere hinsichtlich der Prüfungsberichte, würde die kommunalen Unternehmen und Einrichtungen im Wettbewerb benachteiligen.

#### **Zu §§ 75 bis 76**

Die Regelungen entsprechen den bisherigen §§ 75 bis 76.

Die Vereinigung der Unternehmerverbände sowie der Unternehmerverband Norddeutschland haben sich ablehnend zu der in § 75 vorgesehenen Gewinnerzielungsabsicht geäußert. Dieser Einschätzung wird jedoch nicht gefolgt, da die Gewinnerzielungsabsicht auch durch die Rechtsprechung als ein zulässiger untergeordneter Zweck wirtschaftlicher Betätigung anerkannt ist, die so einen positiven Beitrag zur Haushaltskonsolidierung leisten kann. In einer Gewinnerzielungsabsicht darf ohnehin niemals das ganz überwiegende Ziel einer wirtschaftlichen Betätigung liegen, da es dann an einem öffentlichen Zweck mangeln würde, vgl. § 68 Absatz 2. Das Kostendeckungs- und Äquivalenzprinzip gilt im Übrigen nur für Betriebe, die den Vorschriften des Kommunalabgabengesetzes unterliegen.

#### **Zu § 77**

##### **Zu Absatz 1**

Die verschiedenen anzeigepflichtigen Entscheidungen der Gemeinde werden unter einer Ziffer zusammengefasst sowie ergänzt beziehungsweise gestrichen. Da die gesetzlich bestimmten Grenzen für die Betätigung der Gemeinden durch die (bisher nicht anzeigepflichtige) Gründung von Tochterunternehmen in der Vergangenheit im Einzelfall umgangen wurden, sind künftig auch mittelbare Beteiligungen der Gemeinde in dem unter Ziffer 2 benannten Umfang anzeigepflichtig. Der Vollständigkeit halber ergänzend aufgenommen wird die Anzeigepflicht bei Entscheidungen der Gemeinde über die Auflösung von Eigenbetrieben und Kommunalunternehmen. Gestrichen wird die Ziffer 7 („Die vollständige oder teilweise Veräußerung“), da für diese Entscheidungen der Gemeinde gemäß § 56 eine Genehmigungspflicht besteht.

In der Vergangenheit wurden zum Teil Unternehmensgründungen und Beteiligungen an Unternehmen vor Beendigung des Anzeigeverfahrens, und obwohl die rechtlichen Voraussetzungen für die konkrete Betätigung nicht vorlagen, in das Handelsregister eingetragen. Das Einschreiten der Rechtsaufsichtsbehörden war dann nicht mehr ohne weiteres möglich. Um solche Fälle künftig zu vermeiden, wird im letzten Satz dieses Absatzes unmissverständlich klargestellt, dass Rechtsgeschäfte erst nach Abschluss des Anzeigeverfahrens vollzogen werden dürfen.

Die seitens verschiedener Wirtschaftsverbände erhobene Forderung nach der Einführung einer Genehmigungspflicht für die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen betreffende Entscheidungen ist aus Gründen des Bürokratieabbaus und der Deregulierung abzulehnen. Sie ist auch nicht erforderlich, da der Anzeigepflicht aufgrund der mit Satz 3 eingeführten Regelung, wonach eine Schaffung vollendeter Tatsachen nunmehr ausdrücklich unzulässig ist, faktisch die gleiche Rechtsfolge wie einer Genehmigungspflicht zukommt.

Ebenso wird die kritische Einschätzung des Verbandes Kommunalen Unternehmen an der Ausweitung der Anzeigepflicht auch auf mittelbare Beteiligungen nicht geteilt. Sie ist erforderlich, um den Rechtsaufsichtsbehörden eine vollumfängliche Information über die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen zu geben und zugleich eine Umgehung der aufsichtlichen Befugnisse mittels Gründung von Tochtergesellschaften zu verhindern. Die bereits bisher geregelte zweimonatige Frist für die Rechtsaufsichtsbehörde, die Geltendmachung von Rechtsverletzungen zu erklären, wird nicht zwingend ausgeschöpft und daher auch nicht, wie vom Verband befürchtet, zu einer Verzögerung kommunaler Entscheidungen über die Neugründung oder Beteiligung von Unternehmen führen. Vielmehr kann die Rechtsaufsichtsbehörde auch vor Ablauf der Frist erklären, dass sie eine Verletzung von Rechtsvorschriften nicht geltend macht und so den unmittelbaren Vollzug der gemeindlichen Entscheidung ermöglichen.

Im Weiteren hat sich eine Vielzahl der Wirtschaftsverbände für die Einführung einer gesetzlich normierten Rechtsschutzmöglichkeit gegen kommunalverfassungsrechtlich unzulässige wirtschaftliche Betätigung ausgesprochen. Eine solche Vorschrift ist nach Einschätzung der Landesregierung jedoch nicht geeignet und erforderlich, um einen angemessenen Interessenausgleich zwischen den staatlichen und kommunalen Marktteilnehmern herbeizuführen. Vielmehr sind die Kommunen bereits durch die Einführung der Regelung des § 68 Absatz 7 verpflichtet, die Auswirkungen einer beabsichtigten wirtschaftlichen Betätigung auf die mittelständische Wirtschaft und auf das Handwerk zu berücksichtigen. Darüber hinaus unterliegen kommunale Unternehmen nach wie vor den wettbewerbsrechtlichen Regelungen, die den Wettbewerber Rechtsschutzmöglichkeiten eröffnen. Auch das vom Unternehmerverband Norddeutschland geforderte Verbandsklagerecht ist aus diesen Gründen abzulehnen.

Die Einführung eines Registers aller kommunalen Betriebe und Einrichtungen beim Land analog dem Tarifregister, wie durch die Vereinigung der Unternehmensverbände vorgeschlagen, wird angesichts der enormen bürokratischen Auswirkungen nicht geregelt.

#### **Zu § 78**

Die Regelung entspricht der bisherigen Vorschrift.

**Zu § 79**

Die Regelung entspricht weitgehend der bisherigen Vorschrift.

Die Änderungen der Absätze 1 und 2 stellen Folgeänderungen zur Einführung der Anstalt des öffentlichen Rechts in § 70 dar und gehen im Übrigen auf Artikel 2 Nummer 9 des Kreisstrukturgesetzes zurück. Die Regelung des neuen Absatzes 4 stellt klar, dass bei einer Genehmigung von Gebietsänderungsverträgen, die über das Gebiet eines Landkreises hinausgehen, der Vertrag nicht von zwei unteren Rechtsaufsichtsbehörden, sondern zentral vom Innenministerium als oberster Rechtsaufsichtsbehörde zu genehmigen ist.

**Zu § 80**

Die Regelung entspricht weitgehend der bisherigen Bestimmung.

Die neue Regelung in Absatz 2 trägt dem Umstand Rechnung, dass das Innenministerium als oberste Rechtsaufsichtsbehörde die Aufsicht über sämtliche Aufgaben des eigenen Wirkungsbereiches wahrnimmt, ohne jedoch für die einzuhaltenden Rechtsvorschriften in jedem Fall selbst fachlich zuständig zu sein. Die gebotene Einbindung des Sachverständigen der fachlich zuständigen obersten Landesbehörde in die Kontrolle der Rechtmäßigkeit der kommunalen Aufgabenwahrnehmung führt daher regelmäßig zur Befassung von zwei verschiedenen Behörden und löst einen entsprechenden Abstimmungsaufwand aus. Durch die Einräumung des Informationsrechts zugunsten der fachlich zuständigen obersten Landesbehörde wird die Ausübung des Informationsrechts verfahrensrechtlich erleichtert und beschleunigt. Zugleich wird damit gewährleistet, dass eine rechtliche Beratung der Kommunen durch die Fachbehörden auf der Grundlage eines ausreichend ermittelten Sachverhalts erfolgen kann, ohne hierfür das Innenministerium als Rechtsaufsichtsbehörde im Vorfeld dieser Beratung formell einbinden zu müssen. Entgegen dem Votum des Städte- und Gemeindetages im Rahmen der Verbandsanhörung wird diese Regelung nicht durch das in § 87 Absatz 1 schon bisher geregelte Informationsrecht der Fachaufsichtsbehörde entbehrlich, da Fachaufsicht nur über die Aufgabenwahrnehmung im übertragenen Wirkungsbereich stattfindet (§ 78 Absatz 4). Mit der hier in Rede stehenden Neuregelung soll dagegen ein Informationsrecht zur Beurteilung der fachgesetzlichen Rechtmäßigkeit der Kommunalverwaltung im eigenen Wirkungsbereich verankert werden. Eingriffsbefugnisse über die verfassungsrechtlich geschützte Aufgabenwahrnehmung im eigenen Wirkungsbereich bleiben dagegen nach wie vor dem Innenministerium als Rechtsaufsichtsbehörde vorbehalten.

**Zu § 81**

Die Regelung entspricht weitgehend der bisherigen Bestimmung.

Die Ergänzung von Absatz 3 um einen neuen Satz 2 stellt die Rechtsfolge der Aussetzungsanordnung (aufschiebende Wirkung - der Beschluss darf nicht ausgeführt werden) klar. Satz 3 trägt der Tatsache Rechnung, dass eine Aussetzungsanordnung auf Grund ihrer nur auf einen Monat befristeten Wirkung von vornherein sinnlos wäre, wenn Widerspruch und Klage gegen die Aussetzungsanordnung aufschiebende Wirkung hätten. Statt wie bisher in jedem Fall die sofortige Vollziehung des Verwaltungsaktes gemäß § 80 Absatz 2 Nummer 4 VwGO gesondert anordnen zu müssen, wird mit der neuen Vorschrift von der durch § 80 Absatz 3 Nummer 3 VwGO gewährten Möglichkeit Gebrauch gemacht, durch landesrechtliche Regelung die aufschiebende Wirkung von Widersprüchen und Klagen entfallen zu lassen. Das vereinfacht das Verfahren und eliminiert die Möglichkeit von Fehlern hinsichtlich der Begründungsformulierung. Gleichzeitig wird damit klargestellt, dass die Aussetzung ein Verwaltungsakt ist.

**Zu § 82**

Die Regelung entspricht weitgehend der bisherigen Bestimmung.

Die Neuregelung in Absatz 2 Satz 2 führt dazu, dass durch die Rechtsaufsichtsbehörde im Wege der Ersatzvornahme getroffene Maßnahmen als solche der Gemeinde gelten. Erlässt die Rechtsaufsichtsbehörde beispielsweise an Stelle der Gemeinde eine Satzung, wäre ohne diese Vorschrift nicht die Gemeinde Gegner von Klagen Dritter gegen diese Satzung, sondern die Rechtsaufsichtsbehörde. Die Gemeinde so weitgehend aus ihrer Verantwortung zu entlassen, entspräche nicht dem Verständnis von kommunaler Selbstverwaltung, die durch rechtsaufsichtliche Maßnahmen nur so weit, wie dies unbedingt erforderlich ist, eingeschränkt werden sollte.

**Zu § 83**

Die Regelung entspricht weitgehend der bisherigen Bestimmung.

Die Vorschrift stellt in Absatz 3 klar, dass ein mit entsprechenden Befugnissen ausgestatteter Beauftragter in der Funktion des Bürgermeisters nicht nur Verpflichtungserklärungen, sondern auch Urkunden nach beamtenrechtlichen Vorschriften unter Außerachtlassung des Vieraugenprinzips ausfertigen darf. Mit Hilfe dieser Regelung kann vermieden werden, dass die Rechtsaufsichtsbehörde in derartigen Fällen zwei Beauftragte - einen in der Funktion des Bürgermeisters und einen in der Funktion des stellvertretenden Bürgermeisters - bestellen muss.

Die Neufassung des Absatzes 6 erweitert die Spielräume der Rechtsaufsichtsbehörde hinsichtlich der Vergütung des Beauftragten. Nach der bisherigen Rechtslage hatte der Beauftragte einen gesetzlichen Anspruch auf eine Entschädigung oder Vergütung. Die Erfüllung dieses Anspruchs war insbesondere in solchen Fällen schwierig, in denen der Beauftragte ausschließlich mit der Befugnis bestellt wurde, in einem konkreten Einzelfall die Einhaltung des Vieraugenprinzips sicherzustellen.

Durch das der Rechtsaufsichtsbehörde eingeräumte Ermessen zur Gewährung einer Vergütung wird gleichzeitig klargestellt, dass der Beauftragte auch dann eine Vergütung erhält, wenn er an die Stelle eines ehrenamtlichen Bürgermeisters tritt, aber selbst nicht aus einem Ehrenbeamtenverhältnis heraus handelt. Die Vergütung muss auch nicht mehr zwingend derjenigen des ersetzten Organs entsprechen, sondern soll sich vielmehr nur an deren Höhe orientieren. Es ist davon auszugehen, dass einem Beamten, der als Beauftragter das Organ Bürgermeister oder Landrat ersetzt, für diesen Zeitraum Sonderurlaub unter Wegfall der Besoldung gewährt wird. In diesem Falle finden nach den nebensätigkeitlichen Vorschriften weder das für öffentlich-rechtliche Körperschaften grundsätzlich bestehende Vergütungsverbot noch die Ablieferungspflicht Anwendung (vgl. § 12 Absatz 1 Satz 1 Nummer 7 und Absatz 2 NLVO M-V). Dies hat mithin zur Folge, dass der Beamte für die Zeit der Beauftragung nicht seine reguläre Besoldung, sondern ausschließlich die im Regelfall höhere Beauftragtenvergütung erhält. Nimmt der Beamte die Tätigkeit als Beauftragter neben seinem Hauptamt als Nebentätigkeit wahr, unterliegt er in vollem Umfang den nebensätigkeitlichen Bestimmungen mit den normierten Ablieferungspflichten.

Auch Arbeitnehmer können nach den tarifrechtlichen Vorschriften bei Vorliegen eines wichtigen Grundes - die Tätigkeit als Beauftragter dürfte als solcher anzusehen sein - Sonderurlaub unter Verzicht auf die Fortzahlung des Entgelts erhalten. Die Nebentätigkeit eines Arbeitnehmers richtet sich nicht mehr, wie im BAT, nach beamtenrechtlichen Bestimmungen. Die Freiheit der Berufswahl aus Artikel 12 Absatz 1 GG umfasst grundsätzlich auch das Recht, mehrere Berufe gleichzeitig nebeneinander auszuüben. Für Nebentätigkeiten bei demselben Arbeitgeber oder im Übrigen öffentlichen Dienst kann nach § 3 Absatz 3 Satz 3 TVöD allerdings eine Ablieferungspflicht zur Auflage gemacht werden.

#### **Zu §§ 84 und 85**

Die Regelungen entsprechen den bisherigen Bestimmungen.

#### **Zu § 86**

Die Regelung entspricht weitgehend der bisherigen Vorschrift und übernimmt die durch Artikel 2 Nummer 10 des Kreisstrukturgesetzes vorgesehenen Änderungen, die auf die Schaffung großer kreisangehöriger Städte zurückgehen.

#### **Zu § 87**

Die Regelung entspricht, abgesehen von redaktionellen Anpassungen, der bisherigen Vorschrift.

**Zu § 88**

Die Regelung entspricht mit Ausnahme der Neufassung von Absatz 2 Satz 1, dessen Änderung auf Artikel 2 Nummer 11 des Kreisstrukturgesetzes zurückgeht, der bisherigen Vorschrift.

Die Anregung des Städte- und Gemeindetages zu Absatz 2, auf die dort geregelte Ausgleichs- und Ergänzungsfunktion zu verzichten, wurde nicht aufgegriffen, da es aus Sicht der Landesregierung kein dahingehendes Regelungsbedürfnis gibt. So sind insbesondere keine Fälle bekannt, in denen Landkreise durch eine umfangreiche Betätigung auf diesem Gebiet und die damit verbundenen Auswirkungen auf die Kreisumlage eine nicht hinnehmbare Schwächung der finanziellen Leistungskraft der kreisangehörigen Gemeinden verursachen würden.

**Zu §§ 89 bis 104**

Die Regelungen entsprechen - abgesehen von redaktionellen Anpassungen an die Gemeindeordnung - den bisherigen Bestimmungen.

**Zu § 105**

Die Regelung entspricht weitgehend der bisherigen Vorschrift. Die Bestimmung in Absatz 4 Satz 4 übernimmt die durch Artikel 2 Nummer 12 des Kreisstrukturgesetzes vorgesehene Regelung. Der neue Satz 6 entspricht der gleichlautenden Regelung in § 23 Absatz 5.

**Zu §§ 106 bis 109**

Die Regelungen entsprechen inhaltlich den bisherigen Vorschriften.

**Zu § 110**

Die Regelung entspricht weitgehend der bisherigen Vorschrift. Die Änderungen gegenüber der bisherigen Rechtslage entsprechen denen von § 32.

**Zu § 111**

Die Regelung entspricht der bisherigen Vorschrift.

**Zu § 112**

Die Regelung entspricht weitgehend der bisherigen Vorschrift. Die Änderung in Absatz 3 vereinheitlicht die Rechtslage für Landkreise mit der für Gemeinden geltenden. Die Änderung in Absatz 4 entspricht der in § 34.

**Zu §§ 113 und 114**

Die Regelungen entsprechen inhaltlich den bisherigen Vorschriften.

**Zu § 115**

Die Regelung entspricht weitgehend der bisherigen Vorschrift. Die Änderungen gegenüber der bisherigen Rechtslage entsprechen denen von § 38.

**Zu § 116**

Die Regelung entspricht weitgehend der bisherigen Vorschrift. Die Änderungen gegenüber der bisherigen Rechtslage entsprechen denen von § 37.

**Zu § 117**

Die Regelung entspricht weitgehend der bisherigen Vorschrift. Die Änderungen gegenüber der bisherigen Rechtslage entsprechen denen von § 40. Die Erhöhung der Höchstzahl der Beigeordneten von zwei auf drei oder vier geht auf Artikel 2 Nummer 13 des Kreisstrukturgesetzes zurück.

**Zu § 118**

Die Regelung entspricht weitgehend der bisherigen Vorschrift. Die in Absatz 1 vorgenommenen Ergänzungen zur Vollzeitbeschäftigung, zur personellen Unterstützung und zur Vertretung der Gleichstellungsbeauftragten gehen auf Artikel 2 Nummer 14 des Kreisstrukturgesetzes zurück. Die übrigen Änderungen gegenüber der bisherigen Rechtslage entsprechen denen von § 41.

**Zu § 118a**

Die Regelung entspricht der bisherigen Vorschrift.

**Zu § 119**

Die Regelung entspricht weitgehend der bisherigen Vorschrift.

Die Neufassung von Absatz 5 Satz 2 beseitigt die Unzulänglichkeiten der bisherigen Rechtslage. Bisher war die Zuteilung von Landesbediensteten nur durch die Landesregierung an den Landkreis und auch nur im Benehmen mit dem Landrat vorgesehen. Dies schloss es praktisch weitgehend aus, von einer entsprechenden Zuteilung Gebrauch zu machen. Vor dem Hintergrund, dass sich das Land des kreislichen Organs „Landrat“ zur Wahrnehmung der Rechtsaufsicht als einer weiterhin staatlichen Aufgabe bedient und der Landrat der Dienstaufsicht des Innenministeriums untersteht, ist es gerechtfertigt, die Abordnung von Landesbediensteten an das kreisliche Organ allein ins Ermessen des Innenministeriums zu stellen.

Diese Regelung ist im Hinblick auf das Ziel, nämlich eine ordnungsgemäße Aufgabenerfüllung sicherzustellen, auch erforderlich und angemessen. Da das abgeordnete Personal im Dienst einer staatlichen Behörde verbleibt, erfolgt keine Übernahme der Personalkosten durch die Landkreise.

Die neuen Regelungen der Sätze 4 und 5 von Absatz 5 tragen der hohen fachlichen Verantwortung des mit rechtsaufsichtlichen Aufgaben betreuten Amts- bzw. Fachbereichsleiters und der Absicherung einer rein an rechtlichen Gesichtspunkten orientierten Aufgabewahrnehmung Rechnung. Da es insoweit um die Erfüllung einer staatlichen Aufgabe geht, hinsichtlich der das Innenministerium auch schon nach bisheriger Rechtslage dienstaufsichtliche Befugnisse innehat, ist es trotz der Bedenken des Landkreistages gegen diese Vorschrift gerechtfertigt, das Innenministerium an dieser wichtigen Personalentscheidung mitwirken zu lassen.

#### **Zu §§ 120 bis 123**

Die Regelungen entsprechen - abgesehen von redaktionellen Anpassungen - den bisherigen Vorschriften.

#### **Zu § 124**

Die Regelung entspricht weitgehend der bisherigen Vorschrift und beinhaltet darüber hinaus in Absatz 1 eine Folgeänderung der durch § 70 in Verbindung mit § 122 neu geschaffenen Anstalt öffentlichen Rechts.

#### **Zu § 125**

Die Einfügung des konkreten Datums in Absatz 4 anstelle der bisherigen Formulierung „am Tag des Inkrafttretens dieses Gesetzes“ ändert die Rechtslage materiell nicht. Die Anregung des Städte- und Gemeindetages, den Stichtag auf den 1. Januar 2005 zu verlagern, um so amtsfreie Gemeinden in den Bestandsschutz einzubeziehen, die durch freiwillige Zusammenschlüsse erst nach dem 4. März 2004 gebildet wurden, wurde nicht aufgegriffen. Dies trägt der Überlegung Rechnung, dass nicht einzelne Bestandteile einer möglichen künftigen Gemeindestrukturreform in der nächsten Legislaturperiode durch das jetzige Gesetzgebungsverfahren isoliert geregelt werden sollten, was dann einer späteren sinnvollen Gesamtkonzeption möglicherweise zuwiderlaufen könnte. Durch die Ergänzung in Absatz 5 Satz 1 wird klargestellt, dass der Status der Amtsfreiheit für Gemeinden mit weniger als 5 000 Einwohnerinnen und Einwohnern, auch wenn sie geographische oder sonstige Besonderheiten aufweisen, nur dann in Betracht kommt, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 4 - insbesondere also die Finanzkraft der Gemeinde - vorliegen. Die Ergänzung in Absatz 6 Satz 1 Nummer 1 dient der Normenklarheit, indem die Ermächtigungsgrundlage zur Festlegung des Namens und des Sitzes eines neu gebildeten Amtes direkt in die Kommunalverfassung aufgenommen wird. Derzeit befindet sich diese Ermächtigung in § 4 Nummer 1 der Zweiten Landesverordnung zur Bildung von Ämtern und zur Bestimmung der amtsfreien Gemeinden (GVOBl. M-V S. 305), zuletzt geändert durch Verordnung vom 22. Dezember 2004 (GVOBl. M-V S. 579). Diese Verordnung basiert noch auf der zwischenzeitlich aufgehobenen Amtsordnung.

Durch die ausdrückliche Aufnahme der Ermächtigung, Regelungen zum Personalübergang zu treffen, werden bestehende Rechtsunsicherheiten beseitigt, inwieweit derartige Regelungen auf die Ermächtigung gestützt werden können, Regelungen zur Rechtsnachfolge zu treffen. Gleichzeitig wird es ermöglicht, bei der Aufteilung von Ämtern das Personal angemessen auf die Ämter zu verteilen, denen die Gemeinden zugeordnet werden. Einer vertraglichen Regelung den Vorrang einzuräumen, wenn dies rechtlich vertretbar ist, entspricht dem Grundgedanken der kommunalen Selbstverwaltung.

Die Änderung in Absatz 6 Nummer 3 trägt der Tatsache Rechnung, dass die Bestimmung der Amtsfreiheit heute nur noch für amtsangehörige Gemeinden in Betracht kommt.

#### **Zu §§ 126 bis 131**

Die Regelungen entsprechen materiell den bisherigen Vorschriften.

#### **Zu § 132**

Die Regelung entspricht weitgehend der bisherigen Bestimmung.

Die 1997 für geringere Ämtergrößen konzipierten Mitgliederzahlen der Amtsausschüsse führen bei großen Ämtern, wie sie durch die zum 1. Januar 2005 wirksam gewordene Ämterstrukturreform entstanden sind, zu teilweise unzweckmäßig großen Amtsausschüssen.

Die in Absatz 2 vorgenommenen Änderungen tragen dem Rechnung, indem weitere Mitglieder nicht schon bei Gemeinden über 500 Einwohnerinnen und Einwohnern, sondern erst bei über 1 000 Einwohnerinnen und Einwohnern entsandt werden können. Angesichts der 2004 eingeführten gemeindlichen Mindesteinwohnerzahl von 500 Einwohnerinnen und Einwohnern (§ 1 Absatz 3) ist dies systemgerecht.

Auf der anderen Seite hat die Ämterstrukturreform dazu geführt, dass es eine Reihe von amtsangehörigen Gemeinden gibt, die die bisher höchste Kategorie (über 3 500 Einwohnerinnen und Einwohner) deutlich überschreiten. Dem wird durch die Anhebung der Kappungsgrenze auf 6 000 Einwohnerinnen und Einwohner Rechnung getragen. Die Regelung weiterer Größenklassen oberhalb von 6 000 Einwohnerinnen und Einwohnern ist - entgegen einer im Rahmen der Verbandsanhörung erhobenen Forderung des Städte- und Gemeindetages nicht erforderlich, da es sich bei diesen Gemeinden ausschließlich um geschäftsführende Gemeinden handelt. Deren Belange werden durch Entscheidungen des Amtsausschusses nicht oder nur marginal berührt. Zudem haben diese Gemeinden bereits aufgrund der Tatsache, dass sie Träger der Verwaltung sind, weitreichende Gestaltungsbefugnisse, ohne dass der Amtsausschuss diese entscheidend beeinflussen könnte. Es ist daher ausreichend, diesen Gemeinden eine Zahl von Mitgliedern im Amtsausschuss zuzubilligen, die problemlos gewährleistet, dass jede relevante politische Kraft in der Stadtvertretung zumindest ein Mitglied des Amtsausschusses stellt. Dies wird durch die vorliegende Neuregelung gewährleistet.

Die neuen Einwohnergrenzen führen dazu, dass Gemeinden zwischen 501 und 2 500 Einwohnerinnen und Einwohnern und Gemeinden über 6 000 Einwohnerinnen und Einwohnern künftig ein, Gemeinden zwischen 2.501 und 6 000 Einwohnerinnen und Einwohnern künftig grundsätzlich zwei Amtsausschussmitglieder weniger entsenden als bisher. Nur Gemeinden zwischen 3 500 und 4 000 Einwohnerinnen und Einwohnern verlieren infolge des Wegfalls einer bisher bestehenden, aber sachlich nicht gerechtfertigten asymmetrischen Begünstigung drei Mitglieder. Entscheidend für die Frage, wie sich eine Verkleinerung der Amtsausschüsse auf die internen Kräfteverhältnisse auswirkt, ist nicht die absolute Verringerung der zu entsendenden Mitglieder, sondern deren relative Reduzierung für die einzelne Gemeinde. Vergleicht man die alte und die neue Regelung, so stellt man fest, dass Gemeinden mit über 500 Einwohnerinnen und Einwohnern 50 %, Gemeinden mit über 1 000 Einwohnerinnen und Einwohnern 33 %, Gemeinden mit über 2 000 Einwohnerinnen und Einwohnern 25 %, Gemeinden mit über 2 500 Einwohnerinnen und Einwohnern 40 %, Gemeinden mit über 3 000 Einwohnerinnen und Einwohnern 33 %, Gemeinden mit über 3 500 Einwohnerinnen und Einwohnern 43 %, Gemeinden mit über 4 000 Einwohnerinnen und Einwohnern 29 % und Gemeinden mit über 6 000 Einwohnerinnen und Einwohnern 14 % ihrer Amtsausschussmitglieder verlieren. Da das Kräfteverhältnis zwischen kleineren und größeren Gemeinden im Amtsausschuss zueinander sich entsprechend dieser genannten Prozentzahlen verändert, wird deutlich, dass größere Gemeinden generell nicht stärker oder weniger stark von der Verkleinerung der Amtsausschüsse getroffen werden als kleinere Gemeinden. Eine andere Bewertung ergibt sich nur bei Gemeinden mit bis zu 500 Einwohnerinnen und Einwohnern, bei denen naturgemäß keine Reduzierung der Amtsausschussmitglieder erfolgen kann, da sie nur den Bürgermeister in den Amtsausschuss entsenden.

Die in Absatz 3 neu aufgenommene Verpflichtung des Bürgermeisters, seine Stimme bei der Wahl des Amtsausschusses offen abzugeben, ermöglicht die Anrechnung seines kraft Amtes bestehenden Mandats im Amtsausschuss auf die Zuteilung der weiteren Amtsausschussmandate. Damit wird erreicht, dass das Kräfteverhältnis im Amtsausschuss das Kräfteverhältnis in der Gemeindevertretung auch dann möglichst genau widerspiegelt, wenn keine Fraktionen bestehen oder der Bürgermeister keiner Fraktion angehört, was bisher Voraussetzung für seine Anrechnung war.

### **Zu § 133**

Die Regelung entspricht weitgehend der bisherigen Vorschrift.

Die vorgesehenen Änderungen verhindern, dass Bürgermeister, die ihr Bürgermeisteramt infolge eines Gemeindezusammenschlusses in der laufenden Wahlperiode verlieren, aus dem Amtsausschuss ausscheiden. Damit wird gewährleistet, dass die Interessen der ehemals selbstständigen Gemeinde jedenfalls bis zum Ende der Wahlperiode im Amtsausschuss auch weiterhin unmittelbar vertreten werden und dass sich das Gewicht der neu entstehenden Gemeinde im Amtsausschuss im Vergleich zu den aufgelösten Gemeinden nicht verringert. Im Zusammenspiel mit dem neuen § 42a erleichtert auch diese Vorschrift freiwillige Gemeindezusammenschlüsse.

### **Zu §§ 134 bis 138**

Die Regelungen entsprechen materiell den bisherigen Vorschriften.

**Zu § 139**

Die Regelung entspricht weitgehend der bisherigen Vorschrift.

Die Ergänzung in Absatz 2 ist erforderlich, da es in Ämtern mit einem hauptamtlichen Amtsvorsteher im Regelfall keinen leitenden Verwaltungsbeamten gibt, der den Amtsvorsteher im übertragenen Wirkungskreis vertreten könnte. Die Stellvertreter des Amtsvorstehers für die Aufgabenwahrnehmung im übertragenen Wirkungskreis sind daher entsprechend § 40 Absatz 3 aus dem Kreis der dem Amtsvorsteher unmittelbar nachgeordneten Verwaltungsmitarbeiter zu wählen.

Absatz 3 Satz 1 wird entsprechend der beamtenrechtlichen Terminologie redaktionell neu gefasst. Die Aufhebung des Absatzes 4 dient der Vereinheitlichung mit den Vorschriften der Gemeinde- und Kreisordnung.

**Zu § 140**

Die Regelung entspricht weitgehend der bisherigen Vorschrift. Die Verlängerung der Widerspruchsfrist um eine Woche trägt Bedürfnissen der Praxis Rechnung, die auf gegenüber hauptamtlich verwalteten Gemeinden längere Informationswege zwischen Vertretung und Verwaltungsleiter zurückgehen.

**Zu § 141**

Die Regelung entspricht weitgehend der bisherigen Vorschrift. Die Einführung eines Rederechts des leitenden Verwaltungsbeamten gibt diesem insbesondere die Möglichkeit, präventiv auf bevorstehende Rechtsverstöße der Vertretung aufmerksam zu machen, die ansonsten von ihm nachträglich im Widerspruchsverfahren geltend zu machen wären.

**Zu § 142**

Die Regelung entspricht materiell weitgehend der bisherigen Vorschrift.

Die vom Städte- und Gemeindetag vorgeschlagene Verlagerung der Dienstvorgesetzeneigenschaft vom Amtsvorsteher auf den leitenden Verwaltungsbeamten wurde nicht vorgenommen. Praktisch werden die damit verbundenen Tätigkeiten ohnehin weitgehend im Auftrag des Amtsvorstehers wahrgenommen. Die Stellung als Dienstvorgesetzter erlaubt es ihm aber, Entscheidungen im Falle unterschiedlicher Auffassungen mit dem leitenden Verwaltungsbeamten jederzeit an sich zu ziehen, was seiner Organstellung und der Funktion als gesetzlich vorgesehener Leiter der Verwaltung angemessen ist.

Entgegen einer Anregung des Landesfrauenrates wird für größere Ämter, in denen eine Übertragung der gemeindlichen Gleichstellungsaufgaben erfolgt ist, keine Verpflichtung zur Bestellung hauptamtlicher Gleichstellungsbeauftragter verankert. Die Vermeidung zusätzlicher Kosten im Bereich pflichtiger Selbstverwaltungsangelegenheiten wird insoweit als gewichtiger erachtet als die Vereinheitlichung der Personalstandards mit amtsfreien Gemeinden ab 10 000 Einwohnern.

**Zu § 143**

Die Regelung entspricht weitgehend der bisherigen Vorschrift. Die gegenüber der bisherigen Rechtslage vorgenommenen Änderungen in Absatz 2 entsprechen denen in § 38.

**Zu § 144**

Die Regelung entspricht materiell der bisherigen Vorschrift.

**Zu §145**

Die Regelung entspricht weitgehend der bisherigen Vorschrift. Die gegenüber der bisherigen Rechtslage vorgenommenen Änderungen entsprechen denen in § 79.

**Zu § 146**

Die Regelung entspricht weitgehend der bisherigen Vorschrift. Die Streichung in Absatz 2 Satz 2 ist erforderlich, da es hinsichtlich des Umlagesatzes der Kreisumlage keine Genehmigungspflicht im Finanzausgleichsgesetz gibt.

**Zu § 147**

Die Regelung entspricht weitgehend der bisherigen Vorschrift. Die Änderung entspricht der in § 146.

**Zu § 148**

Die Regelung entspricht der bisherigen Vorschrift. Die Anregung des Städte- und Gemeindetages, den Bürgermeister der geschäftsführenden Gemeinde für das gesamte Amt zur Behörde zu machen und dem Amtsvorsteher die Behördeneigenschaft zu entziehen, wurde nicht aufgegriffen. Diese Änderung hätte zur Folge, dass das Amt nicht mehr durch ein eigenes Organ selbstverwaltet, sondern durch ein gemeindliches Organ fremdverwaltet würde. Denn der Bürgermeister ist gerade nicht, wie der Amtsvorsteher, von der gesamten Bevölkerung des Amtes demokratisch legitimiert. Dieses Demokratiedefizit wäre verfassungsrechtlich bedenklich und würde die in der Praxis zu beobachtenden Gegensätze und Vorbehalte zwischen geschäftsführender Gemeinde und Umlandgemeinden noch verstärken.

**Zu § 149**

Die Regelung entspricht weitgehend der bisherigen Vorschrift. Durch die Neufassung von Absatz 1 Satz 1 wird die Bedeutung kommunaler Zusammenarbeit als Instrument zur Erhöhung der Effektivität und Effizienz der kommunalen Verwaltung stärker als bisher betont. Das Hinauswirken öffentlicher Aufgaben über einzelne kommunale Körperschaften ist daher folgerichtig nicht mehr unabdingbare Voraussetzung für die Begründung kommunaler Zusammenarbeit.

Die Ergänzung der Aufzählung in Absatz 1 Satz 2 ist aufgrund der Einfügung des Abschnitts 5 „Gemeinsame Kommunalunternehmen“ erforderlich.

Die vom Städte- und Gemeindetag vorgeschlagene Beschränkung aufsichtlicher Versagungsgründe bei kommunaler Zusammenarbeit auf eine unzureichende Wahrung der Rechte und Pflichten der beteiligten Kommunen kann aus Rechtsgründen nicht vorgenommen werden: Die damit verbundene Duldungspflicht anderweitiger Rechtsverstöße durch die Rechtsaufsichtsbehörde liefe dem in Artikel 72 Absatz 4 der Landesverfassung verankerten Auftrag zuwider, die Beachtung der Gesetze durch die Kommunen aufsichtlich sicher zu stellen.

**Zu §§ 150 bis 151**

Die Regelungen entsprechen denen der bisherigen §§ 150 bis 151. Der bisherige § 150 Absatz 3 Satz 5 bis 7 wird aus systematischen Gründen - der Regelungsgehalt bezieht sich nicht nur auf Pflichtverbände - in § 151 Absatz 3 verlagert.

**Zu § 152**

Die Regelung entspricht weitgehend der bisherigen Vorschrift. Die Ergänzung in Absatz 4 Satz 2 stellt eine redaktionelle Anpassung an § 5 Absatz 2 Satz 4 und 7 dar.

**Zu §§ 153 bis 157**

Die Regelungen entsprechen materiell denen der bisherigen Vorschriften.

**Zu § 158**

Die Regelung entspricht weitgehend der bisherigen Vorschrift.  
Die Änderungen entsprechen denen in § 38.

**Zu § 159**

Die Regelung entspricht weitgehend der bisherigen Vorschrift. Die Änderung in Absatz 2 Satz 1 entspricht der in § 139 Absatz 3 Satz 1.

**Zu § 160**

Die Regelung entspricht materiell der bisherigen Vorschrift.

**Zu § 161**

Die Regelung entspricht weitgehend der bisherigen Vorschrift. Die Änderung in Absatz 3 Satz 2 verbessert redaktionell die Verständlichkeit der Vorschrift.

**Zu § 162**

Die Regelung entspricht weitgehend der bisherigen Vorschrift. Der Verzicht auf die bisher in Absatz 3 dieser Vorschrift enthaltenen Regelungen ist möglich, da der Regelungsinhalt dieses Absatzes bereits in § 161 Absatz 3 enthalten ist.

**Zu §§ 163 und 164**

Die Regelungen entsprechen materiell denen der bisherigen Vorschriften.

**Zu § 165**

Die Regelung entspricht zum Teil der bisherigen Vorschrift. Der gegenüber der bisherigen Rechtslage neue Absatz 2 geht auf Artikel 2 Nummer 16 des Kreisstrukturgesetzes zurück.

**Zu § 166**

Die Regelung entspricht der bisherigen Vorschrift.

**Zu § 167**

Die Regelung entspricht zum Teil der bisherigen Vorschrift. Die Änderungen und Ergänzungen gegenüber der bisherigen Rechtslage gehen auf Artikel 2 Nummer 17 des Kreisstrukturgesetzes zurück.

**Zu §§ 167a bis 167c**

Die Regelungen sehen vor, dass auch mehrere Gebietskörperschaften gemeinsam eine Anstalt öffentlichen Rechts errichten können. Hieraus eröffnen sich für die interkommunale Zusammenarbeit neue Perspektiven.

Im Übrigen wird auf die Begründung zu §§ 68 ff. verwiesen.

Die vom Verband der Unternehmerverbände geäußerte Befürchtung, wonach gemeinsame Kommunalunternehmen zu einer Aushöhlung des Örtlichkeitsprinzips der wirtschaftlichen Betätigung der Kommunen führen würden, wird nicht geteilt, da das Örtlichkeitsprinzip bei interkommunaler Zusammenarbeit gewahrt bleibt. Folglich wird der Vorschlag des Verbandes, gemeinsame Kommunalunternehmen nur bei Monopolangeboten oder bei einem durch ein Expertengremium festgestellten Marktversagen mit Zustimmung des Landes zuzulassen, nicht mitgetragen.

**Zu § 168**

Die Regelung entspricht weitgehend der bisherigen Vorschrift. Die Änderungen gegenüber der bisherigen Rechtslage gehen auf Artikel 2 Nummer 18 des Kreisstrukturgesetzes zurück.

**Zu §§ 169 bis 172**

Die Regelungen entsprechen materiell denen der bisherigen Vorschriften.

**Zu § 173**

Die bisherige Bestimmung zu Sprachformen wird durch die Verwendung der geschlechtergerechten Sprache in der Kommunalverfassung weitgehend überflüssig. Allerdings wird Frauen, die Ämter und Funktionen wahrnehmen, die nach diesem Gesetz als Behördenbezeichnungen im generischen Maskulinum verwendet werden, die Möglichkeit eingeräumt, diese Bezeichnungen in weiblicher Form zu führen. Daher kann auf eine derartige Regelung nicht gänzlich verzichtet werden. Die vom Landesfrauenrat vorgeschlagene Verwendung geschlechtergerechter Sprache auch für Behördenbezeichnungen würde dagegen die Lesbarkeit massiv beeinträchtigen.

**Zu § 173a**

Die Regelung entspricht der bisherigen Vorschrift.

**Zu § 174**

Die Regelung entspricht materiell weitgehend der bisherigen Vorschrift. Die Änderung in Absatz 1 Nummer 18 (bisherige Nummer 19) stellt eine Folgeänderung zur Einführung des Kommunalunternehmens in §§ 70 ff. dar. Die Aufnahme des neuen Buchstabens a stellt die Reichweite der Verordnungsermächtigung im Interesse der Rechtssicherheit klar.

**Zu § 175**

Die Regelung entspricht der bisherigen Vorschrift.

**Zu § 176**

Die Ergänzungen in Absatz 1 gewährleisten, dass die durch dieses Ablösegesetz vorgenommenen wesentlichen Änderungen im haushaltsrechtlichen Bereich auch für Kommunen Anwendung finden, die ihren Haushalt im Rahmen der §§ 1, 16 KomDoppikEG M-V noch kameral führen.

Die Übergangsvorschrift des Absatzes 2 trägt den Änderungen der Kommunalverfassung im Bereich des kommunalen Wirtschaftsrechts Rechnung. Da in der Vergangenheit erforderliche Anpassungen der Gesellschaftsverträge, Betriebssatzungen und gegebenenfalls auch weiterer Satzungen (zum Beispiel Hauptsatzungen) an geänderte Rechtsvorschriften nur sehr schleppend erfolgten, erscheint eine zeitliche Vorgabe erforderlich. Diese ist so bemessen, dass auch den neu gebildeten Landkreisen über ein Jahr Zeit für eine Anpassung bleibt.

Die Übergangsvorschrift in Absatz 3 befreit Landräte der 2011 neu gebildeten Landkreise nach Ablauf der ersten Amtszeit von der nach § 119 Absatz 2 bestehenden Wiederwahlverpflichtung, wenn sie bereits in einem Rechtsvorgängerkreis Landrat waren. Diesem Personenkreis würde ohne diese Übergangsregelung ansonsten auferlegt, sich einer insgesamt mindestens dritten Amtszeit zu stellen, was eine unbillige Belastung darstellen würde.

**Zu Artikel 2 - Änderung des Kommunalabgabengesetzes****Zu Nr. 1**

Die Erweiterung stellt eine notwendige Folgeänderung an die durch §§ 70 ff. der Kommunalverfassung zugelassenen Kommunalunternehmen dar, die bei der Erhebung von Abgaben ebenso wie kommunale Körperschaften an die Bestimmungen des Kommunalabgabengesetzes gebunden sein müssen.

**Zu Nr. 2**

Die Änderung in Absatz 2c stellt eine notwendige Folgeänderung an die durch §§ 70 ff. der Kommunalverfassung zugelassenen Kommunalunternehmen dar. Die Ergänzung in Absatz 2d beseitigt eine bisher bestehende Regelungslücke: Differenzen zwischen Gebührenaufkommen und Kosten können sich nicht nur aus einer unzutreffenden Kostenkalkulation ergeben, sondern auch aus einem unzutreffend prognostizierten Gebührenaufkommen.

**Zu Artikel 3 - Inkrafttreten, Außerkrafttreten**

Der hier bestimmte Zeitpunkt des Inkrafttretens soll gewährleisten, dass die materiellen Neuerungen der Kommunalverfassung mit möglichst geringem Zeitverzug zum Inkrafttreten der Landkreisneuordnung erfolgen. Aus rechtsförmlichen Gründen ist zu vermeiden, dass beide Gesetze am selben Tag in Kraft treten. Das nahezu zeitgleiche Inkrafttreten dieses Gesetzes mit der Landkreisneuordnung gewährleistet, dass das neue Kommunalverfassungsrecht in den neuen Landkreisen nahezu unmittelbar mit ihrer Bildung zur Anwendung gelangen kann. Die strukturelle und die rechtliche Zäsur für die Landkreise fallen auf diese Weise praktisch zusammen, was verhindert, dass sich einige Hundert Kreistagsmitglieder in den letzten Monaten ihrer Mandatstätigkeit auf das neue Recht umstellen müssen. Ferner wird gewährleistet, dass zwischen der Bekanntgabe des Gesetzes und seinem Inkrafttreten ein ausreichend bemessener Zeitraum liegt, der den kommunalen Rechtsanwendern die Möglichkeit gewährt, sich auf die bevorstehenden Rechtsänderungen einzustellen.